DER SPIEGEL

Nr. 26/28.6.10
Deutschland: 3,80 €

4 190700 703809 26

PRINTED IN GERMANY

DIE WAHL, DIE KEINE IST

Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung

§7

Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen ~~nicht~~ gebunden.

Österreich € 4,10
Schweiz sfr 7,10
BeNeLux € 4,30 Dänemark dkr 41,– Finnland € 6,40 Frankreich € 4,90
Griechenland € 5,50 Großbritannien £ 4,75 Hongkong HK$ 75,– Italien € 4,90
Japan (inkl. tax) Yen 1.628,– Malta € 5,40 Norwegen NOK 57,– Polen (ISSN 00387452) Zł 25,–
Portugal (cont.) € 4,90 Schweden skr 58,– Slowakei € 6,10 Slowenien € 5,10
Spanien € 4,90 Spanien / Kanaren € 5,10 Thailand Baht 430,– Tschech. Republik Kc 170,–
Türkei TL 13,– Ungarn Ft 1.500,–

www.spiegel.de

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

28. Juni 2010 **Betr.: Titel, SPIEGEL-Gespräch, Thunfisch**

Für Angela Merkel, 55, geht es bei der Wahl des Staatsoberhaupts am Mittwoch um viel mehr als nur um eine Personalie: Scheitert ihr Kandidat Christian Wulff, 51, und wird Joachim Gauck, 70, „Der bessere Präsident“ (SPIEGEL 23/2010), gekürt, dann könnte ihre Kanzlerschaft am Ende sein. Auch deshalb versuchen Spitzenleute der Koalition bis zur letzten Minute, wackelnde Vertreter in der Bundesversammlung auf Linie zu bringen, wie es SPIEGEL-Kollegen landauf, landab beobachtet haben. Redakteur Markus Feldenkirchen, 34, hat den rot-grünen Kandidaten Gauck in den vergangenen Wochen beim Werben um Stimmen und Stimmungen begleitet: „Rechnerisch hat er zwar geringe Chancen, aber dennoch wirkt er ganz mit sich im Reinen.“ Einen anderen Eindruck gewann SPIEGEL-Redakteur René Pfister, 36, vom Favoriten Wulff. Der ließ häufig durchblicken, wie sehr ihn der Vorwurf ärgert, er sei der Mann des politischen Establishments. „Wulff hat das Gefühl, stellvertretend für sämtliche Defizite des Parteienstaats kritisiert zu werden“, so Pfister, „das findet er zutiefst ungerecht.“ Chancenlos geht Luc Jochimsen, 74, für die Linke ins Rennen. „Sie kämpft redlich gegen den Eindruck, Kandidatin der Eingeschnappten zu sein“, sagt SPIEGEL-Redakteur Christoph Scheuermann, 32, „so ganz gelingt ihr das aber nicht“ (Seite 20).

WEYRICH JUERGEN (L); DANIEL PILAR (R)

Feldenkirchen, Gauck *Wulff, Pfister*

Als SPIEGEL-Redakteurin Rafaela von Bredow, 43, im Jahr 1998 den US-Wissenschaftler Craig Venter, 63, erstmals traf, hatte der Mann Unerhörtes vor. Er wollte den verborgenen Bauplan des Menschen ans Licht bringen: das Erbgut entziffern, und zwar schneller, besser und billiger als jenes öffentlich geförderte, internationale Konsortium aus tausend Wissenschaftlern, das bereits seit acht Jahren das gleiche Ziel verfolgte. Sein Projekt, so Venter damals im SPIEGEL, sei von der Größenordnung der Mondlandung. Jetzt, zwölf Jahre später, ist seine Euphorie geschwunden. Als Bredow ihn zusammen mit SPIEGEL-Redakteur Johann Grolle, 48, im spanischen Valencia auf seiner Segelyacht besuchte, zog er eine bittere Bilanz. Der medizinische Nutzen des Wissens um die Gene sei „fast gleich null“, sagte Venter, und: „Wir wissen das Genom immer noch nicht richtig zu lesen“ (Seite 126).

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Hüetlin (r.)

Der Rote Thunfisch, früher eine Zierde des Mittelmeeres und des Atlantiks, ist heute fast ausgerottet. Lange Zeit wurde die Jagd mit immer größeren Schiffen und modernerer Elektronik durch die EU subventioniert. Erst jetzt werden niedrigere Quoten strenger überwacht. SPIEGEL-Reporter Thomas Hüetlin, 49, recherchierte bei traditionellen und industriellen Fischern am Mittelmeer und traf auch den Thunfischjäger Manuel Balfegó, 47. „Er versucht jetzt, der ökologisch korrekteren Politik entgegenzukommen“, sagt Hüetlin, „aber im Grunde ist er ein Pirat geblieben, der möglichst viel aus dem Meer holen will“ (Seite 50).

In diesem Heft

Titel

Die Parteien instrumentalisieren die Wahl des Bundespräsidenten 20
Wie Joachim Gauck Deutschland therapieren will 26
Die Karriere des treuen Parteisoldaten Christian Wulff 30
Der gescheiterte Versuch von Luc Jochimsen, Ost und West zu versöhnen 33

Deutschland

Panorama: Merkel verweigert nach SMS-Affäre Kontakt mit Gabriel / CDU-Dreigestirn soll Rüttgers folgen / Interner Bericht über unsichere Bundeswehr-Lkw 17
Energie: Umweltminister Norbert Röttgen über die Ölkatastrophe am Golf von Mexiko und den Ausstieg aus dem Atomausstieg 35
Geheimdienste: Bundesanwaltschaft ermittelt gegen chinesische Beamte 37
Terrorismus: Werden die Mörder von Schleyer dank neuester DNA-Analysetechnik ermittelt? ... 39
Medizin: Risikofalle Krankenhaus 40
Strafjustiz: BGH lockert Verbot der Sterbehilfe ... 60
Diplomatie: Bundesministerien streiten über den Umgang mit einem deutschen Islamisten 62
Versicherungen: Welches Risiko steckt in Gewinnspielen rund um die Fußball-WM? 63
Grüne: Im Hochgefühl guter Umfragen werden politische Inhalte vernachlässigt 64
Kirche: Wie Walter Mixa die Macht im Bistum Augsburg verlor 66

Gesellschaft

Szene: Flashmob von italienischen Bürgermeistern / Buch über das Leben der Autoerfinder-Gattin Bertha Benz 47
Eine Meldung und ihre Geschichte – über einen Hindu, der für das Recht auf Verbrennung unter freiem Himmel kämpft 48
Fische: Dem Roten Thunfisch droht die Ausrottung 50
Ortstermin: Am Tag für Afrika arbeiten 200 000 Schüler, um zu spenden 59

Wirtschaft

Trends: Emirates attackiert die Lufthansa / Sal.-Oppenheim-Altgesellschafter erstatten Anzeige 68
Wirtschaftspolitik: Wie der einstige Exportweltmeister Deutschland vom Musterknaben zum Buhmann wurde 70
Autoindustrie: VW regiert bei Porsche durch 73
Einheit: Dass der Aufbau Ost nicht funktionierte, ist auch die Schuld des Westens ... 74
Währung: Warum vier Professoren erneut gegen den Euro zu Felde ziehen 80

Ausland

Panorama: Jamaika fürchtet Enthüllungen eines an die USA ausgelieferten Drogenbosses / Kaczyński-Vertrauter sagt prodeutschen Kurs des Präsidentschaftskandidaten voraus 82
USA: Obamas Krieg 84
Interview mit dem Afghanistan-Experten Bruce Riedel 86
Ein Abend mit General McChrystals Stab 88
Debatte: Der Westen auf Irrwegen in Afghanistan 90
Nahost: Israel lockert die Gaza-Blockade 92
Türkei: Die Rückkehr der Eliten 96
Afrika: Interview mit Ruandas Präsident Paul Kagame über den Aufbau seines Landes und seine Zweifel an der Demokratie 98
Global Village: Katholikinnen demonstrieren in Rom für die Weihe von Priesterinnen 100

Berliner Maskenball

Seiten 20 bis 33

LUKAS BARTH / DDP

Demonstration für Präsidentschaftskandidat Gauck in München

Wenn die Bundesversammlung am 30. Juni den Präsidenten wählt, sollte sie den besten Kandidaten für das Amt küren. Doch im Kalkül der Delegierten spielt das kaum eine Rolle – es geht um Machtspiele und Parteiinteressen.

Buhmann Deutschland

Seite 70

Die Kritik am deutschen Wirtschaftsmodell wird lauter. Der Vorwurf: Die Deutschen exportieren und sparen zu viel, sie bereichern sich auf Kosten anderer Länder. Doch Kanzlerin Angela Merkel gibt sich unbeirrt.

Jagd auf Sushi

Seite 50

Die Rinaldis gehören zu Monte Carlo wie die Grimaldi-Dynastie, sie sind eine Fischerfamilie mit langer Tradition, doch die drohende Ausrottung des Roten Thunfischs treibt sie und andere Fischer des Mittelmeeres in den Ruin.

Irans Stimme für die Frauen

Seite 106

Sie ist die bedeutendste Künstlerin aus Iran: Shirin Neshat. Ihr Film „Women without Men“ plädiert für einen muslimischen Feminismus.

DDP IMAGES / NFP

Szene aus „Women without Men“

DAVID FURST / AFP

Obamas Hoffnung für Afghanistan Seiten 84, 90

Nach bitterem Spott über das angeblich unfähige Afghanistan-Team des Präsidenten feuerte Obama seinen Kommandeur am Hindukusch. Kann dessen Nachfolger den Krieg wenden?

Der Währungsschock Seite 74

Als die DDR die Mark bekam, versprach Helmut Kohl den Deutschen ein zweites Wirtschaftswunder. Daraus wurde nichts. Nach 20 Jahren Aufbau Ost wächst der ökonomische Abstand zwischen den alten und neuen Bundesländern.

Erbgut entzaubert Seite 126

DANIEL DUART / CONTACTO

Vor zehn Jahren verkündete der Biologe und Unternehmer Craig Venter die Entzifferung des Menschen-Erbguts. Jetzt zieht er im SPIEGEL-Gespräch eine ernüchternde Bilanz: Das Wissen um die Gene habe der Menschheit bisher fast nichts gebracht.

Venter auf seiner Segelyacht

Fest ohne Gastgeber Seite 136

Es sollte die Fußball-Weltmeisterschaft der Afrikaner werden, Teams wie das von der Elfenbeinküste wurden als Titelfavoriten gehandelt. Nun dominieren einmal mehr die Mannschaften aus Europa und Südamerika – die ernüchterten Südafrikaner wenden sich wieder dem Alltag zu.

ZUTE LIGHTFOOT / CAMERA 4

Südafrikanische Fans

Kultur

Szene: In Berlin schließt die Temporäre Kunsthalle mit einer spektakulären Show / Der Konzertveranstalter Kuhnt über den Eingriff des Staates ins Klassikgeschäft 104
Film: Die Iranerin Shirin Neshat und ihr preisgekröntes Werk „Women without Men“ – ein Plädoyer für die Rechte muslimischer Frauen ... 106
Literatur: SPIEGEL-Gespräch mit dem Verleger Klaus Wagenbach über die deutsche Linke, Ulrike Meinhof und komplizierte Amouren auf Autorücksitzen 109
Bestseller 112
Kino: Die Hollywood-Studios MGM und Miramax stehen zum Verkauf – zum Schleuderpreis 114
Essay: Richard David Precht über das gestörte Verhältnis zwischen Politikern und Bürgern 116
Filmkritik: „Für immer Shrek“, der letzte Teil der Trickfilmreihe 118

Medien

Trends: Schauspieler kämpfen für höhere Gagen / Streit um Bücher rund um die Grand-Prix-Gewinnerin Lena Meyer-Landrut 119
Konzerne: Der US-Computergigant Apple wird zum Datenkraken 120
Vom iPad-Erfolg wollen auch andere profitieren 122
Prozesse: Ein Freund von Christian Wulff musste sich vor Gericht verantworten 123

Wissenschaft · Technik

Prisma: Heimtest misst Zeugungskraft / Gefahr durch manipulierte Fahrtenschreiber 124
Biotechnik: SPIEGEL-Gespräch mit dem Genforscher Craig Venter über den Irrglauben an die Allmacht der Gene und die Produktion künstlicher Lebensformen 126
Geschichte: Wissenschaft oder Quälerei – Historiker debattieren über antike Tierversuche... 130
Umwelt: Die Ölindustrie sieht ihre Zukunft in der Tiefsee 132
Psychologie: Warum gähnt der Mensch? 134

Sport

Szene: Der Politologe August Pradetto über das Scheitern Nordkoreas bei der WM / Uefa-Funktionär unter Manipulationsverdacht 135
Weltmeisterschaft: Beim ersten großen Fußballfest in Afrika dominieren Teams aus Europa und Südamerika 136
Auswanderer: In Kapstadt bleiben die Deutschen unter sich 140
Essay: Frankreich schämt sich seiner Nationalmannschaft 142

Briefe 8
Impressum, Leserservice 144
Register 146
Personalien 148
Hohlspiegel / Rückspiegel 150

Titelbild: Foto [M] Michael Gottschalk / ddp

Das Göttliche

Ist das Netz unsere neue Religion? Der KulturSPIEGEL widmet sich ganz dem Internet: Wie mächtig ist Software? Sind Science-Fiction-Autoren Erfinder der „Augmented Reality“?

SPIEGEL-Titel 25/2010

„Margot Käßmann ein neunseitiges Interview zu widmen ist – bei allem Respekt – dann doch des Guten zu viel. Der rasche Rücktritt als Bischöfin spricht für ihre Klugheit, aber heroisch war er nicht.“

Dr. Rainer Feuerstack aus Bonn zum Titel „‚Der Druck ist gnadenlos‘ – SPIEGEL-Gespräch mit Margot Käßmann über ihren Rücktritt und das Leben in der Öffentlichkeit“

Unangemessenes Getöse

Nr. 25/2010, Titel: „Der Druck ist gnadenlos“ – SPIEGEL-Gespräch mit Margot Käßmann über ihren Rücktritt und das Leben in der Öffentlichkeit

Ich bin Jahrgang 1987. Mich macht es traurig, in eine Zukunft zu blicken, in der Menschen wie Frau Käßmann meiner Befürchtung nach immer seltener werden. Von wem soll meine Generation moralisches Handeln und Verantwortung lernen, wenn Politiker, Vorstandsvorsitzende oder katholische Bischöfe sich aus ihrer Verantwortung oder moralischen Pflicht permanent herausreden?

Rostock — Daniel Weissmann

Danke für dieses Interview! Frau Käßmann erwähnt es nicht selbst, und das ist gut so, aber es darf ergänzt werden. Aus dem Christentum kommt die Mahnung: „Wer von euch ohne Sünde ist, werfe als erster einen Stein auf sie.“ Angesichts vermutlich millionenfacher unentdeckter Alkoholfahrten ist das erlebte Getöse wohl überaus unangemessen.

Röhrmoos (Bayern) — Hans-Joachim Bock

Frau Käßmann hat sich nicht durch ihre Alkoholfahrt, sondern durch den Umgang damit zur Moralinstitution entwickelt.

Groß Ippener (Nieders.) — Ulrich Bangert

Ihre Titelstory hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Das Titelbild und das Interview sind sehr fair, die Titelzeile aber reißen Sie völlig aus dem Zusammenhang. Nur der gründliche Leser bemerkt, dass Frau Käßmann mit diesem Satz das Schicksal von Spitzenpolitikern in selten gewordenem Mitgefühl für diese Kaste charakterisierte. Der Oberflächliche muss annehmen, sie übe sich in Selbstmitleid, was gerade gar nicht der Fall ist.

Schieder-Schwalenberg (Nrdrh.-Westf.) — Thomas Becker

Frau Käßmanns Stern scheint doch nur vor dem Hintergrund des Falls Mixa so hell: Sie hat ihr öffentliches Fastenversprechen gebrochen und mit ihrer Alkoholfahrt andere Verkehrsteilnehmer in Gefahr gebracht. Genau genommen hat sie den Druck der Öffentlichkeit doch offenbar nie gespürt!

Saarbrücken — Holger Herboth

Liebe Frau Käßmann! Wie Sie selbst festgestellt haben, kann man nicht tiefer fallen als in Gottes Hand. Sie haben mit sei-

DETHARD HILBIG / EPD

Mutter Käßmann, Töchter
Moralisches Handeln und Verantwortung

ner Hilfe in der Vergangenheit Mut, Kraft und Entschlossenheit bewiesen. Sie waren stark und werden es auch bleiben.

Barsinghausen (Nieders.) — Marlene Hunte-Grüne

Ich freue mich für Frau Käßmann, dass sie wieder im Auto fahren darf – wenn auch nur auf dem Rücksitz.

Wuppertal — Dr. Reimar Kroll

Noch nie sind zwei Repräsentanten der großen Kirchen wegen persönlicher Fehltritte nahezu zeitgleich ins Visier der Öffentlichkeit geraten. Bischöfin Käßmann hat sich für ihre einmalige Verfehlung die Maximalstrafe selbst auferlegt und damit großen Respekt in der Öffentlichkeit gewonnen. Bischof Mixa dagegen veranstaltet mit seinen zahlreichen Verfehlungen seit Monaten ein unwürdiges Possenspiel und schädigt damit sich selbst und die katholische Kirche.

München — Karlheinz Wolf

Ich möchte Ihnen danken, dass Sie dieses Gespräch zum Titel gemacht haben. Es ist schön, dass es in unserer Leistungsgesellschaft noch solche Menschen gibt, die offen und ehrlich so handeln, wie sie denken, und sich nicht der mitunter entwürdigenden medialen Darstellung aussetzen, nur um die Macht zu behalten. Frau Käßmann ist ein echtes Vorbild – auch für die junge Generation, gerade weil sie das ausspricht, was viele Leute denken.

Nördlingen (Bayern) — Michael Wiedemann

Ich freue mich jetzt schon auf ein ähnlich starkes SPIEGEL-Gespräch mit Horst Köhler!

Bietigheim-Bissingen (Bad.-Württ.) — Helmut Schulz

Die Medien haben nie den eigentlichen Skandal in der Käßmann-Geschichte thematisiert, nämlich warum eine Bischöfin und Bewahrerin der Schöpfung einen VW Phaeton fährt, eine Luxuslimousine, die 70 000 Euro und mehr kostet. Und warum eine Landeskirche ihrer Bischöfin ein solches Auto als Dienstwagen zur Verfügung stellt, der dann auch für Privatfahrten benutzt wird. Hier wird Wein beziehungsweise Sekt getrunken und Wasser gepredigt.

Bonn — Michael Düllmann

Weit vom Volk entfernt

Nr. 24/2010, Parteienstreit: Die Autorin Monika Maron über die Präsidentschaftswahl

Ich denke, Monika Maron überschätzt das politische Urteilsvermögen der Deutschen. Die Akademiker und Intellektuellen, mit denen sie wohl verkehrt, würden bei einer Direktwahl vielleicht Joachim Gauck wählen. Woher aber nimmt sie die Gewissheit, dass ihn auch die Mehrheit der Deutschen wählen würde?

Altleiningen (Rhld.-Pf.) — Wolfgang Schaefer

Diskutieren Sie auf SPIEGEL ONLINE

- **Titel** Sollte der Präsident vom Volk direkt gewählt werden? *www.spiegel.de/forum/Praesident*
- **Weltmarkt** Müssen die Deutschen mehr Geld ausgeben, um den Welthandel in Schwung zu bringen? *www.spiegel.de/forum/Export*
- **Vatikan** Darf Ex-Bischof Mixa künftig eine Aufgabe in Rom erhalten? *www.spiegel.de/forum/Mixa*

Ich bin enttäuscht von Monika Maron. Sie ist nach 22 Jahren bei den West-Medien voll integriert. Sie hat sich mit einem Satz verraten: „Gewinnt Christian Wulff, werden wir der Koalition diesen Sieg nicht verzeihen.“ Christian Wulff kann einem heute schon leidtun, falls er gewählt wird. Übrigens: Muss Deutschland wirklich von einem mecklenburgischen Pfarrer und einer mecklenburgischen Pfarrerstochter gleichzeitig regiert werden?

Berlin — Helga Rode

Man kann über den Kandidaten Wulff denken, wie man will – die SPD hätte niemals den sogenannten gemeinsamen Kandidaten Joachim Gauck aufgestellt, hätte sie die Mehrheit in der Bundesversammlung.

Sinsheim (Bad.-Württ.) — Dr. Wolfgang Welsch

Der geradezu euphorische Eifer von Frau Maron für Pfarrer Gauck ist nicht nachvollziehbar. Wo ist denn im Sinne seiner Lehre die Stimme dieses Christen für soziale Gerechtigkeit, die Deutschland so bitter nötig hat? Wo prangert er das weltweit expansive kriegerische Vorgehen an? Mit seinem Gefasel von Freiheit und Verantwortung ist Gauck so weit vom Volk entfernt wie die Regierung. Weiß Frau Maron wirklich nicht, wie in diesem Land manipuliert wird?

THIES RAETZKE / VISUM

Präsidentschaftskandidat Gauck
Kandidat für Intellektuelle?

Berlin — Atti Griebel

Erfahrung statt Empirie

Nr. 24/2010, Schule: SPIEGEL-Gespräch mit Bildungsforscher Jürgen Baumert über fehlende Förderung für Schüler und sinnlose Schulreformen

Dieser ach so schlaue Professor sollte, so wie ich, 40 Jahre an einer Hauptschule mit hohem Migrationsanteil unterrichtet haben. In den siebziger Jahren zählten Ausländer in der Klasse doppelt, so dass ich nur bis zu 16 Schüler in den Abschlussklassen hatte. Von denen haben später viele studiert oder Handwerksbetriebe geleitet. Später waren dann mehr als 20 Schüler zu unterrichten, da blieben viele ohne Abschluss.

Wilhelmshaven (Nieders.) — Herwig Gerdes

IBRAHIM OT / ACTION PRESS

Schulreform-Kundgebung in Hamburg
Leben in der Solidargemeinschaft

Dass an Gymnasien die pädagogisch und fachlich besser ausgebildeten Lehrer unterrichten, kann so nicht stehenbleiben. Als Gymnasiallehrer bin ich pädagogisch meiner an einer Gemeinschaftsschule unterrichtenden Ehefrau ganz sicher nicht überlegen, und als Elternteil von fünf Gymnasien oder Gesamtschulen besuchenden Kindern weiß ich: Hier irrt Herr Baumert!

Lübeck — Sönke Dethleff

Baumert mag der einflussreichste Bildungsforscher Deutschlands sein, ob er aber jemals Kinder erlebt hat, die schon im dritten Grundschuljahr feststellen, dass der eine „blöd“ ist und auf die Hauptschule muss, der andere „gut“ und aufs Gymnasium darf? Soziale Kompetenz – so dringend gefordert – wird damit ins Gegenteil verkehrt. Da ist mir meine Praxiserfahrung mehr wert als die „empirische Evidenz für die Wirkungen einer zweijährigen Verlängerung der Grundschule“. Wir leben nicht in einer Klassengesellschaft, sondern in einer Solidargemeinschaft, Herr Prof. Dr. Baumert!

Ettringen (Rhld.-Pf.) — Harald Dupont

Viele Jahre Haft erspart?

Nr. 25/2010, Buback-Mord: Was taugt die Anklage gegen die Ex-RAF-Terroristin Verena Becker?

Irritierend ist: Nennenswerte Angaben über das Buback-Attentat finden sich nicht im 227-seitigen Protokoll der Befragung von Verena Becker durch den Verfassungsschutz, sondern im hierzu angefertigten 82-seitigen Auswertevermerk. Beckers Anwalt folgert, das Protokoll sei „evident lückenhaft“. Es gibt eine näherliegende Erklärung: Das Protokoll ist vollständig – es umfasst ja die stets genannte Zahl von 227 Seiten –, und Verena Becker hat die Namen der Karlsruher Täter nicht offenbart. Der Auswertevermerk wäre dann von anderer Stelle um den Hinweis auf drei männliche Täter „erweitert worden“. Dies würde zu den vielen Anzeichen für eine Begünstigung von Frau Becker passen. Sie wird aus dem Kreis der drei unmittelbaren Täter ausgeschlossen. Der „erweiterte“ Vermerk kann zudem als Unterstützung der Ermittler und somit als positive Wandlung von Becker deklariert werden. Dies könnte Verena Becker viele Jahre Haft erspart haben. Es ist nun wohl überdeutlich: Die Klärung des dreifachen Mordes verlangt eine Hauptverhandlung gegen Becker.

Göttingen — Prof. Dr. Michael Buback

Grenzenlose Verwunderung

Nr. 24/2010, Religion: Die Finanzaffären der katholischen Kirche

Endlich mal hat sich jemand des Themas angenommen! Ich arbeite im sozialen Bereich, und es fuchst mich seit Jahren, dass die Klienten der kirchlichen Einrichtungen denken, die Kirche würde alles bezahlen. Dabei werden die Kosten zu 90 Prozent vom Staat, das heißt von den Steuerzahlern, refinanziert.

Ludwigshafen — Elzbieta Simon

Wenn sich die Aufmerksamkeit des SPIEGEL der katholischen Kirche zuwendet, dann höchstens im Zusammenhang mit Sexualstraftaten und Finanzen. Als Arbeitgeber jedoch mit ihren freien sozialen Wohlfahrtsverbänden hätte sie es durchaus verdient, dass sich ein „Nachrichtenmagazin“ auch einmal positiv dafür interessiert. Die katholische Kirche hat ihren Platz eben keinesfalls an den spirituellen Rändern unserer Gesellschaft, sondern genau im Zentrum der Probleme.

Hildesheim (Nieders.) — Manfred Glombik

Grenzenlose Verwunderung befällt einen inzwischen nicht mehr bei der Information, wie die Kirche mit den ihr anvertrauten Geldern umgeht, sondern angesichts der Tatsache, dass das Wissen um diese Parallelwelt anschließend immer wieder ohne Konsequenzen im Meer des kollektiven Vergessens versenkt wird.

Bad Buchau (Bad.-Württ.) — Susanne Kneissle

Ich bin für die berühmteste und wahrscheinlich teuerste deutsche Kathedrale zuständig. Jährlich kostet der Kölner Dom im Durchschnitt etwa 11 Millionen Euro, davon gut 7 Millionen für die Bauunterhaltung. Die Finanzierung sieht so aus: 4,9 Mio. Eigenmittel, Spenden, Kollekten; 3,5 Mio. Zentral-Dombau-Verein;

WOLFGANG RADTKE / KNA-BILD

Messe im Limburger Dom
Im Zentrum der Probleme

1,7 Mio. Erzbistum Köln; 0,9 Mio. öffentliche Hand (NRW, Stadt Köln). Der Staat zahlt also nicht einmal 13 Prozent der Bauunterhaltung. Bei der Kindergartenfinanzierung zahlen die Kirchensteuerzahler zweimal, denn sie sind auch Steuerzahler – allein im Erzbistum Köln bringen sie Jahr um Jahr zwischen 40 und 50 Mio. Euro für die Jüngsten auf. Es gibt keine „geheime Parallelwelt“.

Köln — Dr. Norbert Feldhoff, Domprobst

Im Artikel bleibt unerwähnt, dass die Kirche 1803 im Zuge des Reichsdeputationshauptschlusses von Grundeigentum in einer Größenordnung der Flächen der heutigen Länder Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland enteignet wurde und daher die Staatsleistungen an die Kirche nicht unbegründet sind.

Ladenburg (Bad.-Württ.) — Bastian Schneider

Bloß nicht zu viel Warmwasser!

Nr. 24/2010, Sozialstaat: Warum Wohnungsgesellschaften die Mietkostenpauschale für Hartz-IV-Empfänger verhindern wollen

Es kann doch nicht so schwer sein, Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger nach Zahl der Personen im Haushalt zu pauschalieren. Da gibt es eben nur einen bestimmten Betrag, und man muss mit dem Geld haushalten. Dann kann die Wohnung ruhig etwas kleiner sein. Die meisten Leute stellen diesbezüglich zu hohe Ansprüche!

Strausberg (Brandenb.) — Katarina Salik

Im Mietspiegel dürften lediglich Wohnungen, die am freien Markt an reguläre Einkommensbezieher vermietet werden, aufgenommen werden. Nur diese spiegeln den marktüblichen und nicht den subventionierten Mietzins wider!

Bad Soden (Hessen) — Axel Bissert

Die geltende Regelung der Kosten der Unterkunft ist zwar aufwendig, aber notwendig, auch in einem fürsorglichen Sinne: Sie sichert nicht zuerst den Wohnungs- und Energieunternehmen ihre Einkünfte, sondern Bedürftigen eine Wohnung. Die Folgen von Pauschalierungen wären eben nicht nur „Miet- und Energieschulden“, sondern binnen kürzester Zeit Wohnungslosigkeit für viele Menschen – und ein riesiges Problem für die Kommunen, die sich um genau diese Menschen zusätzlich kümmern müssten.

Strausberg (Brandenb.) — Peter Kubisch

Ich muss mich schon sehr wundern über einen solchen Artikel. Bei Hartz-IV-Empfängern werden die Neben- und Heizkosten in „angemessener Höhe“ übernommen. Sind hier die Kosten zu hoch, werden die Zahlungen begrenzt. Kosten für Haushaltsstrom und Kosten für die Bereitung von Warmwasser sind vom Regelsatz (359 Euro) selbst zu bestreiten. Also bloß nicht zu viel Warmwasser verbrauchen! Ein Hartz-IV-Empfänger hat sehr wohl ein Interesse daran, die Mietkosten so gering wie möglich zu halten.

Stuttgart — Michael Müller

Korrektur

zu Heft 24/2010

„Wiedergänger aus der Gruft“: Nicht vier Töchter eines der in Hannover-Wettbergen bestatteten Adelsgeschlechter von Hansing und von Grone starben in vier aufeinanderfolgenden Jahren, wie auf Seite 112 berichtet, sondern vier Söhne.

Die Türkei belohnen

Nr. 24/2010, Türkei: Kurswechsel in Ankara

ADEM ALTAN / AFP

Pro-Gaza-Demonstration in Ankara
Laizisten im Stich gelassen

Es ist eines der größten Versäumnisse der CDU-geführten Regierungen, das traditionell deutschfreundliche Volk der Türken nicht in Europa aufgenommen zu haben. Der Laizismus, die jüngsten Bemühungen um mehr Autonomie für die Kurden sowie die jahrzehntelange zuverlässige Wacht an der Südostflanke der Nato und die nun pralle Wirtschaftskraft hätten längst belohnt werden müssen.

Schwalmstadt (Hessen) — Dr. Albrecht Thöne

Verwundert es, dass ein Erdogan, der wie Frankreichs Präsident Sarkozy jede andere Meinung auf internationalem Parkett persönlich nimmt, sich vom Westen abwendet? Erdogan hätte die starke Unterstützung im eigenen Land nicht, wenn Europa nicht über Jahre die laizistische Mehrheit der Türken im Stich gelassen hätte. Der modernen Türkei gehen die Argumente aus, weshalb sie nur nach Westen streben müsse.

Frankfurt a. M. — Baris Celik

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

Merkel, Gabriel

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

PARTEIEN

Merkel lässt Gabriel abblitzen

Eine öffentlich gewordene SMS von Bundeskanzlerin Angela Merkel an den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel sorgt für nachhaltige Verstimmung im Kanzleramt. Bis auf weiteres hat Merkel den Kontakt zu Gabriel eingestellt. Ob und wie er wieder aufgenommen wird, will sie später entscheiden. Die Veröffentlichung sei „ein einmaliger Vorgang, schlichtweg ungeheuerlich und durch nichts zu erklären oder zu entschuldigen“, heißt es in Regierungskreisen gut drei Wochen nach dem Vorfall. Gabriel hatte Merkel in einer SMS Joachim Gauck als überparteilichen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen, Merkel hatte darauf geantwortet: „Danke fuer die info und herzliche grüße am“. Anfrage und Antwort erschienen im SPIEGEL. Die Verstimmung bei der Kanzlerin ist so groß, dass sie einen Entschuldigungsversuch des SPD-Chefs, den dieser via SMS unternahm, unbeantwortet ließ. Im Kanzleramt wird nun argumentiert, dass es bisher gängige Praxis im politischen Umgang von Opposition und Regierung gewesen sei, dass der Kanzler und der Oppositionsführer sich darauf verlassen könnten, dass Vieraugengespräche oder Telefonate diskret behandelt würden. Das hätten beispielsweise Bundeskanzler Gerhard Schröder und Oppositionschefin Merkel immer so gehalten. Auch zu den Parteichefs Matthias Platzeck, Kurt Beck und Franz Müntefering habe die Kanzlerin in Ausnahmesituationen stets vertraulichen Kontakt gepflegt, nie habe es da Probleme gegeben. Gabriels Vertrauensbruch hat nun jenseits der Funkstille operative Folgen. In der Regierung wird damit gerechnet, dass in den kommenden Wochen durch die neuen Machtverhältnisse im Bundesrat der Abstimmungsbedarf mit der SPD-Spitze größer werden wird. Auch die weitere Handhabung der Euro-Krise könnte einen Kontakt nötig machen. Ein Ausweichen auf den Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, den Merkel als seriösen Gegenpart schätzt, kommt aus protokollarischen Gründen nicht in Frage. Im Kanzleramt wird nun überlegt, in welcher Form künftig in solchen Fällen mit Gabriel kommuniziert werden könnte. Selbst ein Telefonat scheide nach dieser Erfahrung aus, heißt es.

BUNDESWEHR

Tödliche Mängel

In einem internen Bericht für das Sanitätsführungskommando machen Offiziere der deutschen Truppe in Afghanistan eklatante Ausrüstungsmängel für den Tod eines Kameraden verantwortlich. Schwächen des Bundeswehr-Lkw „Yak“ seien bereits im Januar gemeldet, aber nicht abgestellt worden. Diese Mängel des von Rheinmetall Landsysteme und dem Schweizer Unternehmen Mowag gebauten Fahrzeugs, heißt es nun in dem Bericht, seien auch bei der Attacke von Taliban am 15. April 2010 von Bedeutung gewesen, bei der ein 33-jähriger Oberstabsarzt aus Ulm getötet wurde. Aus Sicht der Offiziere besonders gravierend: „Bei Beschuss sind die sehr exponiert liegenden Bremsleitungen, Druckbehälter und elektrischen Verkabelungen auf dem Fahrzeugrahmen extrem gefährdet.“ Bei dem Überfall im April sei eine Druckluftleitung getroffen worden, weshalb der „Yak“ abrupt stehen geblieben sei. Die Soldaten hätten die Feststellbremse nicht lösen können, weil sie dafür unter den Wagen hätten kriechen müssen. Das sei aber wegen des Feuergefechts nicht möglich gewesen. Der „Yak“ bot ein leichtes Ziel und wurde von einer Panzerabwehrrakete getroffen, die den Arzt tötete. Zudem habe das Fahrzeug weitere Mängel, etwa im Bordfunk und bei der Motorleistung.

Bundeswehr-Lkw „Yak“

NORDRHEIN-WESTFALEN

Drei für Rüttgers

Mit einem Paradigmenwechsel versuchen führende Köpfe der nordrhein-westfälischen CDU, einen Streit um das Erbe von Jürgen Rüttgers zu verhindern, der in der vergangenen Woche seinen Rückzug aus der Politik angekündigt hat. Rüttgers konzentrierte alle wichtigen Ämter auf sich, ist Noch-Regierungschef, Landes- und stellvertretender Bundesvorsitzender. Seine Kronprinzen – Integrationsminister Armin Laschet, Arbeitsminister Karl-Josef Laumann und Generalsekretär Andreas Krautscheid – sollen sich die Aufgaben teilen. „Wir brauchen sie alle und können uns keinen lähmenden Streit um Köpfe erlauben“, erklärt ein Vorstandsmitglied, das für die „charmante Lösung: drei für Rüttgers“ wirbt. Damit es in der kommenden Woche nicht zu einer Kampfabstimmung zwischen Laschet und Laumann um das Amt des Fraktionsvorsitzenden kommt, soll der Sozialpolitiker den

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Laumann, Rüttgers

Posten des stellvertretenden Vorsitzenden in der Bundespartei bekommen. Laumann ist bereits Vorsitzender der CDU-Arbeitnehmerschaft. Laschet könnte dann die Fraktion übernehmen. Krautscheid hatte bisher abgewinkt und konzentriert sich auf seine Aufgabe als CDU-Generalsekretär. Offen ist, ob er sich im Frühjahr kommenden Jahres um den Landesvorsitz bewirbt.

RÜSTUNG

Piloten ohne Hubschrauber

Weil sich die Lieferung des Transporthelikopters NH 90 aus technischen Gründen seit über einem Jahrzehnt verschiebt, werden viele der bisher 30 auf dem Hubschrauber ausgebildeten Bundeswehr-Piloten diesen gar nicht mehr fliegen. Ihre Dienstzeit ist bis dahin abgelaufen. Dies bestätigte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums, konnte aber zunächst keine konkreten Angaben dazu machen, wie viele der 30 Piloten davon betroffen sind. Er hob hervor, dass weiterhin sichergestellt sei, dass Piloten zur Verfügung stünden,

MARIO DE RENZIS / EPA / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Transporthelikopter NH 90

ENTWICKLUNGSHILFE

Regierung streicht Klimaschutz-Zusagen

In den beiden kommenden Jahren wird Deutschland die finanziellen Zusagen vom Uno-Klimagipfel in Kopenhagen voraussichtlich nur durch Buchungstricks erfüllen. In den Etats der Ressorts Umwelt und Entwicklung sollen die für 2011 und 2012 vorgesehenen Gelder nicht bereitgestellt werden. Das ist das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen der Bundesregierung. Im Dezember hatte Kanzlerin Angela Merkel noch Klimahilfen für die Entwicklungsländer in Höhe von 1,26 Milliarden Euro bis 2012 versprochen und so dazu beigetragen, dass der Gipfel nicht komplett scheiterte. Es handle sich um zusätzliches Geld, das bisher nicht für Entwicklungshilfe eingeplant sei, erklärte Merkel. Auch die Minister Norbert Röttgen (Umwelt) und Dirk Niebel (Entwicklungshilfe) beteuerten, es werde frisches Geld fließen. Drei Monate später kam heraus, dass die Bundesregierung in Wahrheit nur noch 210 Millionen Euro an zusätzlichem Geld zahlen wollte. Der Rest sollte umgebucht und mit früheren Versprechen verrechnet werden (SPIEGEL 11/2010). Nun sollen, auf Druck von Finanzminister Wolfgang Schäuble und mit Merkels ausdrücklicher Billigung, auch noch die entsprechenden Haushaltstitel „Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern“ in Höhe von je 70 Millionen Euro für die kommenden zwei Jahre auf null gesetzt werden. Auf dem Papier wird die Kürzung ausgeglichen, indem Kredite für die armen Länder in voller Höhe als Entwicklungshilfe angerechnet werden und nicht – wie bisher – nur der Betrag, mit dem die Bundesregierung diese Kredite subventioniert.

PETER STEFFEN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Bundeswehr-Piloten im NH-90-Simulator

wenn das Fluggerät endlich in der Truppe ankommt. Ursprünglich sollte die erste NH-90-Staffel 1997 einsatzbereit sein, dann wurde dies auf 2004 vertagt, daraufhin abermals auf 2009. Das Heer soll 80 Helikopter dieser Art bekommen, 42 die Luftwaffe. Bisher verfügt die Bundeswehr lediglich über 13 Übungshubschrauber dieses Typs, die nicht für den Einsatz geeignet sind. Ein EADS-Sprecher sagte, die Probleme mit den Sitzen, der Heckklappe und dem Boden würden von der Industrie mit Hochdruck behoben.

FINANZPOLITIK

Euro-Fonds könnte teurer werden

Der Beitrag Deutschlands zur Rettung angeschlagener Euro-Mitgliedstaaten könnte die von der Bundesregierung zugesicherte Obergrenze von 148 Milliarden Euro überschreiten. Das befürchten Regierungsmitglieder, zudem geht es aus dem Vertrag mit dem entsprechenden Fonds hervor. Zwar ist darin auch die Deckelung erwähnt – allerdings wird darüber hinaus ein Ausnahmeszenario geschildert: Sollte ein Mitgliedstaat nicht in der Lage sein, seinen Beitrag zu leisten, so heißt es in dem Papier, könne er die übrigen Staaten um Hilfe rufen. In einem einstimmigen Beschluss könnte dann der Anteil dieses Staates auf die anderen Staaten übertragen werden. Für diesen Fall ist eine Deckelung nicht vorgesehen. Entsprechend groß könnte der Druck auf die deutsche Regierung werden, so fürchten Koalitionspolitiker, wenn es in einer chaotischen Notsituation erneut darum ginge, ein Scheitern des Euro zu verhindern. Zwar verweisen Experten, unter anderem aus dem Bundesfinanzministerium, darauf, dass der absolute Deckel Bestandteil nationaler Gesetze sei. Doch ein verbindlicher Schutz ist das nicht: Nationale Gesetze sind in der vergangenen Krise mehrfach binnen Tagen geändert worden.

DOPINGPROZESSE

Krabbe als Zeugin

Zwei Leichtathletik-Weltmeisterinnen müssen am Freitag vor dem Hamburger Landgericht über ihre Dopingvergangenheit aussagen. Katrin Krabbe-Zimmermann, ehemalige 100-Meter-Weltmeisterin aus Neubrandenburg, wird erklären müssen, ob sie schon als junges Mädchen Dopingmittel bekommen hat. Die frühere Leichtathletin ist als Zeugin in einem Verfahren geladen, das ihre ehemalige Trainingskollegin, Ex-Staffelweltmeisterin Grit Breuer, gegen den Dopingexperten Werner Franke angestrengt hat. Franke hatte Thomas Springstein, dem Trainer der Sprinterinnen, vorgeworfen, junge Mädchen mit Dopingmitteln vermännlicht zu haben. Grundlage für Frankes Aussagen waren Vernehmungen der Berliner Staatsanwaltschaft Mitte der neunziger Jahre. Die Hamburger Kammer wird am selben Tag auch über die Dopingvergangenheit von Jan Ullrich urteilen. Franke hatte dem Ex-Radprofi anhand von Dokumenten vorgehalten, einem spanischen Arzt mindestens 35 000 Euro für Dopingmittel gezahlt zu haben. Ullrich hat diese Zahlung eidesstattlich abgestritten und Franke verklagt. Wegen des Verdachts, dass diese eidesstattliche Versicherung falsch war, ermittelt die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen Ullrich.

GOETZ SCHLESER

Krabbe-Zimmermann

Tag des Verbiegens

Am Mittwoch wählt die Bundesversammlung den neuen Präsidenten. Leider geht es nicht darum, wer sich am besten für dieses Amt eignet. Es geht um Macht, um Rache und um das Schicksal Angela Merkels. Den Delegierten und der Wahl wird die Würde genommen.

CSU-Chef Seehofer, Kanzlerin Merkel, Kandidat Wulff, FDP-Chef Westerwelle

Grünen-Politiker Özdemir, Trittin, Kandidat Gauck, SPD-Spitzen Gabriel, Steinmeier

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL (O.); GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS (U.)

Claudia Roth schwingt laut lachend ihren Schal durch den Theatersaal, sie ruft „Sigmar, huhu“, und Sigmar Gabriel winkt grinsend zurück. Er hat beste Laune, er wirkt stolz, so wie fast alle in den ersten Reihen des Deutschen Theaters in Berlin.

Es ist eine rot-grüne Feststunde an diesem Tag, großes Geherze und Geknuddel im Parkett, alle sind da, Cem Özdemir, Andrea Nahles, Frank-Walter Steinmeier, Renate Künast, sie wollen ihren Mann feiern und natürlich sich selbst.

Gleich wird Joachim Gauck, der „linke“ Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, auf der Bühne seine Bewerbungsrede halten. Dass Grüne und Sozialdemokraten den eher konservativen Gauck nominiert haben, gilt als einer der geschicktesten Schachzüge der jüngsten Parteiengeschichte.

Dann tritt der Kandidat ans Pult. Er hält eine bewegende Rede über die Kraft der Freiheit, die ausgezeichnet zur Lage des Landes passt, aber nur bedingt zur rot-grünen Programmatik.

„Wer ausgerechnet der Wirtschaft die Freiheit nehmen will, wird immer mehr verlieren als gewinnen“, sagt Gauck. Andrea Nahles findet das gar nicht zum Klatschen. Es gebe Viertel in deutschen Städten mit „allzu vielen Zugewanderten und allzu wenigen Altdeutschen“, sagt Gauck. Claudia Roth rührt keine Hand.

Trotz all dieser Zumutungen feiern die Spitzen von SPD und Grünen am Ende der Rede Gauck mit stehenden Ovationen. Der strategische Erfolg, den er ihnen im Machtkampf beschert hat, ist wichtiger als das, was er sagt.

Es ist mal wieder Maskenball in Berlin. Kaum einer zeigt sein wahres Gesicht, die Schminke ist dick aufgetragen, das Gesagte und das Gedachte fallen weit auseinander. Nichts ist so richtig stimmig, der Schein regiert. Das gibt es häufiger in der Politik, aber diesmal geht es so wild und so unverfroren zu wie noch nie.

Eigentlich ist es Aufgabe der Bundesversammlung, den besten Mann oder die beste Frau für das Amt des Staatsoberhaupts zu küren. Aber das spielt im Kalkül der Delegierten kaum eine Rolle.

Sie werden an diesem Mittwoch zwischen drei Kandidaten zu entscheiden haben: Den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) schickt Kanzlerin Angela Merkel ins Rennen, er soll von Union und FDP gewählt werden. Den ehemaligen Bürgerrechtler in der DDR, Joachim Gauck, haben SPD und Grüne nominiert. Die Linke setzt auf die Bundestagsabgeordnete Luc Jochimsen.

Aber weil die Kandidaten Wulff und Gauck nach seltsamen Kriterien ausgesucht wurden, würden manche Delegierte von Union und FDP lieber den Kandidaten von SPD und Grünen wählen. Die Delegierten von SPD und Grünen hinge-

gen sollen einen Kandidaten wählen, der besser zu Union und FDP passt. Und die Delegierten der Linken werden sich am Ende fragen, ob sie nicht besser den Kandidaten von SPD und Grünen wählen, um Union und FDP zu schaden.

Kompliziert? Ja. Viele Parteinamen? Ebenfalls ja. Das ist genau das Problem. Die Bundesversammlung steckt in der Schraubzange von Parteiinteressen. Sie vollzieht eine Wahl, die keine ist. Merkel hat Wulff ausgesucht, um die CDU zu befrieden. SPD und Grüne haben Gauck ausgesucht, um Merkel zu schaden. So rau ist noch vor keiner Bundesversammlung kalkuliert worden. „Diese Präsidentenwahl ist durchtrieben von Parteipolitik und wahrlich kein Ruhmesblatt für die Union“, sagt der Parteienforscher Eckhard Jesse aus Chemnitz. Sein Kollege Heinrich Oberreuter aus Passau ergänzt: „Präsidentenwahlen sind immer auch parteipolitische Wahlen gewesen, doch bei dieser Wahl bringt sich das Parteipolitische unverhältnismäßig in den Vordergrund.“

So wirft diese Wahl neu die Frage auf, mit welchem Recht die Parteien sich den Staat und seine Randbezirke zur Beute machen. Sollen die Politiker, die den ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender abgesetzt haben, nach ähnlichen Kriterien über den Bundespräsidenten entscheiden dürfen? Also nach der Maßgabe, was für sie, die Politiker, nützlich ist. Und nicht für die Sendeanstalt oder das Land.

Diesmal hat sich die Frage besonders zugespitzt. Denn Christian Wulff ist ein Mann dieses politischen Systems (siehe Porträt auf Seite 30). Und Joachim Gauck ist ein Mann, der aus einem anderen Leben kommt (siehe Porträt auf Seite 26). Es wäre interessant, könnte die Bundesversammlung frei zwischen diesen beiden Kandidaten entscheiden. Aber das kann sie nicht, weil es nicht darum geht, wer der Bessere wäre für Deutschland. Es ist eine Wahl, die keine ist.

Am Mittwoch geht es vor allem darum, wie lange Angela Merkel noch Bundeskanzlerin bleiben kann. Fällt ihr Kandidat durch, könnte sich der Unmut in ihrer schwarz-gelben Koalition zum Unwillen steigern, weiter miteinander zu regieren.

1244 Delegierte – die Hälfte Mitglieder des Bundestags, die andere Hälfte von den Bundesländern entsandt – werden darüber entscheiden müssen, wie viel Freiheit sie sich trauen, wie ernst sie Paragraf 7 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung nehmen: „Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.“

Doch wahrscheinlich wird der 30. Juni ein Tag der sachfremden Kalküle und ein Tag des Verbiegens, ohnehin eine Grundsportart der Politik. Vorturnerin ist diesmal Angela Merkel. Auch sie wird ihre Stimme für Wulff nicht aus vollem Herzen abgeben.

Bundesversammlung*: *Nichts ist richtig stimmig, der Schein regiert*

Jeder im Berliner Regierungsbezirk weiß, dass Wulff, ein Mann der freundlichen Gesichter, nie eine Gelegenheit auslässt, um hinter vorgehaltener Hand rüde über Merkel abzulästern. Auch Merkel weiß das. Warum hat sie ihn trotzdem genommen? Was ist ihr Kalkül für Mittwoch?

Merkel, die ihre ersten 36 Lebensjahre in der DDR verbracht hat, ist eine Quereinsteigerin in die Politik und ein Spätankömmling in der CDU, also eigentlich kein klassischer Parteimensch. Deshalb war sie frei genug, den Bruch mit Helmut Kohl zu machen, und frei genug, die Partei liberaler, ökologischer und sozialdemokratischer auszurichten.

Dabei hat sie sich vor allem gegen eine Seilschaft der Westmänner, den sogenannten Andenpakt, durchgesetzt. Sie hat ihn langsam ausbluten lassen, bis im Mai Roland Koch seinen Rückzug aus der Politik ankündigte und Wulff als letzte starke Figur vom Andenpakt übrig war.

> Niemand weiß, wie groß und wie entschlossen die Fraktion der Rächer ist.

Doch damit hatte sich Merkel ans Ende ihrer Kräfte gesiegt. Sie traute sich nicht mehr zu, ihrer Partei noch mehr zuzumuten, einen unabhängigen Kandidaten für die Präsidentschaft zum Beispiel oder Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, die als erste Frau im Schloss Bellevue eine einleuchtende Wahl gewesen wäre. Doch Merkel, die Virtuosin der Macht, war plötzlich machtlos. Genau so hat sie es CSU-Chef Horst Seehofer erzählt: Sie müsse mit Widerstand in der CDU gegen die Merkelianerin von der Leyen rechnen. Imperien scheitern meist an Überdehnung, Merkels stand kurz davor. Also hat sie Wulff gekürt, aus Schwäche, als Sedativum für ihre Partei.

Aber das schlug nicht an, weil Grüne und SPD der Gegenkandidat Gauck eingefallen ist. Dessen konservatives Profil macht ihn auch für Mitglieder der CDU attraktiv, wie einige sogleich zu erkennen gaben, nicht zur Freude der Kanzlerin.

Sofort wurde damit begonnen, die Bundesversammlung stromlinienförmig zu gestalten. Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Dagmar Schipanski aus Thüringen wurde erst gar nicht als Wahlfrau nominiert, nachdem sie eine Vorliebe für Gauck hatte erkennen lassen.

Der frühere brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm war bereits zum Wahlmann bestellt, als er im SPIEGEL seine Sympathie für Gauck bekundete. Prompt sah er sich zur Relativierung genötigt: Natürlich werde Wulff „im ersten Wahlgang gewählt“, beteuerte er, „auch mit meiner Stimme“.

Sachsens früherer Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) forderte eine „Freigabe“ der Abstimmung und wurde von der Bundeskanzlerin persönlich bearbeitet. Aber er blieb bei seiner Haltung und sagte trotzig in einem Radiointerview: Würde die Wahl nicht freigegeben, entstehe der fatale Eindruck, man wähle „nicht einen neuen Bundespräsidenten, sondern wir entscheiden eine Machtfrage. Und das ist ein Sachverhalt, den man als Missbrauch bezeichnen kann“. Auch die konservativen Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker und Roman Herzog

* Bei der Wiederwahl Horst Köhlers am 23. Mai 2009.

PEER GRIMM / PICTURE-ALLIANCE / DPA

betonten am Wochenende, die Wahl sei frei. Für Merkel macht das die Sache nicht leichter.

In den Parteispitzen von Union und FDP wurde sorgfältig darauf geachtet, nur altgediente Fahrensleute nach Berlin zu schicken, berichtet Leonhard Kuckart, Vorsitzender der Senioren-Union in Nordrhein-Westfalen: „Die kennt man alle, und zwar seit Jahren." Die Union entsendet diesmal kaum Prominente. Sie gelten als unzuverlässig.

Kuckart hält wenig von dem Gedanken, dass der Wahlmann ein freies Mandat habe: „Wer sagt, dass Wahlmänner unabhängig sind, der irrt." Paragraf 7 spielt keine Rolle für ihn.

Aber auch Abweichler handeln nicht nur aus hehren Motiven. In einigen süddeutschen Ländern sitzen Politiker der Union, die Merkel übelnehmen, dass sie eine eher sozialdemokratische Politik verfolgt. Als sich Wulff bei der CDU in Baden-Württemberg vorstellen wollte, mussten die Politiker dienstverpflichtet werden, sonst wäre kaum einer gekommen. Wählen? Vielleicht. Zuhören? Nein.

Es ist auch bekannt, dass in Hessen ein paar Delegierte überlegen, ob sie nicht Merkel einen Denkzettel verpassen sollen. Sie unterstellen, dass Koch resigniert habe, weil ihm die Bundeskanzlerin keinen attraktiven Job in ihrem Kabinett angeboten hat. Und in der Bundestagsfraktion gibt es manchen Abgeordneten, der bei der Vergabe von Regierungsämtern zu kurz gekommen ist.

Das ist die Fraktion der Rächer in der Bundesversammlung. Niemand weiß, wie groß und wie entschlossen sie ist. Aber ihr Kalkül hat an diesem Ort nichts verloren. Wer die Frage, wer Bundespräsident wird, mit seinen vergeblichen Hoffnungen auf den Posten eines Staatssekretärs verrechnet, entwürdigt die Wahl.

Auch Tino Günther, FDP-Fraktionsvize in Sachsen, wird nicht für Wulff stimmen. Aber sein Kalkül hat durchaus Würde.

In der DDR richtete Günther, Jahrgang 1962, sein Leben abseits des Systems ein. Als Jugendlicher hielt er sich von der FDJ fern, später von der SED. Stattdessen engagierte er sich in der Kirchenbewegung, wo Gauck eine zentrale Rolle spielte. „Für mich war Gauck schon damals eine Widerstandsfigur", sagt Günther. Er schätzt Gauck wie kaum einen anderen. „Mein Gewissen verbietet es mir, jemand anderen zum Präsidenten zu wählen", sagt er. „Diese Entscheidung muss frei sein."

Ähnlich sehen es seine sächsischen FDP-Kollegen Volker Zastrow und Torsten Herbst. Der Bremer FDP-Chef Oliver Möllenstädt will ebenfalls für Gauck stimmen. „Es ist sehr schade, dass die Koalition Gauck nicht selbst vorgeschlagen hat", sagt Möllenstädt. „Man sollte die Präsidentenwahl nicht so stark unter parteipolitischen Gesichtspunkten sehen."

Neben den vier offenen Abweichlern gibt es unter den FDP-Delegierten viele Zweifler. Thüringens Fraktionschef Uwe Barth wollte sich vergangene Woche auf keinen Kandidaten festlegen. „Mein Herz tendiert zu Gauck", sagt er. Noch vor der Wahl will er mit Wulff unter vier Augen reden. „Er muss mir erst mal erklären, warum ich ihn wählen soll. Die Begründung, damit Merkel und ihre Koalition zu stabilisieren, reicht mir nicht aus."

Die ostdeutschen Bundestagsmitglieder der FDP, die nach der Kandidatenkür offen mit Gauck sympathisiert hatten, wurden von der Fraktionsspitze und anderen Abgeordneten bearbeitet. Man müsse an die Konsequenzen denken, mahnte die Fraktionsführung bei einem Treffen mit den ostdeutschen Parlamentariern in der Woche nach Wulffs Kandidatur.

Sogar der thüringische Abgeordnete Peter Röhlinger, lange klar auf Gaucks Seite, gibt sich nun bekehrt: „Mit Blick nach vorn weiß ich, dass ich Herrn Wulff zu wählen habe." Ein Satz, der in seiner Verquältheit die Lage gut beschreibt.

Solche Stimmen der inneren Drangsal gibt es in allen Lagern. Als Gauck sich Anfang Juni in der grünen Bundestagsfraktion vorstellte, äußerte sich als Letzter der Kreuzberger Haudegen unverrückbaren Linksseins, Hans-Christian Ströbele. Er habe sich ja häufig über Gauck geärgert, sagte der Alt-68er. Er werde ihn wohl trotzdem wählen, weil ihm sein „menschlicher, argumentativer Stil" gefalle. Seitdem sind drei Wochen vergangen.

„Zu meinem Leidwesen hat Gauck sich seitdem zu vielen Fragen geäußert", sagt Ströbele jetzt. „Was er zu Afghanistan und zur Sozialpolitik gesagt hat, gefällt mir nicht." Dennoch mag Ströbele sich nicht mehr umentscheiden: „Ich wähle ihn trotzdem." Selbst die Unabhängigkeit eines Ströbele hat ihre Grenzen, Parteimensch ist er dann doch.

Grüne und SPD haben den Kandidaten Gauck erfunden. Die Spitzenleute verkaufen das als Zeichen ihrer Offenheit. „Niemand erwartet, dass Joachim Gauck sozialdemokratische Programmatik herunterdekliniert. Deswegen ist unser Verhältnis sehr entspannt", sagt die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles.

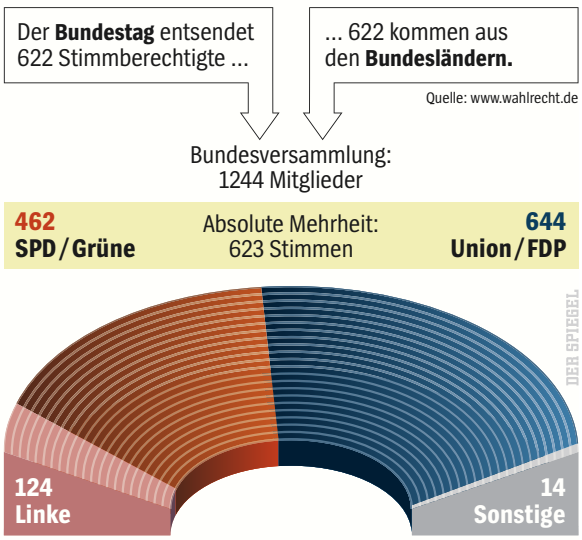
Aber ist Gauck nicht auch ein Mittel, um Merkel in Schwierigkeiten zu bringen oder zu stürzen? „Wenn die Regierungskoalition stolpert, dann über sich selbst und nicht über die Frage nach der Wahl des Bundespräsidenten", sagt Nahles. Tatsächlich ist die Wahl so heikel geworden, weil Schwarz-Gelb in einem desolaten Zustand ist und die eigenen Leute dieser Regierung kaum eine Träne nachweinen würden. Aber die SPD und die Grünen hätten es gern noch ein bisschen desolater.

Der Vorschlag Gauck, der wie ein Sieg über den Parteienstaat wirkt, ist in Wahrheit ein weiteres Kampfmittel im Streit der Parteien. Was nicht heißt, dass er kein guter Präsident sein kann.

Die Partei Die Linke will ihn in dieser Rolle nicht sehen, aber der eine oder andere könnte sich trotzdem versucht fühlen, Gauck im dritten Wahlgang zu wählen, weil dann die relative Mehrheit reicht, um Merkel schwer in Verlegenheit zu bringen.

Joachim Gauck hat sich als Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde harte Konflikte mit den Stasi-Verstrickten der Par-

Die Bundesversammlung



OLIVER MARK / AGENTUR FOCUS

JENS-ULRICH KOCH / DDP

BONSS / MOMENTPHOTO.DE

Abweichler Biedenkopf, Schipanski, Zastrow: *Es wird darauf geachtet, nur altgediente Fahrensleute nach Berlin zu schicken*

tei geliefert, er hat einen Text für das „Schwarzbuch des Kommunismus“ geschrieben und befürwortet den deutschen Afghanistan-Einsatz. Keine Stimme für Gauck, heißt deshalb die Parole von Sahra Wagenknecht, der Vize-Chefin der Linken. Sie drückt damit aus, was die Mehrheit denkt.

Aber es gibt auch Pragmatiker des Machtkampfs, zum Beispiel in Brandenburg. Sie halten es für absurd, dass ausgerechnet Die Linke Angela Merkel das Fell retten würde.

Allerdings stellt sich die Frage, ob Merkel wirklich stürzen würde, fiele ihr Kandidat durch. Wenn sie selbst nicht gehen will, gibt es hohe verfassungsrechtliche Hürden, um sie aus ihrem Amt zu entfernen. So kann es also sein, dass die Bundesversammlung Wulff wählt, um Merkel im Amt zu halten, Merkel aber auch im Amt bliebe, wenn Gauck gewählt würde.

Auch bei früheren Präsidentenwahlen wurde kühl kalkuliert, aber nicht ganz so ruchlos wie jetzt. Nach dem vorzeitigen Rückzug des glücklosen Heinrich Lübke stellten Union und SPD 1969 eigene Kandidaten auf, obwohl sie in einer Großen Koalition regierten.

Entscheidend für die Wahl des SPD-Kandidaten Gustav Heinemann war das Verhalten der FDP. Der damalige FDP-Vorsitzende Walter Scheel siegte parteiintern über den konservativen Flügel und organisierte eine sozialliberale Koalition in der Bundesversammlung. Dies sei „ein Stück Machtwechsel“, verkündete der Gewählte stolz. Das Bündnis für Heinemann bildete wenig später auch die Bundesregierung.

25 Jahre danach wäre es fast wieder so gekommen. Vor der Präsidentenwahl 1994 verstolperte Helmut Kohl sich bei der Kandidatenkür, er musste den Ostdeutschen Steffen Heitmann wegen rechtslastiger Äußerungen aus dem Verkehr ziehen. Der Notkandidat Roman Herzog, ein alter CDU-Getreuer, brauchte drei Wahlgänge, um gegen den Sozialdemokraten Johannes Rau zu gewinnen.

Spannend wurde die Wahl, weil die FDP sich weigerte, den Kandidaten des Koalitionspartners einfach mitzuwählen. Jürgen Möllemann fragte, ob ein Schritt zur SPD nicht wieder ein Stück Machtwechsel bringen könnte. Diesmal setzte sich der konservative Flügel durch.

Auch jetzt hat die Union einen verlässlichen Parteimann rekrutiert. Mit 51 Jahren verkörpert Wulff aber nicht das Anforderungsprofil des Elder Statesman, sagt der Heidelberger Zeithistoriker Edgar Wolfrum, Autor eines Standardwerks über die Geschichte der Bundesrepublik. Die anderen Unterschiede seien Gauck, also der starke überparteiliche Kandidat, und die äußerst schwache Bundesregierung, die in den Umfragen bei gut 35 Prozent liegt, aber über 50 Prozent der Delegierten stellt. „Diese Bundesversammlung ist nicht repräsentativ für die politische Stimmung in Deutschland“, sagt Wolfrum.

Der Präsident steht über dem Machtspiel, für seine Kür können andere Regeln gelten.

Nun sind Umfragen immer ein zweifelhafter Indikator in einer repräsentativen Demokratie. Aber es gibt auch härtere Zahlen, die in Frage stellen, mit welchem Recht die Parteien, vor allem die Volksparteien, noch immer die Kontrolle über so viele Bereiche des öffentlichen Lebens beanspruchen: über ARD und ZDF, über den Deutschlandfunk, über öffentliche oder halböffentliche Unternehmen, über Verwaltungen, mancherorts auch über Sparkassen und Wohlfahrtsverbände. Das Parteibuch ist für die Karriere häufig wichtiger als ein Examenszeugnis.

Das ist ungebrochen so, obwohl die Zahl der Mitglieder in den Volksparteien schrumpft. Auch die Wahlbeteiligung sinkt, von 91,1 Prozent im Jahr 1972 auf zuletzt 70,8 Prozent, genauso der Stimmenanteil der Volksparteien, von gut 90 Prozent auf knapp 57 Prozent im gleichen Zeitraum. Da wäre Demut durchaus angebracht.

Es wäre ein gutes Signal, könnte wenigstens die Bundespräsidentenwahl aus dieser Umklammerung befreit werden. Aber was ist die Alternative? Der Parteienforscher Eckhard Jesse schlägt vor, den Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen, auf sieben Jahre, für eine Amtszeit. Damit fiele die gefesselte Bundesversammlung weg.

Nur würde diese Lösung die Machtarchitektur der Bundesrepublik durcheinanderbringen. Mit einem Volksvotum im Rücken hätte der Präsident mehr Macht als derzeit. Er würde stärker mitmischen, das Machtspiel wäre noch intensiver als jetzt.

Ein Fortschritt wäre, wenn keine aktiven Politiker mehr gewählt werden dürften, also zum Beispiel keine Ministerpräsidenten etwa. Das würde den Blick öffnen für andere Kandidaten.

Aber auch diese Wahl könnte schon anders sein. Merkel müsste nur sagen, dass jeder Delegierte sich frei fühlen soll, selbst zu entscheiden, wer der bessere Präsident für Deutschland wäre. Sie würde den Delegierten die Entscheidung zurückgeben und sie befreien von den Machtkalkülen. Die Bundesversammlung hätte ihre Würde zurück.

Im Bundestag ist Fraktionszwang oft sinnvoll, weil sich Macht sonst nicht organisieren lässt. Der Präsident steht über dem Machtspiel, für seine Kür können andere Regeln gelten. Merkel selbst könnte Gauck wählen, wenn ihr danach wäre. Denn sein Sieg würde sie nicht mehr bedrohen. Gäbe sie die Wahl frei, könnte ihr das Scheitern des Kandidaten Wulff nicht als machtpolitisches Scheitern ausgelegt werden, nicht von den Parteifreunden, nicht vom Koalitionspartner, nicht von der Opposition, auch nicht von den Medien.

Eine solche Entscheidung Merkels wäre mit Respekt zu begleiten. Stefan Berg, Ralf Beste, Andrea Brandt, Markus Feldenkirchen, Julia Herrnböck, Kerstin Kullmann, Dirk Kurbjuweit, Friederike Schröter, Merlind Theile

Der Therapeut

Joachim Gauck wurde von einer Welle der Euphorie begleitet, weil sich mit ihm die Sehnsucht nach einer anderen Politik verbindet. Als Präsident würde er sein Land gern einer Therapie unterziehen. *Von Markus Feldenkirchen*

Der Kandidat möchte an diesem Morgen von Leipzig nach Düsseldorf fliegen, sein Bodyguard klettert die Stufen zur Lufthansa-Maschine hinauf, um ihn anzukündigen.

„Da kommt gleich der Herr Gauck“, ruft er der Stewardess zu, die oben an der Flugzeugtür wartet.

„Wer ist denn das?“

„Unser künftiger Bundespräsident“, sagt der Bodyguard.

„Aha. Und? Kann der was?“

Der Bodyguard nickt.

„Sind doch alle gleich.“ Die Stewardess winkt mit der Hand ab. „Glauben Sie etwa, der ist anders als die anderen?“

Auf seiner langen Reise durch ein Land, das einer Gauck-Hysterie zu erliegen scheint, ist die Stewardess die erste Person, die nicht gleich an die heilenden Kräfte des Kandidaten glaubt.

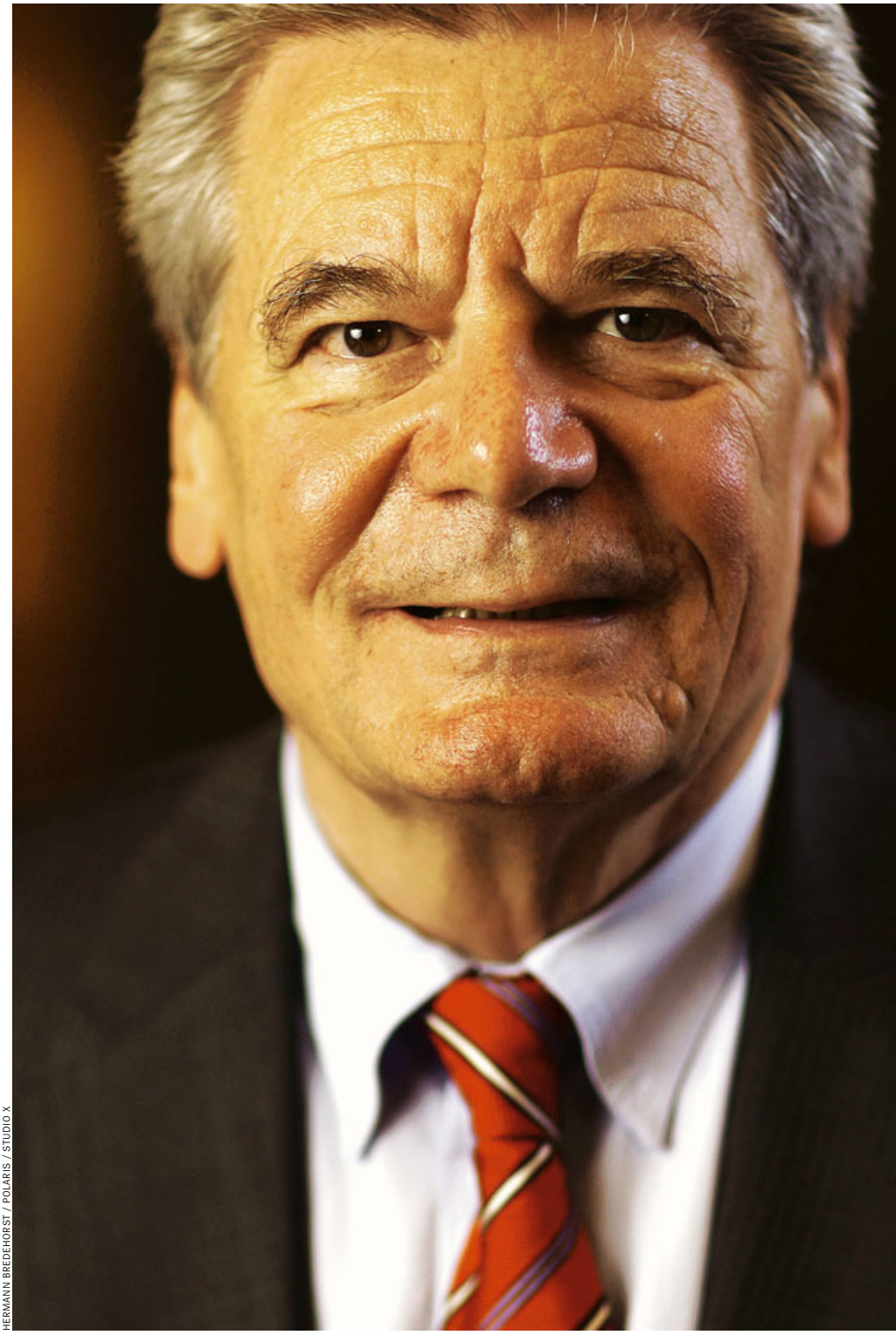
„Warten Sie’s ab“, sagt der Bodyguard.

Kurz darauf steht Gauck in der Flugzeugtür, er lächelt, sagt mit sanfter, dunkler Stimme „Ich bin Joachim Gauck“, umfasst ihre Hände mit den seinen wie ein Therapeut, sagt, dass er sich freue, heute an Bord zu sein, und plötzlich wirkt auch die Stewardess beseelt.

Viele, die Joachim Gauck während seiner Kandidatur für das Schloss Bellevue begegnen, geraten rasch in diesen Zustand, von Oskar Lafontaine und früheren Stasi-Generälen einmal abgesehen. Es wirkt, als wandle Gauck wie ein Messias durch das Land. Es würde nicht verwundern, wenn er der Stewardess gleich noch von der erlösenden Kraft der Freiheit berichten würde, „über den Wolken“ und so, aber dazu fehlt jetzt die Zeit. Boarding completed. Gauck versinkt in Sitz 1A und stößt einen wohligen Seufzer aus. „Ich weiß gar nicht, wo ich diese Kräfte hernehme.“ Seine Hände umspielen ein Erfrischungstuch.

Dann weiß er doch noch, wo die Kräfte herkommen. „Unsere Psychen belohnen uns, wenn wir unseren Potenzen nachgehen“, sagt er. „Vielleicht bin ich in der Vergangenheit meinen Potenzen nicht genügend nachgekommen. Jetzt aber komme ich ihnen voll und ganz nach.“ Es klingt, als liege er auf der Couch.

Die Stewardess serviert ein Frühstück und schaut ihn noch liebevoller an, als Stewardessen das vertragsgemäß tun. Es gebe nur ein Wort für diese wunderbare Situation, sagt er: „Glückhaft.“



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / STUDIO X

Kandidat Gauck: *Es wirkt so, als wandle er wie ein Messias durch das Land*

Gauck hat inzwischen rund 40 000 Freunde bei Facebook, in den Umfragen bekundet eine Mehrheit der Deutschen, dass sie ihn als Präsidenten haben wollen. An den Laternenpfählen der Republik, dort, wo sonst die Zettel für die vermissten Katzen kleben, hängt nun Gaucks Gesicht, mal als Andy-Warhol-Starschnitt, mal unter dem Slogan „Go for Gauck“.

Bisweilen wirkt der Trubel wie die krampfhafte Suche nach einem Heiligen in einer Welt der Fehlbaren. Und es drängt sich jene Frage auf, die die Stewardess stellte, ehe sie ihn kennenlernte: Ist der wirklich anders als die anderen?

Joachim Gauck wirkte schon bei seiner Vorstellung als Kandidat wie ein Außerirdischer in einem Milieu, dessen prägendstes Merkmal die Abgeklärtheit ist. Wo die Vokabeln sonst dutzendfach abgeschmeckt werden, bevor sie den Mund verlassen, sprach Gauck von seinen Gefühlen und gewährte Einblicke in seine Seele. Ins Reich der Strategen war plötzlich ein Mensch eingedrungen.

Wenn man Gauck richtig versteht, dann würde er Deutschland gern einer Therapie unterziehen. Er kennt sich aus mit solchen Prozessen, er hatte selbst mit Sinnkrisen zu kämpfen, hat sich selbst therapieren lassen, hat tief in sich hineingehorcht. Nun möchte er, dass auch sein Land an sich arbeitet.

Im Bonner Wasserwerk werden die Hörgeräte angeschaltet. Hier, wo in der Bonner Republik mal das Parlament tagte, sitzen nun viele Dauerwellen und Sakkos mit goldenen Knöpfen. In dieser Ballung sieht man das nur noch selten.

„Denk ich an Deutschland ...“ heißt die Veranstaltung, eingeladen haben die Konrad-Adenauer-Stiftung und der „Rheinische Merkur“, zwei Stützpfeiler der Bonner Republik, die inzwischen ein wenig verwittert wirken.

„Das ist generös, dass es diese Veranstaltung gibt“, sagt Gauck zur Begrüßung. „Das wärmt mein Herz.“

Die Euphorie um ihn hat viel mit seiner Sprache zu tun. Niemand in einem politischen Amt würde sich trauen, so emotional und feinfühlig zu reden, es würde ihm gleich als Schwäche ausgelegt. Gauck aber traut sich, als Mensch zu reden, seine Sätze werden genährt von einer reichen Biografie, lebenslangem Lesen und einer intensiven Beschäftigung mit sich selbst. Für das Amt des Bundespräsidenten, dessen einzige Macht das Wort ist, sind das keine schlechten Voraussetzungen.

Am Nachmittag hatte Gauck für die Dauer von 90 Minuten mal anders geklungen. Da hatte er in einem kleinen Raum im Düsseldorfer Landtag gesessen und Fußball geschaut, Deutschland–Serbien, neben ihm Hannelore Kraft, deren Handy auf dem Tisch wie ein Vibrator rumpelte.

„Ist Özil gar nicht dabei?“, fragte Gauck. „Doch“, sagte Kraft. „Und warum sieht man in Gottes Namen nichts von ihm?“ Er schüttelte den Kopf, rief „Och nä, so ein Gefummel“ oder „Schick mal einer den Badstuber vom Platz“. Als Lukas Podolski den Elfmeter verschossen hatte, brüllte Gauck den Plasmabildschirm an. „Wie kann man den, bitte, schießen lassen? Ich fass es nicht!“ Aber das war eher ungauckisch.

„Wir treffen uns hier in einer vom heutigen Fußballereignis etwas eingedunkelten Landschaft“, sagt er jetzt im Wasserwerk. Dann beginnt die große Erzählung, mit der er durch das Land zieht, sie handelt von der Schönheit der Freiheit. Er berichtet von dem Gefühl der Ohnmacht, die er als Unfreier in der DDR empfunden habe, vom „Knien im Gehen, im Stehen, im Sitzen“. Seine Worte fließen dahin wie der Rhein hinter den Fenstern.

Dann wendet er sich dem deutschen Grundgesetz zu, das hier in Bonn vor gut 60 Jahren verabschiedet wurde. Er gerät ins Schwärmen, er preist den „phänomenalen Grundrechtekatalog“ und diesen „unglaublichen Artikel eins“. Die Träger der goldenen Knöpfe sind nach vorn auf ihren Sitzen gerückt und lauschen gebannt. Sie glaubten, das alte Grundgesetz zu kennen, aber in Gaucks Worten klingt es nach etwas Frischem, Faszinierendem.

> Er wirkt wie ein Außerirdischer in einem Milieu, dessen Merkmal die Abgeklärtheit ist.

60 Jahre hat die bundesdeutsche Demokratie recht ordentlich funktioniert, die Menschen gingen brav zur Wahl, sie engagierten sich in Parteien oder diskutierten wenigstens mit. Mit den Jahrzehnten aber sind die Deutschen lustlos geworden. Sie haben sich abgewandt vom politischen Diskurs, und sie stellen häufiger die Sinnfrage. Es fehlt ihnen der demokratische Antrieb. Die deutsche Demokratie befindet sich in einer Midlife-Crisis.

Am Ende seines Vortrags liest Gauck eine Passage aus seiner Autobiografie vor. Sie gibt ein Gespräch mit einem Professor aus dem Westen wieder, in dessen Verlauf Gauck wieder mal vom großen Schatz der Demokratie und der westlichen Freiheit schwärmt. Es endet mit der Erkenntnis: „So wie zu DDR-Zeiten die Inselbewohner von Rügen sich erst von Besuchern aus Leipzig, Borna und Bitterfeld vor Augen führen lassen mussten, welch außergewöhnliche Luft sie atmeten, so war ihm erst in meiner Spiegelung das, was ihm seit Kindesbeinen vertraut war, anders, tief und hoch emotional erneut begegnet. Er lächelte. Nun konnte er glauben, was er wusste.“

THOMAS ULRICH

Revolutionär Gauck 1989 in Rostock: *„Wir 89er werden die Fahne nicht streichen“*

Nach dem Vortrag steht eine Frau mit Seidentuch im Foyer des Wasserwerks und fuchtelt erregt mit den Armen. „Ich brauch so ein Buch, ich brauch so ein Buch.“ Sie zupft an einem Sakko mit goldenen Knöpfen, ihrem Begleiter. „Der ist so toll der Mann, der ist so toll der Mann.“

Der Therapeut Gauck möchte den Westdeutschen ihre Verzagtheit und Lethargie nehmen, sie wieder für das begeistern, was sie schon lange besitzen. Es ist der Versuch, angelaufene Messingleuchter wieder auf Hochglanz zu polieren. Gaucks Leuchter heißen Demokratie, Grundgesetz, Rechtsstaat oder Wahlrecht.

Den Ostdeutschen möchte er ihre verklärende Sicht auf die Vergangenheit nehmen. Nichts ist Gauck unangenehmer als Nostalgie, vor allem in ihrer ostdeutschen Variante, der Ostalgie.

Im Saal der SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag versucht der Kandidat, den

LUKAS BARTH / DDP

Gauck-Unterstützerin: *„Ich wusste bisher gar nicht, was dieses Facebook ist“*

Wahlleuten Stolz einzuimpfen. Die Ossis sollten glücklich sein über ihre eigene Revolution. „Wir 89er werden die Letzten sein, die die Fahne streichen. Wenn die anderen umfallen in Ohnmacht, dann werden wir noch stehen. Ich glaube persönlich, dass ich länger an Freiheit und die Überlebensfähigkeit der Demokratie glauben werde als jeder andere in Deutschland.“ Bei jedem anderen in Deutschland würde ein solch pathetischer Satz peinlich wirken. Bei Gauck wirkt er glaubwürdig.

An einem Juniabend des Jahres 1951 standen zwei fremde Männer vor den Gaucks, sie nahmen seinen Vater mit, stiegen mit ihm in einen blauen Opel und fuhren davon. Joachim Gauck war damals elf Jahre alt. Als er ihn wiedersah, war er 15 und der Vater ein ausgehungerter Mann.

Verurteilt zu zweimal 25 Jahren, hatte sein Vater im sibirischen Gulag Bäume fällen müssen. Die Familie erfuhr nicht, wo er sich befand, nicht mal, ob er noch lebte. Wer am eigenen Vater sehen konnte, was Diktaturen anrichten, der kann wohl nicht anders, als die Freiheit zu vergöttern.

In einem Nebenraum des Landtags hat der Reporter der „Super Illu“, dem Fachmagazin für ostdeutsche Befindlichkeit, sein Aufnahmegerät eingeschaltet. Gauck beugt sich über einen Teller mit Putenschnittchen und harrt der Fragen. Bald kommt die „Super Illu“ auf die Stasi-Akten zu sprechen, deren Aufarbeitung Gauck nach der Wende so lange lenkte, bis die zuständige Behörde mit seinem Namen verschmolz.

Wenn ein Mensch ein Orientierungsproblem habe oder ein Leistungsproblem, dann gebe es zwei Möglichkeiten, sagt Gauck. Man könne seinen Kumpel fragen, der klopfe einem auf die Schulter und sage: Junge, das wird schon wieder! „Oder aber Sie wollen es wirklich wissen, dann machen Sie eine Therapie und dann finden Sie sich schnell in der Rolle des geprügelten kleinen Jungen wieder, der Angst hat, nicht geliebt zu werden.“

Der Mann von der „Super Illu“ guckt etwas verdattert, so genau wollte er es gar nicht wissen. „Man muss zurückschauen dürfen“, fährt Gauck fort, „man muss traurig sein dürfen, das ist wichtig – für jeden Einzelnen, aber auch für eine Gesellschaft. Erst die Rückschau lässt uns wirklich abschließen, sie lässt uns handlungsfähig sein.“ In Gaucks Wortschatz wimmelt es von Begriffen aus dem Reich der Psychologie.

„Erst die Rückschau lässt uns wirklich abschließen, lässt uns handlungsfähig sein.“

Er, der das Land aus seiner mentalen Krise führen möchte, kennt sich aus mit Therapien, er redet inzwischen offen darüber. Seine erste begann Gauck Ende der Achtziger, kurz vor dem 50. Lebensjahr. Der Beruf als Pfarrer füllte ihn nicht mehr aus, die Ehe war zerrüttet. Im Westen nannte man so was Midlife-Crisis. Gauck schloss sich einer Therapiegruppe seiner Kirche an, er widmete sich seinem Innern, bis sich auf einmal die Welt bewegte. Er löste sich aus seiner Ehe und fand eine neue Rolle, als Freiheitskämpfer, als Revolutionär. Erst die Therapie habe ihn zu dieser Aufgabe befähigt. „Als ich damals, im Herbst ’89, in meinen Predigten die Angst der Menschen vor dem Regime thematisierte, hatte ich ein tieferes Wissen über die Kraft von Ängsten.“

Der Kandidat federt in das Restaurant des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses in Berlin-Mitte. Gerade hat er erfahren, dass die „Netzmenschen“, wie er seine Fans aus dem Internet nennt, jetzt auch auf der Straße für ihn demonstrieren. „Ich wusste bisher gar nicht, was dieses Facebook ist“, sagt Gauck. „Wie komm ich denn dahin, in dieses Facebook?“ Als das geklärt ist, fragt er, ob er später noch einen Termin habe. Sein Sprecher nickt. „Dann nehm ich ’nen Rotwein. Aber nicht so kräftig.“

Warum hat er diese Kandidatur angenommen, obwohl er jetzt 70 ist und öffentlichen Ämtern schon abgeschworen hatte? Gauck überlegt, dann sagt er: „Es ist oft so, dass ich spüre, was in den Menschen vorgeht, noch bevor sie es selbst bemerken. Und dann sind meine Worte da für diese Gefühle. Ich bin wie ein Medium für die Leute. Es war oft so in meinem Leben, jetzt ist es wieder so.“ Manchmal klingt er etwas befremdlich.

Was er meint, ist die Gabe, Menschen zu ermuntern, sie in dem zu bestärken, was ihr Bedürfnis ist, allen Ängsten zum Trotz. Wie damals im Herbst ’89.

„Und dann“, sagt Gauck, „hat sich vieles in mir verändert. Vor zwei Jahren hätte hier ein ganz anderer Mann gesessen.“

Gauck hat ein zweites Mal Rückschau gehalten. Er hat sein Leben niedergeschrieben, sehr persönlich, sehr intim, das Buch erschien im vergangenen Herbst.

Bis zuletzt habe er sich als starken, entschiedenen Mann erlebt, als trotzigen Liebhaber der Freiheit. Dann habe er dagesessen und geschrieben, auch über die traurigen Momente des Lebens, jenen etwa, als seine Kinder das Elternhaus verließen und in den Westen gingen und Gauck seiner Frau unterkühlt erklärte, dass dies ein ganz normaler Prozess sei, und seine Frau fragte: „Andere Menschen haben hier ein Herz. Was hast du?“

„Und ich schreibe diese Sachen auf, und das ganze Wasser läuft aus meinen Augen raus, es überschwemmt mich.“ Er sei bis zu diesem Zeitpunkt immer dem alten Konzept von Männlichkeit gefolgt, habe gedacht, wer zu viel weine, zu traurig sei, der könne nicht stark sein. Davon sei er nun geheilt.

Es ist wohl diese Nachdenklichkeit und Leidenschaft, die Gauck für viele zum Objekt ihrer politischen Sehnsucht werden ließ. Im Kontrast zur nüchternen, stets kontrollierten Welt der Politik wirkt er unfassbar ehrlich und offen. Therapierte Menschen sind meist authentischer als nichttherapierte Menschen, sie trauen sich mehr, sie selbst zu sein, obwohl sie damit auch nerven können.

„Wie es manchmal so ist in therapeutischen Prozessen“, sagt Gauck zum Ende des Gesprächs und nimmt einen Schluck vom nicht so kräftigen Rotwein. „Wenn es gutgeht, kommt man am Ende stärker heraus.“ ◆

Der Systemmensch

Niemand verkörpert die Licht- und Schattenseiten der Parteiendemokratie so wie Christian Wulff. Bei seinem Kampf ums Schloss Bellevue machen ihn ausgerechnet jene Eigenschaften verdächtig, die ihm über Jahre das Überleben in der Politik sicherten. *Von René Pfister*

Es wird jetzt ganz schlimm. Dunkle Wolken ziehen über die Altstadt von Celle, und die Bühne des Privatsenders Radio 21 betritt die Schlagersängerin Kristina Bach, eine Frau mit roten Lippen und blonden Haaren, die vor 20 Jahren einen Hit mit dem Titel „Erst ein Cappuccino“ hatte.

Unten in den Gassen der Altstadt drängen sich Menschen in Allwetterjacken, doch Kristina Bach trägt Gala-Robe, ein weißes Paillettenkleid und hohe Schuhe, sie sagt, für diesen besonderen Tag habe sie ein besonderes Lied vorbereitet. Sie bittet das Publikum, sich zu erheben.

Die Sängerin beginnt ein Geburtstagsständchen. Mit tiefer und verruchter Stimme singt sie „Happy Birthday, Mr. President“, im Hintergrund summen Backgroundsänger im Smoking. Nichts an der Aufführung stimmt. Kristina Bach aus Mettmann ist nicht Marilyn Monroe, und in der ersten Reihe sitzt nicht John F. Kennedy, sondern Christian Wulff, der den 30. Tag der Niedersachsen eröffnen soll.

Über Wulffs Gesicht huscht ein ironisches Lächeln, dann reißt er sich zusammen. Er erhebt sich, obwohl er das Geburtstagskind ist, weil ihm sitzen bleiben als mangelnde Bescheidenheit ausgelegt werden könnte. Wulff steht und lächelt, sein Gesicht signalisiert Wohlwollen, und nur an der Starre der Mimik lässt sich erahnen, dass selbst Wulff jetzt Mühe hat, die Zumutungen eines Lebens als Berufspolitiker zu ertragen.

Nach Lage der Dinge wird Wulff am Mittwoch zum nächsten Bundespräsidenten gewählt, Angela Merkel hat ihn zum Kandidaten der Koalition ausgerufen, weil er ihr innerparteilich nützt und die spezifische Leidensfähigkeit des Politprofis mitbringt. Horst Köhler hat sein Amt weggeworfen, er war den Härten des öffentlichen Lebens nicht gewachsen, wie sich zeigte. Bei Wulff muss die Kanzlerin das nicht befürchten.

Er ist ein Mann des Systems. Kaum jemand ist so verwachsen mit der Parteiendemokratie der Bundesrepublik wie Wulff, er ist jetzt 51 und seit über 30 Jahren in der Politik. Schon mit 19 wurde er Chef der Schülerunion, kaum hatte er die Universität verlassen, stieg er zum Spitzenkandidaten der niedersächsischen CDU auf. Seit sieben Jahren ist er Ministerpräsident.

GOETZ SCHLESER / IMAGETRUST

Kandidat Wulff: *Er besitzt die spezifische Leidensfähigkeit des Politprofis*

Wulffs Erfolg beruht darauf, dass er sich besonders gut auf die Lebensbedingungen unter der politischen Glasglocke eingestellt hat, er besitzt eine eiserne Härte im innerparteilichen Revierkampf, aus seinem Mund kommen nur sorgsam abgezirkelte Sätze. Aber nun machen ihn gerade jene Fähigkeiten verdächtig, die ihm über Jahrzehnte das Überleben sicherten.

Denn Wulffs Gegner ist die Antithese zum Systemmenschen, Joachim Gauck war mal Pfarrer in der DDR, dann half er mit, das Regime der SED zu stürzen. Kaum ein Kommentator hat in den vergangenen Wochen das Wort für Wulff ergriffen. Die Mehrheit in der Bundesversammlung mag bei Wulff sein, doch Gauck wirkt wie der Kandidat der Herzen.

In dem Aufstand gegen Wulff steckt ein Aufstand gegen die deutsche Parteiendemokratie. Das ist verständlich, weil die schwarz-gelbe Koalition sich zuletzt als unfähig erwiesen hat, das Land ordentlich zu regieren. Andererseits ist Deutschland in den vergangenen 60 Jahren nicht schlecht gefahren mit wohltemperierten Politikern wie Wulff. Als Zögling des Parteienstaats offenbart Wulff dessen Vorzüge und Defizite, daran wird sich nichts ändern, wenn er ins Schloss Bellevue einzieht.

Beim Tag der Niedersachsen in Celle ist mittags eine Viertelstunde für Interviews eingeplant, das ZDF ist da und eine Reporterin von RTL, es werden harmlose Fragen gestellt, was er sich zum Geburtstag gewünscht habe („Gesundheit“) und wie er seine Chancen in der Bundesversammlung einschätze.

Am Ende tritt ein Redakteur der Deutschen Welle aus dem Kamerawald und sagt: „Herr Wulff, wie wollen Sie als Bundespräsident Deutschland nach außen vertreten?“

Wulffs Körper strafft sich. Außenpolitik ist heikel, man kann sich schnell verplappern. Um Zeit zu gewinnen, lobt er erst einmal die Verdienste der Deutschen Welle. Dann kündigt er an, die transatlantischen Beziehungen zu vertiefen, wichtig seien ihm aber auch Wachstumsländer wie Brasilien. Kurze Pause. Ach ja, sagt Wulff. Er werde natürlich auch das Afrika-Engagement Horst Köhlers fortsetzen. Sieht man von den Beziehungen zum Südpol ab, hat Wulff nichts Wesentliches vergessen. Er lacht zufrieden und schreitet rasch aus.

Wulff ist auch deshalb so weit gekommen, weil er seine Worte gewogen hat, ein unbedachter Satz kann schnell einen Skandal auslösen, Horst Köhler hat das gemerkt, als er in einem Moment der Unachtsamkeit sagte, die Bundeswehr sei auch dazu da, Handelswege zu schützen. Es dauerte nicht lange, bis die Berliner Hysterisierungsmaschine daraus machte, Köhler wolle Wirtschaftskriege führen.

Wulff wird so etwas nicht passieren, seine Sprache ist flach wie die norddeutsche Tiefebene. Er sagt: „Wir müssen den demografischen Wandel gestalten.“ Er sagt: „Wir brauchen eine große Debatte über Werte.“ Er sagt: „Die zentrale Aufgabe wird sein, Mut zu machen.“ Wulff will nicht überzeugen, es reicht ihm, wenn er keinen Widerstand erregt.

Mutig ist er nur, wenn es ihm nützt. In den neunziger Jahren hat er sich was getraut, da war er CDU-Fraktionschef in Niedersachsen, während Gerhard Schröder in der Staatskanzlei Wurzeln schlug. Wulff saß zusammen mit seinen Leuten und überlegte sich, wie er der Namenlosigkeit der Opposition entfliehen könnte, also forderte er den Rücktritt von Finanzminister Theo Waigel. Er beklagte, in Bonn säßen zu viele „Jasager“. So erwarb er sich den Ruf eines „Jungen Wilden“ in der CDU.

WALTER SCHMIDT / NOVUM

Jungpolitiker Wulff, Kanzler Kohl*: *Mutig nur dann, wenn es ihm nützt*

„Wulffs Erfolg beruht darauf, dass er die Regeln des Systems verinnerlicht hat.“

Angekommen an der Macht, war es mit der Aufmüpfigkeit vorbei. Wulff führte seine Regierung nicht schlecht, er stutzte die Verwaltung und holte fähige Leute in sein Kabinett, aber je länger er in der Staatskanzlei saß, umso präsidialer wirkte er. Wulff wollte nicht mehr entscheiden, seine Politik war vor allem darauf bedacht, sein Image als Sonnenkind der deutschen Politik nicht zu verdunkeln.

* Im Februar 1994 bei einer Wahlkampfveranstaltung in Niedersachsen.

So gesehen wäre Wulffs Einzug ins Schloss Bellevue konsequent. Nur: Wofür braucht es einen Bundespräsidenten, der so abgeschmirgelt redet, dass seine Sätze ohne Echo bleiben? Das Staatsoberhaupt hat keine echte Macht. Wenn seine Worte keine Wirkung entfalten, ist er nur ein Ziermöbel der Politik.

Wulff sagt, dass er als Bundespräsident Verständnis wecken wolle für die komplizierten Entscheidungsabläufe der Politik. „Man kann besser für die Parteien werben, wenn man aus einer Partei kommt.“ Grundsätzlich ist das richtig. Horst Köhlers Amtsjahre litten auch darunter, dass er sich mit dem Volk gegen die Berliner Politiker verbündete, er machte sich beliebt auf Kosten der Parteien.

Im Moment gibt es aber das Problem, dass sich die Parteien so sehr in Grabenkämpfe verstrickt haben, dass kaum noch vernünftige Politik möglich ist. Kann ein Bundespräsident da gegensteuern? Er dürfte sich nicht über die Politik erheben, er müsste sich unabhängig von ihr machen. Wulff ist ein Routinier des politischen Betriebs, aber von einem Bundespräsidenten kann man erwarten, dass er sich außerhalb der politischen Logik und ihrer Zwänge stellt.

Das ist nicht Wulffs Stärke. Sein Erfolg beruht gerade darauf, dass er die Regeln des Systems verinnerlicht hat. Wulff umweht nicht die intellektuelle Kühle eines Richard von Weizsäcker, er wirkt schon jetzt wie Karl Carstens, der auf einer ewigen Wanderschaft um die Gunst der Bürger warb.

Beim Tag der Niedersachsen ist er jetzt am Stand der russlanddeutschen Lands-

MARK MÜHLHAUS / ATTENZIONE

CDU-Mann Wulff: *Er versucht, die Fassade der lächelnden Unbekümmertheit zu halten*

mannschaft angelangt, eine Frau mit üppigem Dekolleté nötigt ihn, ein Stück selbstgebackenes Brot zu kosten. „Schmeckt sehr gut“, lobt er. Dann schnürt ein Mann heran, er singt russische Volksweisen und trägt ein Tablett mit schlierigen Gläser voll Wodka. Wulff hasst Schnaps, aber zu seinem Unglück hat sich Dirk-Ulrich Mende, der Oberbürgermeister von Celle, schon ein Glas geschnappt.

Was sich nun entspinnt, ist ein Wettstreit der Volkstümlichkeit. Mende nimmt einen kräftigen Schluck, Wulff schaut ungläubig und sagt: „Sie sind ja kampferprobt.“ Dann nippt er selbst, er will nicht als Weichei dastehen. Jetzt führt Mende wieder den Wodka an die Lippen, Wulff zieht widerwillig nach. Am Ende sind beide Gläser leer. Wulff holt tief Luft, das Volk applaudiert.

Er wird gemocht für die Fähigkeit, sich den Wünschen seiner Umgebung anzupassen. In einigen repräsentativen Umfragen liegt Wulff nur knapp hinter Gauck, und auf seinen Fahrten durch Niedersachsen schlägt ihm eine Sympathie entgegen, die selten geworden ist für einen Spitzenmann der Politik.

In den Medien dagegen wird Wulff in diesen Tagen gern verspottet als der Repräsentant eines biederen und provinziellen Deutschland. Die „Zeit“ widmete ihm eine Stilkritik, in der der Kandidat, „brutalstmöglich oberflächlich“ betrachtet wurde. Es ging nicht gut für ihn aus. Das Interessanteste an Wulff scheine, dass er sich mit zwei F schreibe, „und das ist nicht interessant“. Es war die brutalstmögliche Häme.

Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel haut in diese Kerbe, wenn er sagt, Gauck habe ein Leben und Wulff nur eine politische Laufbahn. In solchen Sätzen steckt auch der Selbsthass des Parteimenschen Gabriel. Es stellt sich die Frage, welcher Spross der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft überhaupt noch das Recht hat, für das Amt des Staatsoberhaupts zu kandidieren. Es ist schwer, in der Bundesrepublik zum Helden zu werden.

Wulff wurde auch deshalb ein Kind des deutschen Parteienstaats, weil ihm eine

> „Er wird gemocht für die Fähigkeit, sich den Wünschen der Umgebung anzupassen.“

echte Familie fehlte. Als er 15 war, erkrankte seine Mutter an Multipler Sklerose. Der Stiefvater machte sich aus dem Staub, und so musste sich Wulff nicht nur um die Mutter kümmern, sondern auch um seine kleine Schwester.

Mathias Middelberg kann sich noch gut erinnern, wie er an Heiligabenden zu Wulff nach Hause kam und half, die an den Rollstuhl gefesselte Mutter durch das Treppenhaus zu tragen. „Es war unglaublich, mit welcher Disziplin der Christian das alles durchzog: Schülersprecher, die Arbeit in der Schülerunion, und dann auch noch die Pflege der Mutter“, sagt Middelberg.

Er kramt in seinem Aktenschrank und zieht einen Ordner heraus, in denen alte Unterlagen der Jungen Union Osnabrück abgeheftet sind: handgeschriebene Briefe, in denen Wulff seine Freunde zu Vorstandssitzungen einlädt, und ein Heft mit dem Titel „Wir in Osnabrück“, mit dem Wulff im Jahr 1986 für seine erste Kandidatur für den örtlichen Stadtrat warb. Die Reportagen darin schrieb Beate Baumann, die heute das Büro von Angela Merkel leitet.

Middelberg sitzt für die CDU im Bundestag, aber er brachte im Gegensatz zu Wulff nie die Bereitschaft auf, sein Leben fast ausschließlich auf die Politik zu konzentrieren. Wulff habe sich gewappnet gegen alle Widrigkeiten, sagt Middelberg, nur so habe er all die Niederlagen in seiner Zeit als Oppositionsführer in Niedersachsen ausgehalten. Erst 2003, im dritten Anlauf und nach neun Jahren, schaffte Wulff den Sprung in die Staatskanzlei. „Für Christian ist die CDU mehr als Arbeit“, sagt Middelberg. „Sie ist für ihn auch Heimat.“

Das macht es für Wulff jetzt so schwer. Er besitzt nicht die Lässigkeit Gaucks, der nach einer Niederlage wieder in sein Leben als Pensionär zurückkehren kann. Für Wulff geht es um alles. Er ist entschlossen, zur Not auch drei Wahlgänge in der Bundesversammlung über sich ergehen zu lassen. Denn gewinnt Gauck, dann ist nicht nur seine politische Karriere vorbei, dann ist er das Gespött des Landes.

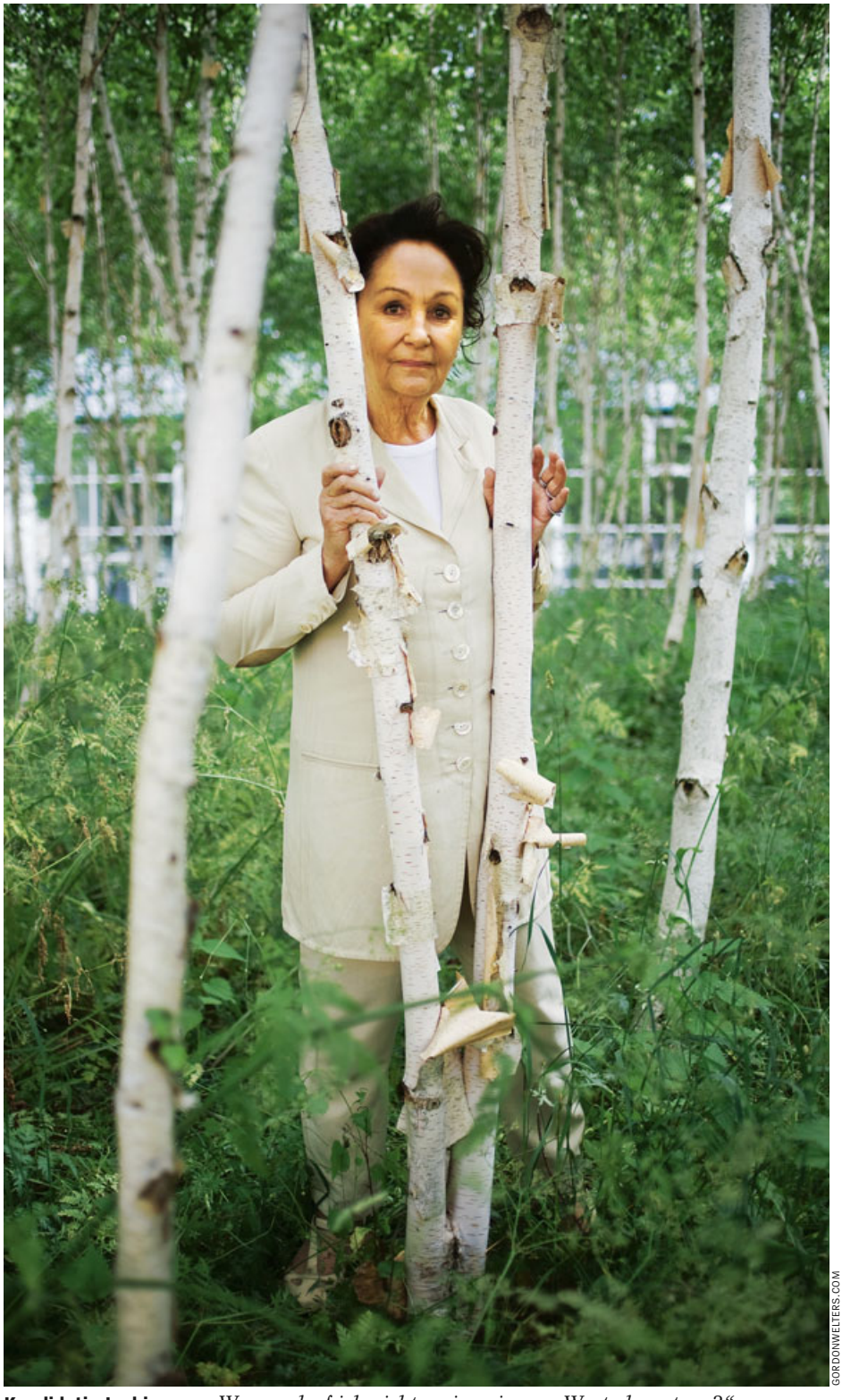
Wulff versucht, die Fassade einer lächelnden Unbekümmertheit zu halten. „Die Zukunft gehört den Sanftmütigen und Friedfertigen“, sagt er, wenn er auf seine Kandidatur angesprochen wird. Doch immer wieder verrutscht die Maske, bricht eine unterdrückte Wut aus ihm heraus. In Celle schnaubt er, Gauck sei doch mit seinen 70 Jahren viel zu alt für den Einzug ins Schloss Bellevue. Bei einer Podiumsdiskussion in Hannover sagt er: „Es kann doch nicht sein, dass einem die Biografie abgesprochen wird, nur weil man sich politisch engagiert.“

Er muss sich jetzt noch einmal konzentrieren. Beim Tag der Niedersachsen steht Wulff vor der Torwand der Jugendfeuerwehr, er schießt, der Ball geht daneben. Er versucht es noch mal. Wieder vorbei. Aus seinem Gesicht weicht alles Spielerische, er nimmt einen langen Anlauf. Der Ball fliegt auf die untere linke Ecke zu, er hakt kurz am Holz, dann springt er durchs Loch. Applaus.

„Es ist wie immer bei mir“, sagt Wulff erleichtert, „im dritten Versuch klappt’s dann doch.“

In der Zeitmaschine

Luc Jochimsen wurde aufgestellt, weil Joachim Gauck für viele in der Linken unwählbar ist. Sie trat mit der Absicht an, Ost und West zu versöhnen. Nun spaltet sie sogar das eigene Lager.



GORDONWELTERS.COM

Kandidatin Jochimsen: *„Warum darf ich nicht meine eigenen Worte benutzen?“*

Diesmal dauert es fast 20 Minuten, bis jemand nach der DDR fragt. Lukrezia Jochimsen sitzt vor einem Mikrofon im Landtagsgebäude von Potsdam, zwei Dutzend Abgeordnete der Brandenburger Linken hören zu, wie sie von ihrer Kindheit im Krieg erzählt, von Gandhi und ihrer Haltung zu Afghanistan, bis ein Abgeordneter aus der Tiefe des Raums die Frage nach vorn wirft, wie sie das meinte, als sie sagte, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen.

Jochimsen holt Luft. Wolfgang Thierse, der Vizepräsident des Bundestages, nannte ihre Äußerungen schäbig und beschämend, der CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte, sie verhöhne die Opfer des DDR-Regimes. Jochimsens Partei, die Linke, will weg vom Ost- und Stasi-Image, aber ihr ist die Frage gar nicht unangenehm. Ihre Kandidatur hat jetzt ein Leitmotiv. Die DDR. Wenigstens das. Die Kameras sind jetzt wieder da, wie früher. Ab und zu müssen ihr die Kameraleute nur sagen, sie solle nicht in das Objektiv schauen, sondern seitlich zu dem Mann mit dem Mikro in der Hand.

Lukrezia Jochimsen ist 74 Jahre alt, geboren in Nürnberg, aufgewachsen in Düsseldorf und Frankfurt, mit der DDR hatte sie zuweilen beruflich zu tun. Sie war Redakteurin des Fernsehmagazins „Panorama“, ARD-Korrespondentin in London und Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, die Zuschauer kannten sie als Luc Jochimsen. 2001 ging sie in den Ruhestand. Sie sagt, sie sei schon immer links gewesen. Seit 2005 sitzt sie für die Linkspartei im Bundestag, als kulturpolitische Sprecherin auf einem der hinteren Plätze.

Vor drei Wochen klopfte Gesine Lötzsch, eine der beiden Parteivorsitzenden, an ihre Bürotür und fragte, ob sie nicht für die Wahl zum Bundespräsidenten kandidieren wolle. Jochimsen sagte spontan ja. Gregor Gysi warb für sie anschließend mit dem Satz: „Sie musste versuchen, Sendungen für sämtliche Fernsehzuschauerinnen und Fernsehzuschauer zu machen, das heißt, sie ist geeignet, an alle Bürger zu denken.“

Jochimsen reist seitdem in Begleitung von Hanno Harnisch, dem stellvertretenden Pressesprecher der Linken-Bundestagsfraktion, von Zeitungs- zu Radiointerviews und stellt sich Genossen vor, die sie Lüc nennen. Harnisch trägt knittrige Anzüge wie Inspektor „Columbo“, als IM „Egon“ lieferte er der Stasi Informationen über Kollegen, Bekannte und das Umfeld von Wolf Biermann. Er arbeitete beim DDR-Jugendradio DT 64, war nach der Wende Pressesprecher der PDS und bis vor kurzem Feuilletonchef der parteinahen Zeitung „Neues Deutschland“.

Harnisch hilft der Kandidatin, den Weg über dunkle Flure zu finden, er drückt Aufzugknöpfe, trägt Papiermappen und passt auf, dass nichts außer Kontrolle ge-

rät. Er ist freundlich, aber auf der Hut bei Journalisten. Harnisch sagt, es sei einfach, einen von der Kandidatin dahingesagten Halbsatz aus dem Zusammenhang zu reißen und zu verdrehen.

Wohin Jochimsen und Harnisch in den vergangenen Tagen auch reisten, das Gespräch landete meistens bei der DDR. Sie reisen in der Zeitmaschine. Back to the future. Den Abgeordneten in Potsdam ruft Luc Jochimsen durch das Mikrofon entgegen: „Die DDR hat unverzeihliches Unrecht begangen, aber sie war kein Unrechtsstaat, juristisch gesehen. Warum darf ich nicht meine eigenen Worte benutzen?“ Sie hatte angekündigt, mit ihrer Kandidatur wolle sie Brücken schlagen zwischen Ost und West, jetzt steht sie im Dauergegenwind. Auch ihre Haare sehen aus, als käme sie immer von irgendwo angerannt.

TEUTOPRESS / SZ PHOTO

Journalistin Jochimsen 1994: *„Irreführung einer Betörten“*

Sie weiß selbst, dass sie nur eine Nebenrolle besetzt bei der Präsidentenwahl. Die Partei hat sie nominiert, weil Gysi und viele andere linke Abgeordnete Joachim Gauck, den ehemaligen Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, nur über ihre Leiche wählen würden; außerdem waren sie wütend, dass die Grünen und die SPD vorher nicht gefragt hatten. Jochimsen kämpft deshalb auch gegen den Eindruck, sie sei die Kandidatin der Eingeschnappten. An ihr klebte die Hoffnung, dass sie für ihre Partei zumindest ein bisschen weniger peinlich sein würde als Peter Sodann, der frühere Tatort-Kommissar, dessen Präsidentenkandidatur für die Linke vor einem Jahr auf den Satz zusammenschrumpfte, er löse jeden Morgen ein Kreuzworträtsel auf dem Klo mit der Auflösung auf der Rückseite, weil er dann zwei Erfolgserlebnisse gleichzeitig habe.

Jochimsen redet lieber von früher. Sie sitzt auf der Rückbank der Fraktionslimousine, Harnisch schaut aus dem Beifahrerfenster und hört aufmerksam zu. Sie sagt, als sie bei „Panorama“ war, galt ihre Redaktion als Nestbeschmutzer in der Bundesrepublik, sie habe sich damals als Outcast gefühlt, als Paria, als Außenseiter. Es ist kein schlechtes Gefühl. Eine gegen die Mehrheit, gegen alle, gegen den Konsens, gegen das Böse.

1981 wollte sie einen Dokumentarfilm über die weibliche Arbeitswelt in der DDR drehen, ein Stück gegen die vielen Klischees und die DDR-Feindlichkeit im Westen. Sie meldete sich beim Internationalen Pressezentrum in Ost-Berlin und sagte, sie würde gern DDR-typische Frauen porträtieren. Die Wahl fiel auf Erfurt, worauf die Erfurter Bezirksverwaltung zusammen mit der SED und dem Ministerium für Staatssicherheit erkunden ließ, wer vertrauenswürdig genug erschien, mit einer Westreporterin zu sprechen. Die Stasi stimmte schließlich einer Auswahl von sechs Damen mit dem deutlichsten Klassenstandpunkt zu, die vor den Dreharbeiten zum Strategiegespräch mit dem örtlichen Stasi-Offizier antraten, Deckname „Wolfgang“. Für das Team gestalteten sich die Recherchen erfreulich überraschungsarm. Bevor sie abreiste, bedankte sich Jochimsen bei dem Stasi-Mann noch für die „Unterstützung durch die verantwortlichen staatlichen Stellen“.

Es sei ihr natürlich klar gewesen, dass sie die ganze Zeit beschattet wurden, sagt Jochimsen heute. Die Stasi durfte mit dem Ergebnis zufrieden sein. Der 44 Minuten lange Dokumentarfilm wurde am 10. April 1981 in der ARD ausgestrahlt, er zeigt zu Beginn einen lächelnden Erich Honecker im Gespräch mit lächelnden Frauen und beschreibt ein auch sonst einschränkungslos glückliches Leben im anderen Deutschland. An Jochimsens mildder Sicht auf die DDR hat sich wenig geändert. Ihr Sender, erzählt sie, habe 25 000 Mark für die Betreuung während der Dreharbeiten gezahlt, also auch dafür, dass die Stasi freundlicherweise die Gesprächspartner organisiert hat.

Die Umstände, unter denen der Film zustande kam, wurden vor zwei Jahren von Historikern in einem Kapitel des Buches „Operation Fernsehen – Die Stasi und die Medien in Ost und West“ rekonstruiert. Jochimsen taucht darin unter der Überschrift „Irreführung einer Betörten“ auf. Sie hat sich darüber so geärgert, dass sie die Frauen von 1981 zusammenrief, um sich bestätigen zu lassen, dass sie im Film die Realität beschrieben habe.

Nach der Wende beobachtete sie interessiert, wie sich die PDS entwickelte, sie sah, wie deren Politiker von anderen beschimpft wurden. Jochimsen kannte das Gefühl, sie hatte Sympathien. Die PDS war der Outcast im Bundestag. Sie hatte immer etwas übrig für die Ausgestoßenen, sie mussten gar nicht unbedingt links sein. Es gibt ein Foto aus dem Jahr 2003, wo sie und ihr Mann auf einer Hotelterrasse in Venedig sitzen und Michel Friedman trösten, der vor seinem Kokain- und Prostitutionsskandal geflohen war.

Als nach ihrer Pensionierung Dietmar Bartsch von der PDS in ihrem italienischen Landhaus anrief und fragte, ob sie für ein Bundestagsmandat seiner Partei kandidieren wolle, musste sie nicht allzu lange überlegen. Jochimsen bezog das Abgeordnetenbüro Nummer E 070, im Erdgeschoss gelegen, gegenüber einem Palettenlager der Poststelle.

Sie steigt aus dem Wagen und betritt das Abgeordnetenhaus von Berlin. Drinnen warten die Mitglieder der Berliner Linksfraktion sowie Kameraleute und Journalisten mit ihren Fragen zur DDR. Es geht längst nicht mehr um die Frage, wie sich Ost und West vereinen lassen, aber womöglich war die Unrechtsstaat-Debatte auch nicht die richtige Strategie. Sie ist jetzt Politikerin, nicht mehr Journalistin, sie muss auf ihre Worte achten. Nach der Diskussion mit den Abgeordneten steht sie auf dem Treppenabsatz vor den Kameras und gibt Interviews. Eine Abgeordnete der Linksfraktion schaut von der Seite zu und sagt, sie wünsche sich von Luc manchmal ein Aber zur DDR, ein differenzierteres Bild, nicht nur Begeisterung.

Manche Parteifreunde zweifeln an ihr, und die Linken-Politiker André Brie, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch plädieren mehr oder weniger direkt dafür, in der Bundesversammlung doch Gauck zu wählen, wenn es zu einem dritten Wahlgang kommt. Lukrezia Jochimsen, die immer zu den Außenseitern wollte und zu deren Präsidentschaftskandidatin aufstieg, muss jetzt um Stimmen fürchten.

Christoph Scheuermann

BERTHOLD STADLER / DDP

Umweltminister Röttgen mit Elektroroller

UMWELT

„Gefahr für den Wohlstand“

Bundesumweltminister Norbert Röttgen, 44 (CDU), über die Umweltkatastrophe am Golf von Mexiko, die gefährliche Abhängigkeit vom Erdöl und das Energiekonzept der Bundesregierung

SPIEGEL: Herr Röttgen, tanken Sie mit gutem Gewissen bei der BP-Tochter Aral?
Röttgen: Ich halte es sowohl privat als auch politisch für falsch, auf die Katastrophe am Golf von Mexiko mit Boykotten zu reagieren. BP ist natürlich hauptverantwortlich für das Unglück selbst, aber zum Gesamtbild gehört auch, dass es Regierungen waren, die fahrlässig Genehmigungen erteilt haben. Es gab auch völlig unzureichende Sicherheitsstandards. Zudem führt eine Spur vom Golf zu jedem Erdölverbraucher in der westlichen Welt. Wir alle sind abhängig vom Öl und müssen weg davon.
SPIEGEL: Deutschland bezieht kein Öl vom Golf, dennoch ziehen Sie eine Linie?
Röttgen: Was dort gerade passiert, ist eine globale Umweltkatastrophe. Wir haben bisher nur eine Ahnung von dem elenden Sterben, das im Meer vor sich geht, vom Schaden für Fische und das Ökosystem. Wir müssen befürchten, dass das Öl durch Hurrikane und Strömungen weiträumig bis zu uns verteilt wird. Schon deshalb muss sich jeder fragen, wie er künftige Ölkatastrophen vermeiden helfen kann. Die Abhängigkeit vom Erdöl führt uns in ein systemisches Risiko, in ein Lebensrisiko vor allem der westlichen Welt.
SPIEGEL: Wo sehen Sie die größte Gefahr?
Röttgen: Die Abhängigkeit vom Erdöl bedroht unsere Sicherheit gleich mehrfach. Es ist gefährlich, dass Deutschland wie die USA einen Großteil des Energiebedarfs aus politisch oftmals instabilen Ländern importieren müssen. Das Öl wird immer knapper, damit immer teurer, was unseren Wohlstand gefährdet. Ein dramatischer Klimawandel droht. Und schließlich müssen immer gefährlichere Ausbeutungswege beschritten werden, was die Gefahr von neuen ökologischen Katastrophen in sich birgt. Die Abhängigkeit vom Öl macht uns viel zu verletzlich.
SPIEGEL: Auch Deutschland steht vor der Wahl, woher es künftig sein Erdöl bezieht. Regierungsexperten erwarten, dass unsere Versorgung zunehmend aus Ländern wie Brasilien und Angola kommt, die auf die riskanten Tiefsee-Bohrungen setzen. Wie wollen Sie damit umgehen?
Röttgen: Wenn wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise nicht ändern, werden Ölfirmen für uns in immer sensiblere Gebiete vordringen, auch in Regenwälder und in die Arktis. Für mich ist klar, dass wir bestimmte Risiken einfach nicht eingehen dürfen. Angesichts der Katastrophe im Golf muss es weltweit zu einer neuen, harten Risikobewertung künftiger Ölförderungen kommen. Hohe ökologische Standards, wie sie etwa bei der Bohrung im deutschen Wattenmeer gelten, müssen jetzt weltweit koordiniert und durchgesetzt werden.
SPIEGEL: Beim jüngsten Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen ist die Staatengemeinschaft mit einem koordinierten Vorgehen kläglich gescheitert. Gibt Ihnen das nicht zu denken?
Röttgen: Ich setze auf die Lernfähigkeit von Gesellschaften. Auch bei der Weltfinanzkrise waren die Risiken vorher bekannt, aber erst die Erfahrung der realen Folgen hat die Chance eröffnet, etwas zu verändern.
SPIEGEL: Warum streichen Sie dann nun nicht die vielen Subventionen für den Verbrauch von fossilen Brennstoffen?
Röttgen: Dieser Prozess hat doch schon begonnen. Diese Bundesregierung hat in großem Umfang ökologische Steuerungsinstrumente beschlossen. Die Abgabe auf Flugreisen und die Streichung von Steuerprivilegien für energieintensive Betriebe sind wichtige Schritte. Zusammen mit der Brennelementesteuer sind das fünf Milliarden Euro pro Jahr.
SPIEGEL: Aber es sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Agrardiesel, Dienstwagenprivilegien und andere ökologisch unsinnige Subventionen machen knapp 50 Milliarden Euro pro Jahr aus. Wollen Sie so Deutschland weg vom Öl bringen?
Röttgen: Das Nachdenken sollte nun nicht aufhören. Ökonomisch und ökologisch unsinnige Subventionen in Frage zu stellen bleibt nötig.
SPIEGEL: Ist die Golf-Krise Anlass für zusätzliche Maßnahmen?

Röttgen: Wir tun ja schon sehr viel. Wir haben mit 16 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Strom und 10 Prozent am Primärenergiebedarf einen guten Vorsprung vor den USA. Es ist unsere größte ökonomische Chance, nun konsequent alles auf die Versorgung mit erneuerbaren Energiequellen auszurichten.

SPIEGEL: Wäre es nicht geboten, nun in Deutschland die Mineralölsteuer anzuheben, um den Ölverbrauch zu senken?

Röttgen: Ich glaube, das ist zumindest im Moment keine Maßnahme, mit der wir die Bürger auf den notwendigen Kurs der Veränderung führen.

SPIEGEL: Wo wollen Sie denn dann über die bisherigen Maßnahmen hinausgehen?

Röttgen: Wir wollen den Anteil der nachhaltigen Biokraftstoffe erhöhen und die Kfz-Steuer am CO_2-Ausstoß bemessen. In unserer Abfallpolitik will ich erreichen, dass Plastik als Sekundärrohstoff wiederverwertet statt verbrannt wird. Wir müssen beim Gebäudebestand klare Anreize dafür setzen, alte Ölheizungen auszutauschen. Und wir müssen die Effizienz von Elektrogeräten deutlich steigern.

SPIEGEL: Bei der Effizienz reicht aber kein freiwilliges Mitmachprogramm, oder?

Röttgen: Künftig sollen die Anbieter mit den besten Werten den Industriestandard für die Energieeffizienz setzen. Die Wettbewerber bekommen dann etwas Zeit, den jeweiligen Effizienzrekord mit einem gewissen Abschlag in ihren Produkten zu verwirklichen. Wer das nicht schafft, kann seine Produkte nicht mehr absetzen. Das belohnt die Spitzenreiter.

SPIEGEL: Schon die letzten Bundesregierungen sind dabei gescheitert, mehr Effizienz gesetzlich durchzusetzen. Warum sollte Ihnen das anders gehen?

Röttgen: Weil das Wirtschafts- und das Umweltministerium im Rahmen des Energiekonzepts bereits gemeinsam festgelegt haben, dass die Energieeffizienz jährlich um 2,3 bis 2,5 Prozent steigen muss. Heute sind es 1,7 Prozent. Das darf natürlich nicht nur auf dem Papier stehen.

SPIEGEL: Die schwarz-gelbe Regierung hat eine Energiepolitik aus einem Guss versprochen. Seither wird gestritten. Glauben Sie überhaupt noch an eine Einigung über das nationale Energiekonzept?

Röttgen: Die Energiefrage ist eine wirkliche Grundsatzfrage, da gehört Diskussion dazu. Am Ende müssen und werden wir aber entscheidungsfähig sein. Es ist nur schade, dass das Thema Laufzeitverlängerung zu sehr im Vordergrund steht und wir zu wenig darüber reden, wie wir unsere Führung im Bereich der Umwelttechnologien ausbauen. Eine umweltschonende Wirtschaftsweise ist die Wachstumsstrategie für das 21. Jahrhundert.

SPIEGEL: Das ist Ihre Vorstellung, aber es gibt viel Widerspruch. Die CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung forderte jüngst neue Kernkraftwerke.

Röttgen: Die CDU und die Koalition haben zum Neubau von Kernkraftwerken eine eindeutig negative Beschlusslage.

SPIEGEL: Die Forderungen zur Laufzeitverlängerung reichen von vier Jahren bis ultimo. Bleiben Sie dabei, dass es nur wenige Jahre sein dürfen?

Röttgen: Ich bin weiterhin davon überzeugt, dass wir für eine überschaubare Anzahl an zusätzlichen Jahren die Kernenergie als Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energieversorgung brauchen.

SPIEGEL: Sie wollten auch, dass die Gewinne aus verlängerten Atomlaufzeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien eingesetzt werden. Stattdessen soll es nun eine Brennelementesteuer geben, die in den allgemeinen Haushalt fließt.

Röttgen: Die Brennelementesteuer ist ein Konsolidierungs-, aber auch ein Sanierungsbeitrag, zum Beispiel für die enormen Kosten, die beim Problemendlager Asse entstanden sind und entstehen werden. Wenn es zu Laufzeitverlängerungen kommt, bleibt es dabei, dass wir zusätzlich etwa die Hälfte der entstehenden Gewinne abschöpfen und für die Förderung erneuerbarer Energien einsetzen wollen.

SPIEGEL: Wenn Sie die Reaktoren länger am Netz lassen, sind dann weniger Kohlekraftwerke nötig?

Röttgen: Wir müssen zwischen alten und neuen Kohlekraftwerken differenzieren. Wenn wir bis 2050 die CO_2-Emissionen um mindestens 80 Prozent reduzieren wollen, muss das verbleibende CO_2-Budget für industrielle Emissionen zur Verfügung stehen, nicht für die Stromgewinnung. Das bedeutet, dass die Zukunft der Kohle davon abhängt, ob es gelingt, in modernen Anlagen CO_2 abzuscheiden und im Untergrund zu speichern.

SPIEGEL: Mit anderen Worten: Sie wollen aus der Kohlenutzung aussteigen?

Röttgen: Nein, aber es wird sich am CO_2-Ausstoß entscheiden. Das derzeitige Ziel, die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, werden wir gut erreichen, vielleicht sogar ein bisschen mehr. Danach muss es bei der Reduktion mit hohem Tempo weitergehen.

SPIEGEL: Weil Wind und Sonne nicht gleichmäßig genutzt werden können, sind neue Stromnetze und Speicher nötig. Wer soll die errichten und bezahlen?

Röttgen: Das ist der Dreh- und Angelpunkt des Energiekonzepts. Wir sind bei der Modernisierung von Netzen und der Entwicklung von Stromspeichern im Verzug. Deshalb müssen wir jetzt die richtigen Investitionsbedingungen schaffen. Wir haben noch eine Regulierung, die bei Netzen auf niedrige Preise setzt und zu wenige Anreize zum Investieren bietet.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, als Miesmacher dazustehen, der Stromdurchleitung und Energie teurer macht?

Röttgen: Teuer ist das, was gerade im Golf von Mexiko passiert. Teuer sind auch die Folgen des Klimawandels und die Entsorgung von Atommüll. Ich bin überzeugt, dass erneuerbare Energien am Ende die günstigsten Energiequellen sein werden. Sie werden billiger, je mehr Menschen sie nutzen können. Erdöl und andere endliche Quellen werden dagegen teurer, je mehr Menschen sie in Anspruch nehmen.

Interview: Christian Schwägerl

DAVID BALTZER / LAIF

Anti-Atom-Protest am 12. Juni in Biblis: *„Überschaubare Anzahl an zusätzlichen Jahren“*

NG HAN GUAN / AP (L.); BOENING / ZENIT / LAIF (R.)

Regierungschefs Wen, Merkel, chinesische Botschaft: *„Russische Linie“ gegenüber Peking*

GEHEIMDIENSTE

Krieg der Spione

Ein neuer Spionagefall bringt China unter Druck: Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen hochrangige Beamte aus Fernost, die in Deutschland Falun-Gong-Anhänger ausgespäht haben sollen.

Wenn Angela Merkel demnächst nach Peking fliegt, wird sie die Chinesen wieder einmal loben. Die Beziehungen seien hervorragend, die Kontakte freundschaftlich, der Austausch intensiv. „Ich glaube, man kann sagen, dass diese Beziehungen eine große Dynamik gewonnen haben“, sagt die Bundeskanzlerin bei solchen Anlässen gern.

Was Merkel öffentlich wohl nicht erwähnen wird, ist die andere Seite des deutsch-chinesischen Verhältnisses, die ebenfalls von einer hohen Dynamik geprägt ist. Sie spielt in der Welt der Spionage und Geheimdienste, es geht um chinesische Agenten in Deutschland, um geheime Ermittlungen und diskret entfernte Diplomaten. Sichtbar wurde die dunkle Seite zum Beispiel in einer Ortschaft bei Hannover, wo Herren vom Bundeskriminalamt an einem Mittwochmorgen Mitte Mai bei Dan Sun* klingelten und einen Durchsuchungsbeschluss präsentierten.

Dan Sun ist ein schlanker, freundlicher Herr, der die Tür öffnet und hineinbittet. Er empfängt im Arbeitszimmer, auf dem Regal steht eine Buddha-Statue, es riecht nach Räucherstäbchen. Die Bundesanwaltschaft führt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gegen ihn. Die Ermittler werfen ihm vor, für den chinesischen Nachrichtendienst die Falun-Gong-Bewegung ausgespäht zu haben. Er muss mit einer Anklage rechnen, aber interessanter als Dan Sun dürften für die Ermittler zwei hochrangige chinesische Regierungsbeamte aus Shanghai sein, die in den Fall verwickelt sind.

Die Spionageaffäre beginnt 2005, als Dan Sun nach Berlin fährt und bei der chinesischen Botschaft um ein Visum bittet. Er lebt seit Anfang der neunziger Jahre in Deutschland, ist deutscher Staatsbürger und will seinen schwerkranken Vater in China besuchen. Die Visa-Angelegenheit gestaltet sich kompliziert. Sun war lange Zeit Anhänger von Falun Gong – und damit aus Sicht der chinesischen Regierung ein interessanter Gesprächspartner.

Die Diplomatin, die den Visumantrag bearbeitet, hat eine führende Position in der Konsularabteilung der stahlglitzernden Botschaft in Berlin-Mitte. Die deutschen Nachrichtendienste rechnen sie dem Ministerium für Staatssicherheit zu. Die chinesische „Stasi“ gilt als größter ziviler Geheimdienst des Landes und nimmt laut deutschem Verfassungsschutz eine „zentrale Rolle bei der Auslandsspionage“ ein.

Die Konsularbeamtin spricht Sun direkt auf sein Engagement bei Falun Gong an und schlägt ein Treffen zwischen ihm und angeblichen „chinesischen Experten“ vor. Es gehe um ein „Forschungsprojekt“, das sich wissenschaftlich mit Meditation beschäftige.

Sun ist Akademiker und hat mehrere Fachbücher herausgegeben, er reagiert interessiert. Das Treffen findet im März 2006 in einem Restaurant im Berliner Stadtzentrum statt. Es habe sich um eine Dame und zwei Herren gehandelt, erinnert sich Sun, die sich als Vertreter einer Universität in Shanghai für Traditionelle Chinesische Medizin vorgestellt hätten. Einer der Herren fiel Sun durch seinen „besonders würdevollen“ Habitus auf. Bei gutbürgerlicher Küche habe sich ein intensives Gespräch entwickelt, das später in einem Hotelzimmer im Park Inn am Alexanderplatz fortgesetzt wurde. Bis nach Mitternacht habe man dort die spirituellen Aspekte von Falun Gong diskutiert, den medizinischen Effekt der Übungen, aber auch die politische Verfolgung von Falun Gong in China.

Für ihre Anhänger ist Falun Gong ein Prinzip, keine Partei. Es geht um „traditionelle chinesische Meditationspraxis“ und die Dreifaltigkeit von „Wahrhaftigkeit“, „Barmherzigkeit“ und „Nachsicht“, die durch fünf klassische Übungen erreicht werden könne. Das Training soll Blockaden im Körper lösen und den Geist reinigen. Für die Regierung in Peking sind die Jünger von Falun Gong dagegen Anhänger eines „bösen Kults“ und Staatsfeinde, die es weltweit zu verfolgen gilt. Nachdem die Bewegung rasant gewachsen war, erließ die Regierung am 22. Juli

Beschuldigter Sun*
Visa-Antrag mit Folgen

* Name geändert.

HARTMUT MUELLER-STAUFFENBERG / ACTION PRESS

Falun-Gong-Anhänger vor dem Berliner Kanzleramt: *Im Visier von „Büro 610“*

1999 ein Verbot. Kurz zuvor, im Juni 1999, war das „Büro 610“ gegründet worden, als Antwort des Staates auf den grassierenden Kult, angesiedelt beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei.

Dan Sun weiß an jenem Abend im Park Inn nicht, dass die beiden Wortführer keine Wissenschaftler sind, sondern dem „Büro 610“ angehören – zumindest behaupten das der Verfassungsschutz und die Bundesanwaltschaft. Xiaohua Z., der Herr mit dem würdevollen Habitus, ist laut den Ermittlern sogar der Chef des Büros im Rang eines Vize-Ministers.

Wenn die chinesische Regierung eigens den Kopf der Anti-Falun-Gong-Einheit aus Shanghai einfliegt, um eine Quelle in Deutschland zu rekrutieren, ist dies ein ungewöhnlicher Vorgang. Er zeigt, wie wichtig ihr die Bekämpfung der Bewegung ist. Und er zeigt, wie offensiv die chinesischen Dienste zuweilen agieren.

Jahrzehnte galten die Asiaten als unproblematische Partner. Über die klandestinen Praktiken aus Peking wussten die deutschen Behörden so gut wie nichts. China war ein Thema für die Handelskammer, nicht für die Geheimdienste. Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Großmacht ist mittlerweile zu einem der wichtigsten Gegner der deutschen Spionageabwehr geworden. Ein eigenes Referat kümmert sich um die Infiltrationsbemühungen aus Fernost, inzwischen gilt die im Kalten Krieg entwickelte „russische Linie“: Diplomaten, die für die Geheimdienste arbeiten und enttarnt werden, sollen bei illegalen Aktivitäten des Landes verwiesen, neue Botschaftsmitarbeiter vor ihrer Akkreditierung überprüft werden. Aus einem freundschaftlich-neutralen Verhältnis ist ein diskreter Krieg der Spione geworden.

Die konspirativen Aktivitäten belasten mittlerweile das deutsch-chinesische Verhältnis. Bei Merkels China-Reise 2007 fiel dadurch erstmals ein Schatten auf die außenpolitischen Beziehungen. Damals hatten mutmaßlich vom chinesischen Staat autorisierte Hacker die Bundesregierung via E-Mail mit Trojanern attackiert, eine SPIEGEL-Titelgeschichte zwang den chinesischen Premierminister Wen Jiabao zu einer Distanzierung: Er habe mit Merkel darüber gesprochen, so Wen, sein Land werde „entschlossen und energisch“ gegen die Hacker vorgehen (SPIEGEL 35/2007).

Im Frühsommer 2009 ertappten die deutschen Sicherheitsbehörden einen Herrn Wang vom chinesischen Generalkonsulat in München dabei, wie er sich an die Uiguren-Szene heranmachte. Der Diplomat führte mehrere Quellen, traf sich in Cafés, sammelte Interna und berichtete

Er habe nicht gewusst, dass seine Gesprächspartner chinesische Agenten sind, sagt Dan Sun.

nach Peking. Im November 2009 ließ die Bundesanwaltschaft bei vier Verdächtigen durchsuchen, Herrn Wang allerdings konnten die Ermittler nicht festnehmen, weil er diplomatische Immunität genoss.

Das Auswärtige Amt legte der chinesischen Regierung deshalb im vergangenen Herbst nahe, den Mann abzuziehen, entsprechend der „russischen Linie“. Die deutschen Diplomaten erhöhten den Druck durch den diskreten Hinweis, wie abträglich eine öffentliche Hauptverhandlung für Herrn Wang im Speziellen und die deutsch-chinesischen Beziehungen im Allgemeinen sein könnte – und setzten eine Frist von sechs Wochen. Ein paar Tage später, im Dezember 2009, war Herr Wang dann weg.

Mit so viel diplomatischer Rücksichtnahme können die Falun-Gong-Bekämpfer Xiaohua Z. und Bin C. wohl nicht rechnen. Ihnen droht die Festnahme, wenn sie das nächste Mal deutschen Boden betreten. Denn nach dem ersten Kennenlerngespräch im Park Inn bauten die beiden einen engen Kontakt zu Dan Sun auf, einer der mutmaßlichen Agentenführer entwickelte sogar eine Art Freundschaft mit ihm. Sie tauschten regelmäßig E-Mails aus und telefonierten fast täglich über den Internetdienst Skype.

Spätestens seit September 2008, so haben es die Ermittler rekonstruiert, habe Sun sämtliche Mails aus dem deutschen und europäischen Falun-Gong-Mailverteiler weiter nach China geleitet, an eine Hotmail-Adresse. Am 2. Januar 2009 eröffnet der Akademiker eine weitere Mai-Adresse bei GMX, aber er ist nicht der Einzige, der sie verwaltet. Die Chinesen haben ebenfalls Zugriff, in der Regel verschleiert, so dass man ihre Identität nicht nachvollziehen kann. Manchmal schlampen sie, und das Bundeskriminalamt kann den Zugriff auf die Daten aus Deutschland bis in die Nähe von Shanghai zurückverfolgen.

Während die deutschen Ermittler von „wichtigen Informationen“ sprechen, sagt Sun, er habe zwar umfangreiches Material über Falun Gong weitergereicht, allerdings nur aus „öffentlich zugänglichen Quellen“, Literaturpassagen etwa, Redeabschriften und Meditationsanleitungen. Seinen Freund, so Sun, habe er auch nach Deutschland eingeladen und freimütig seinen Bekannten vorgestellt. Er legt Wert darauf, „niemals weder gegen deutsches noch chinesisches Recht“ verstoßen zu haben. Sun fühlt sich als Opfer, das ins klandestine Getriebe der Geheimdienste geraten ist; „zu keinem Zeitpunkt“ habe er gewusst, dass es sich bei seinen Gesprächspartnern um chinesische Agenten handelt.

Im Oktober 2009, sieben Monate vor der Hausdurchsuchung, klingelten morgens um 9 Uhr schon einmal zwei deutsche Beamte an Dan Suns Tür – Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes. „Wir wissen, dass Sie für den chinesischen Geheimdienst arbeiten“, sagte einer der Männer. „Sie sind jederzeit unter Beobachtung.“ Gleichzeitig zog der Beamte ein Foto hervor, eine Außenaufnahme des Park Inn: „Was ist in diesem Hotel passiert?“

Eine Antwort auf diese Frage werden vielleicht die Gerichte finden müssen. Von dem Dialog mit Shanghai, so sagt Dan Sun, habe er sich vor allem erhofft, dass die chinesische Regierung ihre brutale Verfolgung der Falun-Gong-Anhänger als „völlig falschen Weg“ einsehe. Am Ende, daran glaubt Sun nach eigenen Angaben noch immer, habe er seine Gesprächspartner davon überzeugen können, dass die Repressionen gegen Falun Gong aufhören müssten.

Sven Röbel, Holger Stark

TERRORISMUS

Anhaftende Hautschüppchen

Ausgefeilte DNA-Analysetechnik nährt die Hoffnung auf Aufklärung: Welche RAF-Mitglieder haben 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Schleyer erschossen?

Die Polizisten im französischen Mülhausen öffneten den Kofferraum mit größter Vorsicht; sie fürchteten eine Falle. Doch die Sprengstoffexperten fanden am Abend des 19. Oktober 1977 keine Bombe in dem grünen Audi 100 mit Bad Homburger Kennzeichen, sondern eine Leiche – die von Hanns Martin Schleyer.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) hatte den 45 Tage zuvor entführten Arbeitgeberpräsidenten mit drei Schüssen in den Hinterkopf ermordet. In einer Kommandoerklärung hieß es: „Für unseren Schmerz und unsere Wut über die Massaker von Mogadischu und Stammheim ist sein Tod bedeutungslos."

Insgesamt zehn Mitglieder der RAF hat die Bundesanwaltschaft wegen des Mordes an Schleyer und seinen vier Begleitern angeklagt. Sieben Terroristen wurden zu Lebenslang verurteilt, drei weitere, die als Kronzeuginnen ausgesagt hatten, zu Gefängnisstrafen von sieben bis zehn Jahren.

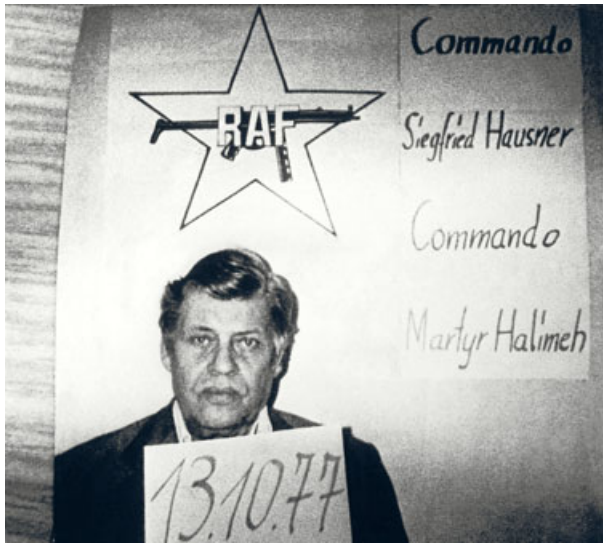
Aber die genauen Umstände des dramatischsten politischen Mordes in der Geschichte der Bundesrepublik sind bis heute im Dunkeln geblieben. Welches RAF-Mitglied den Daimler-Benz-Vorstand erschoss, klärten die Bundesanwälte nicht auf – bisher jedenfalls.

Jetzt, knapp 33 Jahre nach der Tat, erhoffen sich die obersten Ermittler neue Erkenntnisse in dem Fall, dank technischer Fortschritte bei der DNA-Analyse. Experten des Instituts für Rechtsmedizin der Universität München arbeiten derzeit daran, an Schleyers Sakko Hautpartikel von Ex-RAF-Mitgliedern zu isolieren. Die Bundesanwälte erhoffen sich Aufschluss darüber, wer den gefesselten Schleyer zuletzt am Arm zum Auto geführt und dann in den Kofferraum gehoben hat.

Die Münchner Forensiker sind darauf spezialisiert, Asservate mit Äthylalkohol auszuwaschen und so zum Beispiel Textilien anhaftende Hautschüppchen zu gewinnen, deren Durchmesser kleiner als der eines Haares ist.

Aus den 5 bis 50 Mikrometer kleinen Partikeln – ein Mikrometer ist ein tausendstel Millimeter – lässt sich wiederum DNA-Material isolieren. Erste Wahl für die Analyse sind zwar Speichel, Blut und Sperma. Doch seit bald zehn Jahren können Experten auch aus mikroskopischen Hautschüppchen DNA-Profile gewinnen.

Allerdings müssen die Ermittler sorgsam erwägen, für welche Untersuchungen nach welchen Methoden sie die raren Asservate verbrauchen. Wird beispielsweise ein komplettes Sakko ohne Erfolg ausgewaschen, können Experten nicht mehr mit dem Mikroskop nach Hautpartikeln suchen oder in Zukunft mit neuen, noch besseren Methoden Täter überführen. Deshalb rationieren die Bundesanwälte jeden noch so kleinen Fetzen.



DPA

Entführter Schleyer: *Im Weidenkorb über die Grenze*

SPIEGEL TV

Ermordeter Schleyer: *Grashalme im Mund*

Was bei potentiellen Spuren der RAF-Attentäter erschwerend hinzukommt: Als Kriminalbeamte vor über 30 Jahren Asservate nach Terroranschlägen einlagerten, wussten sie nicht, dass Sonnenlicht, Feuchtigkeit und Wärme die Proben für die DNA-Analyse unbrauchbar machen. Mehr als zehn Jahre vor der Anerkennung der DNA-Analyse als Beweismittel durch ein deutsches Gericht 1988 war den Ermittlern auch unbekannt, dass die Lagerung in Kunststofftüten, beispielsweise von Haaren, fatale Folgen zeitigt.

Die Untersuchung von Schleyers Sakko soll den Bundesanwälten nun Erkenntnisse über die ehemaligen RAF-Mitglieder Stefan Wisniewski und Rolf Heißler liefern. Die beiden, so hat es der RAF-Aussteiger Peter-Jürgen Boock ausgesagt, hätten das Todesurteil der RAF an Schleyer vollstreckt.

Wisniewski, Sohn eines polnischen Zwangsarbeiters, der von 1974 bis zu seiner Verhaftung 1978 der RAF diente, verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf wegen der Schleyer-Entführung bereits im Dezember 1981 zu Lebenslang. Er löste sich von der RAF, wurde im März 1999 entlassen und kann nicht noch einmal wegen des Mordes an Schleyer angeklagt werden. Seit April 2007 allerdings ermittelt die Bundesanwaltschaft erneut gegen ihn, diesmal unter anderem wegen der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback im April 1977.

Im Gegensatz zu Wisniewski ist Rolf Heißler bislang nicht im Fall Schleyer angeklagt worden. Er lernte 1968 als Student in München die spätere RAF-Führungsfigur Brigitte Mohnhaupt kennen und schrieb 1971, nach der Verhaftung wegen Bankraubs: „Ich habe mir eh schon überlegt, wenn ich wieder rauskomme, vielleicht eine Elitetruppe von vier, fünf Scharfschützen zu organisieren, die sich zunächst irgendwo im Ausland ausbildet, dann zurückkommt, nach einer genau geplanten Eskalation ein Schwein nach dem andren umlegt."

Bei der „Offensive 77" der RAF zeigte Heißler allerdings Skrupel. Als die Gruppe meinte, dass sie Schleyer nur entführen könne, wenn sie zuvor seine Personenschützer ermordete, plädierte er für eine Verschiebung. Heißler, der einen unblutigen Entführungsplan entwickeln wollte, wurde aus dem Kommando geworfen. Fortan kämpfte er in der RAF gegen den Ruf, ein unsicherer Kantonist zu sein. Im Herbst 1978 erschoss er zusammen mit einer RAF-Frau bei einer Kontrolle zwei niederländische Zollbeamte. Er wurde zu Lebenslang verurteilt und saß über 22 Jahre ab.

Im Fall Schleyer fanden die Bundesanwälte und Beamte des Bundeskriminalamts heraus, dass der Arbeitgeberpräsident nach seiner Entführung am 5. September 1977 in Köln zunächst in eine etwa 20 Kilometer entfernte Wohnung in Erftstadt-Liblar verschleppt wurde. Nachdem die Sonderkommission vier Hinwei-

sen der örtlichen Polizei auf das Versteck nicht nachgegangen war, transportierten die Entführer ihre Geisel elf Tage später in einem Weidenkorb über die grüne Grenze nach Den Haag. Als den Entführern der Fahndungsdruck auch in den Niederlanden zu stark wurde, verlegten sie Schleyer fluchtartig in eine Wohnung am Rande von Brüssel.

Nach der Befreiung der Geiseln aus dem Lufthansa-Jet „Landshut“ in Mogadischu und dem Selbstmord der RAF-Führung in Stuttgart-Stammheim beschlossen die Bewacher in Brüssel – in Absprache mit Brigitte Mohnhaupt und einer RAF-Gruppe in Bagdad –, Schleyer zu ermorden. „Er weiß zu viel über uns“, soll eine einflussreiche RAF-Frau damals gesagt haben. Aber wer erledigte die „Drecksarbeit“, wie Mohnhaupt die Erschießung Schleyers nannte?

Etliche Details der Entführung hatte Peter-Jürgen Boock bereits 1992 bei der Bundesanwaltschaft offenbart. Aber er hatte seine Mittäter nicht mit Namen genannt, sondern mit Buchstaben bezeichnet. Boock, der mit dem Schreiben und Sprechen über die RAF sein Geld verdient, legte im Herbst 2007 nach. Der Aussteiger erklärte in einer TV-Dokumentation, Heißler selbst habe ihm in einem Palästinenser-Lager im Südjemen berichtet, dass er mit Wisniewski zuletzt bei Schleyer war. Sie hätten ihn gefesselt in den Kofferraum des Audi gelegt, von Brüssel über die französische Grenze gefahren und in einem Wald erschossen.

Ursprünglich wollten die RAF-Männer den Wagen mit der toten Geisel im Kofferraum im Bonner Regierungsviertel unweit des Kanzleramts abstellen; doch dazu hatten sie nicht mehr die Nerven. Stattdessen fuhren sie nach Mülhausen. Gerichtsmediziner fanden bei der Obduktion in Schleyers Mund Grashalme.

Obgleich dieser Befund die Schilderung Boocks stützt, würde dessen Aussage für eine seriöse Anklage nicht ausreichen. Deshalb wären Hautschüppchen Heißlers auf dem Sakko Schleyers für die Bundesanwälte von entscheidender Bedeutung.

Boock, dem einstigen Heimkind und Junkie, fehlt die Glaubwürdigkeit. Seine Ex-Frau Waltraud attestierte ihm „ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit“. Horst Herold, der frühere Präsident des Bundeskriminalamts, nannte ihn den „Karl May der RAF“.

Sicher ist, dass der im Herbst 1977 opiatsüchtige Boock nur am Anfang der Entführung mitbekam, was mit Schleyer geschah. RAF-Genossen fanden ihn bald, als er zur Bewachung des Entführten eingeteilt worden war, neben Schleyer mit einer Pistole in der Hand – beide friedlich schlafend. Boock wurde daraufhin nach Bagdad abgezogen. Michael Sontheimer

Intensivstation des St. Elisabeth-Krankenhauses in Zweibrücken, Ingenieur Buchholz, Entwurf

MEDIZIN

Tod durch Zufall

Ein Mann verblutet nach einem Eingriff am Herzen. Die wahre Todesursache wird zunächst vertuscht. Gutachter sind sich einig: Der Fall ist symptomatisch für unzureichend ausgestattete Kliniken, die sich an allzu komplizierte Operationen wagen.

An die Minuten, in denen die Sorge um ihren Mann in Erleichterung umschlug, kann sich Christine Buchholz noch genau erinnern. Es war kurz nach Mitternacht des 13. Juli 2007 auf dem Flur der Intensivstation im St. Elisabeth-Krankenhaus von Zweibrücken.

Markus Buchholz lag in einem Bett. Er war an einen Tropf angeschlossen, aber er lächelte. Und er machte schon wieder Pläne für die nächsten Tage. Der Arzt, der ihn operiert hatte, hatte ihm soeben versichert, dass vom Eingriff am Herzen „nichts zurückbleiben wird“.

„Dann hat Markus gesagt: ‚bis morgen‘“, erzählt Christine Buchholz, „ich gab ihm noch einen Kuss.“ Danach ist sie beruhigt zu ihren beiden Söhnen nach Hause gefahren.

Als sie ihren Mann am nächsten Morgen wiedersah, war er tot.

Christine Buchholz ist eine schmale Frau. Sie ist Lehrerin und für gewöhnlich eher zurückhaltend. Sie kann heute nicht mehr genau sagen, wann ihre Trauer in Wut umschlug. Sie kam wohl schleichend, staute sich auf. Sie wuchs mit den Informationen, die sie über diese Nacht erhielt.

Ihr 41-jähriger Ehemann ist nicht, wie ihr Ärzte zunächst glauben machen wollten, an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben. Er ist in jener Nacht vor drei Jahren innerlich verblutet. Fachleute sind sich sicher, dass er noch leben könnte, wenn das Krankenhaus besser aufgepasst und sorgfältiger gearbeitet hätte.

Musste er womöglich sterben, weil sich das Krankenhaus viel mehr zutraute, als medizinisch zu vertreten gewesen wäre? Weil das Krankenhaus sparte? War Geldmacherei die Ursache für den Tod des Fa-

Die letzte Wahrheit - Folge 1

Es war nicht Gottes Heiliger Wille

Caritas Christi urget nos (Die Liebe drängt uns) - Von der Dunkelheit zum Licht

Am 13.07.2007 ist unser lieber Angehöriger Sohn, Ehemann und Vater auf der Intensivstation der Inneren Medizin im

St. Elisabeth-Krankenhaus Zweibrücken

durch ärztliche Behandlungs- und pflegerische Überwachungsfehler des Klinikpersonals verblutet und zu Tode gekommen. Dies wurde uns von vier namhaften Gutachtern bestätigt.

Durch Zufall erhielten wir im Juli 2008 Hinweise, dass wir durch das St. Elisabeth-Krankenhaus über die tatsächliche Todesursache getäuscht wurden.
Seitdem wollen wir mit dem St. Elisabeth- Krankenhaus ein offenes Gespräch, an das keine Bedingungen geknüpft sind, über den genauen Sachverhalt der Todesursache führen.

Ein dreiseitiges Gespräch mit dem Haftpflichtversicherer - wie vom Krankenhaus angeboten - lehnen wir ab, weil das Krankenhauses und nicht die Allianz Versicherung in der Verantwortung ist.

Wer weiß, was in der Nacht zum 13.07.2007 auf der Intensivstation der Inneren Medizin tatsächlich passiert ist?

Wer hat ähnliche Erfahrungen und Erlebnisse mit dem St. Elisabeth-Krankenhaus gemacht?

Bitte melden Sie sich unter Ziffer 1123. Alle Zuschriften werden vertraulich behandelt.

einer Todesanzeige: *„Damit Markus nicht umsonst gestorben ist“*

milienvaters? Christine Buchholz ist wütend, weil sich das Krankenhaus aus der Verantwortung stehle. „Ich will kein Schuldanerkenntnis, ich will nur wissen, was genau in dieser Nacht geschehen ist“, sagt sie.

Der Fall Buchholz ist typisch für deutsche Krankenhäuser. Sie lügen und vertuschen und verkaufen Angehörige für dumm, wenn ihnen etwas misslungen ist. Es ist die Geschichte der Hightech-Medizin, die vieles leisten kann und Menschenleben rettet – und der gleichzeitig leichtsinnige Fehler unterlaufen.

Der Fall Buchholz ist aber auch untypisch, weil die Hinterbliebenen einen außergewöhnlichen Weg gehen, um die Wahrheit zu finden. Christine Buchholz und ihre Schwiegermutter haben viel Energie und einiges Geld investiert, und sie schrecken dabei auch vor unorthodoxen Methoden nicht zurück. „Davon wird mein Sohn nicht mehr lebendig“, sagt Karin Buchholz, die Mutter, „aber vielleicht können wir etwas im Krankenhaus ändern, damit Markus nicht umsonst gestorben ist.“

Im Sommer 2007 hat Markus Buchholz viel zu tun. Der Diplomingenieur ist Spezialist für Thermodynamik und deshalb im Motorsport ein gefragter Mann. Er gehört zum Formel-1-Team von Ferrari und bereitet sich auf den nächsten Grand Prix am Nürburgring vor. Zwischen den Rennen restauriert er in seiner Firma, die er mit einem Freund betreibt, hochwertige Oldtimer.

An diesem Tag will Buchholz einen alten Ferrari zusammenbauen. Beim Verschrauben von Motorblock und Getriebe kommt es zu einem Missgeschick. Der Wagenheber, auf dem das Getriebe liegt, verrutscht ein wenig. Für einige Sekunden muss Buchholz rund hundert Kilogramm halten, ehe sein Kollege den Wagenheber wieder justiert hat – eine große Kraftanstrengung, aber es glückt.

Schon auf dem Heimweg bekommt Buchholz Schmerzen in der Brust. Als er zu Hause ankommt, ist er grau im Gesicht. Er übergibt sich. Seine Frau sagt, er müsse sofort ins Krankenhaus.

Zweibrücken hat zwei konfessionelle Krankenhäuser, auch die Uni-Klinik Homburg ist nicht weiter als 20 Fahrminuten entfernt. Das Ehepaar entscheidet sich für das katholische St. Elisabeth-Krankenhaus, weil sich Markus dort einige Monate zuvor bei einer Verletzung an der Achillessehne gut betreut gefühlt hat. Und es ist nicht weit dorthin, gegen 21 Uhr kommen sie im Hospital an. In der internistischen Abteilung wird ein Herzinfarkt diagnostiziert.

Die notwendige Linkskatheteruntersuchung nimmt indes kein Krankenhausarzt vor, sondern ein niedergelassener Facharzt. Er wird in dringenden Fällen wie diesem eigens in die Klinik gerufen. Beim Herzinfarkt zählt jede Minute: Je schneller behandelt wird, desto größer ist der Therapieerfolg. Der Kardiologe dringt laut den Patientenakten 75 bis 127 Minuten nach der Aufnahme mit dem Katheter in Buchholz’ Herz vor.

Der Mediziner löst den Verschluss einer Arterie und setzt einen Stent ein, ein kleines Röhrchen, um das Blutgefäß offen zu halten. Es ist ein komplizierter Eingriff, aber auch eine viele tausendfach geübte Routine. Über 488 000-mal wurde diese Operation 2008 in Deutschland vorgenommen. Der Kardiologe gibt Markus Buchholz hochwirksame Medikamente, damit das Blut nicht wieder verklumpt. Er berichtet dessen Ehefrau von dem gelungenen Eingriff und geht nach Hause.

Am nächsten Morgen ruft Christine Buchholz im Krankenhaus an. Sie solle schnell kommen, heißt es. Dort überbringt ihr der Chefarzt der Inneren Abteilung die Nachricht vom Tod ihres Mannes. Im Laufe des Vormittags spricht sie zusammen mit ihrer Schwiegermutter noch einmal mit dem Mediziner. Er sagt, dass Buchholz einen Kreislaufschock erlitten habe und daran gestorben sei. Als Buchholz’ Mutter erzählt, dass auch ihr Mann in demselben Krankenhaus einem Herzinfarkt erlegen sei, redet der Arzt von einer unguten Familienanamnese – einer offenbar vererbten Krankheit –, und er rät der Witwe, dringend ihre beiden Kinder auf einen möglichen Herzfehler untersuchen zu lassen.

Zur Trauer um ihren Mann kommt nun noch die Sorge um die Söhne. Schon in den nächsten Wochen lässt sie ihre Kinder in einer Fachklinik begutachten – sie sind gesund.

Die tatsächliche Todesursache kommt später durch reinen Zufall heraus. Auf der Beerdigung lernt ein Freund der Familie einen Arzt kennen. Der Doktor sagt, Herzinfarkte könnten auch durch eine hohe einmalige Belastung entstehen. Das sei zwar selten, aber womöglich habe die extreme körperliche Anstrengung bei dem kleinen Malheur mit dem Ferrari-Getriebe in der Werkstatt die Herzattacke ausgelöst. Er rät der Familie, bei der Berufsgenossenschaft (BG) einen Arbeitsunfall geltend zu machen. Dann würden die Kinder Waisenrente bekommen und seien besser abgesichert.

Einige Monate vergehen. Die BG lehnt den Antrag zunächst ab, doch die Gründe dafür machen die Familie Buchholz hellhörig. Der Chefarzt des St. Elisabeth-Krankenhauses habe angegeben, so schreibt die BG, dass bei Buchholz schon vor dem Unglückstag „eine Verengung der Herzkranzgefäße bekannt“ gewesen sei. Damit würde ein Unfall als Ursache ausscheiden. „Als ich das gelesen habe, war ich wie geschockt“, sagt Christine Buchholz, „das war eine glatte Lüge, Mar-

kus war nie krank.“ Später dementiert der Chefarzt, diese Äußerung getan zu haben. Die BG prüft den Fall erneut und erkennt ihn als Unfall an.

Aber nach dem zunächst ablehnenden BG-Bescheid glaubt die Familie, vom Krankenhaus belogen worden zu sein. Sie fordert alle Krankenakten an und gibt sie an einen ihr bekannten Arzt weiter. Markus Buchholz, so heißt es in dessen Stellungnahme, ist nicht an den Folgen des Herzinfarkts gestorben, sondern er ist innerlich verblutet. In der Leistengegend, wo der Kardiologe den Katheter angesetzt hatte, um über die Arterie ins Herz vorzudringen, war eine Blutung entstanden. Irgendwann in der Nacht sei der Patient in einen „Blutungsschock“ gefallen. Offensichtlich sei die eigentlich vorgeschriebene intensive Überwachung des Intensivpatienten ungenügend gewesen. Das Resümee: Der Schock habe „wegen organisatorischer Fehler und wegen eines unglaublichen Fehlverhaltens des

UWE BELLHÄUSER / DAS BILDERWERK

Hinterbliebene Christine, Karin Buchholz: *„Die sind stur und arrogant“*

medizinischen Personals zum Tode“ geführt.

Es passiert nicht oft, dass Mediziner in einer so drastischen Art über die Arbeit ihrer Kollegen urteilen. Karin und Christine Buchholz wollen nun genau wissen, warum sich Buchholz in dieser Nacht zu Tode quälte. Der Chefarzt erklärt sich bereit, die Krankenhausunterlagen einem weiteren Gutachter zu übergeben.

Der Pirmasenser Privatdozent Knut Schmengler stellt fest, dass die Wunde aus der Einstichstelle an der rechten Leiste einen schleichenden Blutverlust verursacht habe. Bereits in der Nacht gegen 2.30 Uhr hätten sich Hinweise darauf gezeigt. Aber das Klinikpersonal habe nicht adäquat reagiert. So seien nach und nach bis zu vier Liter in die Bauchhöhle geflossen. Als die Frühschicht um sechs Uhr den „dramatischen Schockzustand“ bemerkte, sei es bereits zu spät gewesen. Das Resultat des Kardiologen: Es ist von „erheblichen Versäumnissen“ auszugehen.

Christine Buchholz macht sich schwere Vorwürfe, dass sie ihren Mann gerade in diese Klinik gefahren hat. Aber wer kann schon ahnen, wie es hinter Krankenhausmauern in Wirklichkeit zugeht? Das St. Elisabeth-Krankenhaus wirbt damit, „offizieller Behandlungsschwerpunkt“ für Herzerkrankungen zu sein. Das „Kernteam der Intensivstation“, heißt es in einer Imagebroschüre, bestehe aus „besonders qualifizierten Kräften“. Indes: In der Todesnacht war eine junge Assistenzärztin für 124 Klinikbetten der Inneren Medizin und 9 Betten der Intensivstation zuständig. Laut den Unterlagen stand Buchholz’ Bett zudem die meiste Zeit auf dem Flur, und war damit ohne die technischen Möglichkeiten, ihn dort umfassend überwachen zu können. Es habe keine „Schwierigkeiten mit der personellen Besetzung gegeben“, sagt dagegen die Juristin des Krankenhauses später.

Karin und Christine Buchholz suchen das Gespräch mit der Klinik. Aber das Krankenhaus schaltet jetzt seine Haftpflichtversicherung ein. Und wenn Juristen ins Spiel kommen, wird oft eine Versöhnung immer schwieriger. Die Versicherung schreibt, dass es einige Stunden nach der OP zu einer „nicht vorhersehbaren massiven Befundverschlechterung“ gekommen sei. Sie drückt ihr „tiefstes Bedauern aus“, ein Gutachter solle nun klären, ob ein Kunstfehler vorliege.

Karin Buchholz ist eine resolute Frau. „Die Suche nach der Todesursache muss ein Ende haben“, sagt sie, „ich weiß nicht, ob wir die Nerven haben, einen Gerichtsstreit durchzuziehen.“ Die Mutter des Toten ist recht vermögend, ihr Schwiegervater war einst Aktionär des Landmaschinenherstellers Lanz, der an den amerikanischen Traktorkonzern John Deere verkauft wurde. Sie kann es sich leisten, selbst auf Spurensuche zu gehen.

Die Familie schaltet zwei weitere Gutachter ein, Spitzenkräfte ihres Fachs. Sie kommen zu ähnlichen Ergebnissen wie die ersten beiden Fachleute. Meinrad Gawaz, Ärztlicher Direktor der Kardiologie am Universitätsklinikum Tübingen, resümiert: „Durch rechtzeitiges Erkennen und Handeln hätte die Folge dieser Blutung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zum Tod geführt.“

Christoph Nienaber, Direktor der Kardiologie am Universitätsklinikum Rostock, listet auf 19 Seiten eklatante Versäumnisse der Kollegen in Zweibrücken auf: Der „komplexe Anspruch“ einer effizienten Herzbehandlung „war in wesentlichen Komponenten nicht hinreichend professionell organisiert“.

Nienaber weist auf einen grundsätzlichen Missstand hin. Untersuchungen belegen, dass die Behandlungserfolge bei schweren Herzerkrankungen in Kliniken mit kleinen Fallzahlen wesentlich geringer sind als in spezialisierten Hospitälern. Die Sterblichkeit von Herzkranken ist laut einer amerikanischen Studie in sogenannten High-Volume-Zentren um 42 Prozent niedriger als in Wald-und-Wiesen-Häusern. Ob jemand überlebt, hängt also auch vom Zufall ab, in welches Krankenhaus der Infarktpatient gebracht wird.

Unter Medizinern ist dies kein Geheimnis. Aber auf Herzeingriffe wollen die Chefs der Krankenhäuser nicht verzichten. Sie sind wichtig für das Prestige, und sie bringen viel Geld ein. Etwa eine halbe Milliarde Euro kassieren deutsche Kliniken jährlich allein mit Stent-Behandlungen nach Herzinfarkten. Das St. Elisabeth-Krankenhaus versuchte, davon etwas abzubekommen, indem es einen Vertrag mit einem niedergelassenen Kardiologen schloss. Für die missglückte Arbeit stellte es später dem Verstorbenen 5442,24 Euro in Rechnung.

Auch andere Kliniken schicken ungern Patienten zur besser ausgerüsteten Konkurrenz. Stattdessen werden immer neue Standorte für Herzkatheter-Operationen eingerichtet. „Wir sollten lieber in Krankenwagen investieren. Vernetzungen und Kooperationen sind Erfolgsrezepte“, schreibt Nienaber in einer Fachzeitschrift.

Sommer 2010: Die Klinik hat sich zu einem Gespräch bereit erklärt. Aber es hat noch nicht stattgefunden. Der Geschäftsführer stellt für die „emotionale Aufarbeitung des Geschehens“ Bedingungen, die die Hinterbliebenen nicht akzeptieren wollen. „Die sind einfach stur und arrogant und haben Angst, Fehler zuzugestehen“, sagt Karin Buchholz.

Deshalb werden die Frauen radikaler. Sie beauftragen den Rechtsanwalt Pierre Zimmerman. Zudem soll eine Werbeagentur Vorschläge für Litfaßsäulen und Zeitungsanzeigen ausarbeiten. Sie wollen sie demnächst veröffentlichen. Die Annoncen zeigen ein schwarzes Kreuz und ein Foto von Markus Buchholz. Daneben steht der Satz „Es war nicht Gottes Heiliger Wille“. Udo Ludwig

Was war da los, Herr Cosimi?

Der italienische Bürgermeister Alessandro Cosimi, 54, über liegenden Protest

„Bequem war es auf dem harten Boden nicht, mir und einigen anderen Bürgermeistern war es auch peinlich. Aber weil die Regierung uns immer weniger Einnahmen lässt, geht uns das Geld aus. Wir können Kindergärten und Schulkantinen nicht mehr richtig unterstützen, dagegen mussten wir etwas tun. Deshalb haben wir einen Flashmob organisiert. Ich als Bürgermeister von Livorno bin mit mehr als 120 Kollegen aus anderen Städten, politisch vom linken wie vom rechten Lager, durch Florenz gezogen. Dann haben wir uns auf der Piazza della Signoria hingelegt. Die Passanten verstanden anfangs gar nicht, was vor sich ging. Für uns war die Aktion ein Erfolg: Landesweit haben Medien berichtet, wir bekamen sogar Anrufe von Ministern.“

LAURA LEZZA / GETTY IMAGES

Cosimi (r.)

BÜCHER

Frau am Steuer

Die Autorin Angela Elis, 44, über Bertha Benz und ihr Leben an der Seite des Motorwagen-Erfinders Carl Benz

SPIEGEL: Carl Benz war ein genialer Autopionier, aber über seine Frau Bertha und ihr gemeinsames Leben ist wenig bekannt. Wie war dieses Leben?
Elis: Anfangs sehr bescheiden. Bertha kam zwar aus gutem Hause und erbte viel, verwendete aber ihr ganzes Geld, damit sich Carl eine Existenz aufbauen konnte. Sie zogen in eine winzige Wohnung gleich neben der Werkstatt. Dort war es laut, es stank nach Öl und Chemikalien. Als Bertha dann mit dem dritten Kind schwanger war, häuften sich die Schulden, und der Gerichtsvollzieher stand in der Tür. Es dauerte rund 20 Jahre, bis der erste Motorwagen straßentauglich war, und noch länger, bis sie wohlhabend wurden.
SPIEGEL: Bertha Benz war die erste Frau, die sich in ein autoähnliches Gefährt setzte, zu einer Fernfahrt aufbrach. Was war sie für ein Mensch?
Elis: Sie wollte beweisen, dass sie mehr war als „leider wieder nur ein Mädchen“. So hatte es ihr Vater nach ihrer Geburt in die Familienbibel geschrieben, das kränkte sie sehr. Sie versuchte also, den Makel des falschen Geschlechts wettzumachen. Daher auch die ungeheuerliche Überlandfahrt.
SPIEGEL: Wieso ungeheuerlich?
Elis: Im Jahr 1888, als man gemeinhin zu Fuß ging, fuhr sie über hundert Kilometer von Mannheim nach Pforzheim mit einem wackeligen Gestell mit nur drei Rädern, das krachte und fauchte, und auf Wegen, die für vierrädrige Postkutschen ausgefahren waren. Viele erschraken und dachten, der Teufel käme. Es war Glück, dass sie nicht an einem Baum landete und auch nicht von der Polizei verhaftet wurde.
SPIEGEL: Wie kam es überhaupt dazu, dass sich Bertha, die Tochter eines erfolgreichen Geschäftsmanns, an einen verrückten Erfinder band?
Elis: Sie war kein Hausmütterchen, das sich nur für Nadel und Faden interessierte. Sie hat viele ungewöhnliche Dinge getan in einer Zeit, als Professoren propagierten, das weibliche Gehirn sei klein und deshalb fürs Nachdenken nicht geeignet, und in der Wissenschaftler darüber spekulierten, ab welcher Geschwindigkeit der Mensch platzen würde. Sie wollte zeigen, dass es sich lohnt, an Träumen festzuhalten. Am Lebensende war sie aber eher traurig.
SPIEGEL: Warum?
Elis: Weil Adolf Hitler die Erfindung ihres verstorbenen Mannes für seine Kriegszwecke ausgenutzt hat. Dafür hat sie sich persönlich verantwortlich gefühlt.

Automobilisten Bertha, Carl Benz in Mannheim 1894

Angela Elis: „Mein Traum ist länger als die Nacht“. Hoffmann und Campe, Hamburg; 352 Seiten; 20 Euro.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Feuer frei

Wie ein britischer Hindu um sein Seelenheil streitet

Davender Kumar Ghai, 71 Jahre alt, leidend an Asthma, Anämie, Bluthochdruck, Diabetes und den Folgen zweier Schlaganfälle, verlässt den Royal Court of Justice in London mit einem zufriedenen Lächeln. Er tritt vor die Fotografen und vor seine Freunde und sagt: „Nun kann ich in Frieden sterben."

Davender Kumar Ghai ist britischer Staatsbürger und gläubiger Hindu. Er lebt in Newcastle, im Nordosten Englands, und er ist davon überzeugt, dass seine Seele nur dann den Körper verlässt, wenn nach seinem Tod seine Überreste unter freiem Himmel verbrannt werden. Sein Sohn soll den Holzstoß entzünden, auf den er von denen, die ihn lieben, gebettet wurde. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, hat Ghai, so glaubt er, die Chance auf den Übergang seiner Seele in einen anderen Körper.

Doch ist diese Art der Bestattung in Großbritannien verboten. Das Gesetz zur Einäscherung regelt das seit über hundert Jahren, und seit zehn Jahren wird es auch von Verordnungen zur Luftverschmutzung untersagt.

Davender Kumar Ghai mochte sich nicht damit abfinden, dass Verordnungen zur Luftverschmutzung die Religionsfreiheit einschränken. Er sah nicht ein, warum Juden und Muslime in Großbritannien ihre eigenen Friedhöfe haben können, Hindus aber gezwungen werden, ihre Körper entgegen ihrem Glauben in Öfen einäschern zu lassen, in denen sich ihre Asche mit den zuvor Entsorgten mischt. Entgehen können dem nur die Familien, die es sich leisten können, ihre Toten ausfliegen zu lassen, nach Indien beispielsweise.

Neben diesen grundsätzlichen Gedanken gab es einen weiteren, sehr persönlichen Grund für Ghais Kampf. Auch sein Vater war in Großbritannien gestorben, und wie es das britische Gesetz verlangte, hatte Ghai ihn in einem Krematorium verbrennen lassen. Er hatte selbst den Knopf gedrückt, um das Feuer zu entfachen. Und noch immer quält ihn der Gedanke, dass er seinem Vater einen guten Tod verwehrt hat.

Aus diesen Gründen begann Ghai vor vier Jahren seinen Feldzug gegen die britische Bürokratie und den britischen Staat. Ghai ist Präsident der Anglo-Asian Friendship Society, einer Wohltätigkeitsorganisation, die er selbst gegründet hat und die sich, wie er sagt, für die Verständigung aller Glaubensrichtungen einsetzt. Ghais Gesellschaft wurde für ihre Arbeit ausgezeichnet von der Unesco, von Amnesty International, von der Internationalen Kommission für Menschenrechte.

Als Erstes schrieb er einen Brief an den Rat seiner Heimatstadt. Der Appell beeindruckte die Stadtverwalter nicht. Sie ließen Ghai wissen, das Verbrennen menschlicher Körper sei in diesem Land nur in Krematorien statthaft. Das wusste er bereits.

Ghai zog vor Gericht. Das Gesetz, so die Anwälte, regle nur Bestattungen innerhalb eines Krematoriums, nicht solche unter freiem Himmel. Außerdem habe es in Großbritannien schon offene Feuerbestattungen gegeben: für mehr als 50 Hindu- und Sikh-Soldaten im Ersten Weltkrieg beispielsweise, für ein Mitglied der königlichen Familie von Nepal.

Der Richter blieb, wie die Mitglieder des Stadtrats, unbeeindruckt.

Ghai zog vor das oberste zivile Berufungsgericht, vor den Londoner Court of Appeal. Dort saßen er und seine Anwälte vor Lord Neuberger, dem Vorsitzenden, mit dem Titel Master of the Rolls. Sie legten ihm Fotos vor, die Stätten für offene Feuerbestattungen in Indien zeigten. Es sind Säulen, die ein Dach tragen.

Lord Neuberger sprach sein Urteil, man kann es salomonisch nennen: Davender Kumar Ghais Wunsch, sich auf einem offenen Feuer verbrennen zu lassen, sei mit dem geltenden Gesetz durchaus vereinbar. Solange das offene Feuer von etwas umgeben sei, das als Gebäude bezeichnet werden kann: vier Pfeiler, die ein Dach tragen, oder auch vier Wände ohne Dach.

Ghai meint, das ist machbar. Solange die Sonne auf sein Gesicht scheinen könne, während er verbrennt, ist er zufrieden.

Doch die Stadtverwaltung spielt auf Zeit. Sie erwarte weitere Bestimmungen der Regierung, wie ein solches Gebäude für Feuerbestattungen betrieben werden könne, schrieb die Verwaltung an Ghai. Und die Regierung erklärt, dass sie noch nicht sagen könne, wann diese Bestimmungen ausgearbeitet seien. „Ich fürchte, sie wollen es herauszögern, bis ich sterbe. Sie hoffen, dass sich dann alles von selbst erledigt", sagt Ghai.

In den vergangenen Wochen reiste er nach Indien, traf hochrangige Politiker, nahm ihnen das Versprechen ab, dass sie Druck auf die Regierung in London ausüben, das Urteil zu respektieren. „Wenn nötig", sagt Ghai, „ziehe ich wieder vor Gericht."

FELIX RETTBERG

ANTHONY DEVLIN / PA WIRE / PRESS ASSOCIATION IMAGES

Ghai (M.)

Mann darf über offenem Feuer verbrannt werden

In Grossbritannien hat ein 71-jähriger Mann vor dem Obersten Gericht durchgesetzt, dass er nach seinem Tod gemäss Hindu-

Von der Website www.20min.ch

FISCHE

Die Sushi-Falle

Die weltweite Sushi-Mode und industrielle Fangmethoden haben dafür gesorgt, dass der Rote Thunfisch heute fast ausgerottet ist. Nach jahrelangen Warnungen der Umweltschützer handelt die EU jetzt. Möglicherweise zu spät. *Von Thomas Hüetlin*

Die Kellner im Nachtclub „Rascasse“ sammeln die letzten Gläser ein, als André Rinaldi die Leinen seines Fischerboots löst und den Weg hinaus aufs Meer sucht. Rinaldi steuert seinen kleinen blauen Kahn an Yachten vorbei, die sich vor ihm auftürmen wie schimmernde Paläste. Kurz nach Sonnenaufgang, meist gegen fünf Uhr, ist Rinaldi im Hafen von Monte Carlo allein unterwegs.

Vor 30 Jahren gab es noch ein gutes Dutzend Fischer, jetzt ist der 66-Jährige der letzte, der seine Köder auswirft. Wie für viele Mittelmeerfischer war für Rinaldi früher der Thunfischfang der Höhepunkt des Jahres. Von Mai bis Juni zogen große Schwärme vom Atlantik ins Mittelmeer, wo die Thunfische in Gebieten mit besonders klarem Wasser laichten. Nach Monaten der Kargheit und der Entbehrung bescherten die Thunfischschwärme das kurze Gefühl von Reichtum.

In den vergangenen Jahren aber ist die Zahl der Fische dramatisch zurückgegangen. „Etwa 85 Prozent des Bestands sind ausgelöscht“, sagt Sergi Tudela, Direktor des WWF für Fischereifragen. „Wenn die Quoten nicht weiter gesenkt werden, könnte die Art bis 2012 so dezimiert sein, dass sie sich nie mehr erholt“.

Rinaldi kennt diese Zahlen nicht, aber er weiß, was er aus dem Meer holt. In den letzten Jahren fing Rinaldi, der nach alter Tradition mit Haken und Köder arbeitet, nicht einen Thunfisch. „Und dieses Jahr“, sagt Rinaldi, „geh ich auch nicht mehr auf Thunfischjagd.“

Das würde Fürst Albert II., der Herrscher von Monaco, auch nicht gern sehen. Alarmiert von den Zahlen, hatte Fürst Albert bei der letzten Artenschutzkonferenz in Katar den Antrag gestellt, die Spezies ebenso kompromisslos zu schützen wie den Pandabären und den internationalen Handel mit dem Roten Thunfisch strikt zu verbieten.

Der Antrag scheiterte vor allem am Hauptkonsumenten des Sushi-Rohstoffs: Japan. Trotzdem geht Monaco nun mit gutem Beispiel voran. In monegassischen Restaurants und Supermärkten ist Roter Thunfisch aus dem Angebot gestrichen.

Rinaldi sitzt im Dunst seines Dieselmotors. Hinter ihm auf dunklen, hohen Felsen thront der Palast. Rinaldi sagt, er halte viel von seinem Fürsten. Auch deshalb legt er in dieser Saison vor allem Netze in der Bucht von Monaco aus, nicht weiter draußen, wo sich möglicherweise ein Thunfisch hineinverirren könnte. An diesem Morgen waren die Netze 48 Stunden im Wasser. Zeit, den Fang einzuholen.

„Es ist ein Teufelskreis“, sagt Rinaldi. „Die Europäische Union hat über Jahrzehnte die Fischer subventioniert, damit sie sich größere Boote anschaffen. Vor allem Thunfischboote. Mehr Leute mussten darauf arbeiten, es kostete mehr Geld, mehr Fisch musste gefangen werden. Und jetzt ist keiner mehr da.“

Rinaldi dreht über eine Winde seine Netze ins Boot. Zusammen sind die Netze 1200 Meter lang. Aus den roten Ma-

FOTOS: MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Fischerfamilie Rinaldi in den fünfziger Jahren, Fischer Rinaldi, Sohn vor Monaco: *„Wir sind die Müllmänner des Meeres“, sagen die Fischer, die*

sich früher als „Gärtner des Meeres“ verstanden haben

schen purzeln Steine, ein schwarz-gelber Gartenschlauch, ein roter Spielzeugpropeller, eine Burger-King-Verpackung, eine blaue Flasche und fünf kleine Fische.

„Wir sind nicht die Gärtner, wir sind die Müllmänner des Meeres“, murmelt Rinaldi. Als er drei Stunden später sein Boot wieder im Hafen festmacht, steht die Sonne hoch über den Yachten der Reichen. Rinaldi bringt seinen Fang in einer Kehrschaufel an Land.

Der spanische Hafen L’Ametlla de Mar liegt 600 Kilometer südwestlich von Monte Carlo. Trotz eines Hotelklotzes am Strand ist Fischfang die Haupteinnahmequelle des Ortes geblieben. Der größte Arbeitgeber ist die Balfegó-Gruppe, ein Unternehmen, das moderne Thunfischerei betreibt. 400 Menschen sind hier beschäftigt.

Manuel Balfegó steht auf der Brücke seines Schiffes „Frau II“, getauft nach dem Wind, der manchmal von den kargen Bergen im Hinterland herunterbläst.

In Ametlla nennen sie Manuel Balfegó nur den „Admiral“. In knapp 30 Jahren hat er eines der größten Thunfischimperien des Mittelmeers aufgebaut. Er gilt als einer der Verantwortlichen dafür, dass der Rote Thunfisch heute fast ausgerottet ist.

Balfegó beugt sich über einen der fünf Bildschirme auf der Brücke. Eine Landkarte der Balearen ist darauf zu sehen und eine Menge roter Linien, die sich vor der Insel Formentera zu einem Knäuel verdichten. Die Linien dokumentieren den Kurs des Schiffes in den vergangenen zwei Wochen. „Hier vor Formentera haben wir am meisten gefangen“, sagt Balfegó. Thunfische seien wie Frauen, sie suchten sich die beste Geburtsklinik. Besser als vor Formentera gehe es kaum. Das

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Thunfischfabrik der Balfegó-Gruppe in Katalonien, monegassische Fürstenfamilie Grimaldi 1971: *Mit neuen Methoden ganze Schwärme aus*

Wasser sei glasklar, es gebe kaum andere Raubfische.

Manuel Balfegó trägt eine schwarze Schirmmütze von Adidas. Sein Schädel ist nach einer Chemotherapie kahl. Wegen seiner Krankheit ist der 47-Jährige zum ersten Mal in seiner Karriere nicht mit auf die Jagd gegangen. Er saß zu Hause am Bildschirm und dirigierte seine Flotte übers Meer.

Es sind elf Schiffe, die jetzt im Hafen von L'Ametlla liegen. Zwei gehören der Firma, zwei gehören spanischen Partnern, sieben kommen aus Frankreich. Alle arbeiten für Manuel Balfegó.

Der Mix ist das Ergebnis moderner europäischer Fischereipolitik im Zeitalter dramatisch schwindender Bestände. Nachdem die EU jahrelang größere Boote, wie das von Manuel Balfegó, subventioniert hatte, überwacht sie nun die deutlich abgesenkten Quoten ziemlich streng und brach die Fangsaison dieses Jahr vorzeitig ab.

Durften die Fischer der Europäischen Union im Jahr 2006 noch 32 000 Tonnen Thunfisch aus dem Meer ziehen, sind es in diesem Jahr nur noch 13 500 Tonnen. Umweltaktivisten sagen, dies sei immer noch zu viel. Um die Spezies zu retten, müsste die Quote mindestens runter auf 8000 Tonnen. Am besten sei es, den Tieren ein paar Jahre Schonzeit zu gewähren.

Um an der Spitze zu bleiben, kauft Balfegó in diesem Jahr die Quoten anderer Schiffe zusätzlich ein. 1000 Tonnen Fisch heißt das Ziel der Firma in dieser Saison. Früher fuhr Manuel Balfegó zusammen mit seinem Cousin mehr als das auf zwei Booten ein. Jetzt muss er neun zusätzliche Schiffe mit neun zusätzlichen Mannschaften beschäftigen, um auf einen Teil des Fangs zu kommen.

Das Geschäft lohnt sich noch immer, da sich das Fleisch des Roten Thunfischs als Sushi zu einem globalisierten Massenprodukt entwickelt hat. Männer wie Balfegó haben den Markt über Jahrzehnte gefüttert. Sie haben mit neuen Methoden ganze Schwärme aus dem Meer gebaggert. Das meiste ging nach Japan, wo 30 Euro oder mehr für ein Kilogramm Roten Thun bezahlt werden.

Es sind nur ein paar Schritte vom Hafen Monte Carlos zu dem lichten Altbau im zweiten Stock, wo André Rinaldi auf einem roten Ledersofa Siesta hält. Ihm gehört das Apartment, in dem er wohnt. Der Vater hat es ihm gekauft. Sein Beruf: Fischer. Im Regal liegt eine DVD des Fünfziger-Jahre-Klassikers „Don Camillo und Peppone", daneben ein Fotoband über Monte Carlo mit einem Foto von Fürst Albert vorne drauf.

Die Widmung darunter lautet: „Lieber André, vielen Dank für all die schönen Augenblicke auf unserem geliebten Mittelmeer, herzlich Fürst Albert".

Zwischen Weihnachten und Neujahr komme der Fürst gern auf sein Boot, erzählt Rinaldi. Man trinke Wein, esse Seeigel. Es ist Rinaldi wichtig, dass der Fürst weiß, dass er noch da ist.

Oben der Fürst, um ihn herum die Familie, draußen das Meer, das ist Rinaldis Welt. „Les Cinque Frères" heißt sein Boot. Die fünf Brüder. Es ist eine Beschwörung, dass der Einzelne wenig ausrichten kann ohne seinen Clan.

Vier Generationen lang haben die Rinaldis im Fürstentum gefischt. Die einen kümmerten sich um das Boot, die anderen verkauften auf dem Markt. Es war ein lohnendes Geschäft. Männer in Unterhemden, Stolz und Zigarette im Gesicht, um sie herum oft zwei Dutzend Kisten voll Fisch.

Mitte der fünfziger Jahre gestaltete Fürst Rainier, Alberts Vater, Monte Carlo um. Er heiratete Grace Kelly, Monte Carlo wurde eine Kulissenlandschaft für Menschen mit Geld. Bevor sie ins Casino gingen, standen sie morgens auf einer Anhöhe über dem Hafen und schossen auf echte Tauben. Rinaldi und sein Vater sammelten die Tiere aus dem Hafenbecken, die Mutter rupfte, verkaufte.

Die Rinaldis waren in diesem Vergnügungspark fürs Handfeste zuständig. Außerdem waren sie Teil der Kulisse. In den sechziger Jahren wurde eine Postkarte in Monte Carlo verkauft. Sie zeigt einen dunkelhaarigen Mann, rotes T-Shirt, blaue Shorts, er ordnet im Hafen die Netze. Der Mann ist André Rinaldi.

SNOWDON / VOGUE / PICTURE PRESS

dem Meer gebaggert, subventioniert mit Millionen der Europäischen Union

Wahrscheinlich waren schon damals zwei Dutzend Kisten Fisch pro Nacht Vergangenheit, die Verschmutzung der Küsten nahm zu, auch die Thunfische, deren Schwärme Rinaldi früher vom Ufer aus sehen konnte, zogen sich zurück. Sie schwammen jetzt weiter draußen.

Manchmal musste Rinaldi fast bis nach Korsika fahren, um sie zu finden. Fünf, sechs Tonnen Thun pro Jahr zog er heraus, sie machten die Hälfte seines Gesamtumsatzes aus.

„Damals hat man mich auch mit Subventionen geködert für den Fall, dass ich ein größeres Boot kaufe“, sagt Rinaldi. Er ließ es bleiben. Er wollte keinen Kutter mit viel Elektronik und einer großen Mannschaft, die man beherrschen muss. Er wollte das Meer nicht ausplündern. „Fischen mit diesen Mitteln“, sagt Rinaldi, „ist eine Industrie. Ein anderer Beruf.“

Als Fisch Nummer 25 815 geschlachtet wird, sitzt Manuel Balfegó zu Hause und frühstückt. Das Töten langweilt ihn, Isaac Hermo, sein Marketingchef, leitet die Operation auf der Fischfarm der Balfegó zwei Kilometer vor der Küste L'Ametllas.

Die Farm besteht zurzeit aus einem Netzkäfig, Durchmesser 120 Meter, 38 Meter tief. 2500 Fische befinden sich darin. Isaac blickt auf sein Nokia E72. Darauf leuchten die Fischpreise von Tsukiji, dem Fischmarkt von Tokio: 3000 Yen pro Kilogramm Roten Thun. „Die Preise sind mies, weil gerade Saison ist“, sagt Hermo. „Im Herbst gibt es wahrscheinlich das Doppelte, kurz vor Weihnachten das Dreifache.“ Das sei der Vorteil einer Farm. Man töte, wenn die Preise oben sind, nicht unten.

Heute Morgen brauche er nur 18 Thunfische, sagt Hermo. Für Feinschmeckerrestaurants in Madrid, London, New York und Los Angeles.

Sechs Taucher gleiten ins Wasser, kurz darauf hievt ein Kran einen großen Thun ins Boot. Er hat ein kleines Loch im Kopf, von der Druckluftharpune, Blut sprudelt aufs Deck. „Sie sind sofort tot“, sagt Hermo. Jede Form von Stress sei schlecht für die Fleischqualität.

Ihr müsst die Fische mit mehr Respekt behandeln, sagten die Japaner.

Ein Arbeiter trennt mit einer Kettensäge den Kopf ab. Fisch Nummer 25 815 ist 219 Zentimeter lang, er wiegt 203,04 Kilogramm. Der Fettgehalt beträgt 6,8 Prozent. „Zwischen 6 und 12 Prozent ist für den amerikanischen Markt optimal“, sagt Hermo. Das Ziel für Fisch Nummer 25 815 heißt „The Lighthouse“, ein Delikatessenhändler in Los Angeles.

Manuel Balfegó sitzt zu Hause, draußen vor Formentera ziehen Schlepperboote mit einer Geschwindigkeit von einem Knoten den Fang dieser Saison Richtung Farm. Er hat dann 960 Tonnen Thun zusätzlich. Damit muss er bis zum nächsten Frühjahr auskommen, da Thunfisch sich in Gefangenschaft nicht vermehrt.

Manuel Balfegó wollte immer der Größte sein. Sein Vater hatte ihn auf ein katholisches Internat geschickt, aber mit 15 sagte der Junge in den Ferien: „Ich werde nicht Priester, sondern Fischer.“

Nach ein paar Monaten begann er von einer neuen Fangmethode zu sprechen, er nannte sie „Beutelfischen“. Mit einem Netz, hatte er gehört, könne man ganze Schwärme einkreisen, das Netz dann unten verschließen und so Fisch an Bord baggern, massenhaft. Beim ersten Versuch riss das Netz, der Ertrag waren zehn Fische.

Ein paar Jahre später fing er bereits so viel, dass der Fisch zu verderben drohte, weil er keine Abnehmer mehr fand. Er hatte 15 Tonnen gefangen an einem Tag im September. Die Kühlräume waren voll, der Fisch stapelte sich an Deck, die Sonne brannte. Als sie nach zwölf Stunden an Land gingen, gab es keinen Händler für solche Mengen. Balfegó war froh, dass am Ende eine Konservenfabrik 50 Cent pro Kilogramm bot.

André Rinaldi wäre in sich gegangen, Manuel Balfegó suchte einen neuen Händler, einen, der größer war, einen, der vor allem für ihn arbeitete.

Abends warteten die Tiefkühllaster am Hafen. „Das Einzige, was wir tun mussten, war abladen“, sagt Balfegó. Er nahm seinen jüngeren Cousin Pere Vicem mit ins Team auf. Es sind die achtziger Jahre. Die Balfegó waren fast zwölf Monate im Jahr auf Jagd. Sie fingen im Schnitt 400 Tonnen Thun pro Boot.

Anfang der neunziger Jahre kam die nächste Stufe des Goldrauschs. Sie kam in korrekt geschnittenen Anzügen und mit sehr höflichen Umgangsformen.

Erst waren es nur wenige Japaner, sie stiegen auf die Schiffe und suchten sich die schönsten Fische aus. Aber für die zahlten sie das Drei-, manchmal das Vierfache.

Ihr müsst die Fische mit mehr Respekt behandeln, sagten die Japaner. Ihr dürft sie nicht zerstören. Ihr müsst anders fischen. Bis dahin hatten sich die Tiere beim Zusammenziehen des Netzes gegenseitig zerquetscht. Die Japaner erzählten von Fischkäfigen, die gerade in Australien entwickelt würden. Manuel Balfegó hörte zu.

Die Aufrüstung ging weiter, die EU subventionierte. Größere Schiffe, mehr Kräne, mehr Elektronik, schließlich drei Flugzeuge, mit denen die Fischschwärme schon geortet wurden, wenn sie die Meerenge von Gibraltar passierten.

Die Balfegó zogen nun über tausend Tonnen Thun pro Jahr aus dem Mittelmeer. Die Großen kamen in den Käfig für den globalisierten Markt, die kleinen Jungtiere wurden zerquetscht, in den Kühlraum gesteckt und an die Europäer verscherbelt.

Die Japaner trieben den Preis in neue Höhen. 90 Prozent des Fangs ging jetzt

an sie. Die Gewinne der Balfegó stiegen ins Siebenstellige. Trotzdem kippten sie die Jungtiere weiterhin in den Kühlraum. Sozusagen als Taschengeld. Die Gier hatte die Balfegó reich gemacht. Jetzt ließ die Gier sie noch gieriger werden.

Über Monaco fallen die Schatten des Abends, nur vorn am Hafen halten sich noch ein paar Sonnenstrahlen. In den Arkaden, wo Rinaldi früher seine Netze lagerte, sind jetzt Restaurants untergebracht. Man bemüht sich, mondän zu wirken. Große blonde Frauen gehen auf hohen Schuhen umher und verteilen Mojitos.

Rinaldi steht in einem Container, den ihm der Fürst aufgestellt hat, und schippt mit einer Hand Anchovis auf eine Waage. Ein Mann mit einem Goldknopf-Blazer schaut ihm über die Schulter. Beide tuscheln. Sie wirken wie Männer bei einem Drogen-Deal.

Später, als der Mann mit dem Goldknopf-Blazer weg ist, erzählt Rinaldi, dass der Fisch, den er gerade verkauft hat, nicht aus Monte Carlo kommt, sondern aus Sète, einem Hafen hinter Marseille. Rinaldi hat ihn importiert.

Früher, sagt Rinaldi, habe man den Fisch, der in den Restaurants von Monte Carlo verzehrt wurde, zum größten Teil aus dem Meer vor den Casinos gezogen. Heute stamme fast alles von woanders. Aus dem Atlantik, wenn der Gast Glück hat. Wenn er weniger Glück hat aus Aquakulturen vom anderen Ende der Welt. „Das Meer schmeckt man nicht mehr“, sagt Rinaldi. „Warum tun die Köche in Monte Carlo sonst so viel Sauce an den Fisch?“

An einem Ort wie Monte Carlo reicht das, was das Meer hergibt, gerade noch aus, damit er sich die Rente aufbessern kann. Von den guten Zeiten seiner Väter und Großväter, als das Meer den Aufstieg eines Fischerclans ermöglichte, ist wenig geblieben – nur der Name des Bootes: „Die Fünf Brüder“.

Nächstes Jahr wird das Schiff 50 Jahre alt. Lange war der Wert stabil, nur jetzt gehe es schnell. „Die ganze Küste rauf und runter stehen solche Boote zum Verkauf“, sagt Rinaldi.

Er wird seines behalten, weil er nicht darauf angewiesen ist, damit Geld zu verdienen. Ohne sein Boot wäre er nur ein Rentner mehr in Monte Carlo, der im Café hockt und den Mädchen nachblickt.

CHRIS PARK / AP

Sushi-Rohstoff Roter Thun: *85 Prozent des Bestands ausgelöscht*

Manuel Balfegó, der Spanier, sitzt an einem langen, ovalen Konferenztisch im ersten Stock seiner Thunfischfabrik. Die Stühle sind mit gelbem Leder überzogen, der Würfelzucker ist mit einem Logo ausgestattet. Durch die getönten Scheiben sieht man die Autobahn.

Balfegó wirkt lustlos. Es ist gerade einmal vier Jahre her, da war er elf Monate im Jahr auf Jagd, jetzt gestattet ihm die EU noch maximal einen Monat.

Eines der deutlichsten Zeichen, dass die Krise um den Thunfisch auch L'Ametlla erreicht hat, ist Juan Serrano, der neue Generaldirektor des Balfegó-Imperiums. Serrano hat früher für Kartoffelchips, Leuchtmittel und Haushaltsreiniger um Marktanteile gekämpft, jetzt managt er Thunfischfleisch.

Er will industriellen Fischfang mit Wohlfühlfaktor für die Kunden.

Serrano weiß um den schlechten Ruf seiner Branche. Er sagt: „Wir gelten als Dämonen.“ 90 Prozent seiner Arbeit bestehe darin, sich mit den Vorwürfen von Politikern und Umweltschützern herumzuschlagen, jenen Kräften, die die industrielle Thunfischerei der Balfegó am liebsten ganz verbieten würden.

Schon deshalb spielt Serrano gern den Oberumweltschützer. „Wir wollen“, sagt er, „dass es auch in 100 Jahren noch Thunfisch gibt, weil wir davon leben.“

Deshalb stattet Serrano die Firma mit mehr Transparenz aus, hält sich an die Quoten, nummeriert jeden Fisch, kontrolliert ihn vom Fang bis zum Schlachttag, so dass ein Kunde im „Lighthouse“ in Los Angeles weiß, dass es bei seinem Sushi mit rechten Dingen zugegangen ist. Serrano will industriellen Fischfang mit Wohlfühlfaktor für die Kunden.

Manuel Balfegó kennt die Argumente, aber es sieht nicht so aus, als würden sie ihn besonders interessieren. Es geht zu viel um Marketing, zu wenig um die Jagd, außerdem ist der „Admiral“ der Meinung, dass es schon längst wieder genug Thunfisch gibt. Er sagt es nicht im Konferenzsaal, aber er sagt es unten am Hafen, bei den Männern, die ihm nahestehen – den anderen Fischern.

Zum Teufel mit den Öko-Aktivisten, zum Teufel mit der Quote, die Thunfische vermehrten sich schneller als Unkraut, ist da zu hören.

Einer, der Ende der neunziger Jahre sein Boot vor den Balearen mit Thunfisch so voll lud, dass es sank, ruft, dass sich die geschützten Bestände zur Plage entwickeln würden und dabei seien, die Sardinen auszurotten. „Es wird nicht mehr lange dauern“, sagt der Schiffsversenker, „da wachsen den Sardinen Beine, damit sie vor dem Thunfisch an Land flüchten können.“ Manuel Balfegó lacht laut.

Etwas weiter oben auf dem Boot steht der Vater des „Admirals“. Er ist 82 Jahre alt und holt die katalanische Fahne von der Brücke. Die Fahne ist ein wenig ausgefranst, der alte Mann sagt, er würde sie nach Hause bringen zu seiner Frau, dort würde die Fahne ausgebessert. „Ich bin sparsam“, sagt er. Man müsse haushalten mit dem, was man habe.

Dann erzählt er eine Geschichte. Sein Vater habe ihn, als er klein war, einmal mit aufs Meer genommen. Man saß im Boot, es war nicht viel im Netz.

„Wer ist schlauer, der Fisch oder der Mensch?“, fragte der Vater.

„Der Mensch“, sagte der Junge.

Der Vater gab ihm eine Ohrfeige. „Unsinn“, sagte er, „der Fisch ist schlauer.“

„Warum?“, fragte der Sohn.

„Weil sonst das Meer leer wäre“, sagte der Vater.

Der 82-Jährige faltet die Fahne behutsam und geht. Er wirkt heiter. ◆

Wir sind Afrika

Ortstermin: 200 000 Schüler erarbeiten an einem Tag 1,2 Millionen Euro für ihre schwarzen Brüder und Schwestern.

Susanne Henschels Tag für Afrika beginnt mittags um zwölf, sie setzt sich unter einem Baum auf eine Bank und schaut auf drei kleine Geräte, die vor ihr auf dem Boden liegen. Ein iPod, ein Nintendo DS, eine Playstation Portable. Ein Player und zwei Konsolen, Susanne soll auf jedem Gerät zehn Minuten spielen und danach sagen, mit welchem es am meisten Spaß gemacht hat.

Susanne ist 14, eine Schülerin aus Potsdam, die Bank steht vor dem Haus, aus dem „Fritz“ sendet, das Jugendradio vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), bei dem Susanne heute vier Stunden verbringen wird. Spielkonsolen testen, bei einem Radiobeitrag über Spielkonsolen mitmachen, mal sehen, was dann noch zu tun ist. In jedem Fall wird Susanne damit Geld verdienen, acht Euro pro Stunde, und das Geld ist für Afrika.

Geld für Afrika sammeln, das ist eine Sache, die schon lange zu einer Kindheit in Deutschland gehört. Zu Weihnachten in der Kirche, beim Schulfest am Stand mit den von den Müttern gebackenen Kuchen, mit einer Sammelbüchse, so haben das frühere Schülergenerationen gemacht. Afrika ist ein Kontinent, auf dem es Löwen und Elefanten gibt. Vor allem aber gibt es dort arme Menschen, das ist es, was deutsche Kinder von Afrika wissen. Im Moment wird in Südafrika Fußball gespielt, die Weltmeisterschaft, nach den Spielen werden im Fernsehen manchmal Reportagen gezeigt, die dem Zuschauer das Land näherbringen sollen, in den Filmen kommen wilde Tiere vor, tanzende Frauen, Wellblechhütten.

Geld für Afrika wird immer gebraucht, dass wissen deutsche Kinder, so wie sie wissen, dass am Nordpol das Eis schmilzt und man sich beim Geschlechtsverkehr Aids einfangen kann. Afrika braucht immer Geld, daran hat sich nichts geändert, aber das Sammeln hat sich verändert, es gibt jetzt Aktionen, die mehr Spaß machen als ein Kuchenbasar. 200 000 Schüler jobben an diesem Tag in Deutschland für Afrika.

Susanne ist eine von ihnen, eine Spendensammlerin, die nicht mehr wie eine Spendensammlerin aussieht, sie verteilt nicht mal Flugblätter für die Hilfsorganisation, für die sie hier ist, das ist alles nicht mehr nötig. Sie jobbt einen halben Tag, der Sender überweist 32 Euro an die „Aktion Tagwerk“.

Beim RBB sind 22 Schüler, die Afrika unterstützen wollen, einer hilft in Berlin den Männern vom Fahrdienst dabei, die Firmenwagen zu waschen, einer löscht die Kassetten der Fernsehreporter. Alle bekommen acht Euro Stundenlohn, der Sender hätte gern noch mehr Schüler an diesem Tag beschäftigt.

FOTOS: CARSTEN KOALL

Schülerin Susanne beim Jugendradio in Potsdam: *Acht Euro pro Stunde*

Susanne testet die Spielkonsolen, ein Reporter befragt sie und andere Tester darüber, welches Display auch in der Sonne etwas taugt, denn bald beginnen die Sommerferien. „Die Geräte kosten ja alle so um die 170 Euro, wofür würdet ihr euch, wenn ihr das Geld hättet, jetzt sofort entscheiden?“, ist die letzte Frage des Reporters.

Susanne spricht in kurzen, klaren Sätzen ins Mikrofon, wie man einen Beitrag schneidet, weiß sie längst. Mit acht hat sie zum ersten Mal bei einem Kinderradio moderiert, sie macht in ihrer Schule seit zwei Jahren beim Pausenradio mit. Sie ist ein zierliches Mädchen in einer weißen Bluse, ihr Gesicht wirkt noch kindlich, aber sie hat schon ein klares Karriereziel: beim Radio was werden. Und heute will sie Afrika retten.

In ihrer Schule gab es eine Ausstellung über Afrika, im Unterricht schauten sie ein Video über die „Tagwerk“-Aktion, Susanne schrieb eine Mail an den Sender und fragte nach einem Job.

Wer bei uns mitmachen will, muss sich selbst eine Stelle organisieren und auch seinen Lohn selbst aushandeln, sagt die Pressesprecherin von „Aktion Tagwerk“, sie ist 24, alle bei der Organisation sind jünger als 30.

Die Idee für die Aktion ist aus Dänemark zuerst nach Rheinland-Pfalz gekommen, das seit 28 Jahren Partnerland von Ruanda ist. Für Ruanda sind dort Schüler erst wandern gegangen und haben sich jeden gelaufenen Kilometer von Firmen sponsern lassen. Aber die älteren Schüler hatten auf das Wandern oft keine Lust, deswegen dürfen sie jetzt jobben.

Sie üben, wie man sich eine Stelle sucht, bekommen ein wenig Berufserfahrung, zeigen soziales Engagement. Geld für Afrika sammeln, das hilft zunächst einmal deutschen Kindern. Sie schauen in die Welt, für einen Moment, nicht überall ist es so schön wie hier, es ist immer noch gut, das zu wissen. Solidarität als Erziehungsziel, das ist der eigentliche Sinn des Tages für Afrika, das macht Lehrer froh und Eltern. Und Afrikaner?

In fünf Ländern werden die Spenden vom „Tag für Afrika“ verwendet, in Angola, Burundi, Ruanda, dem Sudan, Südafrika. 1,2 Millionen Euro werden es wohl in diesem Jahr, im vorigen Jahr waren es 1,3 Millionen, das Geld geht an Ausbildungszentren und Schulen. Mädchen und Jungen können in Angola dann besser Bienenzüchter oder Elektriker werden, in Burundi pharmazeutisch-technischer Assistent, im Südsudan etwa Maurer oder Schreiner.

„Das Geld ist für schulische Sachen oder so“, sagt Susanne in Potsdam und lächelt verlegen. Warum hat sie bei der Aktion mitgemacht? Weil sie so viel wie möglich beim Radio sein wolle. Solidarität mit sich selbst. „Aber auch, weil es für die Kinder in Afrika ist.“ Sie hört auf zu lächeln, wenn sie „Afrika“ sagt.

Wiebke Hollersen

STRAFJUSTIZ

Töten oder Sterbenlassen?

Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs: Der Patient bestimmt, ob sein Leben künstlich verlängert oder die Behandlung beendet werden soll. *Von Gisela Friedrichsen*

Juristen lieben die provokante Zuspitzung. Vor allem, wenn sie die Plausibilität von Argumenten – oder auch deren Absurdität – deutlich machen wollen. Zum Beispiel: Man stelle sich vor, bei einem irreversibel dem schleichenden Verfall preisgegebenen Patienten im Wachkoma soll jede lebensverlängernde Behandlung abgebrochen werden. Denn der Betreffende hatte, als er geistig noch auf der Höhe war, klar und deutlich ein Tod auf, wie es von Staatsanwälten immer wieder zu hören war? Ist das Abschalten zwar eine aktive Handlung, jedoch keine Tötung, da nur dem natürlichen Sterben sein Lauf gelassen wird?

Die Rechtslage war durch mehrere höchstrichterliche Entscheidungen, etwa des 1. Strafsenats von 1994 oder des XII. Zivilsenats von 2003 und 2005, unübersichtlich geworden. Überdies stifteten Urteile von Landgerichten Verwirrung. Manweigern sich da bisweilen. Keiner muss sich operieren lassen, selbst wenn der Eingriff lebensnotwendig ist. Keiner muss sich Blut verabreichen lassen, wenn er es nicht will. Jede Behandlung ist ein Eingriff in die körperliche Integrität und bedarf also seiner Zustimmung. Sonst handelt es sich um Körperverletzung.

Nun herrscht Rechtssicherheit, zumal sich zu dieser außerordentlich klaren BGH-Entscheidung das im vergangenen September in Kraft getretene, kraftvoll formulierte Patientenverfügungsgesetz gesellt. Erleichtert dürften die Ärzte auch sein, dass sie nun ausdrücklich nicht mehr der Zustimmung eines Richters bedürfen, wenn sie im Konsens mit dem oder den Betreuern des Kranken diesem, so er es denn will, sinnloses Weiterleben nicht länger aufzwingen.

Leben und Sterbendürfen: Das geht alle an. Was jemand unter einem humanen Tod versteht, ist ihm selbst überlas-

ARTIS

Verhandlung des 2. Strafsenats am Bundesgerichtshof, Pflege auf einer Intensivstation, Anwalt Putz, Mandantin: *Der Wille des Patienten ist*

bloßes Hinauszögern seines natürlichen Todes durch den Einsatz von Medizintechnik abgelehnt. So weit, so gut.

Der Kranke wird künstlich beatmet, künstlich ernährt, er ist an die Dialysemaschine angeschlossen und an weitere Apparate, die dafür gesorgt haben, dass sein Körper jahrelang funktionierte, ohne Aussicht auf die Rückkehr des Bewusstseins. Bisher lautete die Frage: Welche der vielen Behandlungen darf straflos abgebrochen werden?

Darf der Stecker des Beatmungsgeräts gezogen werden? Ist das noch erlaubte passive Sterbehilfe, da es ja dem Unterbleiben der abgelehnten Lebensverlängerung dient? Oder ist es verbotene aktive Sterbehilfe, den Schalter der Dialysemaschine umzulegen und damit den Tod herbeizuführen? Kommt da nicht Totschlag in Frage? Schwingt sich der Handelnde nicht doch zum Herrn über Leben und cher Arzt fragte sich, ob dem Schutz des Lebens nicht doch Vorrang gebühre vor dem Selbstbestimmungsrecht eines Menschen, der eines natürlichen Todes zu sterben wünschte. Ist ein Behandlungsabbruch allenfalls in der finalen Sterbephase zulässig? Galt es etwa, das natürliche Sterben zu retten? Solche Unsicherheiten dürften nun beendet sein.

Denn der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) mit der Vorsitzenden Ruth Rissing-van Saan, in seinen Begründungen rechtlich zurzeit wohl der interessanteste, hat klare Worte gesprochen. Er hat in einer Grundsatzentscheidung den Ärzten die Angst genommen, mit einem Fuß im Gefängnis zu stehen, wenn sie dem folgen, was ein Patient für sich selbst bestimmt hat.

Niemand muss sich gegen seinen Willen behandeln lassen. Keiner muss essen, wenn er nicht will. Gerade alte Menschen sen. Seine Menschenwürde gebietet, dass er diese Entscheidung selbst treffen darf.

Der Senat sprach am Freitag den auf Medizinrecht spezialisierten Münchner Rechtsanwalt Wolfgang Putz frei und hob damit das Urteil des Landgerichts Fulda vom 30. April 2009 auf, das den Anwalt wegen versuchten Totschlags mit einer Freiheitsstrafe von neun Monaten, ausgesetzt zur Bewährung, beschwert hatte.

Der Fall ist weithin bekannt: Putz hatte 2007 eine Frau beraten, deren Mutter nach einer Hirnblutung seit fünf Jahren im Wachkoma lag und künstlich ernährt wurde (SPIEGEL 20/2009). Sie war längst bewegungsunfähig geworden, ja steif wie ein Brett. Tagaus, tagein starrte sie in der Totenstille ihres Zimmers in einem Hersfelder Pflegeheim ins Leere. Alle Zähne mussten ihr entfernt werden, die Knochen wurden immer poröser. Erst

als ein Arm schwarz wurde und stank und Knochensplitter Gewebe entzündeten, merkte das Personal, dass etwas gebrochen sein musste. 2006 wurde der Arm amputiert.

Als sie sich noch hatte äußern können, es war wenige Wochen vor der zu irreversibler Bewusstlosigkeit führenden Hirnblutung gewesen, hatte die Frau ihrer Tochter erklärt, dass sie nicht in ein Pflegeheim gebracht und auch nicht künstlich am Leben gehalten werden wolle, falls dereinst eine unheilbare Krankheit sie ihrer Sinne berauben sollte.

Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Beendigung der quälenden Lebensverlängerung lagen 2007 unstrittig vor. Der behandelnde Arzt sah keine Indikation mehr für eine weitere künstliche Ernährung. Die Kinder der Patientin, als Betreuer eingesetzt, waren sich mit ihm einig, ihren natürlichen Tod nicht länger hinauszuzögern. Dass dies der Wille ihrer Mutter war, daran bestand kein Zweifel. Doch der Arzt ließ die Sache schleifen. Er zögerte, die Kinder der Patientin so zu unterstützen, wie es die Situation schon damals geboten hätte.

So wandte sich die Tochter an den Medizinrechtler Putz, der Arzt und Heim ausführlich über die Rechtslage aufklärte. Dennoch geschah zunächst nichts.

Im Advent 2007 spitzte sich die Situation zu. Die Heimleiterin sprach als Zeugin vor dem Fuldaer Gericht von einer „hochemotionalen Zeit“, in der das Absetzen der Ernährung diskutiert wurde, und davon, dass die Mitarbeiterinnen sich geweigert hätten, „einen Menschen verhungern und verdursten zu lassen“. Schließlich habe zu der Patientin „ein Vertrauensverhältnis“ bestanden.

Leider fragte das Fuldaer Gericht nicht nach, was das heißen soll: „Vertrauensverhältnis“ zu einer Koma-Patientin, die reglos im Bett liegt, mit der man nicht kommunizieren kann, die auf nichts reagiert, sondern nur gewindelt und gebettet und schematisch zweimal täglich mit Sondennahrung versehen wird. Oder hat das „Vertrauensverhältnis“ etwas damit zu tun, dass solche Patienten beliebt sind beim Personal und den Heimleitern, weil sie still sind, nicht aus dem Bett fallen oder gar davonlaufen? Schätzt nicht auch mancher Heimträger das Vertrauen dieser Patienten deshalb, weil sie zuverlässig langfristige Pflegesatzeinnahmen gewährleisten?

Die Hausleitung erreichte zunächst einen Kompromiss. Die Tochter erklärte sich bereit, das Sterben der Mutter zu begleiten, gleich wie lange es dauern würde. Sie übernahm die Verantwortung für das langsame Absetzen der Nahrung. Sie saß bei ihr, streichelte sie und befeuchtete ihren Mund. Nur die übrige Pflege oblag noch dem Personal.

STEPHAN ELLERINGMANN / LAIF

ARTIS

ausschlaggebend, „unabhängig von Art und Stadium“ der Krankheit

Am 21. Dezember dann ein rabiater Sinneswandel, ausgelöst durch einen Anruf der Unternehmenszentrale: „In unserem Haus gibt es keine Sterbehilfe!“ Man stellte den Kindern ein Ultimatum: Entweder sie lassen die künstliche Ernährung wieder zu, oder sie verlassen binnen zehn Minuten das Heim. Man drohte mit Hausverbot. Sie könnten die Mutter ja mitnehmen. Man würde auch tausend Euro für den Transport zahlen.

Da schnitt die Tochter, die sich anders nicht mehr zu helfen wusste, auf Rat von Anwalt Putz den Ernährungsschlauch durch. Diese Handlung – eine aktive gewiss, aber eine, die dem Unterlassen einer weiteren Lebensverlängerung diente – brachte ihr und Anwalt Putz eine Anklage wegen versuchten Totschlags ein.

Zwar wurde die Tochter freigesprochen. „Sie ging irrig davon aus“, heißt es in der Fuldaer Urteilsbegründung, „dass eine Weiterernährung ihrer Mutter durch aktive Sterbehilfe verhindert werden durfte.“ Doch Anwalt Putz wurde verurteilt. Die Fuldaer Staatsanwaltschaft hatte sogar eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren beantragt. Gegen dieses Urteil legten Putz’ Verteidiger Gunter Widmaier sowie die Staatsanwaltschaft Revision ein.

Wer als Nichtjurist den Fall betrachtet, den plagen keine Zweifel. Die Tochter wollte ihre Mutter nicht töten, niemals. Jedermanns Rechtsgefühl sagt, dass Töten etwas anderes ist als Sterbenlassen in einem solchen Fall. Auch Töten auf Verlangen ist etwas anderes. Die Tochter sah nur den bis zur Unkenntlichkeit verfallenen Körper eines Menschen, der einmal ihre Mutter gewesen war. Sie sah die zur Sinnlosigkeit erstarrte Pflegeroutine, bei der kein Gedanke darauf verwandt wurde, was man durch aufgedrängtes Lebenmüssen anrichtete.

Das Fuldaer Gericht wiederum sah durchaus die vorsätzliche Körperverletzung, deren sich das Heim durch die Fortsetzung der Ernährung schuldig gemacht hatte. Es setzte dagegen aber die „Rettungshandlung“, dass die Komatöse sofort in eine Klinik gebracht worden war zwecks Anbringung einer neuen Nahrungssonde. Die Frau habe ja noch nicht im Sterben gelegen. Der Lebensschutz sei allemal höher zu bewerten als das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen. Entscheidend aber sei, so die Fuldaer Richter: Der Angeklagte habe „letztlich nur ein falsches, verbotenes Mittel“ gewählt, um den Tod der Schwerstkranken herbeizuführen. Das drastische Durchschneiden hätte nach ihrer Ansicht nicht sein dürfen.

Dem widersprachen nun die Karlsruher Richter. Weder das Durchtrennen des Ernährungsschlauches sei rechtswidrig gewesen noch Rechtsanwalt Putz’ Mitwirkung an der aktiven Verhinderung der Wiederaufnahme der Ernährung. Ein Behandlungsabbruch sei nicht nur bei einem irreversiblen Grundleiden, das unmittelbar zum Tode führe, zulässig, sondern der Wille des Patienten sei ausschlaggebend, „unabhängig von Art und Stadium“ der Krankheit. Wenn der Kranke sich nicht mehr selbst äußern könne, dann hätten die Betreuer diesen Wunsch zu ermitteln und durchzusetzen.

Eine nur „an den Äußerlichkeiten von Tun oder Unterlassen orientierte Unterscheidung der straflosen Sterbehilfe vom strafbaren Töten eines Patienten“, so der Senat, verkenne den Unterschied zwischen einer Tötung und dem krankheitsbedingten Sterbenlassen mit Einwilligung des Patienten.

Der Tod gehört zum Leben. Und zum menschenwürdigen Leben gehört ein ebensolcher Tod. Selbsternannte Lebensschützer haben sich da nicht einzumischen. ◆

SICHERHEIT

Skorpione und Schlangen

Auswärtiges Amt und Bundesinnenministerium streiten um den richtigen Umgang mit einem deutschen Islamisten in Pakistan.

Der untergetauchte Islamist, der am Dienstag vorvergangener Woche in der deutschen Botschaft in Islamabad anrief, klang nervös, aber entschlossen. Er heiße Rami M. und wolle zurück nach Deutschland, aber er brauche Papiere. Seinen Reisepass und den Führerschein habe man ihm gestohlen. In die Botschaft zu kommen sei zu gefährlich – ob die Beamten neue Papiere ausstellen und ihm zuschicken könnten?

Die Dokumente müsse er sich schon persönlich abholen, entgegneten die Konsularbeamten, aber wenn er wolle, könne man ihm dafür eine Art Passierschein ausstellen. In dem Schreiben, das die Diplomaten später per E-Mail zustellten, baten sie „alle Behörden, jede Form von Unterstützung zu gewährleisten“, und bestätigten den Termin: Montag, den 21. Juni, 9.30 Uhr, Islamabad.

Er mache sich jetzt auf den Weg, das ist die letzte Nachricht, die Rami M., 25, seiner Familie in Deutschland schickte.

Inzwischen sitzt der Deutsch-Syrer in Peschawar in einer Zelle des pakistanischen Geheimdienstes ISI, der für seine Verhörmethoden berüchtigt ist. Pakistanische Polizisten hatten ihn am Montag vergangener Woche an einem Checkpoint festgenommen, als er aus den Bergen von Waziristan herabsteigen wollte, und seitdem wird in Berlin um eine zentrale Frage gestritten: War die Verhaftung eine gelungene Anti-Terror-Aktion oder die Folge einer Denunziation, womöglich gar, um den ISI die Drecksarbeit für die Deutschen machen zu lassen?

Die Festnahme schürt den Streit, wie die Behörden mit rückkehrwilligen Terrorverdächtigen um- und welche Signale von dem Fall ausgehen sollen. Während das Auswärtige Amt (AA) ein Gespräch in der Botschaft befürwortete, bestand das Bundesinnenministerium darauf, den Verdächtigen von der pakistanischen Polizei verhaften zu lassen.

Denn der in Frankfurt geborene Rami M. gehört zu den bekannten Figuren der deutschen Islamistenszene. In Hamburg hatte er eine Gruppe radikaler Muslime um sich geschart, die oft freitags in einer Moschee am Steindamm beteten. Im März 2009 tauchte Rami M. aus Deutschland ab – und mit ihm eine Gruppe von acht jungen Männern und Frauen auf dem Weg in das Stammesgebiet im Nordwesten Pakistans. Deutsche Ermittler sehen ihn seither als Gefährder, die Generalbundesanwältin ermittelt wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) und sucht ihn international per Haftbefehl.

Die Behörden sind überzeugt, dass Rami M. in Terrorlagern war. Gegenüber seinem Vater klagte er im vergangenen Dezember in einem Telefonat über Gewaltmärsche durch die Berge mit einer Bazooka auf dem Rücken, einer Panzerabwehrrakete; seiner Frau schrieb er im Januar 2010, er wolle als Märtyrer im Kampf fallen. In einem anderen Gespräch berichtete er, es gebe Skorpione und Schlangen. Gegenüber seinen Brüdern behauptete er, er arbeite für eine karitative Organisation und habe mit Terror nichts zu tun; aber die pakistanischen Sicherheitsbehörden werfen ihm vor, er sei ausgebildet worden, Sprengstoffwesten zu basteln. M. habe auch gegen die Nato-Truppen gekämpft.

Für die Sicherheitsbehörden wäre er der wichtigste Fang seit Jahren, ein möglicherweise wertvoller Zugang zu der Szene in Pakistan, in der sich derzeit mehrere Dutzend Deutsche aufhalten.

Entsprechend alarmiert reagierte die Botschaft. Einer Besprechung in Islamabad folgte eine eilig einberufene Konferenz in Berlin von AA, Justiz- und Innenministerium. Vor allem die Beamten von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) warnten dringend vor einem Botschaftsbesuch. Der mutmaßliche Sprengstoffexperte dürfe keine Chance haben, eine Bombe zu zünden, die Pakistaner sollten ihn vor der Botschaft verhaften.

Damit waren die Diplomaten nicht glücklich, und so entfalteten die Ministerien entgegengesetzte Aktivitäten: Die Konsularbeamten der Botschaft schickten Rami M. am 18. Juni das Geleitschreiben und sicherten ihm Unterstützung zu. Fast zeitgleich, am 19. Juni, informierte dagegen das Bundeskriminalamt die pakistanische Polizei über den Botschaftstermin. Der Geheimdienst habe einen „Hinweis gehabt, dass hochrangige Aktivisten in die Region um die Stadt Bannu“ kämen, sagt ein zuständiger pakistanischer Polizist dem SPIEGEL. „Deshalb haben die Armee und wir den Kontrollpunkt eingerichtet.“ M. sei am linken Bein verletzt und in schlechtem Zustand.

Rami M.s Familie will nun wissen, ob die Deutschen für die Haft verantwortlich sind. Er habe Angst vor dem ISI gehabt und gesagt, er wolle sich lieber in Deutschland den Vorwürfen stellen. Seine Frau wirft der Botschaft gar Verrat vor.

Die deutschen Behörden haben wohl eine günstige Gelegenheit verpasst. Die Festnahme beschädigt nicht nur die Glaubwürdigkeit des erst vergangene Woche angekündigten Aussteigerprogramms für Islamisten. Auch als Informationsquelle fällt Rami M. vorerst aus: Bislang verweigern die pakistanischen Behörden die Kooperation – offiziell haben sie noch nicht einmal den Namen des Festgenommenen bestätigt.

Susanne Koelbl, Yassin Musharbash, Marcel Rosenbach, Holger Stark

THOMAS IMO / PHOTOTHEK

Deutsche Botschaft in Islamabad, militante Islamisten der IBU (in einem Propagandavideo): *Diskreter Hinweis*

VERSICHERUNGEN

Schutz gegen WM-Fieber

Viele Unternehmen nutzen die Fußball-Euphorie für Gewinnspiele aller Art. Das kostet sie wenig, denn spezielle Helfer sichern sie ab.

Wer die Fan-Kappe des Deutschen Fußball-Bundes will, muss tapfer sein: 45 Überraschungseier, 150 Milchschnitten oder 8,65 Kilogramm Nutella müssen verzehrt werden, um beim Hersteller Ferrero ausreichend Sammelpunkte gegen die Kappe tauschen zu können. Die nordrhein-westfälische Verbraucherzentrale hat das genau ausgerechnet.

Deutschland ist im Fußball-Fieber. Knapp 30 Millionen Menschen verfolgten in der vergangenen Woche vor dem Fernsehgerät den Einzug der Nationalelf ins Achtelfinale. Und so versäumt es kaum ein Unternehmen, seine Kunden mit werbewirksamen Fußball-Angeboten, Gewinnspielen und Rabattaktionen zu locken.

So wirbt etwa die Deutsche Bahn mit einem Clou für ihre „Fan BahnCard“: Je weiter die deutsche Mannschaft in Südafrika kommt, desto länger gilt die ermäßigte BahnCard 25. Für den Titelgewinn lobte die Bahn gar einen Monat extra aus.

Noch beliebter dürfte das Angebot von Media Markt sein: Unter dem Motto „Fernseher für umsonst!“ konnten die Kunden des Elektronikhändlers sich beim Kauf eines Fernsehers bis zum Beginn der WM an einem Tippspiel beteiligen: Je erfolgreicher Jogi Löws Jungs abschneiden, desto mehr Geld will das Unternehmen den Kunden zurückgeben. Für den Weltmeistertitel wurde gar die Rückzahlung des vollen Kaufpreises versprochen. Doch ist das betriebswirtschaftliche Risiko solcher Sonderaktionen nicht enorm?

Bei den Unternehmen verweist man auf Anfrage allenfalls auf Marketingetats und „Erfahrungswerte“, die in die Kalkulation eingeflossen seien. Auf diese Art des Risikomanagements setzen allerdings die wenigsten Anbieter von Gewinnspielen – im Gegenteil: Sie lassen die ausgelobte Gewinnsumme beziehungsweise das Risiko, sie wirklich auszahlen zu müssen, von speziellen Anbietern versichern und zahlen im Gegenzug lediglich eine einmalige Prämie.

Einer der Fachleute für solche „Sonderrisiken“ ist Alexander Strehl von Caninenberg & Schouten, einem der größten Gewinnspielversicherer in Deutschland. Strehl kalkuliert Wahrscheinlichkeiten und entwickelt daraus Spiele wie die Wetterwette: Dabei winkt Kunden beispielsweise ein Extraweihnachtsgeld oder Preisnachlass, wenn an Heiligabend Schnee fällt.

Strehl hat die entsprechenden Versicherungen für die Unternehmen gleich parat. Selbst wenn sich deutlich mehr Kunden an einem Gewinnspiel oder einer Rabattaktion beteiligen als erwartet, ist das noch ungefährlich: In aller Regel können sich die Unternehmen nachversichern.

RICK WILKING / REUTERS

Investor Buffett, Elektronikmarkt in Köln
30 Millionen Dollar Verlust, wenn Frankreich gewinnt

OLIVER BERG / DPA

So lobte eine große Brauerei bei der Europameisterschaft 2008 Fußbälle für die eifrigen Sammler von Kronkorken aus – und wurde plötzlich mit 40 Prozent der eigenen Deckel überschüttet, ohne ausreichend Bälle eingekauft zu haben.

Die Versicherungsprämien differieren natürlich – und richten sich auch nach der Risikofreude des Unternehmens. „Ich weiß von einem Elektrohändler aus der Schweiz, der nie etwas versichert – der ist einfach ein Spieler und nimmt das Risiko in Kauf“, sagt Lothar Mende von SPS Clever Winning, dem hiesigen Marktführer für Konzeption, Umsetzung und Absicherung von Gewinnspielen.

Feste Größen gibt es trotzdem, so gilt etwa das Torwandschießen als Klassiker. Der übliche Preis dafür: Bereits für 750 Euro Versicherungsprämie kann ein Veranstalter einen Gewinn von 37 000 Euro unter 149 Teilnehmern ausloben.

Dazu kommt: Mit Hilfe der Spezialanbieter konzipieren die Unternehmen die Gewinnspiele so, dass sie zwar spektakulär klingen, das Risiko aber vergleichsweise gering bleibt. Der Cola-Hersteller Pepsico etwa lobte vor sieben Jahren den unglaublich klingenden Preis von einer Milliarde Dollar aus.

Jeder, der eine Flasche Pepsi kaufte oder die Website der Firma besuchte und einen Code eingab, konnte mitmachen. Aus mehr als 200 Millionen Codes wurden dann 1000 Teilnehmer zufällig gezogen. Diese mussten jeweils eine Zahl von 0 bis 999 999 auswählen. Aus diesem Pool von einer Million Nummern wurde dann eine einzige Gewinnzahl gezogen. Hätte einer der 1000 Kandidaten die richtige Zahl getippt, hätte er die Milliarde gewonnen. Die Chance, dass Pepsi zahlen musste, lag rein rechnerisch bei 1:1000 – auch einem milliardenschweren Weltkonzern wie Pepsi war das zu viel.

Das Unternehmen versicherte seine Aktion deshalb bei SCA Promotions, dem weltweiten Marktführer von Event-Versicherungen. Der nimmt im Schnitt 3 bis 15 Prozent der ausgelobten Summe als Prämie – und sichert sich selbst durch Verträge mit Versicherungskonzernen oder Finanzgesellschaften ab. Im Fall Pepsi war das Berkshire Hathaway, der Konzern von Investment-Legende Warren Buffett, der bei der Fußball-WM wieder von sich reden machte.

Er versicherte einen großen Kunden für den Fall, dass Frankreich Weltmeister werden sollte. „Ich glaube, wir verlieren so um die 30 Millionen Dollar, wenn Frankreich gewinnt“, sagte Buffett schon im März in einem Interview. Das Risiko besteht nach dem skandalträchtigen Ausscheiden der Equipe nicht mehr – wie viel Buffett mit dem Geschäft genau verdient hat, ist allerdings unbekannt.

Manchmal verzocken sich indes selbst die Wettprofis: Auf einem Weihnachtsmarkt in Meppen traf eine Frau, die als letzte von fünf Teilnehmern zufällig ausgewählt wurde, aus 18 Meter Entfernung mit einem Puk ein 14 Zentimeter kleines Loch – und kassierte 25 000 Euro vom Versicherer.

SUSANNE AMANN, NILS KLAWITTER

MATTHIAS SCHRADER / AP

Grünen-Fraktionschefs Renate Künast, Jürgen Trittin: *„Wir sind keine Randständigen mehr“*

GRÜNE

Die Wohlfühlpartei

Mit 18 Prozent in den Umfragen sind die Grünen so beliebt wie nie zuvor. Doch die guten Werte haben einen Preis: Um ihre Popularität zu wahren, verzichtet die Partei auf Ecken und Kanten.

Sven-Christian Kindler hatte sich richtig ins Zeug gelegt. Auf neun Seiten erstellte der studierte Ökonom ein eigenes finanzpolitisches Konzept für seine Partei, die Grünen. Kindler ist der jüngste Bundestagsabgeordnete der Fraktion, für seine 25 Jahre ist er erstaunlich selbstbewusst. Das grüne Steuerkonzept nannte er „einfach, höher und gerecht“, kürzlich durfte er es dem 16-köpfigen Parteirat vorstellen.

Kindler verlangte Dinge, die für die Grünen an sich nicht ungewöhnlich sind: Die Erbschaft- und die Einkommensteuer sollten genauso erhöht werden wie die Ökosteuer, Beamtenpensionen schrumpfen. Doch die Aufnahme im Parteirat war nicht gerade gnädig. Renate Künast, Chefin der Bundestagsfraktion, rümpfte die Nase. Die sächsische Fraktionsvorsitzende Antje Hermenau nölte, die Grünen sollten nicht in den Ruch einer Steuererhöhungspartei kommen. Die Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke warnte vor Widersprüchen zum Wahlprogramm: Wer so viele Steuererhöhungen verlange, verwässere die „Kommunikationsstrategie“ der Partei.

Willkommen im Club der Volksparteien. Statt einen radikalen Vorschlag nach seinem Gehalt zu beurteilen, schauen auch die Grünen heutzutage lieber, was das für ihr Image bedeutet. Der Erfolg scheint ihnen recht zu geben.

Keine Partei steht derzeit so gut da wie die Grünen. Bis zu 18 Prozent erhalten sie in den Umfragen, im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sind sie wieder auf dem Weg in die Regierung. In der Metropole Berlin überlegen die Grünen schon, einen eigenen Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters zu stellen.

Doch die Szene aus dem Parteirat illustriert, was der Preis für diesen Höhenflug ist. Die einstige Protestpartei legt eine erstaunliche programmatische Enthaltsamkeit an den Tag. Sie übt Verzicht auf Radikalität, mit aller Kraft bemüht sich die Führung der Partei darum, Anstößiges zu vermeiden. Dazu gehören Steuererhöhungen – und alles, was eigene Wähler finanziell belasten könnte.

Beim Länderrat in Köln im April etwa schlug die Parteijugend vor, mehr Geld für die Finanzierung der Krankenversicherung einzutreiben. Grüne-Jugend-Sprecher Max Löffler regte in der Antragskommission an, die Partei solle eine drastische Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze fordern; Besserverdiener würden demnach etwa die Hälfte mehr an die Krankenkasse zahlen.

Löffler scheiterte schon in der Vorbesprechung. Schließlich stehe die Landtagswahl in NRW bevor, bedeuteten ihm die Altvorderen. Was, wenn zum Beispiel ein gutverdienender Arzt nachrechne, wie viel ihn der grüne Vorschlag jährlich koste? Der Antrag wurde hinter verschlossenen Türen erledigt, bevor die Öffentlichkeit davon erfuhr. Löffler war frustriert: „Wir trauen uns nicht, an die hohen Einkommen ranzugehen.“

So wirken die Grünen in Geldfragen eher vage. Ein geschlossenes wirtschafts- und finanzpolitisches Konzept steht aus. Mit ihrem „Green New Deal“ verheißt die Parteiführung die Lösung der finanz- und umweltpolitischen Gegenwartskrisen. Aber darf man eine bessere Welt versprechen, ohne die Kosten und die Verlierer zu benennen?

Gerade unter den jüngeren Abgeordneten sorgt das für Unmut. Der Bundestagsabgeordnete Kindler fordert, seine Partei müsse wieder Zumutungen wagen: „Warum trauen wir uns nicht zu sagen: Zu große Banken müssen im Zweifelsfall zerschlagen werden? Warum sagen wir nicht: Die Automobilproduktion muss schrumpfen? Es reicht einfach nicht, Autos durch Elektroautos zu ersetzen.“

Auch Robert Habeck macht sich Sorgen, dass seiner Partei der Reformmut abhandenkommt. „Unsere Partei braucht radikale Projekte, sonst geht ihre Identität verloren. Wenn wir groß und beliebig werden, sind wir bald wieder kleiner“, warnt der Fraktionschef der Grünen im Kieler Landtag.

Seit ihrer Gründung 1980 haben die Grünen meist den grundsätzlichen Weg gesucht: raus aus der Nato, sofort raus aus der Atomkraft. In den sieben Jahren in der Bundesregierung haben sie manches durchgesetzt, aber sie wurden zu vielen Kompromissen gezwungen. In der Opposition wollten die Grünen wieder radikaler werden, doch irgendwann sind sie dabei steckengeblieben.

Vermutlich ist es das süße Gift der Popularität, das die Grünen so vorsichtig gestimmt hat. Im Februar machte Geschäftsführerin Steffi Lemke eine erstaunliche Beobachtung. In einer vierseitigen „Vorlage an den Bundesvorstand und den Parteirat“ erläuterte sie, 48 Prozent der Wähler könnten sich nach Umfragen prinzipiell vorstellen, die Grünen zu wählen. Selbst die beiden Volksparteien erreichten nur 55 Prozent, also kaum mehr. Die beiden kleinen Rivalen FDP (33 Prozent) und Linke (24 Prozent) seien weit abgeschlagen.

Die Zahl 48 ist seither das wichtigste Argument der Parteispitze. „Wir sind keine Randständigen mehr“, jubelte Fraktionschefin Künast kürzlich. Die 48 ist auch ein willkommenes Argument gegen jede radikale Forderung: Wer so viele Bürger anspricht, muss umso vorsichtiger sein, wenn er sie nicht wieder verlieren will.

Niemand verkörpert diese Strategie derzeit so vollkommen wie Sylvia Löhrmann. Die 53-Jährige hat als Spitzenkandidatin 12,1 Prozent bei der Landtagswahl in NRW geholt: Sie schickt sich an, in Düsseldorf Bildungsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin zu werden.

Löhrmann sagt, die Grünen würden eben nur noch „machbare Wege beschreiben“. Im Wahlkampf hat die ehemalige Lehrerin zum Beispiel ihre schulpolitischen Forderungen so diskret formuliert, dass die Grünen keine Flanke für politische Angriffe boten. In heiklen Fragen wie dem Baustopp des umstrittenen Kohlekraftwerks Datteln verzichtete sie auf Grünen-übliche Slogans wie „Datteln muss weg“. Für Löhrmann hat das Methode: „Wir haben der vielfach verbreiteten Angst vor radikalen Veränderungen Rechnung getragen“, sagt sie.

Löhrmann findet nicht, dass den Grünen dadurch etwas fehlt. „Wir sind trotzdem radikal“, sagt sie. „Aber die Radikalität liegt im Prozess.“ Dass die Grünen im Wahlkampf nicht angreifbar waren, erklärt die NRW-Politikerin zum Erfolgsrezept: „Die Zeiten, in denen man uns verteufeln konnte, sind endgültig vorbei.“

Aber beruht die Stärke der Grünen nicht in Wirklichkeit auf der Glaubwürdigkeit, mit der sie lange Zeit auch unpopuläre Positionen durchgehalten haben? Viele Fragen, in denen sie früher isoliert waren, gelten heute als Mainstream: Selbst die CDU ist für den Atomausstieg, die Sorge ums Klima eint die Deutschen genauso wie der Stolz auf ihr multikulturelles Fußball-WM-Team.

Heute trauen sich die Grünen dagegen nicht einmal mehr, das zu fordern, was jeder Wähler von ihnen erwarten würde.

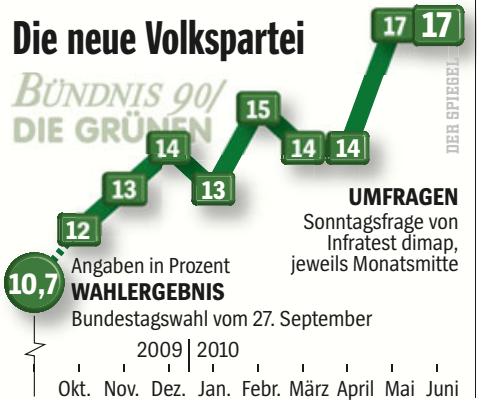
Beispiel Ökosteuer. Als die Partei 1998 auf dem Magdeburger Parteitag eine schrittweise Erhöhung des Benzinpreises auf fünf Mark verlangte, wären die Grünen in der Bundestagswahl fast gescheitert. Trotzdem hat Rot-Grün die Ökosteuer später eingeführt, in fünf Schritten wurde sie um 15 Cent pro Liter erhöht.

STAR-MEDIA / IMAGO

Grüne-Jugend-Chefin Agena
Leitfaden für wohlsituierte Bürger

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Grünen-Politiker Habeck
„Magdeburg wirkt wie ein Trauma“



Heute wäre die Gelegenheit günstig, die Steuer weiter anzuheben: Selbst FDP und CDU machen keine Anstalten, sie abzuschaffen. Ölkatastrophen wie die im Golf von Mexiko und die Klimaerwärmung machen klar, wie fatal die Abhängigkeit vom Öl ist. Umsteuern mit der Ökosteuer, das ließe sich gut begründen.

Aber die Grünen trauen sich nicht, ihr erfolgreiches Konzept von einst wieder aufzugreifen. „Magdeburg wirkt wie ein Trauma“, sagt Habeck.

Reinhard Loske gehörte zu den Architekten der Ökosteuer. Heute entdeckt der Bremer Umweltsenator eine „gewisse Hasenfüßigkeit“ seiner Partei. „Die Ökosteuer war ein Riesenerfolg und bleibt auch heute noch das richtige Instrument in der Verkehrspolitik“, sagt er. Er verlangt, dass „die Ökosteuer klug und langfristig erhöht und weiterentwickelt wird“.

Doch als radikaler Ökologe ist Loske heute ein Außenseiter in seiner Partei. Die Grünen mögen nicht hören, wenn einer wie Loske die Abkehr vom Wachstum oder, schlimmer noch: vom Auto, predigt. Sie setzen auf „grünes“ Wachstum, das verschreckt keine Wähler. Autofreie Innenstädte fordert heute nur noch die Grüne Jugend, die Parteiführung setzt auf Elektroautos – als ob die keine Energie brauchten.

Der Parteinachwuchs ist über diesen Trend entsetzt. Gesine Agena ist 22 Jahre alt, die Studentin ist seit einem halben Jahr Co-Sprecherin der Grünen Jugend. Sie hat ein DIN-A4-Faltblatt aus der Parteizentrale dabei mit dem Titel: „Grüner Leben“. Sie überlässt das Heftchen gern zur Ansicht, es sei eine Art „Lifestyle-Führer“, sagt sie.

Auf vier Seiten finden Anhänger der Grünen viele praktische Tipps: wo man die „Grüne Kiste“ mit „Gemüse aus ökologischem Anbau“ bestellen, wie man seine „CO_2-Emissionen von Flügen ausgleichen“ und wo man „zertifizierte nachhaltige Bauprodukte“ bestellen kann.

Der Katalog, gesponsert von einem Fachverband für Kartonverpackungen und unterschrieben von Parteichef Cem Özdemir, liest sich nicht unbedingt wie ein Aufruf, die Welt zu verändern. Es ist ein Leitfaden für wohlsituierte Bürger zum guten Leben in einer schwierigen Welt, eine grüne Ergänzung zum Katalog von Manufactum, der Edelboutique für Handgemachtes.

Agena entschuldigt sich, dass sie schon ein bisschen mit dem Kuli auf dem hübsch designten Heftchen rumgekritzelt habe. Oben rechts in der Ecke hat die Nachwuchsfrau ein weißes Wort mit blauer Tinte ausgemalt: „Politik“. Es ist der Begriff, der ihr am meisten fehlt.

RALF BESTE

Zurückgetretener Bischof Mixa vergangenen Dienstag im Augsburger Bischofshaus: *Vergiftete Atmosphäre unter Gläubigen und Priestern*

ANNETTE ZOEPF / EPD-BILD

KIRCHE

Hochwürdige Seilschaft

Das Gezerre um Rücktritt und Nachfolge des Augsburger Bischofs Walter Mixa entlarvt große Teile des Klerus als zerstritten und machtgierig. Jetzt blieb nur die Flucht in die Versöhnung.

Es soll wahrhaftig ein Konzil der Versöhnung gewesen sein, voll Frieden, Liebe und Harmonie. Im Schatten des Augsburger Doms zu „Unserer Lieben Frau“ saßen am vergangenen Dienstagabend sieben Herren in den Räumen des Ordinariats, baten wechselseitig um Verzeihung, zeigten Reue und Demut.

Um den zurückgetretenen Augsburger Bischof Walter Mixa, 69, scharten sich sein Anwalt, ein juristischer Beistand des Bistums, der Diözesanadministrator und sein Vertreter, ein Dompropst und ein Domdekan. Die Männerrunde begrub jeden Streit und gelobte, einander die Hand zu reichen. So jedenfalls wurde es in die Öffentlichkeit lanciert.

Die Inszenierung sollte das Finale eines Selbstreinigungsprozesses markieren. In Bezug auf Unehrlichkeit und Taktiererei hielt das Schauspiel locker mit den Aufführungen der vergangenen Wochen mit. Fein dosiert hatte da die hochwürdige Augsburger Truppe mit Schmutz geworfen, unter den Augen des Münchner Erzbischofs Reinhard Marx und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Robert Zollitsch. Mal aus der sicheren Deckung heraus, gern aber auch im Blitzlicht der Medien.

Doch warum gegen Mixa, diesen wortgewaltigen Prediger, der sich als Wahrer einer fundamentalen Frömmigkeit stets die Sympathien der Rechtskonservativen sicherte? Und dessen einflussreiche Anhänger seinen Aufstieg vom Schrobenhauser Stadtpfarrer zum Bischof von Eichstätt, zum Militärbischof und schließlich zum Bischof von Augsburg gefördert hatten?

Dass Mixa gern Hochprozentigem zusprach und auch sonst das asketische Leben eines höheren Geistlichen geringschätzte, müsste bereits zu Beginn seiner Bischofskarriere aufgefallen sein. Gestört hat es offenbar wenige, die Entscheidungsträger im Vatikan schon gar nicht. Das Netzwerk aus Brüdern im Geiste, zu denen auch der frühere Vorsitzende der Glaubenskongregation Joseph Ratzinger zählte, hielt verlässlich.

Wer gefährlich werden konnte, den schickte Mixa entweder in die Diaspora oder belohnte ihn mit Posten. In Augsburg etwa lag ihm die Laufbahn von Weihbischof Anton Losinger und Prälat Karlheinz Knebel am Herzen. Das war die Art des Netzwerkers Mixa, sich und seinen lasterhaften Lebenswandel vor Nachstellungen zu schützen.

So konnte er sich jahrelang sicher fühlen – bis die deutsche katholische Kirche im Frühjahr durch das Bekanntwerden von vielfachem Missbrauch in ihren Pfarrhäusern und Heimen in die größte Krise seit Jahrzehnten stürzte.

Im Klerus war sehr schnell klar: Wer jetzt mauert, wird von den Zeitläuften mitgerissen. Wer sich als Aufklärer bewährt, wird aus der Krise Gewinn ziehen. Als Ende März erste Prügel-Vorwürfe gegen Mixa von früheren Heimkindern des Schrobenhauser Waisenhauses bekannt wurden, setzten sich Losinger und Knebel an die Spitze der Problemlöser.

Und weil Mixa im Umgang nie zimperlich war, hielten sich auch viele andere Geistliche mit Aufklärungsbemühungen nicht lange zurück. Während die Waisenhausstiftung eine Untersuchung anordnete, legten die Plauderer schon mal los. Kaum eine Zeitungsredaktion in Bayern, die nicht von anonymen oder zumindest vertraulichen Anrufern darin bestärkt wurde, die Untaten des Bischofs zu verbreiten. Von Alkoholfahrten Mixas in Eichstätt, die von der Polizei vertuscht worden sein sollen, wussten die Informanten zu berichten. Von angeblichen Saunabesuchen mit jungen Männern, wilden Faschingsfesten mit Seminaristen und Urlauben mit Studenten. Von literweise Grappa und Châteauneuf du Pape, die in Schrobenhausen geflossen sein sollen. Von Saufgelagen mit dem dortigen Waisenhausverwalter, nach denen der Stadtpfarrer keine hundert Meter mehr zu seiner Haustüre gehen konnte. Statt Belegen lieferten die geistlichen Herren stets den Satz: „Lassen Sie meinen Namen aus dem Spiel."

Als Ende April ein einschlägiger Hinweis aus Eichstätt bei einer Opfer-Hotline in Augsburg einging, beeilte sich das dortige Krisenteam, den Bischof bei der Staatsanwaltschaft in München wegen Missbrauchs eines jungen Mannes anzuzeigen – ohne Mixa dazu zu hören. Das angebliche Opfer dementierte, die Ermittlungen wurden eingestellt. Andere Zeugenaussagen über sexuelle Annäherungen wurden offenbar ungeprüft in ein „Geheimdossier" gepackt und dem Apostolischen Nuntius nach Berlin geschickt. Eine ganze Kirchen-Armada, so scheint es, hat an dem Projekt „Nieder mit Mixa" gestrickt, darunter auch Leute, die lang geschwiegen haben.

Und wohl auch solche in höchsten Positionen. Denn auch Marx und Zollitsch agierten gleich zu Beginn der Affäre Mixa überaus eifrig. Der Münchner Erzbischof forderte Mixa im Laufe des Monats April bei persönlichen Treffen und am Telefon etliche Male auf, er solle eine Auszeit nehmen. Mixa behauptete später sogar, man habe ihm ein fertiges Rücktrittsschreiben vorgelegt. Die Besuche der beiden hochrangigen Bischöfe habe er als furchtbaren seelischen Druck empfunden.

Sich als Aufklärer zu betätigen könnte für Marx wie für Zollitsch schon bald Rendite abwerfen. Immerhin wird in Rom bald wieder die Kardinalswürde verliehen. Da ist es ziemlich unpassend, wenn das eigene Revier nicht geordnet ist: So kämpft Marx mit schlimmsten Missbrauchsvorwürfen gegen einige Pater im oberbayerischen Kloster Ettal und mit der Tatsache, dass mit Pfarrer Peter H. bis vor kurzem ein verurteilter Pädophiler in seiner Erzdiözese Dienst tat. Auch Zollitsch wurde von der Kirchenkrise erfasst: Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft Konstanz wegen Beihilfe zum Missbrauch, weil er 1987 als Personalreferent angeblich die erneute Anstellung eines Kinderschänders veranlasst haben soll. Zollitsch ließ die Vorwürfe als substanzlos zurückweisen, da er nicht zuständig gewesen sei.

Auf ihrem Säuberungstrip reisten Marx und Zollitsch am 29. April nach Rom, um über Mixas Demission zu verhandeln – bis der Augsburger Bischof öffentlich zurückschlug und die katholische Kirche in einer Schlammschlacht um Sex, Suff, Lügen und Verrat zu versinken drohte. „Die Atmosphäre unter den Gläubigen und Priestern ist total vergiftet", klagte ein Augsburger Pfarrer, in den Pfarreien eskalierten die Diskussionen um Mixa, bis hin zu Handgreiflichkeiten.

Vorigen Dienstag wählten die Bistumsgranden deshalb die Flucht in die Versöhnung. Die Fünf-Punkte-Erklärung, auf die sich Mixa mit der Augsburger Kirchenleitung geeinigt hat, las sich zunächst wie ein Sieg der Saubermänner. Mixa, der konkret beschuldigt wird, Kinder misshandelt und Geld der Waisenhausstiftung veruntreut zu haben, will seinen Rücktritt vollziehen. Das Papier nennt ihn „emeritiert" und bestätigt, Mixa werde aus dem Bischofshaus ausziehen. Stunden später jedoch ließ der geschasste Oberhirte seine Schäfchen wissen, der Heilige Vater habe ihm in einem „sehr liebevollen Brief" geschrieben, „dass ich nach meinem Rücktritt von meinem Bischofsamt in Augsburg immer Bischof bleibe". Er solle Eucharistie feiern, Sakramente und Firmung spenden.

Das bedeutet, Papst Benedikt XVI., Mixas langjähriger Duzfreund, hat den gefallenen Bruder mit salbungsvollen Worten getröstet: Mixa erhält angemessenen Ersatzwohnsitz und Ruhestandsbezüge, behält die Weihegewalt und Insignien der Macht. Ein König ohne Land, aber ausgestattet mit „Ehre und Würde" des Bischofs.

PATRICK SEEGER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Katholik Imkamp (l.)*: *Gegner aus der CSU*

Der plötzliche Friede scheint wacklig. Mixa beherrscht natürlich noch immer alle Spielregeln der Macht in der Kirche, weiß Seilschaften zu knüpfen und kennt die Schwächen der Mitbrüder.

Dass das Bistum Augsburg in Kürze zur Ruhe kommt, ist aber auch aus einem anderen Grund unwahrscheinlich. Kaum war Mixa angezählt, wurden potentielle Nachfolger in Stellung gebracht, die zu neuen Debatten Anlass geben: etwa Monsignore Wilhelm Imkamp, der sich der Fürsprache der Regensburger Fürstin Gloria von Thurn und Taxis sicher sein kann. Die fromme Adelige, die als Vertraute von Papst-Sekretär Georg Gänswein und deshalb als extrem einflussreich gilt, nennt Imkamp einen „feschen Mann" und schätzt ihn als eines der charismatischsten Mitglieder des Klerus.

Der Monsignore, Mitglied des konservativen „Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem", stiftet aber vielmehr Verwirrung. Etwa in der „Katholischen Sonntagszeitung" in einem Text über die Lieder von Zarah Leander. Darin bemüht sich der Prälat, den Zeilen „Nur nicht aus Liebe weinen" und „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehn" größere theologische Bedeutung beizumessen. „Mit diesem Text", heißt es spöttisch in Augsburg, „ist er aus dem Rennen."

Imkamps Gegner kommen nicht nur aus Kollegenkreisen, sondern auch aus der CSU. Er sei ein Dandy, heißt es da, und „noch schlimmer als Mixa". Als Favorit der Staatsregierung gilt der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke in Augsburg. Auch der Freistaat darf mitentscheiden – schließlich bezahlt er die Bischöfe.

CONNY NEUMANN

SICILIANI / KNA-BILD

Deutsche Bischöfe, Papst Benedikt*: *Liebevoller Brief*

* Links: Reinhard Marx, Robert Zollitsch und Anton Losinger am 29. April in Rom; oben: mit Fürstin Gloria von Thurn und Taxis, Georg Gänswein.

TARIFEINHEIT

IG Metall widerspricht dem DGB

In der Debatte um die Aufhebung der Tarifeinheit in Unternehmen stellt sich die IG Metall gegen den Dachverband DGB. Vergangene Woche hat das Bundesarbeitsgericht in einem Grundsatzurteil das Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ aufgehoben. Jetzt können mehrere Tarifverträge innerhalb eines Unternehmens für dieselben Arbeitnehmergruppen gleichzeitig gelten. Die Kritiker befürchten ein Zerfasern der Tariflandschaft und Verhältnisse wie in Großbritanien, wo in den siebziger Jahren viele Kleinstgewerkschaften mit Streiks den Arbeitgebern das Leben schwermachten. DGB-Chef Michael Sommer warnte, „Krisen und Chaos“ gebe es in der Republik schon genug. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt befürchtet eine „Spaltung der Belegschaften“. Gemeinsam fordern sie eine Änderung des Tarifgesetzes. Die Linie des Bundesarbeitsgerichts sei „konsequent“, argumentiert dagegen der Chefjustitiar der Metallgewerkschaft, Thomas Klebe. „Für die Gewerkschaften bringt sie keine Nachteile.“ Im Gegenteil: Bisher seien beispielsweise jenen IG-Metall-Mitgliedern alle Rechte genommen worden, in deren Unternehmen Haustarifverträge gelten. Diese hatten bislang Vorrang vor dem Flächentarifvertrag und waren meist günstiger für den Arbeitgeber. Es sei daher festzustellen, so Klebe, „dass es die Arbeitgeber im Organisationsbereich der IG Metall schon von jeher selbst in der Hand haben, ob im Betrieb mehrere Tarifverträge gelten“. Auch für andere Teile der Wirtschaft, in denen Spartengewerkschaften ihre Partikularinteressen verfolgt hätten, „kann sich das Mitleid mit den Arbeitgeberproblemen in Grenzen halten“, so der Jurist.

VOLKER HARTMANN / DDP

Sommer (r.)

Emirates-Stewardessen vor A380

LUFTFAHRT

Emirates attackiert Lufthansa

Knapp drei Wochen nach der Verkündung eines spektakulären Großauftrags über 32 Airbus-Maschinen vom Typ A380 verstärkt die arabische Fluglinie Emirates ihr Drängen um zusätzliche Start- und Landerechte in Deutschland. In einem zwölfseitigen Positionspapier, das vergangene Woche an knapp hundert Luftfahrtexperten, Politiker und Entscheidungsträger ging, begründet die Airline, weshalb gerade deutsche Städte wie Berlin und Stuttgart enorm von bislang nicht vorhandenen Emirates-Verbindungen profitieren könnten. Gleichzeitig greift sie die

SIEMENS

IT-Mitarbeiter sollen freiwillig gehen

Der Münchner Siemens-Konzern ist bei der geplanten Neuordnung seiner kriselnden IT-Tochter SIS offenbar schon weiter vorangekommen als bislang vermutet. Von dieser Woche an sollen ausgewählten Mitarbeitern in Deutschland nach Vorstellung der Siemens-Führung gezielt Abfindungsangebote unterbreitet werden. Auf diese Weise hofft das Unternehmen, zumindest einen Teil der rund 2000 Jobs einsparen zu können, die hierzulande wegfallen sollen. Nach Ende der Annahmefrist Mitte August soll in einem zweiten Schritt die verbliebene Belegschaft zum 1. Oktober dann zwei separaten Betriebsteilen zugeordnet werden. Wer in die neue SIS wechselt, muss vermutlich Abstriche beim Gehalt und der Anrechnung von Dienstreisezeiten hinnehmen, behält aber immerhin seinen Arbeitsplatz. Ob die eigenständige Gesellschaft im Konzern verbleibt oder demnächst weiterverkauft wird, steht noch nicht fest. Deutlich schlechter dran sind die übrigen SIS-Beschäftigten, die nicht freiwillig gehen wollen. Sie sollen in einer Rumpfabteilung, intern SIS alt genannt, geparkt werden. Nicht auszuschließen ist, dass es bei deren Auflösung dort später auch zu betriebsbedingten Kündigungen kommen könnte. Kritische SIS-Betriebsräte werfen dem Management vor, mit ihrem Zweiklassenmodell die gesetzlich vorgeschriebene Sozialauswahl zu umgehen. Ein Siemens-Sprecher versichert, alle bestehenden gesetzlichen Regelungen würden eingehalten.

BJÖRN KIETZMANN / ACTION PRESS

Protestierende Siemens-IT-Angestellte

MARC-STEFFEN UNGER

Lufthansa scharf an. Die hatte in einem eigenen Argumentationsleitfaden kürzlich vor einem weiteren Vordringen des Wettbewerbers gewarnt. Die Deutschen fürchten, dass ihre Drehkreuze Frankfurt und München massiv unter Druck geraten könnten, wenn Emirates deutsche Passagiere zunehmend über Dubai zu Ferndestinationen in aller Welt befördert – zu Lasten deutscher Arbeitsplätze. Die Araber halten die Sorge für unbegründet. Schließlich, betonen sie, sicherten sie in Deutschland selbst mehrere zehntausend Jobs, unter anderem für Piloten oder in Airbus-Werken. Auch den Vorwurf, sie würden anderen Umsteigeflughäfen „um jeden Preis“ Passagiere abspenstig machen, weisen die Emirates-Manager entschieden zurück.

GESUNDHEIT

City BKK veränderte Abrechnungsdaten

Die vor der Insolvenz stehende City BKK hat mehr als eine halbe Million Euro an die Hamburger Beratungsfirma Data to Decision (D-to-D) bezahlt, um Patientendaten nachträglich zu verändern. Ziel der Krankenkasse war es, bei ihren Versicherten mehr chronische Krankheiten in den Abrechnungen zu dokumentieren, damit die Kasse mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds erhält. D-to-D stellte nach der Auswertung von Patientenakten in mehreren Kliniken in bis zu 30 Prozent der Fälle Korrekturmöglichkeiten fest. So hatte die Überprüfung von 1313 City-BKK-Versicherten im Asklepios-Klinikum in Harburg zur Folge, dass bei 322 Patienten die Diagnosen nachträglich erweitert wurde: Die City BKK erwartet allein durch diese Aktion rund 600 000 Euro Mehrerlöse aus dem Gesundheitsfonds. Die Überprüfung von weiteren 3800 Patienten in anderen Krankenhäusern soll dem Unternehmen zusätzliche Einnahmen von rund 1,3 Millionen Euro bescheren. Das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg räumt ein, dass es für die Überprüfung der City-BKK-Versicherten „eine Aufwandsentschädigung pro Fall in Höhe von 30 Euro“ erhalten habe. Der Vorstand der City BKK, Herbert Schulz, gibt zu, dass insgesamt in mehr als tausend Fällen die Abrechnung „optimiert“ wurde. Schulz betont aber, dass diese „Nachkodierung“ legal sei, weil nur Nebendiagnosen neu dokumentiert wurden, die tatsächlich vorhanden waren.

BANKEN

Altgesellschafter erstatten Anzeige

Nach dem Absturz der Kölner Privatbank Sal. Oppenheim im vergangenen Jahr eskaliert der Streit unter den alten Gesellschaftern: Der Staatsanwaltschaft Köln, die bereits in dem Komplex ermittelt, liegt eine Strafanzeige gegen die Ex-Bankmanager Friedrich Carl Janssen und Dieter Pfundt wegen Betrugsverdachts vor. Absender sind führende Vertreter jener Familienstämme, die, anders als Janssen und Pfundt, zwar nicht zu den persönlich haftenden Gesellschaftern gehörten, aber durch die Schieflage namhafte Teile ihres Vermögens verloren haben. Dagegen sollen Janssen und Pfundt laut Anzeige ihre eigenen Sal.-Oppenheim-Anteile noch rechtzeitig im August 2009 auf der Bemessungsgrundlage des Abschlusses 2008 an die anderen Gesellschafter verkauft haben. Dabei sei beiden, so die Altgesellschafter heute, als führenden Managern des Bankhauses bekannt gewesen, dass der Jahresabschluss 2008 falsch war. Im Klartext: Der Zustand der Bank sei in Wahrheit sehr viel schlechter und ihr Anteil daher weniger wert gewesen. Janssen habe unterm Strich 12,97 Millionen Euro erhalten, Pfundt 13,71 Millionen Euro. Zudem sollten beide noch Geld dafür erhalten, dass sie später ihre Stellung als persönlich haftende Gesellschafter aufgeben. Dafür seien im Fall Janssen 5, im Fall Pfundt 6 Millionen Euro vorgesehen gewesen. Später habe die Deutsche Bank, die Sal. Oppenheim auf dem Höhepunkt der Krise übernahm, diese Summen reduziert. Pfundt ließ durch einen Sprecher mitteilen, der Rücknahmepreis seiner Anteile sei ohne seine Mitwirkung „durch einen von allen Eigentümern der Bank beauftragten Wirtschaftsprüfer ermittelt worden“. Die „Berechnung und die Beträge“ seien „vom Aktionärsausschuss der Bank genehmigt und allen Eigentümern zur Annahme empfohlen“ worden. Janssen bestreitet die Vorwürfe. Ob die Staatsanwaltschaft Köln ein Ermittlungsverfahren einleiten wird, ist unklar. Möglicherweise wird die Anzeige auch im Rahmen der bereits laufenden Ermittlungen bearbeitet.

SCHUPFNER.COM

Sal.-Oppenheim-Poloteam

THOMAS LOHNES / DDP (O.); KAI NEDDEN (U.)

Pfundt, Janssen

Verladung von Porsche-Automobilen für den US-Markt: *Sonderschichten statt Kurzarbeit*

THÜRINGEN PRESS / ACTION PRESST

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Gegen den Rest der Welt

Vom Musterknaben zum Buhmann: Den Deutschen wird vorgeworfen, dass sie zu viel exportieren, zu wenig konsumieren – und deshalb auf Kosten anderer Länder leben. Sie sollen stattdessen die Löhne erhöhen und mehr Schulden machen. Aber würde das die Probleme wirklich lösen?

Es ist erst ein Jahr her, da stand die Firma Getrag am Abgrund. Die Absatzkrise hatte den schwäbischen Autozulieferer mit voller Wucht getroffen, der Umsatz war um ein Viertel auf knapp zwei Milliarden Euro eingebrochen, das Unternehmen musste die Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken, nur eine Landesbürgschaft sicherte das Überleben.

Heute kann sich das Unternehmen vor Aufträgen kaum retten. Allein BMW bestellt täglich 140 Getriebe, obwohl Getrag nur 120 pro Tag herstellen kann. „Woche für Woche unterschreibe ich Anträge des Unternehmens, die Mitarbeiter auch samstags, sonntags und feiertags arbeiten zu lassen“, sagt Frank Iwer von der Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg. Iwer kennt viele solcher Fälle: den Maschinenbauer, der kräftig neue Leute einstellt; den Verpackungsmaschinenhersteller, der fast alle Mitarbeiter aus der Kurzarbeit geholt hat; den kleinen Zulieferer, der alle erst kürzlich entlassenen 24 Mitarbeiter wieder zurückholt, weil sich die Geschäftslage überraschend verbessert hat.

Plötzlich gibt es wieder gute Nachrichten aus deutschen Unternehmen, gelegentlich werden schon Sonderschichten gefahren, manche Firmen müssen sogar die Werksferien verkürzen, um die weltweite Nachfrage zu befriedigen.

Die deutsche Volkswirtschaft hatte wie kaum eine andere mit den Folgen der globalen Rezession zu kämpfen, denn nur wenige sind so exportlastig – und damit so abhängig von der Weltkonjunktur.

Als die Weltwirtschaft nach dem Beinahekollaps der Finanzmärkte einbrach, traf es deshalb die deutsche Wirtschaft besonders hart, sie schrumpfte 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent, manche Unternehmen mussten Einbrüche von 50 Prozent hinnehmen.

Nun aber zieht die Weltkonjunktur wieder an, stärker als noch vor kurzem prognostiziert, und plötzlich springt auch die Nachfrage nach deutschen Maschinen und Automobilen wieder an: Die Exportindustrie erlebt ein erstaunliches Comeback – und mit ihr kehren auch die Vorwürfe gegen das deutsche Wirtschaftsmodell zurück.

Zwar sind die Umsätze der Vor-Krisen-Ära noch lange nicht erreicht und Rückschläge angesichts der angespannten Lage auf den Finanzmärkten nicht ausgeschlossen. Aber das beeindruckt die Kritiker der deutschen Exportstärke wenig.

Die Deutschen leben auf Kosten der anderen Länder, so der Vorwurf, weil sie Handelsbilanzüberschüsse produzieren und damit die Defizitländer in die Verschuldung treiben. Und sie verschaffen sich auch auf unfaire Art und Weise Wettbewerbsvorteile – durch den schwachen Euro und durch zurückhaltende Lohnsteigerungen. Zu alledem weigern sie sich, ihre Binnenwirtschaft durch neue Konjunkturprogramme anzukurbeln und dadurch die Absatzchancen ausländischer Waren hierzulande zu verbessern.

Jahrzehntelang wurden die Deutschen für ihre Exportindustrie und ihre hochwertigen Produkte in aller Welt bewundert. Nun müssen sie erleben, dass viele in der Welt sie nicht mehr als Vorbild betrachten, dem es nachzueifern gilt, sondern als Egoisten, die sich nicht an die Spielregeln halten: Aus dem Musterknaben ist der Buhmann geworden.

Die Phalanx der Kritiker wird angeführt von US-Präsident Barack Obama sowie dessen Finanzminister Timothy Geithner, und sie wird unterstützt von Ökonomienobelpreisträger Paul Krugman und dem Milliardär George Soros, der sich gern als geläuterter Spekulant

JIM WATSON / AFP

Kontrahenten Merkel, Obama
Deutliche Symptome von Genervtheit

gibt. Sie alle fordern unisono, Länder wie Deutschland sollen ihren Sparkurs aufgeben und neue Konjunkturprogramme auflegen.

Auch in Europa geraten die Deutschen zunehmend unter Druck. Politiker wie die französische Finanzministerin Christine Lagarde werfen ihnen vor, auf Kosten anderer Euro-Länder zu wachsen. Denn Deutschland hat im Vergleich zu seinen Nachbarn den Anstieg der Lohnstückkosten niedrig gehalten und ihnen so Marktanteile abgenommen. Aus denselben Gründen machen auch die Griechen die Deutschen mitverantwortlich für ihre Malaise.

Auslöser all dieser Kritik ist ausgerechnet das Herzstück der deutschen Wirtschaft: die Exportindustrie – und die Überschüsse, die nach dem Einbruch im vergangenen Jahr nun wieder steigen.

Viele Ökonomen sehen in den weltweiten Ungleichgewichten eine Ursache der Wirtschaftskrise. Sie fordern deshalb von den Deutschen nichts weniger als ein neues Wirtschaftsmodell.

Tatsächlich ist die Welt aus dem Gleichgewicht geraten. Die USA beispielsweise leben seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse, sie importieren weit mehr als sie exportieren, und sie lassen sich dieses Defizit von anderen finanzieren, vor allem von China, das schon Währungsreserven in Höhe von zweieinhalb Billionen Dollar angehäuft hat.

China, aber auch Japan und Deutschland leben demnach unter ihren Verhältnissen: Sie produzieren mehr, als sie verbrauchen, und müssen das überschüssige Geld im Ausland anlegen – in amerikanischen, aber auch in griechischen Staatsanleihen zum Beispiel.

Überschüsse sind nur möglich, wenn andere Defizite haben, und je größer die Ungleichgewichte werden, desto größer ist die Gefahr, dass sich die wachsenden Spannungen irgendwann entladen. Schon auf dem G-20-Gipfel im vergangenen September in Pittsburgh wurde deshalb vereinbart, die globalen Ungleichgewichte zu bekämpfen. Fragt sich nur: wie?

In einer idealen Welt geht das ganz automatisch: über den Wechselkurs.

Exportierte Güter bringen Gewinne ins Land, das lässt die Löhne steigen, die Produkte werden teurer, der Export wird gebremst. Zudem lassen sich die führenden Industriestaaten die ausgeführten Güter häufig in ihrer Landeswährung bezahlen. Deshalb steigt mit dem Export auch die Nachfrage nach der eigenen Währung – und damit deren Kurs. Diese Aufwertung verteuert und dämpft die Exporte.

Im freien Spiel der Kräfte gibt es also eine Tendenz zum Gleichgewicht: Wettbewerb schafft Wohlstand – der aber der Wettbewerbsfähigkeit entgegenwirkt.

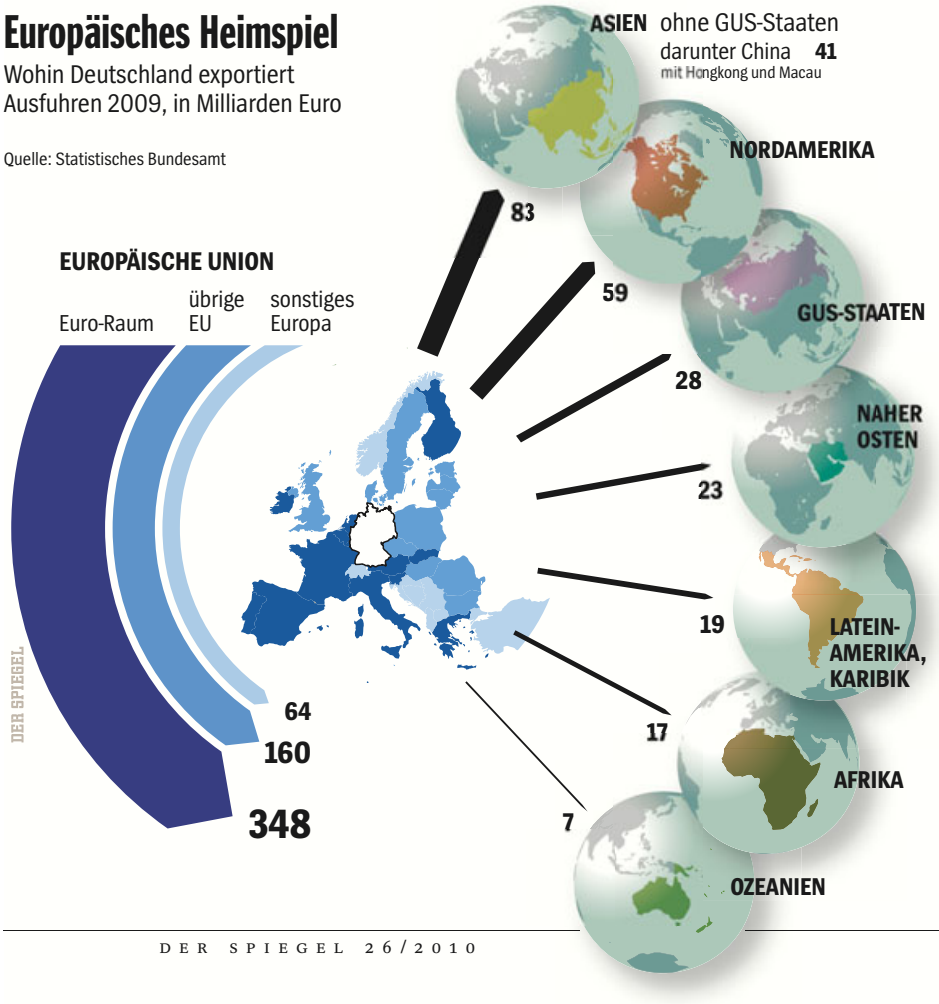
So weit die Theorie. In der Praxis haben die Chinesen diese Gesetzmäßigkeit mit einem Trick außer Kraft gesetzt: Sie lassen sich ihre Exporte nicht in der Landeswährung, sondern in Dollar bezahlen. Und damit kaufen sie vor allem amerikanische Staatsanleihen. Das hält den Wert des Dollar künstlich hoch, relativ dazu bleibt der Yuan schwach, weswegen chinesische Waren konkurrenzlos billig sind. Auf diese Weise haben die Chinesen die Deutschen als Exportweltmeister abgehängt.

Ein neues Gleichgewicht kann nur entstehen, wenn China aufhört, seine Währung künstlich zu verbilligen. In der Ver-

Europäisches Heimspiel

Wohin Deutschland exportiert
Ausfuhren 2009, in Milliarden Euro

Quelle: Statistisches Bundesamt



gangenheit hatte die neue Wirtschaftsmacht entsprechende Forderungen des Westens stets zurückgewiesen. Doch kurz vor dem G-20-Gipfel im kanadischen Toronto am vergangenen Wochenende signalisierte Peking Entgegenkommen.

Die Ankündigung, das Land werde seine Währung aufwerten, sorgte weltweit für Euphorie an den Börsen. Die Ernüchterung folgte schnell, als klarwurde, dass China den Yuan offenbar nur in homöopathischen Dosen verteuern will. Doch immerhin hatten es die Chinesen geschickt geschafft, die Kritik auf die anderen Überschussländer zu lenken: auf Japan und – vor allem – auf Deutschland.

Doch was soll Deutschland tun? Das Land hat keine eigene Währung, die es aufwerten könnte, um die deutschen Exporte zu verteuern, was die Sache für die Kritiker nur noch schlimmer macht.

Im Handel mit Nicht-Euro-Ländern nämlich profitiert Deutschland wie kein anderes Land von der Schwäche der Gemeinschaftswährung. Etliche Mitgliedstaaten haben an den Finanzmärkten jeden Kredit verspielt, seit Monaten sinkt deshalb der Wert des Euro. Das wirkt wie eine Konjunkturspritze für die deutsche Wirtschaft, die ihre Exporte nun billiger im Ausland verkaufen kann.

Innerhalb der Währungsunion entfällt der Wechselkurs als Ausgleichsmechanismus ohnehin, was zu wachsenden Spannungen führt, wenn sich Volkswirtschaften auseinanderentwickeln – so wie sie das innerhalb des Euro-Raums tun.

Gäbe es den Euro nicht, hätte sich die Mark in den vergangenen Jahren wahrscheinlich kontinuierlich verteuert und so die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gebremst. Wenn die Bundesrepublik Deutschland heute aus dem Euro-Verbund austräte, würde ihre Währung nach Ansicht vieler Fachleute um mindestens 30 Prozent aufgewertet, ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre die Folge.

Gerade weil Deutschland so sehr von der Gemeinschaftswährung profitiert, und in Zeiten der Euro-Schwäche ganz besonders, wächst der Druck, dass auch die Deutschen ihren Beitrag leisten müssen, um die Ungleichgewichte zu beseitigen: Sie müssten, das ist die Forderung der Kritiker, ihre Löhne erhöhen und mehr Schulden machen statt zu sparen.

Deutschland müsse sich, was das Lohnniveau und die Verschuldung angeht, an das Niveau der übrigen Euro-Länder anpassen, fordert etwa Heiner Flassbeck, Chefökonom bei der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen. Wenn stattdessen die Schwachen den Starken nacheifern, wenn sie immer mehr sparen und die Löhne kürzen, droht eine Abwärtsspirale, warnen die Kritiker der deutschen Position.

RAINER WEISFLOG

Turbinenproduktion bei Siemens in Görlitz: *Profiteure der Euro-Schwäche*

Zwei Lager stehen sich da unversöhnlich gegenüber – wie so oft in der Ökonomie. Die eine Fraktion fürchtet eine Deflation, einen Teufelskreis aus sinkenden Preisen und schrumpfender Wirtschaft, wenn die Staaten zu viel sparen. Die andere treibt die Sorge um, dass eine zügellose Verschuldung den Staat handlungsunfähig macht und die Inflation schürt.

Wenn Kanzlerin Angela Merkel mit dem Vorwurf konfrontiert wird, Deutschland exportiere sich auf Kosten der Partnerländer aus der Krise, dann sind bei ihr stille, aber deutliche Symptome von Genervtheit zu erkennen. In einem Anflug von fatalistischer Resignation dreht sie ihre Augen gen Himmel und fragt dann schon einmal: „Wer besitzt eigentlich die Definitionshoheit darüber, wann Ungleichgewichte schlimm sind?“

Mindestens ebenso viel Schuld wie die Länder mit Überschüssen in ihrer Leistungsbilanz treffe die Staaten mit Defiziten, meint sie. Die Menschen dort hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt, auf Pump Autos, Häuser oder Aktien gekauft, und die Regierungen hätten nichts dagegen getan. Dass wiederum die deutsche Bevölkerung nicht so verschwenderisch lebe, vielmehr spare, um fürs Alter vorzusorgen, sei angesichts der demografischen Entwicklung nicht zu tadeln, sondern sogar lobenswert, findet die Kanzlerin.

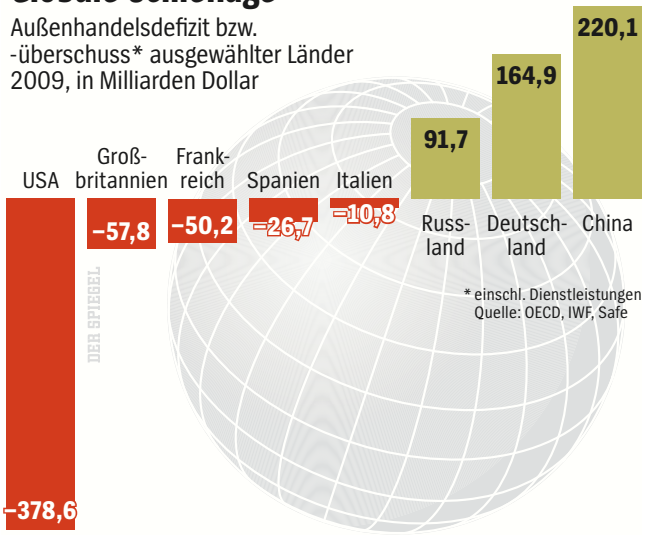
Die häufig kritisierte zurückhaltende Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren sei zudem nicht Folge staatlicher Wirtschaftspolitik. In Deutschland würden die Gehaltssteigerungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt und nicht von der Regierung dekretiert. Ebenso wenig sind die deutschen Exporterfolge nach ihrer Ansicht Ergebnis staatlicher Lenkung. Wenn deutsche Unternehmen im Ausland erfolgreich seien, belege dies nur, dass sie ordentliche Qualität zu angemessenen Preisen böten.

Die Kritik an den deutschen Überschüssen ist nach Ansicht der Regierung viel zu einseitig. Denn die Handelsbilanz der gesamten Euro-Zone sei fast ausgeglichen, ohne die deutschen Überschüsse wäre sie tief im Minus.

Im Umkehrschluss bedeutet das: Die deutschen Exporterfolge

Globale Schieflage

Außenhandelsdefizit bzw. -überschuss* ausgewählter Länder 2009, in Milliarden Dollar



tragen zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung bei. „Wenn wir schon einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt haben, dann darf man uns nicht mehr als Nationalstaat betrachten“, fordert Merkel.

Die Ökonomen der Bundesregierung zeigen sich zudem davon überzeugt, dass die Partnerländer auch im beginnenden Aufschwung von der deutschen Exportkraft profitieren. Wenn die hiesige Wirtschaft in diesem Jahr um zwei Prozent zulege, weil sie mehr und eher als andere an der Erholung der Weltwirtschaft teilhat, stiegen Einkommen und Gewinne. Das zusätzliche Geld geben die Deutschen zumindest teilweise für ausländische Produkte aus.

Die deutsche Exportwirtschaft sieht ohnehin keine ernsthaften Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftsmodell. „Wir können nicht das Tempo herausnehmen, damit andere Länder noch mehr Zeit bekommen, ihre Hausaufgaben zu machen“, sagt Anton Börner, Chef des Außenhandelsverbands BGA. Wenn die Deutschen ihre Position auf den Weltmärkten aufgeben, stoßen andere in die Lücke: Koreaner, Inder, vor allem aber Chinesen.

Die asiatischen Wachstumsnationen bauen ihre Industriekapazitäten oft unter der Regie des Staates aus, sie errichten hochmoderne Fabriken und versuchen mit aller Macht, sich das nötige Knowhow für die neuesten Entwicklungen im Maschinen- und Automobilbau anzueignen. Der Wettbewerbsvorsprung der deutschen Industrie schrumpft mit jedem chinesischen Ingenieur, der an einer Universität seinen Abschluss macht.

An den Technischen Hochschulen und Universitäten in Deutschland studieren inzwischen rund 25 000 Chinesen. „Wir füttern den Drachen jeden Tag“, sagt Carl Martin Welcker, Chef des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken.

Die Amerikaner hätten wenig davon, wenn die Deutschen ihre Exportstärke verspielten. Und es ist auch weniger die Nachfrage aus den USA, die derzeit die deutsche Wirtschaft beflügelt, es sind vor allem die Bestellungen aus Asien.

So macht auch Jürgen Fleischer derzeit interessante Erfahrungen. Fleischer leitet die europäischen Aktivitäten des internationalen Spezialmaschinenherstellers MAG, er hat auch ein Büro in der New Yorker Madison Avenue. Doch das betritt er in letzter Zeit recht selten, obwohl MAG rund die Hälfte des Umsatzes in den USA generiert.

„Der entscheidende Wachstumsmarkt ist China“, so Fleischer. „Wenn ich in Richtung Westen fliege, ist der Flieger halbleer. Geht’s dagegen Richtung Osten, fliegen meist zwei Flugzeuge hintereinander.“

Armin Mahler, Christian Reiermann
Wolfgang Reuter, Janko Tietz

AUTOINDUSTRIE

Plötzliche Geschmeidigkeit

Machtwechsel bei Porsche, die neuen Herren von VW regieren durch. Das könnte für die Stuttgarter Sportwagenschmiede aber durchaus von Vorteil sein.

Uwe Hück kann Menschen einschüchtern. Er war mal Thaiboxer, das sieht man dem Betriebsratschef von Porsche auch an. Wenn Hück auf einer Versammlung ins Mikrofon brüllt, wackeln die Boxentürme.

Viele Porsche-Mitarbeiter erinnern sich noch gut an Hücks letzten großen Auftritt: „Keiner hat uns zugetraut, dass wir eigenständig bleiben“, rief er, „ich bin stolz, dass wir das geschafft haben mit der Porsche AG, wir haben eigene Vorstände, eigene Aufsichtsräte.“

Das war am 23. Juli 2009, dem Tag, an dem Firmenboss Wendelin Wiedeking und Finanzvorstand Holger Härter gefeuert wurden und die Übernahme des VW-Konzerns durch Porsche gescheitert war. Es war der Tag, an dem VW im Gegenzug begann, Porsche zu schlucken. Knapp ein Jahr später besitzt VW gut 49 Prozent der Porsche AG.

Nun ist klar: Porsche hat so viel Freiraum wie ein Dackel an der Leine seines Besitzers. Wiedeking und Härter sind weg, der Vertriebsvorstand musste gehen, jetzt wird auch noch Porsche-Boss Michael Macht abgelöst. Das Unternehmen wird künftig von Matthias Müller geführt, bislang Planungschef im VW-Konzern.

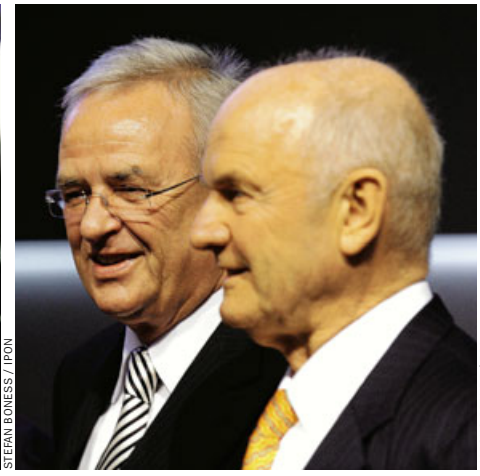
Und was macht der streitlustige Gewerkschafter Hück? Er stellt sich ganz schnell auf den Neuen aus Wolfsburg ein. Mit dem Noch-Chef Macht will Hück gar nicht mehr über einen Standortsicherungsvertrag verhandeln. Darüber rede er nur „mit jemandem, der die Geschicke von Porsche auch in den kommenden fünf Jahren lenkt“.

Hücks plötzliche Geschmeidigkeit hat Gründe. Was zunächst wie die völlige Entmachtung von Porsche aussieht, könnte sich für die Sportwagenfirma sogar als Glücksfall erweisen.

Der Produktionsexperte Macht konnte Porsches Interessen im VW-Konzern nur schlecht vertreten. Macht hat keine Vertrauten dort und kennt die Baukästen des Konzerns nicht. Er weiß nicht, welche Motoren und Getriebe er möglicherweise für neue Modelle nutzen könnte. Genau dies aber ist Müllers Spezialgebiet.

Müller ist ein enger Vertrauter von VW-Chef Martin Winterkorn und VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch. Ab 1. August soll der neue Porsche-Chef sich um die Probleme in Stuttgart kümmern. Denn bei Porsche läuft längst nicht alles rund. Der Absatz des 911er brach zuletzt um 35 Prozent ein.

STEFAN BONESS / IPON



MARCUS BRANDT / DPA

Porsche-Chef Macht, VW-Chef Winterkorn, Aufsichtsrat Piëch: *Wie ein Dackel an der Leine*

Müllers Vorgänger Macht kann derweil einen Karriereschritt vollziehen: Er ist als Produktionschef des VW-Konzerns künftig für über 60 Fabriken verantwortlich.

Macht muss die Produktivität in den Fabriken erhöhen. Aber er muss dem Wolfsburger Betriebsratschef Bernd Osterloh stets erklären, was mit den dann überzähligen Beschäftigten geschehen soll.

Jahr für Jahr dürften es bis zu 10 000 Mitarbeiter sein, die VW eigentlich nicht mehr braucht. Entlassungen aber sind ein Tabu. Deshalb gilt der Job des Produktionschefs als einer der schwierigsten im gesamten Volkswagen-Konzern.

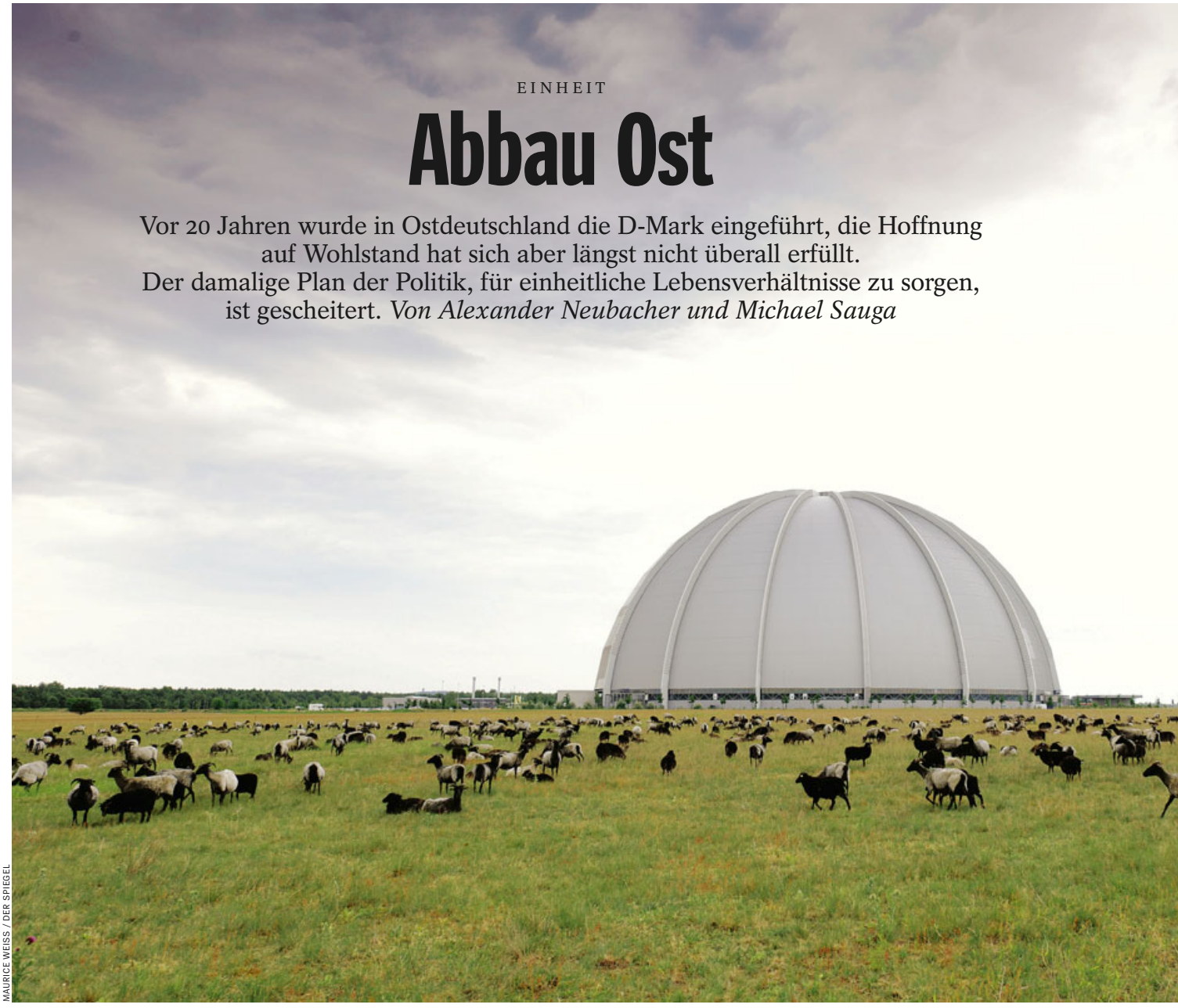
Macht hat sich nicht um den Posten beworben. Und gegen den Willen des Porsche-Betriebsrats Hück und des Miteigentümers Wolfgang Porsche hätte der VW-Konzern den Wechsel kaum durchsetzen können. Doch offenbar sind auch sie davon überzeugt, dass Porsche von der Rochade profitiert.

Dietmar Hawranek

EINHEIT

Abbau Ost

Vor 20 Jahren wurde in Ostdeutschland die D-Mark eingeführt, die Hoffnung auf Wohlstand hat sich aber längst nicht überall erfüllt. Der damalige Plan der Politik, für einheitliche Lebensverhältnisse zu sorgen, ist gescheitert. *Von Alexander Neubacher und Michael Sauga*



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Bundesinnenminister Thomas de Maizière, 56, stammt aus Bonn im tiefen Westen der Republik, doch seine Erinnerung an die Tage zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung ist die eines Ostdeutschen. Lothar de Maizière, der erste und letzte frei gewählte Ministerpräsident der DDR, hatte seinen Cousin gefragt, ob er Staatssekretär werden wolle. Der sagte ja, bezog ein Büro in der Ost-Berliner Klosterstraße und saß fortan bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag auf jener Seite des Tisches, die für die Ossis reserviert war.

Thomas de Maizière hat sich oft gefragt, was damals schiefgelaufen ist. „Wir hatten objektiv zu wenig Zeit, wir waren Getriebene“, sagt er. Es habe sich um eine „politische Sturzgeburt“ gehandelt.

Die Sturzgeburt ist genau 20 Jahre her; als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer soll sich de Maizière nun um den Aufbau Ost kümmern. Es ist der erste Innenminister und zugleich seit langem der erste Westdeutsche, der sich mit diesem Titel schmücken darf, aber de Maizière spielt seine Rolle herunter.

Mit Interviews zum Thema hält der Minister sich zurück. Und wenn er sich ausnahmsweise doch mal zu Wort meldet, klingt es anders als bei seinen Amtsvorgängern.

Die Phrase von der „Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West“ ist ihm ein Gräuel. Er mag es nicht, von „Aufbau Ost“ zu sprechen: „Wenn Leute aus dem Westen nach Potsdam, Dresden oder Stralsund kommen, sagen sie zu dem äußeren Eindruck: ‚Was muss denn hier noch aufgebaut werden?‘“

20 Jahren ist es her, dass der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl eine einsame Entscheidung traf. Die Mauer war gefallen, Tausende DDR-Bürger wanderten jede Woche in den Westen ab, als Kohl dem DDR-Regierungschef Hans Modrow eine deutsch-deutsche Währungsunion anbot. Fachleute waren irritiert, der damalige Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl warnte, Kohl setzte sich durch. Über Nacht rollten Geldtransporter in den Osten. Am 1. Juli 1990 wurde die D-Mark zum Zahlungsmittel ernannt.

Politisch war die Währungsunion ein Erfolg. Die Menschen jubelten. Wegen der D-Mark musste keiner mehr in den Westen rübermachen. Doch auf die Wirtschaft entfaltete die Aktion eine geradezu zerstörerische Kraft. Über Nacht wurden alle Renten, Löhne und Sparguthaben bis zu 6000 Ostmark im Verhältnis eins zu

Freizeitanlage „Tropical Islands“ bei Berlin

Kohl-Besuch in Dresden im Dezember 1989
„Politische Sturzgeburt“

1,3 Billionen Euro
flossen 1991 bis 2009 von West- nach Ostdeutschland – zwei Drittel davon in Sozialleistungen.
Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Politiker de Maizière, Merkel
Bizarre Förderpolitik

DARMER / DAVIDS

eins getauscht. Das war erst mal schön für die DDR-Bürger, aber schlecht für die Betriebe. Sie gingen reihenweise pleite, nachdem sie übergangslos dem Wettbewerb mit der hochmodernen Westwirtschaft ausgeliefert waren.

„Die Wechselkursfestsetzung war politisch ohne vernünftige Alternative, aber ökonomisch falsch“, bilanziert Innenminister de Maiziere. „Statt eins zu eins hätte er eins zu drei oder vier betragen müssen, um die ökonomische Wirklichkeit abzubilden, aber mit den verheerenden politischen Folgen weiterer Abwanderung.“

Heute hängt der Osten am Tropf, und es spricht nichts dafür, dass sich die Lage ändern wird. Schätzungsweise 1,3 Billionen Euro sind in den vergangenen 20 Jahren von den alten in die neuen Länder geflossen, doch wofür? Altstädte wurden hergerichtet, neue Autobahnen gebaut, das Telefonnetz auf den neusten Stand gebracht, aber das meiste Geld ging für Sozialleistungen drauf. Die erhoffte wirtschaftliche Dynamik blieb aus.

Einige Städte haben sich gut entwickelt, etwa Leipzig, Dresden, Jena und Erfurt. Thüringen verfügt über eine vergleichsweise robuste Autoindustrie. In Sachsen gibt es erfolgreiche Hightech-Unternehmen. Die Forschungs- und Hochschullandschaft ist, auch dank der üppigen staatlichen Förderung, auf hohem Niveau.

Doch die Positivbeispiele sind selten. Der weitaus größere Teil Ostdeutschlands ist zu einem ökonomischen Notstandsgebiet geworden, das in allen Belangen hinter dem Weststandard zurückbleibt:

- Die Wirtschaftskraft im Osten beträgt pro Kopf nur 71 Prozent des Westniveaus. Überdurchschnittlich hohen Anteil daran hat der Öffentliche Dienst. Das privatwirtschaftlich erzeugte Bruttoinlandsprodukt liegt bei 66 Prozent des Westniveaus.
- Um aufzuschließen, müsste die Wirtschaft in den neuen Ländern schneller wachsen als in den alten, doch das Gegenteil ist der Fall. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für Ostdeutschland dieses Jahr mit einem Plus von 1,1 Prozent. Im Westen sollen es 1,5 Prozent sein.
- Seit dem Mauerfall ist die Zahl der Einwohner Ostdeutschlands um fast zwei Millionen geschrumpft – eine Entwicklung, die sich ungebremst fortsetzt.
- Der Anteil der Sozialleistungen am Haushaltseinkommen ist im Osten um 20 Prozent höher als im Westen.
- Von den 100 größten Industrieunternehmen und den 100 größten Dienstleistern hat nicht ein einziges seinen Hauptsitz in Ostdeutschland.

In der Politik wird die dürftige Wirtschaftsbilanz der Einheit parteiübergreifend schöngeredet. Beim Aufbau Ost sei „sehr vieles erreicht worden“, freut sich Kanzlerin Angela Merkel, CDU. Der frühere Verkehrs- und Aufbau-Ost-Minister Wolfgang Tiefensee, SPD, jubelt: „Drei Viertel des Weges sind geschafft.“

Wenn sich die gesellschaftliche Elite der Landes am Dienstag dieser Woche um elf Uhr zur Feierstunde im Bundeskanzleramt versammelt, wird wieder von der gigantischen Aufbauleistung die Rede sein, die die Deutschen in Ost und West vollbracht haben. Es wird tolle Vorher-nachher-Fotos geben, und Merkel wird Kohl als „Kanzler der Einheit“ preisen.

„Wir sind fest überzeugt, dass die jetzt freigesetzten schöpferischen Kräfte der Menschen ein neues Wirtschaftswunder bewirken werden“, hatte Kohl am 5. Juni 1990 verkündet. Doch wer 20 Jahre später durch Ostdeutschland reist, stößt auf gescheiterte Megaprojekte, stolpert durch entvölkerte Innenstädte und trifft viele Menschen, die seit nunmehr zwei Jahrzehnten keinen regulären Job haben.

„Unseren Landsleuten in der DDR eröffnet sich die Chance auf eine rasche, durchgreifende Besserung.“
(Helmut Kohl am 21. Juni 1990)

Georg-Wilhelm Westrum ist kein Mann, der Verlorenem lange nachtrauert. „In meinem Beruf“, sagt der Bauamtsleiter der Stadt Stendal, „muss man sich den Realitäten stellen.“

Westrum steht auf einem tristen Parkplatz im Ortsteil „Süd“. Vor 15 Jahren war hier ein lebendiges Stadtviertel mit Ladenzeile, Cafés und viel Grün, ganz so, wie es Westrum einst geplant hatte.

Jetzt versperren mannshohe Gitter den Bürgersteig, die Geschäfte stehen leer, und die meisten Wohnblocks sind abgerissen. „Rückbau“ heißt Westrums neue

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Stadtplaner Westrum in Stendal: *Zu viel Stadt für zu wenige Menschen*

Aufgabe, und es hat den Anschein, als hielte es der Amtsleiter für die normalste Sache der Welt, sein einstiges Musterquartier dem Erdboden gleichzumachen. „Wenn wir nicht handeln würden“, sagt er, „würde das hier zum Ghetto werden.“

Einen dreistelligen Milliardenbetrag hat der Staat seit der Wende in den ostdeutschen Wohnungsbau gepumpt oder an Krediten bereitgestellt. Das Ergebnis war eine „doppelte Katastrophe“, wie der Berliner Ökonom und Immobilienexperte Harald Simons sagt.

Erst zogen Hunderttausende aus den Zentren in die aufwendig renovierten Plattenbauviertel am Stadtrand. Dann setzte die umgekehrte Bewegung ein, weil nun auch die ostdeutschen Altstädte mit Milliardenaufwand saniert worden waren. Jetzt stehen knapp eine Million Wohnungen leer, und so hat nun die dritte Etappe im Aufbau Ost begonnen: Die überzähligen Plattenbauten werden mit staatlicher Milliardenhilfe wieder abgerissen.

In Stendal beispielsweise ist die Einwohnerzahl in den vergangenen 15 Jahren um fast 10 000 zurückgegangen – auf nunmehr 35 000. Bis 2020 werden 5000 weitere Menschen abwandern. Nun stehen die Kommunalpolitiker vor dem Problem, dass zu viel Stadt vorhanden ist für zu wenige Menschen. Es gibt Kliniken, in denen die Betten leerstehen, Schulen, in die bald keine Kinder mehr gehen, und ein riesiges Abwassernetz, das nicht ausgelastet ist: Ständig muss Wasser nachgespült werden, damit die Exkremente auch abfließen.

Nun wollen die Stadtväter die Bürger von der Peripherie zurück ins Stadtzentrum drängen. „Wir müssen den Menschen ehrlich sagen“, so Oberbürgermeister Karl Schmotz, „dass wir nicht mehr alle städtischen Einrichtungen überall in der gewohnten Qualität vorhalten können.“

Die Frage ist nur, ob Stendals Einwohner die Botschaft auch hören wollen.

Amtsleiter Westrum hat einen alten Bekannten getroffen. Jörg Michael Glewwe war früher DDR-Funktionär für das geplante Kernkraftwerk. Jetzt ist er Angestellter eines Immobilienunternehmens, dem in Süd noch zahlreiche Wohnungen gehören. Die beiden stehen im Erdgeschoss eines heruntergekommenen Wohnblocks, das Glewwe mit billigen Möbeln aus dem Sozialkaufhaus zu seinem Büro aufgerüstet hat. Vor ihnen hängt ein Stadtplan von Süd: Rot sind jene Blocks markiert, die schon abgerissen sind, gelb jene, die noch stehen. Westrum möchte sie ebenfalls beseitigen. Glewwe will, dass sie erhalten bleiben.

Auf der Seite des Amtsleiters stehen die Stadtverwaltung, der gültige Entwicklungsplan und die Philosophie des „zurück in die Mitte“. Auf der Seite Glewwes stehen die Eigentümer sowie Dutzende Hartz-IV-Empfänger, Arbeitslose und Rentner, die aus den billigen Plattenbauten nicht ausziehen wollen.

Glewwe sieht sich im Aufwind. Er hofft, den Inhaber des örtlichen Billigtextilmarktes zum Bleiben bewegen zu können. Er will Solarzellen auf den Hausdächern installieren, um für billige Energie zu sorgen. Im Stadtrat sitzt er als Abgeordneter der Linkspartei. „Die hat doch auch für den Entwicklungsplan gestimmt“, sagt Westrum. „Als Abgeordneter war ich dafür, als Bürger bin ich dagegen“, sagt der frühere DDR-Funktionär Glewwe: „Man kann die Investoren doch nicht enteignen.“

Westrum hat sich wieder in sein Dienstauto gesetzt. „Eins ist klar“, sagt er, „der Aufbau einer Stadt ist einfacher als der Rückbau.“

„Meinen Landsleuten in der DDR rufe ich zu: Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft bietet Ihnen alle Chancen, ja die Gewähr dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, dass Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften in Deutschland sein werden.“
(Helmut Kohl am 18. Mai 1990)

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

„Tropical Islands“-Manager Schäfer: *Die Pläne waren oft toll*

Das Paradies liegt an der A 13 zwischen Berlin und Dresden, Ausfahrt Staakow; man sieht es schon von weitem. Aus dem märkischen Sand erhebt sich das vermutlich höchste, je von Menschenhand erbaute freitragende Kuppeldach. Darunter liegt „Tropical Islands“, die, wie es im Prospekt heißt, größte Tropenlandschaft Europas.

Alles ist supermegariesig hier, das gehört zum Geschäftskonzept. Der Wasserrutschenturm: angeblich der höchste Deutschlands. Die „tropische Sauna-Landschaft“: beispiellos in Europa. Und der „Indoor-Regenwald“: laut Betreiber der größte aller Zeiten.

2,5 Millionen Gäste sollen hier jedes Jahr Kurzurlaub machen. So lautete der Plan, als die Halle an einem kühlen Wintertag im Dezember 2005 eröffnete. Für die Menschen in der von Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsschwund geplagten Re-

gion klang es wie ein Märchen. Schon bald, so die Hoffnung, werde man Südbrandenburg in einem Atemzug mit Weltattraktionen wie Seaworld, Disneyland oder Kopenhagens Tivoli nennen.

Die Pläne waren überhaupt oft toll. Die Realität dann weniger. Zwar funktioniert die Heizung in der Halle inzwischen fast immer tadellos. Die Pflanzen entwickeln sich, einer neuen Dachfolie sei Dank. Das Wasser ist sauber, die Preise sind moderat. Doch der prognostizierte Gästeansturm bleibt aus. Nur knapp 900 000 Neugierige kamen im vergangenen Jahr.

Schuld an der Misere ist, dass Tropical Islands leider ständig in einem Atemzug mit der Lagune Cottbus, dem Thermalbad Templin, dem Badeparadies Lübbenau und einem Dutzend weiterer Spaßbäder in der allernächsten Umgebung genannt wird.

Es gibt in Brandenburg, scheint es, kaum noch eine Ortschaft, die nicht über Sprudel-, Plantsch- und Blubberbecken verfügt. Es gilt die Faustregel: Je trister die Lage, desto größer die Fun- und Freizeitanlage.

Die Überkapazitäten sind die Folge einer bizarren Förderpolitik. Mehr als 90 Spaß- und Erlebnisbäder gibt es im Osten laut einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft. Allein in Brandenburg sind bis 2005 fast 170 Millionen Euro Subventionen in Schwimmbäder geflossen. Neuere Zahlen liegen nicht vor, doch die Spaßbadwelle ist ungebrochen. In Potsdam wird aktuell wieder ein Neubau erwogen. Die Entwürfe für das Projekt, Baukosten mindestens 20 Millionen Euro, stammen vom brasilianischen Star-Architekten Oscar Niemeyer.

In den nächsten Monaten wird sich entscheiden, welche Zukunft dem Palmenparadies beschieden ist. Etwa 30 Millionen Euro Fördermittel hat Tropical Islands bekommen. Die Halle gab es vor fünf Jahren günstig. Sie stammt aus der Insolvenzmasse des Luftschiffbauers Cargolifter, auch sie war mit staatlichen Subventionen errichtet worden.

Kim Schäfer, der Marketingmanager, träumt davon, Tropical Islands zu einer „internationalen Feriendestination“ zu machen. Es gibt einen vom Unternehmen entwickelten Masterplan, in dem die Kuppel das Zentrum einer Urlaubsregion mit mehreren Campingplätzen und Ferienhaussiedlungen bildet. Der Plan sieht aus, als hätte halb Berlin darauf Platz.

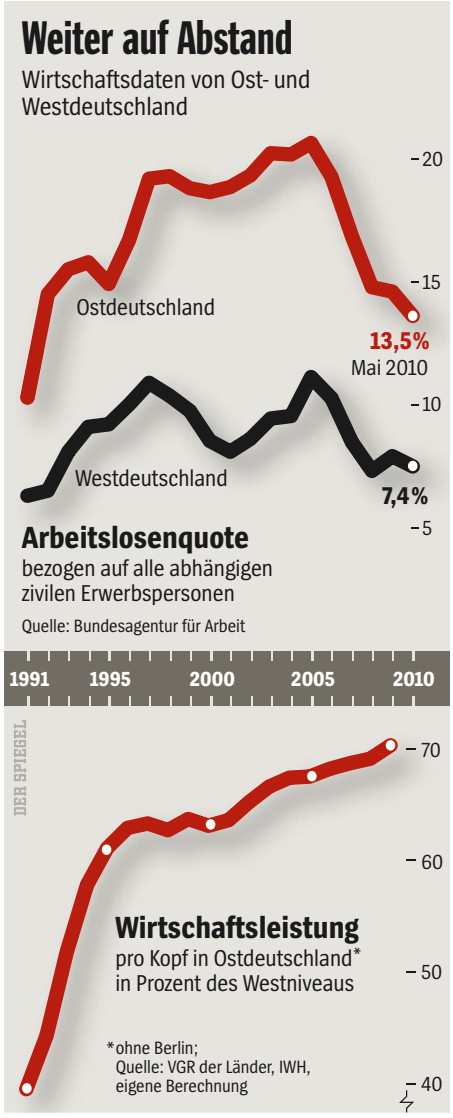
Die Anbindung der Hauptstadt könnte freilich besser sein. Der Bahnverkehr zwischen Berlin und Tropical Islands ist wegen Wartungsarbeiten für mindestens ein Jahr außer Betrieb.

„Den Deutschen in der DDR kann ich sagen: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor, dafür vielen besser.“
(Helmut Kohl am 1. Juli 1990)

Es ist ein wenig Wind aufgekommen an diesem sonnigen Juni-Vormittag in den Wäldern südlich Berlins. Knut Sprenger steht vor einer Wandertafel in der Nähe des brandenburgischen Städtchens Luckenwalde und bereitet sich auf seinen Arbeitstag in der Beschäftigungsmaßnahme vor.

„Heute nehmen wir den Holbecker Rundweg“, sagt er. „Da waren wir lange nicht mehr.“

Sprenger arbeitet beim „Fläming Walk“, so heißen Wanderpfade heute. Es ist ein 450 Kilometer langes Wegenetz, das die beteiligten Kommunen gern als



„größten Nordic-Walking-Park vor den Toren von Berlin und Potsdam“ anpreisen. Der braungebrannte Mittfünfziger kontrolliert Wege, wechselt beschädigte Markierungszeichen aus und begleitet Wandergruppen. „Ich bin viel in freier Natur“, sagt er, „und habe immer ein Ziel vor Augen.“

Nicht alle Ostdeutschen sind so zufrieden mit ihrem Erwerbsleben. Zwei Jahrzehnte nach der Wende zeigt sich der ökonomische Rückstand der neuen Ländern nirgendwo so deutlich wie auf dem Arbeitsmarkt. Noch immer liegt die Erwerbslosenquote zwischen Elbe und Oder mehr als doppelt so hoch wie im Westen, dafür gibt es mehr Leiharbeiter und befristet Beschäftigte.

„Zentrale Indikatoren für den Arbeitsmarkt“, heißt es in einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, zeigten „eher eine Tendenz zur Stagnation als einen Aufholprozess“.

Schon in der DDR war es üblich, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit hinter einem Großangebot unproduktiver Jobs zu verstecken. An diese Tradition wurde nach der Wende nahtlos angeknüpft.

Die Regierenden erfanden „Strukturanpassungsmaßnahmen“ und die „Umwelt-ABM“, den „Ein-Euro-Job“ und den „Kommunal-Kombi“. Alle paar Jahre kam eine neue Idee, doch der Widerspruch blieb: Einerseits sollten die Maßnahmen den normalen Jobs möglichst ähnlich sehen, um die Teilnehmer fürs Berufsleben fit zu halten. Andererseits durfte der zweite Arbeitsmarkt dem ersten keine Konkurrenz machen.

Gut funktioniert hat das nicht, wie der Bundesrechnungshof vor zwei Jahren in einer vernichtenden Bilanz der Ein-Euro-Jobs feststellte. Danach verdrängten die staatlichen Ersatzarbeitsplätze viele reguläre Stellen und verschlechterten sogar die Vermittlungschancen vieler Teilnehmer.

Für drei von vier Hartz-IV-Empfängern habe der Ein-Euro-Job „keine messbaren Integrationsfortschritte gebracht“, resümierten die Kontrolleure. Hunderttausende Ostdeutsche wurden „zu Arbeitskräften zweiter Klasse gestempelt“, wie die frühere brandenburgische SPD-Abgeordnete Esther Schröder sagt.

Knut Sprenger hat es erlebt. Seit der gelernte Maurer nach einem Bandscheibenvorfall nicht mehr auf dem Bau arbeiten konnte, verhalf ihm das Amt zu einer „Maßnahmenkarriere“: Ein Behelfsjob folgte dem anderen, die Stellen waren entweder unsicher oder nutzlos.

Zunächst bekam er einen Ein-Euro-Job als Hausmeister in einem Behindertenzentrum. Dort lobte man ihn als „Mann mit den goldenen Händen“, doch behalten durfte Sprenger die Stelle nicht. Ein-Euro-Jobs sind in der Regel befristet zu vergeben.

Dann steckten ihn seine Vermittler in eine sogenannte Qualifizierungsmaßnahme. Gemeinsam mit anderen Arbeitslosen sollte er Sonnenuhren zusammenbasteln. Als Werkzeug durften er und seine Kollegen nur Sandpapier und Feile verwenden, die Ergebnisse ihrer Arbeit verschwanden im Keller des Beschäftigungsträgers.

Ihre Tätigkeit sollte nicht so aussehen, wie ein normaler Handwerksjob. Sprenger begann am Sinn des Projekts zu zwei-

feln. „Ich muss doch am Feierabend sehen, was ich geschafft habe."

Jetzt hofft er darauf, dass er wenigstens seinen Job beim Fläming Walk behalten kann. Die Chancen sind nicht gut. Das Kommunal-Kombi-Programm des Bundes, das seine Stelle finanziert, läuft in zwei Jahren aus.

Es ist früher Nachmittag, Sprenger ist wieder an seinem Ausgangspunkt angekommen. Größere Schäden waren nicht festzustellen, so wird er seinem Chef gleich melden, nur hinter einem Wäldchen hat sich ein umgekippter Baum in einen anderen verkeilt. „Wenn der sich selbständig macht", sagt Sprenger, „kann das richtig gefährlich werden."

„Es kann nicht das Ziel unserer Politik sein, dass möglichst viele Menschen aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik kommen. Es ist vielmehr mein Ziel, dass sie dort, in ihrer Heimat, eine Perspektive für ihr künftiges Leben gewinnen."
(Helmut Kohl am 10. Januar 1990)

Am späten Vormittag, wenn im deutschen Luftraum Hochbetrieb herrscht, ist auf dem Ostseeflughafen Stralsund-Barth der größte Andrang schon vorbei. Zwei Kleinflugzeuge sind bereits gelandet, ein drittes steht vor dem winzigen Hangar.

Flughafenleiter Paul Wojtasik steht vor einem roten Sitzrasenmäher. Der nächste Flieger wird erst am Nachmittag erwartet, und so könnte sich der Manager heute eigentlich um jene Aufgaben kümmern, die er nebenbei miterledigt: das Feuerwehrauto warten, Papierkram erledigen, auf saubere Sanitäreinrichtungen achten. „Ich bin wahrscheinlich der einzige Flughafenleiter in Deutschland, der hin und wieder eine Klobürste in die Hand nimmt."

Nach dem Mauerfall litt die Wirtschaft in den neuen Ländern unter der unzureichenden öffentlichen Infrastruktur. Viele Schienenwege waren marode, das Telekommunikationsnetz hoffnungslos veraltet. Nach zwei Jahrzehnten Aufbau Ost hat sich das Bild gründlich gewandelt. Heute ist es eher so, dass die Privatwirtschaft mit dem rasanten Ausbau des staatlichen Kapitalstocks nicht Schritt halten kann. Das Problem ist dasselbe wie bei den Spaßbädern: Es gibt ein zu großes Angebot für eine zu geringe Nachfrage.

Mit rund 1,7 Millionen Einwohnern ist Mecklenburg-Vorpommern das zweitkleinste Flächenland der Republik, doch an die internationale Luftfahrt ist es bestens angebunden. Wer das Land mit dem Flugzeug ansteuert, kann zwischen fünf vollausgestatteten Regionalflughäfen und sechs kleineren Verkehrsflugplätzen wählen: auf der Insel Rügen und an der mecklenburgischen Seenplatte, an der Ostseeküste und auf Usedom.

Das Problem ist, dass die weltweiten Fluggesellschaften die vorzüglichen Bedingungen am äußersten Ende Deutschlands noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen haben. Rund 130 Millionen Euro hat die öffentliche Hand in den vergangenen 20 Jahren in den Ausbau der Airports investiert. Trotzdem klagen praktisch alle über mangelnde Auslastung und rote Zahlen.

Der Flughafen Heringsdorf benötigt jährliche Zuschüsse aus der Landeskasse. Der privatisierte Parchim International Airport klagt über das flaue Frachtgeschäft. Und in der großzügig ausgebauten Abfertigungshalle des Flughafens Rostock-Laage verlieren sich so wenig Passagiere, dass schon die Frage auftauchte, ob es wirklich nötig sei, winters die Heizung anzustellen.

Auch im Ostseeflughafen Stralsund klafft eine Lücke zwischen Aufwand und Ertrag. Mehr als 4,5 Millionen Euro hat die Landesregierung Schwerin in den vergangenen Jahren in eine nagelneue Landebahn und eine hochmoderne Beleuchtungsanlage investiert. Doch die Passagierzahlen gingen seit 1992 von knapp 28 000 pro Jahr auf gut 8000 zurück. Die Betreibergesellschaft, die den Städten Barth und Stralsund sowie dem Landkreis Nordvorpommern gehört, häuft jedes Jahr Verluste von 250 000 Euro an. Und der Landesrechnungshof kam bereits vor zwei Jahren zu dem Resultat, dass „eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nicht zu erwarten" sei.

Ginge es nach den Regeln der Ökonomie, hätte der defizitäre Flughafen längst geschlossen werden müssen. Doch ökonomische Regeln spielen beim Aufbau Ost schon lange keine Rolle mehr.

Stattdessen gilt die alte Logik der Verkehrslobbyisten, wonach es keine überflüssigen Flughäfen gibt, sondern nur solche, die einfach nicht ausreichend gefördert sind.

Airport-Chef Wojtasik steht vor einem mannshohen Bauzaun. Ein Bagger bricht Betonteile aus einer alten DDR-Baracke, in der früher das Abfertigungsgebäude untergebracht war. In der baufälligen Hütte durfte nicht einmal eine Kantine betrieben werden; wenn Prominente auf dem Flughafen landeten, ließ Wojtasik die Limousinen direkt zum Flugzeug fahren, damit die Passagiere die heruntergekommenen Waschräume erst gar nicht zu Gesicht bekamen. „Mit dem Gebäude waren wir nicht konkurrenzfähig", sagt der Flughafenboss.

Das soll sich ändern. Gut 2,6 Millionen Euro hat die Landesregierung vergangenes Jahr bewilligt, damit der Ostseeflughafen ein neues Terminal erhält, samt Gaststätte, Konferenzräumen und einem elf Meter hohen Tower. Wenn das Gebäude Ende nächsten Jahres fertig ist, soll es dem Airport endlich den erhofften Aufschwung bringen: mehr Touristen für die umliegenden Hotels und zusätzliche Geschäftsleute, die ihr Unternehmen in der Nähe des Flughafens ansiedeln.

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Stralsunder Flughafenchef Wojtasik: *„Hin und wieder eine Klobürste in der Hand"*

Die Aussicht auf frisches Landesgeld hat auch die örtlichen Flughafenkritiker verstummen lassen. Noch vor kurzem wollte die Stadt Stralsund aus der Trägergesellschaft aussteigen, weil den Gemeindevätern die Verluste zu groß geworden waren. Doch inzwischen hat die Verwaltung ihre Meinung geändert.

Würde sich die Stadt zurückziehen, so heißt es nun, müsste sie den verbleibenden Teilhabern womöglich Schadensersatz zahlen. Schlimmer noch: Die Fördermittel des Landes würden in andere Regionen fließen.

Zwar wissen auch die Stralsunder Verwaltungsexperten nicht, wo die zusätzlichen Passagiere herkommen sollen, die

der Flughafen für einen rentablen Betrieb benötigt. Doch darauf kommt es den Stadtvätern auch nicht an. „Das Vorhalten einer anspruchsvollen Infrastruktur“ heißt es in einer Vorlage, „spiegelt sich im Haushalt in Form von Kosten wider.“

„Sicher wird es auch zu Entlassungen kommen, aber beim starren Blick darauf wurde völlig verkannt, dass gleichzeitig außerordentlich viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen, nicht zuletzt im Baubereich. Dafür ist entscheidend, jetzt die notwendigen Voraussetzungen für eine kraftvolle Investitionsdynamik zu schaffen.“
(Helmut Kohl am 10. Mai 1990)

Wenn Joachim Paulick, 52, Oberbürgermeister des malerischen Städtchens Görlitz, Besuch hat, weiß er gar nicht, was er den Gästen zuerst zeigen soll. Seine Rathaustreppe, ein „Meisterwerk der Frührenaissance“, wie es in den Reiseführern heißt? Die sogenannte Königsstube, einen prächtigen spätgotischen Empfangssaal im Obergeschoss? Oder sein eigenes Bürgermeisterbüro mit der herrlichen Holzvertäfelung?

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Görlitzer Oberbürgermeister Paulick: *2500 Bewerbungsbriefe verschickt*

Etwa 4000 historische Bauwerke gibt es in Görlitz. Paulick selbst hat sich noch längst nicht alle anschauen können. Die Stadt gilt als größtes Flächendenkmal Deutschlands; ihre Auszeichnung als Weltkulturerbe steht auf der Agenda. Drei Viertel der Altstadt, zu DDR-Zeiten noch unbewohnbar, genügen heute denkmalpflegerischen Ansprüchen. „Noch nie in seiner Geschichte war Görlitz so schön wie heute“, sagt Paulick.

Doch der Bürgermeister ist mit der Entwicklung unzufrieden. 16 Millionen Euro fehlen in seiner Stadtkasse, ein erheblicher Teil des Etats, und Paulick sieht keinen legalen Weg, einen Betrag dieser Größenordnung einzusparen. Er denkt über eine zusätzliche Fremdenverkehrsabgabe, eine Zweitwohnungssteuer und höhere Parkgebühren nach. Doch das wird längst nicht reichen, um den Haushalt auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

Görlitz’ Problemviertel sind die Gewerbegebiete ein paar Kilometer außerhalb der historischen Stadtmauer. Es gibt eine lange Maschinenbautradition in der Region, aber die Wende haben nur wenige Betriebe überlebt. Es existiert noch eine Waggonbaufabrik, ein Turbinenwerk, eine Brauerei. Ein mit Subventionen angelockter US-Investor ließ eine Zeitlang winterfeste Textilien herstellen, zog dann aber weiter in ein aus seiner Sicht noch billigeres Niedriglohnparadies.

„Wir haben Millionen für die Stadtsanierung ausgegeben, aber in den Anfangsjahren zu wenig für die Ansiedlung und Pflege größerer Unternehmen getan“, sagt Paulick. „Das war ein politischer Fehler, da müssen wir ran.“ Etwa 2500 Bewerbungsbriefe hat der Bürgermeister an Firmen im ganzen Land verschickt. Im Briefkopf prangt das Wappen der Stadt. Unterschrieben hat Paulick mit der Hand. Das sehe gleich viel vertrauenswürdiger aus.

In dem Brief geht es darum, Reklame für Görlitz als Wirtschaftsstandort zu machen. Kaum ein Wort über denkmalgeschützte Altbauten in der Innenstadt. Der Bürgermeister wirbt lieber mit der Nähe zu Polen, den vergleichsweise niedrigen Löhnen und dem Umstand, dass in Görlitz, anders als im übrigen Sachsen, kein breiter Dialekt gesprochen werde.

Doch es sieht nicht so aus, als würden die Unternehmen jetzt Schlange stehen. „Als eine Art Freilichtmuseum kann eine Stadt dieser Größe nicht überleben“, sagt Paulick: „Die Sorge ist da, es könnte jetzt schon bald zu spät sein.“

„Ich bin sicher, Ludwig Erhards Vision, Wohlstand für alle, wird auch in der DDR Schritt für Schritt Wirklichkeit werden.“
(Helmut Kohl am 10. Mai 1990)

Wer wissen will, was man beim Aufbau Ost besser machen müsste, kann sich bei Edgar Most erkundigen, dem früheren Staatsbankier der DDR. Sein Insider-Wissen hat ihm nach der Wende nicht geschadet. Most blieb im Geldgeschäft und machte Karriere bei der Deutschen Bank. Er hat Bücher zum Thema geschrieben, aus denen er heute gern vorliest. Im Osten gilt er als Bestseller-Autor. Fast hundert Leute sind trotz sommerlicher Hitze nach Strausberg gekommen, um ihm zuzuhören.

„Wir haben das ostdeutsche Kapital dem Westen zum Fraß vorgeworfen“, sagt Most. Das Publikum, darunter viele Ostrentner, nickt zustimmend. In den neuen Ländern habe sich eine Subventionsmentalität ausgebreitet. Das Gemurmel im Publikum wird leiser. „Der Osten verarmt, vergreist und verdummt“, sagt Most. An der Stelle ist die Stimmung im Saal dann nicht mehr so gut.

Most war mal Mitglied im Gesprächskreis Ost, ein vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzter Beraterzirkel, der vor sechs Jahren eine Studie vorgelegt hat, wie eine bessere Ostförderung aussehen müsste. Ein wichtiger Vorschlag lautete, die staatliche Förderung auf Forschung und Technologie zu konzentrieren, die Bürokratie einzudämmen und sich damit abzufinden, dass es sinnlos ist, Fördergelder weiter in entlegene Landstriche zu pumpen, die man besser ihrem Schicksal überließe. Es gelte, so der Beraterkreis, die Kräfte in aussichtsreichen Regionen zu bündeln.

Umgesetzt wurden die Vorschläge nie. Das Geld wird weiter mit der Gießkanne verteilt. Allein im kleinen Brandenburg mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern wimmelt es von einem guten Dutzend selbsternannter „Wachstumskerne“.

Wenn im Jahr 2019 der Solidarpakt ausläuft, werden laut Prognose der Wirtschaftsforscher alle Ostländer weiter auf Unterstützung angewiesen sein. Nicht einmal das Musterland Sachsen wird im innerdeutschen Länderfinanzausgleich auf der Seite der Zahler stehen.

Dabei ist den Fachleuten klar, dass die Hauptschuld für die wirtschaftlich verkorkste Wiedervereinigung nicht im Osten liegt, sondern bei jenen, die im Westen die politischen Vorgaben machten.

„Es gab eine paternalistische Grundhaltung des Westens gegenüber dem Osten. Nach dem Motto: Wir wissen, was für unsere Schwestern und Brüder im Osten das Richtige ist“, sagt Innenminister Thomas de Maizière: „In Wahrheit wussten wir es aber nicht.“ ◆

WÄHRUNG

Die Rückkehr der Antichristen

Vor zwölf Jahren klagten vier renitente Professoren gegen die Einführung des Euro. Nun, da die Währung tatsächlich wankt, ziehen sie erneut vor Gericht. Was treibt das Quartett an?

Wilhelm Hankel sitzt auf dem Podium des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und glüht vor Freude. Gerade hat der 81-jährige Professor vorgetragen, weshalb der Euro immer eine Missgeburt war, scheitern werde und scheitern müsse. Die derzeitigen Pläne, einen „lebenden Leichnam zum Gehen zu bringen“, seien rührend, höhnte er, wo doch eines klar sei: Das Euro-Rettungspaket rettet nur die Banken.

Da klatschten die Zuhörer aus dem Club der Wirtschaftswissenschaftler überraschenderweise. Begeistert, ausdauernd. Endlich. Denn auf diesen Applaus hat der renitente Ökonom eine gefühlte Ewigkeit warten müssen. Genauer gesagt seit dem 12. Januar 1998.

Damals war Hankel zusammen mit dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider sowie den Wirtschaftswissenschaftlern Joachim Starbatty und Wilhelm Nölling nach Karlsruhe gefahren. An der Pforte des Bundesverfassungsgerichts hatten die vier Professoren gegen Quittung einen 352-seitigen Schriftsatz abgegeben, der ihr Leben verändern sollte. Es war die Klage gegen die Einführung des Euro. Sie wollten diese Währung nicht. Sie wollten ihre alte Bundesrepublik und die damit verbundene D-Mark behalten.

Danach war nichts mehr wie vorher. Die Einladungen zu Konferenzen wurden rar. Zeitungen zögerten, ihre Meinungsartikel abzudrucken. Parteifreunde gingen auf Distanz. „Wir waren die Antichristen“, beschreibt Hankel die damalige Stimmung.

Außerhalb eines überschaubaren Zirkels wollte kaum jemand ihren Argumenten folgen: dass der Euro gar nicht stabil bleiben könne, weil die Volkswirtschaften der beteiligten Länder zu unterschiedlich seien und die Kontrollmechanismen zu lax. Dass dadurch die Preisstabilität und der Wohlstand der Deutschen gefährdet werde. Dass der Währungsunion unbedingt eine politische vorausgehen müsse.

Als Karlsruhe ihre Klage abwies, erreichte die Häme ihren Höhepunkt. „Geschichtslose Fachidioten“ seien sie, schimpfte SPD-Altkanzler Helmut Schmidt. Das vergisst ihm Hankel nie. Schließlich war er selbst einst enger Mitarbeiter des legendären Wirtschaftsministers Karl Schiller (SPD) und Vorstandschef der Hessischen Landesbank. Später lehrte er unter anderem in Harvard und an der Georgetown University.

„Ich hatte zehn Jahre lang praktisch Schreibverbot“, beklagt sich Hankel. Dass ausgerechnet ein Fachmann wie er dann in rechtsgerichteten Blättern wie der „Jungen Freiheit“ schrieb, sei quasi Notwehr gewesen, entschuldigt er sich heute.

SASCHA SCHUERMANN / DDP

Kläger Hankel, Nölling, Schachtschneider, Starbatty: *Aufruf zum Aufruhr*

Es waren solche Fehltritte, die das ohnehin misstrauisch von der Öffentlichkeit begleitete Quartett weiter ins Abseits geraten ließen, in die Nähe nationalistischer Deutschtümler. Nicht alle vier sind Rechtsausleger, aber alle sind leidenschaftliche Rechthaber – oder wenigstens Recht-haben-Woller.

Sie selbst haben sich nicht geändert in ihren Ansichten, aber die Welt drum herum. Seit die Währung tatsächlich bröckelt, ist die Meinung der Euro-Fighter wieder gefragt. Und stilles Genießen ist nicht die Art der Viererbande.

Die Querköpfe verabredeten sich, der Jurist Schachtschneider schrieb zwei Wochen lang an einer neuen Klage, diesmal gegen das Griechenland-Hilfspaket. Dann zogen die alten Herren wieder nach Karlsruhe. Als der Bundestag das Finanzhilfegesetz verabschiedete, reichten sie am 7. Mai einen Eilantrag ein.

Wenige Tage später folgte eine Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen“, finanziert vom ehemaligen Thyssen-Chef Dieter Spethmann, der sich der Gruppe angeschlossen hat: „Wie einst vor Ausbruch der Französischen Revolution haben Europas Politiker derzeit jedes Gefühl für die Rechte, Sorgen und Erwartungen ihrer Bürger verloren“, war dort zu lesen.

Es war ein Aufruf zum Aufruhr. Die Bürger sollen sich gegen Politiker wehren, die wissentlich gegen die Maastrichter „No bailout“-Klausel verstoßen, nach der ein Mitgliedsland einem anderen nicht finanziell helfen darf. So werde aus der Währungsunion eine Haftungs- und Schuldengemeinschaft. Immerhin wurde das große Euro-Nothilfepaket in der Nacht zum 10. Mai beim Brüsseler Krisengipfel Hals über Kopf beschlossen. „Ungeheuerlich“ findet Joachim Starbatty die Feuerwehraktion: „Jeder Kaninchenzuchtverein muss seine Tagesordnungspunkte zwei Wochen vor der Sitzung einreichen, damit sich die Mitglieder vorbereiten können.“

Er sitzt gerade auf einem Hügel an der Westküste des Peloponnes und blickt auf das Meer. Ausgerechnet nach Griechenland ist er geflogen, um ein paar Tage auszuspannen vom Vortrags- und Interviewstress daheim.

Er liebe das Land, sagt der emeritierte Professor, der jahrzehntelang in Tübingen Ökonomie gelehrt hat. Aber liebt das Land auch ihn? Bei seiner Ankunft am

Flughafen wartete ein griechisches Fernsehteam. Warum er gegen die Griechenland-Hilfe klage, fragte der Interviewer. Das Geld komme doch nicht beim griechischen Bürger an, sondern fließe zur Tilgung der Kredite an die Banken, dozierte Starbatty. So könne das Land sich nicht sanieren. Er redete sich schnell auf Betriebstemperatur. Er hat Freude an solchen Debatten.

Sinn mache allein, dass Griechenland die Drachme wieder einführe und sie abwerte. So würden Waren und Dienstleistungen wieder konkurrenzfähig. Gleichzeitig müsse eine Entschuldungskonferenz einberufen werden. „Die Banken, die mit griechischen Anleihen gehandelt haben, sollen auch das Risiko tragen."

Starbatty, seit Jahren Vorstandsvorsitzender der als neoliberal geltenden Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, glaubt an die Kraft des freien Marktes.

RICHARD LEWIS / AP

Feier zur Euro-Einführung in Dublin 2001: *„Was da passiert, ist fast diktatorisch"*

Er ist der scharfe Wirtschaftsliberale des Quartetts, ihm graut vor der Einmischung der Politik in die Ökonomie. Unermüdlich wettert er gegen „die Brüsseler Planwirtschaft". An deutsche Institutionen und deren Unabhängigkeit glaubt er allerdings auch nur noch bedingt, seit sich in der weitgehend vernichtenden Expertise der Bundesbank zur Euro-Einführung plötzlich der Satz fand: „Nach Abwägung der noch bestehenden Probleme und Risiken erscheint der Eintritt in die Währungsunion ab 1999 stabilitätspolitisch vertretbar."

Beim zweiten Anlauf gegen den Euro ist Starbatty jetzt selbst aktiver: Er versucht, während seines Urlaubs griechische Minister zu sprechen, um das Land zum freiwilligen Austritt aus der Währungsunion zu bewegen. Die Kanzlerin sei da keine Hilfe: „Angela Merkel ist da einfach nicht sattelfest."

Angesichts der Arbeit der Regierenden wird Mitkläger Nölling gern emotional: Berlin verlange von den Bürgern Solidarität mit Europa, sei seinem Volk gegenüber aber völlig unsolidarisch. Hunderte Milliarden Euro würden hierzulande vernichtet, „weil sich Deutschland zum Zahlmeister der Währungsunion aufgeschwungen hat", schimpft er. „Wir werden gegen alle Gesetze gezwungen, eine Währung zu retten, die nicht zu retten ist."

Für unbequeme Worte war Nölling schon in seiner Zeit als SPD-Bundestagsabgeordneter, Hamburgs Finanzsenator und Landeszentralbankchef bekannt. In ärmlichen Verhältnissen als Sohn eines Waldarbeiters aufgewachsen, schmerzt es ihn, dass die sozialen Errungenschaften nun schrumpfen, weil das Steuergeld für Rettungsaktionen ausgegeben wird. Der 76-Jährige lebt mit seiner Familie auf einem idyllischen Bauernhof in Grönwohld bei Hamburg. Gern führt er seine Schafe vor, seinen Rhabarber, den Prachthahn. So einer ist wild entschlossen, das Erreichte zu verteidigen.

Seinen Mitstreiter Karl Schachtschneider treibt eine andere Kraft: „Ich will jemand sein, der die Fackel des Rechts trägt", sagt der 69-Jährige mit Mut zum dick aufgetragenen Pathos. Der einzige Jurist unter den vier Euro-Gegnern empfindet Demokratie als das höchste Gut. Das hatte schon der ehemalige Hamburger CDU-Chef Jürgen Echternach erfahren müssen. 1988 führte Schachtschneider eine Klage an, die sich gegen Echternachs undemokratischen Führungsstil richtete. 1994 gründete er, als Reaktion auf den Maastricht-Vertrag, unter anderem mit dem Ex-FDPler Manfred Brunner die rechtskonservative Partei Bund freier Bürger. Als diese ideologisch immer näher an Jörg Haiders rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs heranrückte, traten Schachtschneider und Starbatty allerdings aus.

Der Jurist, der bis zu seiner Emeritierung als Professor in Nürnberg lehrte, hat nichts gegen europäische Integration, sagt er. Aber dass die Bürger einfach so in eine Haftungsgemeinschaft gezwungen werden, hält er für undemokratisch: „Was da passiert, ist fast diktatorisch."

Den Eilantrag gegen die Griechenland-Hilfe hat Karlsruhe abgewiesen. Doch nun, da die Klageannahme in aller Ruhe geprüft wird, rechnet Schachtschneider sich Chancen aus. Auf jeden Fall will er den 60-seitigen Schriftsatz als juristisches Fachbuch veröffentlichen und damit einmal mehr in die Geschichte der Euro-Bekämpfung eingehen – sehr zum Kummer Hankels. Der möchte lieber ein gemeinsames populärwissenschaftliches Buch herausbringen, ähnlich der „Euro-Klage" 1998 und der „Euro-Illusion" 2001.

Für Hankel, den Geldexperten in der Gruppe, steht der Widerstand der Massen gegen die „ökonomischen Analphabeten in Berlin und Brüssel" im Vordergrund. Unermüdlich reist der 81-Jährige durch die Republik, hält Vorträge und spricht in jede Kamera. „Ich predige von jeder Kanzel", sagt er. Gegen Ex-Bundespräsident Horst Köhler, dem seiner Meinung nach die Hand hätte verdorren sollen, mit der er das Gesetz zur Griechenland-Hilfe unterschrieben hat. Gegen die EZB, die bis vor kurzem einen griechischen Vizepräsidenten hatte, der angeblich nichts vom Chaos in seinem Land wusste. Hankels Lieblingsszenario wäre, wenn Deutschland nun aus der Währungsunion austräte. Dann kämen die starken Länder mit, und es entstünde eine neue, schlanke Euro-Zone mit sieben bis zehn Mitgliedern. Er träumt davon, dass Karlsruhe die Klage annimmt: „Allein die Schlagzeile ‚Euro vor Gericht' – damit wäre die Währung erledigt." Sie haben wohl kaum eine Chance, aber sie nutzen sie. Weil alle vier jetzt Zuhörer haben. Hankel kämpft dabei gegen Geldpolitik zu Lasten der Nation, Starbatty für die Marktvernunft und gegen Brüsseler Inkompetenz, Schachtschneider für die Demokratie und Nölling für mehr politische Moral.

Es bewegt sie und ihre Zuhörer, selbst wenn es am Ende nichts bewegen wird. „Glauben Sie, die gehen jetzt demonstrieren?", fragt Hankel selbstironisch nach einem Vortrag in Lübeck. Nicht einmal er glaubt so richtig daran. „Wir Deutschen sind nun mal Krämerseelen, keine Helden."

MICHAELA SCHIESSL

JAMAIKA

Gefährlicher Pate

Der Prozess gegen den vorige Woche an die USA ausgelieferten Gangsterboss Christopher „Dudus“ Coke, 41, bringt die Regierung der Karibikinsel in Bedrängnis. Premierminister Bruce Golding fürchtet, dass der Pate von Kingston vor der US-Justiz über seine Verbindungen zur politischen und wirtschaftlichen Elite Jamaikas aussagt. Coke, der in den USA wegen Drogenhandels und Waffenschmuggels gesucht wird, hofft auf Strafminderung, wenn er mit der US-Justiz kooperiert. Mit Drogengeldern hatte er ein Firmenimperium aufgebaut. Premier Golding und seine Labour-Partei ließen seiner Beraterfirma Incomparable Enterprise millionen-

LOUIS LANZANO / AP (L.); BOGDAN KREZEL / PRZEKROJ / VISAVIS.PL / FORUM (U.)

Coke nach der Auslieferung

schwere Staatsaufträge zukommen. Cokes Gangster haben in den Slums sogar Wahlkampf für den Premier gemacht. Golding hatte der Auslieferung erst auf massiven Druck aus Washington zugestimmt. Bei Razzien im Elendsviertel Tivoli Gardens, wo sich die Anhänger Cokes verschanzt hatten, waren Ende Mai mehr als 70 Menschen ums Leben gekommen, in der Hauptstadt herrschten tagelang bürgerkriegsähnliche Zustände. Coke war vergangene Woche auf dem Weg in die US-Botschaft verhaftet worden, wo er sich den amerikanischen Behörden stellen wollte. Er war in Begleitung eines evangelikalen Predigers, der bereits in mehreren Fällen die Auslieferung jamaikanischer Gangster in die USA ausgehandelt hatte.

Kirgisin in ihrem zerstörten Haus in Osch

KIRGISIEN

„Gewöhnliche Schlägerei“

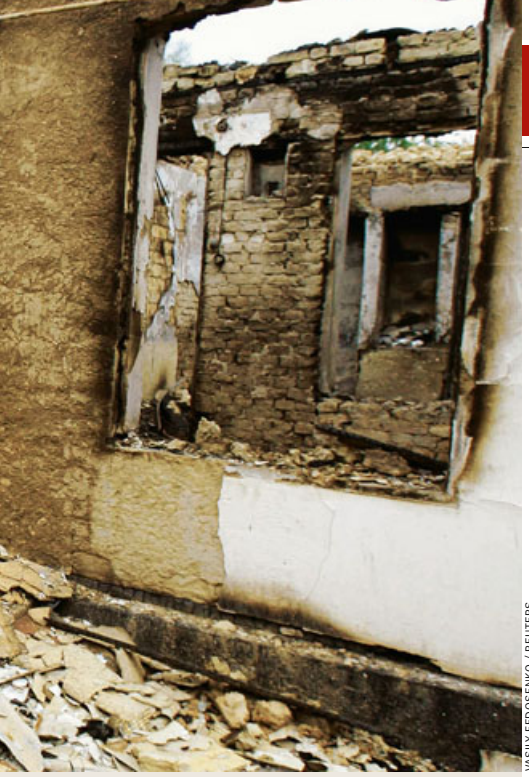
Kurmanbek Bakijew, im April gestürzter Staatschef Kirgisiens, schätzt auch in seinem weißrussischen Exil weiterhin die Anrede „Herr Präsident“. Dennoch kündigte er bei einem Abendessen in Minsk, gereicht wurden Langusten und Hennessy-Cognac, gegenüber dem SPIEGEL seinen Rückzug aus der Politik an. Bakijew wies Anschuldigungen zurück, er habe den Aufruhr in seinem Heimatland angestachelt. Die Unruhen, bei denen allein in der südlichen Provinzhauptstadt Osch bis zu 2000 Menschen getötet wurden, seien „nicht durch Provokateure, sondern durch eine gewöhnliche Schlägerei in einem Casino“ ausgelöst worden. Schuld an der Tragödie trage allein die Übergangsregierung von Rosa Otunbajewa, die „leichtfertig und verantwortungslos agiert, wie eine Frau eben“. Bakijew will jetzt in seinem Gastland Weißrussland ein Unternehmen gründen. Das Geld dafür bringe er mit, schließ-

POLEN

„Kaczyński ist nicht antideutsch“

Pawel Kowal, 34, außenpolitischer Berater des Präsidentschaftskandidaten Jaroslaw Kaczyński, über dessen Haltung zu Europa

SPIEGEL: Cornelia Pieper, die Koordinatorin für die polnisch-deutsche Zusammenarbeit, hat die Polen indirekt aufgefordert, nicht Jaroslaw Kaczyński zu wählen. Sonst würde sich das Land von der EU entfernen. Wie wurde das in Polen aufgenommen?
Kowal: Frau Pieper sollte sich nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen. Das untergräbt das gegenseitige Vertrauen.
SPIEGEL: Muss sie zurücktreten?
Kowal: Das ist eine Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.
SPIEGEL: Wird sich das Verhältnis Polens zur EU verschlechtern, wenn Kaczyński die Wahl am 4. Juli gewinnt?
Kowal: Davon kann keine Rede sein. Ich war neulich dabei, als Kaczyński die Botschafter der EU-Länder in Warschau traf. Sie haben ihn als einen anspruchsvollen Partner wahrgenommen. Kaczyński kennt die Mechanismen der Union genau und weiß sie für das Wohl Polens und Europas zu nutzen.
SPIEGEL: Wird er die Einführung des Euro in Polen unterstützen?
Kowal: Der Euro kann eingeführt werden, wenn es dem jeweiligen Land wirtschaftlich nützt.
SPIEGEL: Wann ist Polen so weit?
Kowal: Es wäre leichtfertig, angesichts der Krise über konkrete Daten zu reden.



VASILY FEDOSENKO / REUTERS

lich habe er „lange Jahre gearbeitet“. Nichtregierungsorganisationen werfen ihm aber vor, sich als Präsident in Kirgisien bereichert zu haben. Bakijew gibt Russland und den USA die Schuld an seinem Sturz: Moskau habe Anfang 2009 versucht, ihn davon zu überzeugen, die US-Militärbasis in Manas nahe Bischkek zu schließen. Als Gegenleistung seien zwei Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt worden. Manas ist eine wichtige Nachschubbasis für den Krieg in Afghanistan. Als Bakijew darauf nicht eingegangen sei, habe Russland ihn fallenlassen – und die Amerikaner hätten nichts zu seinem Schutz getan.

Wichtig ist, dass die Länder der sogenannten alten EU in Polen einen Partner sehen und nicht einen Bittsteller.

SPIEGEL: Kaczyński ist immer wieder als Kritiker der Deutschen und ihres Geschichtsbildes aufgetreten.

Kowal: Kaczyński ist nicht antideutsch. Sie finden in ganz Polen niemanden, der zum Beispiel das Vertriebenen-Zentrum in Berlin für eine Idee der Völkerversöhnung hält. Wir wollen jetzt die Gemeinsamkeiten mit den Deutschen betonen.

SPIEGEL: Welche sind das?

Kowal: Kaczyński hat schon als Premier 2006 mit Kanzlerin Merkel über eine gemeinsame Verteidigungspolitik gesprochen. Auch sollten wir uns über eine Politik gegenüber Russland verständigen. Wir suchen Partner, um Sicherheit bei der Energieversorgung herzustellen. Auch Deutschland kann so ein Partner sein, wobei die Ostsee-Pipeline zwischen der Bundesrepublik und Russland an Polen vorbei nicht in unserem Interesse liegt.

CHINA

Hilfe für die Mutigen

Informanten, die über Korruption berichten, sollen künftig besser geschützt werden. Das sieht eine neue gesetzliche Regelung vor, die der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses vorige Woche debattierte. Jeder, der die persönlichen Daten eines Informanten enthüllt, muss dann Strafe fürchten. Für Aufregung hatte ein Bericht der Obersten Staatsanwaltschaft gesorgt, wonach rund 70 Prozent der Hinweisgeber hinterher Opfer von Racheakten wurden. Mal rächen sich die der Korruption Verdächtigten, indem sie den Informanten ihren Job kündigen, mal lassen sie ihre Ankläger sogar ins Gefängnis werfen. Immer wieder startet die Zentralregierung Kampagnen zur Korruptionsbekämpfung. So hatte sie im vergangenen Jahr eigens eine nationale Hotline eingerichtet, bei der Bürger Fälle melden können; über 290 000 Berichte gingen bisher ein. Doch aus Angst vor Vergeltung geben viele Chinesen nur noch anonyme Hinweise. Das Ansehen von Funktionären ist in der Bevölkerung ohnehin gering: Einer Umfrage zufolge finden die Chinesen Prostituierte vertrauenswürdiger als Regierungsbeamte. Das kommentierte die staatliche „China Daily“ mit dem Hinweis, immerhin seien die Funktionäre nicht auf dem letzten Platz gelandet. Angesichts der vielen Beamtenskandale sei dieses Ergebnis doch gar nicht schlecht.

DOMINIQUE BERBAIN / GAMMA / LAIF

Saudi-arabische Autofahrerin

SAUDI-ARABIEN

Brust raus

Entweder uns wird das Autofahren erlaubt, oder wir geben Ausländern die Brust.“ Das ist der Slogan einer Kampagne, mit der saudi-arabische Frauen ihr Recht auf den Führerschein durchsetzen wollen. Vor kurzem hatte Scheich Abd al-Muhsin Ubaikan, Mitglied des Obersten Rats der Religionsgelehrten, eine Fatwa erlassen. Danach verbiete der Islam Frauen zwar, ihr eigenes Auto zu fahren. Es gebe aber eine Möglichkeit, allein mit einem (meist ausländischen) Fahrer unterwegs zu sein: „Eine Frau kann einem erwachsenen Mann die Brust geben, so dass er ihr Sohn wird“, verkündete der Scheich. „So kann er mit ihr und ihren Töchtern zusammen sein, ohne die Lehren des Islam zu verletzen.“ Die Schriftstellerin Susan al-Maschhadi fragt nun: „Müssen die Frauen den Fahrer in Anwesenheit ihres Mannes stillen, oder können sie es auch allein? Wer beschützt die Frau, wenn der Gatte unerwartet nach Hause kommt und seine Frau beim Säugen des Fahrers auffindet?“ Ubaikan präzisierte später, man könne die Muttermilch natürlich auch in einer Tasse zu sich nehmen. Amal Sahid, eine der Initiatorinnen der Kampagne, sagte der Zeitung „Gulf News“: „Jede saudi-arabische Familie braucht einen Fahrer, und unsere Kampagne konzentriert sich auf das Recht der Frauen zu fahren.“ Kürzlich soll ein ägyptischer Chauffeur seine Stammkundin, eine Lehrerin, mit der Bitte überrascht haben, ihm die Brust zu geben: „Ich will Ihr Sohn sein.“

USA

Obamas Pakt

Mit der Entlassung seines Afghanistan-Kommandeurs Stanley McChrystal und der Ernennung von David Petraeus zu dessen Nachfolger hat Barack Obama den Erfolg seiner Präsidentschaft mehr denn je an einen Fortschritt im Hindukusch-Krieg geknüpft.

Es ist Montagabend gegen acht, als Barack Obamas Pressesprecher Robert Gibbs sich mit einer Kopie des Artikels aus dem Musikmagazin „Rolling Stone“ vom West Wing des Weißen Hauses hinüber in die privaten Räume des Präsidenten aufmacht. Er sucht seinen Chef, der um diese Zeit zuweilen mit der Familie zu Abend isst. Mr. President, ruft er ihm zu, als er ihn noch im Erdgeschoss abfängt, es gebe da einen Artikel, den er unbedingt sehen müsse, der Oberbefehlshaber für Afghanistan, General Stanley McChrystal, lästere darin über alles und jeden.

Obama beginnt zu lesen, aber er braucht nicht viel, nur den Einstieg, sagen seine Helfer, die ersten zwei, drei Absätze, in denen der General auf einer Auslandsreise in Paris beschrieben wird, auf der er sich wie ein Halbstarker beträgt, sich im Kreis seiner Begleiter in derbem Männerhumor gefällt und erklärt, statt zu einem Abendessen mit einem französischen Minister zu gehen, würde er sich lieber „von einer Menge Leute in den Hintern treten lassen“. Das alles hier sei „fucking gay“, völlig verquer, sagt ein Mitarbeiter.

Obama blickt auf, zornig, berichtet einer seiner Mitarbeiter. Ihm ist schon jetzt klar, dass McChrystal nicht zu halten sein wird, dabei hat er die despektierlichen Passagen, in denen er selbst vorkommt, noch gar nicht gelesen. „Der Präsident war nicht wütend über die Dinge, die über ihn gesagt wurden“, sagt der Zeuge. Er habe sich nur sofort Sorgen gemacht, wie solche Sottisen wohl auf die US-Verbündeten in Afghanistan wirken könnten, etwa auf die Franzosen, die seit Jahren den Krieg unterstützen.

EVAN VUCCI / AP

General McChrystal vor der Entlassung
Alles völlig verquer

Obamas Helfer erzählen gern die Geschichte von der entscheidenden Nacht, als der Präsident zum ersten Mal den Artikel in den Händen hält und nachliest, wie sein Oberbefehlshaber sich selbst, sein Land und seine Regierung beschämt. Sie sehen darin einen Beleg dafür, wie schnell Obama an jenem Abend die Initiative ergriff, weil er sofort verstand, welche Gefahr ein General bedeutet, der mitten im Krieg die Verbündeten beleidigt und sich über die Zivilisten im Afghanistan-Team des Weißen Hauses mokiert.

40 Stunden später hat Obama den respektlosen General gefeuert. Nun steht er im Rosengarten des Weißen Hauses, und neben ihm steht David Petraeus, der Oberbefehlshaber des Zentralkommandos für den gesamten Nahen Osten und für Afghanistan. Bisher war er McChrystals Chef gewesen, jetzt soll er dessen Nachfolger werden. Obama wirkt kühl und entschlossen, und er greift zu großen Worten. „Krieg ist größer als ein einzelner Mensch, auch größer als ein General“, sagt er. „Wir müssen alle zusammenstehen.“

Bis zu diesem Moment war Petraeus der wohl unwahrscheinlichste Kandidat für das Amt, weil er auf Obamas Bitte hin nicht nur in der Hierarchie absteigen muss, um von Kabul aus den Krieg zu lenken. Petraeus ist auch ein durchaus politischer Kopf; es wird ihm nachgesagt, er könne womöglich 2012 als Präsidentschaftskandidat der Republikaner gegen Barack Obama antreten. Eine solche Absicht hätte eigentlich jeden Schritt verboten, der ihn stärker an Obama bindet. Für den Präsidenten war es also ein gelungener Coup, mit dem kaum jemand gerechnet hat. Die „Washington Post“ lobte süffisant: „Es gab ein seltenes Spektakel zu bestaunen: Der Commander-in-Chief kommandiert wirklich.“

Präsident Obama, neuer Afghanistan-Kommandeur

Ist das der Befreiungsschlag, auf den Obama so lange gewartet hat, „brillant, politisch wie strategisch unangreifbar“, wie Fred Kaplan im Online-Magazin „Slate“ schreibt? Oder hat sich Obama nur tiefer in einen Krieg verstrickt, den er vielleicht gar nicht mehr gewinnen kann?

Mit Petraeus hat er jetzt einen der stärksten Befürworter des Surge, der Aufstockung der Truppenstärke, verpflichtet. Wenn dieser Krieg sich immer länger hinziehen sollte, wird er als Kriegspräsident um seine Wiederwahl bei jenen Bürgern werben müssen, die ihm jetzt schon vorwerfen, dass der Afghanistan-Feldzug bereits länger anhalte als der Zweite Weltkrieg.

CHARLES DHARAPAK / AP

Petraeus*: *„Krieg ist größer als ein einzelner Mensch“*

Und nicht nur bei seinen Landsleuten ist der Afghanistan-Feldzug umstritten. Auch im Ausland wachsen die Zweifel, ob die Verbündeten Obama mit eigenen Truppen weiterhin in Zentralasien zu Hilfe kommen sollten. „Keine Regierung kann es sich auf längere Dauer leisten, an einer Außenpolitik festzuhalten, die daheim zutiefst unpopulär geworden ist“, warnte der pakistanische Stratege Ahmed Rashid im SPIEGEL (Nr. 21/2010).

Die zusehends kriegsmüden Briten hatten am vorvergangenen Sonntag ihren 300. gefallenen Soldaten seit Beginn der Afghanistan-Mission zu beklagen. Im Laufe der Woche kamen dann noch gleich weitere sieben junge Briten ums Leben. Solche Verluste bestärkten die Zweifel, ob der Konflikt überhaupt noch militärisch zu gewinnen sein würde.

Offen auszusprechen wagt dies jedoch kaum jemand. Nur einer hat es immer wieder getan. Der oberste britische Diplomat in Afghanistan, Sir Sherard Cowper-Coles, drängte, anders als McChrystal, auf Verhandlungen mit den Taliban. Dafür versetzte ihn das Außenministerium vorige Woche überraschend in den Urlaub; seine Rückkehr nach Afghanistan gilt als unwahrscheinlich.

Auch die Polen, die das siebtstärkste Afghanistan-Kontingent stellen, kündigten gerade ihren Rückzug an. Sie folgen damit den verbündeten Kanadiern und Niederländern, die schon vor Monaten beschlossen, ihre Truppen heimzuholen.

Aus Deutschland allerdings, wo die Mehrheit der Bürger den Krieg ebenfalls ablehnt, sind solche Konsequenzen – noch – nicht zu erwarten. Obwohl McChrystal häufig hämisch über die deutschen Truppen in Afghanistan hergezogen war (siehe Seite 88), trauerte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg dem geschassten General nach: „Ich habe immer exzellent mit McChrystal zusammengearbeitet und sehe wenig Gründe, an seiner Strategie jetzt etwas zu ändern.“

Zweifellos hat Obama durch seine entschlossene Haltung zumindest in der Hei-

* Mit Verteidigungsminister Robert Gates und Vizepräsident Joe Biden am vorigen Mittwoch im Garten des Weißen Hauses.

„Petraeus ist ein Sieger“

Bruce Riedel, 57, Ex-Berater von Barack Obama für Afghanistan, über das Kriegsdilemma des Präsidenten

SPIEGEL: Was haben Sie gedacht, als Sie den „Rolling Stone“-Artikel über Stanley McChrystal lasen, in dem der General und seine Leute führende Mitglieder der US-Regierung beleidigen?

Riedel: Ich war völlig überrascht. Alle sagen nun, McChrystal habe mangelnde Urteilskraft bewiesen. Müsste man nicht eher von völliger Dummheit reden? Ich finde es schockierend, dass ein Militärkommandeur so eine Sprache verwendet – oder seine Mitarbeiter so reden lässt.

SPIEGEL: Sah McChrystal wegen der schwierigen Lage in Afghanistan etwa keinen Sinn mehr in seiner Mission – und suchte nach einem raschen Abgang?

Riedel: Das könnte man doch geschickter anstellen. Er hat sich zum Trottel gemacht. Es ist eigentlich ziemlich tragisch.

SPIEGEL: Präsident Obama machte sich offenbar auch Sorgen über die Reaktionen der Verbündeten – etwa der Franzosen, über die McChrystal lästerte.

Riedel: General David Petraeus ist auch deshalb zu McChrystals Nachfolger ernannt worden, weil er so gut mit US-Verbündeten umgehen kann. Dass er das Kommando in Afghanistan übernimmt, beruhigt unsere Nato-Partner, es beruhigt Afghanistans Präsidenten Hamid Karzai, und es beruhigt die Führung in Pakistan. Alle wissen jetzt, dass es in Kabul einen Personalwechsel gegeben hat – aber keinen Strategiewechsel.

SPIEGEL: Obama hat sich weiteren Streit in seinem außenpolitischen Team verbeten. Wie schlimm ist das Chaos wirklich?

Riedel: Es gab eine Reihe von peinlichen Indiskretionen und öffentlichen Grabenkämpfen. Denken Sie nur an McChrystals geheimes Memo über die geplante Truppenaufstockung in Afghanistan, das in der „Washington Post“ landete. Der Präsident hat das toleriert, solange er den Kriegseinsatz in Afghanistan dadurch nicht gefährdet sah.

SPIEGEL: Hat er es nicht zu lange toleriert?

Riedel: Vielleicht hat die McChrystal-Affäre ja auch etwas Gutes: dass die US-Regierung wieder an einem Strang zieht. Wenn man Aufständische bekämpft, kann man viele Dinge nicht kontrollieren. Aber dass die eigene Mannschaft gut zusammenarbeitet, das kann man steuern. Obama will dafür sorgen – und mit Petraeus hat er die richtige Person ausgesucht.

SPIEGEL: Aber der wichtigste Konflikt zwischen US-Politik und den Militärs ist nicht gelöst. Obama will im Juli 2011 mit dem Abzug aus Afghanistan beginnen. Seine Generäle halten davon nichts.

Riedel: Ich glaube, dieses Thema ist durch. Es wird keinen größeren Truppenabzug im Juli 2011 geben. Petraeus hat im Prinzip bekommen, was er wollte.

SPIEGEL: Obamas Abzugsplan hat sich also erledigt?

Riedel: Petraeus hätte den Job nicht angenommen, wenn er sich nicht sicher wäre, dass diese Vorgabe eher symbolischer Natur ist – dass also nächsten Sommer nicht wirklich ein Abzug der US-Truppen beginnt.

SPIEGEL: Hat Petraeus das zur Bedingung gemacht?

Riedel: Ich kenne David Petraeus ziemlich gut. Er würde so eine Forderung nicht offen stellen. Aber der Präsident kannte ja seine Einstellung, als er ihm den Job anbot.

SPIEGEL: Also findet sich Obama damit ab, dass US-Truppen noch viele Jahre in Afghanistan bleiben werden.

Riedel: Es ist schon bemerkenswert: Zwei US-Präsidenten nacheinander vertrauen General Petraeus, um eine verfahrene Kriegssituation zu retten. George W. Bush im Irak, nun Obama in Afghanistan. Aber es gibt einen wichtigen Unterschied: Bush konnte nicht wiedergewählt werden, bei ihm ging es um sein Vermächtnis. Obama will sich eine zweite Amtszeit sichern – und dafür muss er in Afghanistan Fortschritte machen.

MARTIN H. SIMON

Südasien-Experte Riedel
„Kein Truppenabzug“

SPIEGEL: Es gibt noch eine andere Theorie: Danach hat Obama Petraeus ernannt, weil der angesehene General den Amerikanern am ehesten beibringen könnte, dass der Krieg in Afghanistan nicht zu gewinnen ist.

Afghanischer Staatschef Karzai, Bodyguards vor

Riedel: Petraeus hat diesen neuen Job nicht angenommen, um zu scheitern. Er ist ein Sieger. Und er wird Wege finden, auch in Afghanistan zu gewinnen.

SPIEGEL: Warum nimmt Petraeus mit 57 Jahren dieses Risiko auf sich?

Riedel: Weil er ein echter Patriot ist. Petraeus glaubt, dass der Krieg am Hindukusch für Amerikas nationale Sicherheit entscheidend ist – im Kampf gegen al-Qaida und ihre Verbündeten. Außerdem hat Petraeus die Afghanistan-Strategie mitgestaltet. Ihm ging es von Anfang an um einen neuen Ansatz, mit den Aufständischen umzugehen. Obama hat sich jetzt dieser Strategie verschrieben, zumindest für seine erste Amtszeit.

SPIEGEL: Dieser neue Ansatz – weniger Bomben und weniger zivile Tote, mehr Dialog mit der Bevölkerung, bessere Einbeziehung der afghanischen Sicherheitskräfte –, funktioniert er überhaupt? Der Juni war der blutigste Monat aller Zeiten für die Nato-Truppen in Afghanistan.

Riedel: Es ist zu früh, das zu beurteilen. Bis jetzt sind ja nicht einmal alle 30 000 Soldaten der neuen Truppen angekommen, die Obama im Dezember geschickt hat. In Afghanistan läuft es nicht wie bei der Invasion in der Normandie – wo man am Ende des Tages sagen kann, ob etwas geklappt hat oder nicht. Wahrscheinlich können wir nicht vor dem kommenden

MIKHAIL GALUSTOV

Sprengschutzmauern auf dem Stützpunkt Bagram: *Vertrauen verloren*

Frühjahr oder Sommer sicher beurteilen, ob sich die neue Strategie bewährt.

SPIEGEL: Aber es gärt auch im US-Militär. Soldaten sagen: Die neue Strategie behindert uns, wir können nicht mehr so viele Bomben abwerfen, wir können seltener Luftunterstützung anfordern. Deshalb sterben mehr von unseren Kameraden.

Riedel: Das stimmt, für unsere Truppen ist das Risiko gestiegen. Aber ich halte es nach wie vor für richtig, tödliche Luftangriffe – die oft afghanische Zivilisten treffen – möglichst zu vermeiden. Ich glaube, dass Petraeus diesen Ansatz fortführen wird.

SPIEGEL: Obama hat jetzt zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres den Oberkommandierenden in Afghanistan gefeuert. Kann er das noch ein drittes Mal tun?

Riedel: Der letzte vergleichbare Fall liegt lange zurück. 1863 entließ ein US-Präsident zwei Kommandeure in einem Jahr – das war Abraham Lincoln, die Vereinigten Staaten befanden sich im Bürgerkrieg. Der Zeitraum zeigt, wie ungewöhnlich so ein Schritt ist. Obama ist nun an Petraeus gekettet. Einen dritten Kommandeur in Afghanistan kann er sich während seiner Präsidentschaft nicht leisten.

Interview: Gregor Peter Schmitz

mat einen wichtigen Sieg errungen. Petraeus ist der beliebteste General Amerikas und in allen politischen Lagern unumstritten. Selbst Obamas republikanischer Gegenspieler John McCain lobte die Entscheidung des Präsidenten und will dafür sorgen, dass Petraeus möglichst noch in dieser Woche im Senat bestätigt wird. „Obama hat einen General, den jeder kritisierte, ausgetauscht gegen einen, den niemand kritisieren darf“, schrieb „Newsweek“.

Auch die Militärführung kann sich über den Wechsel an der Spitze nicht beklagen, obwohl das Pentagon und die Generäle McChrystal schätzten. Ohnehin war in Obamas Afghanistan-Team ein Wechsel überfällig, zu zerstritten war McChrystal vor allem mit dem US-Botschafter in Kabul, Karl Eikenberry, mit dem Sicherheitsberater im Weißen Haus, McChrystals ehemaligem Generalskollegen James Jones, und mit dem Sonderbeauftragten für Afghanistan, dem cholerischen Richard Holbrooke.

Zu stolz waren McChrystal und seine Männer auf ihre ruppigen Umgangsformen; diplomatisches Taktieren galt ihnen als verdächtig. In der schulterklopfenden Machowelt, in der McChrystal sich wohl fühlt, grenzt Höflichkeit an Anbiederei. Einzig für den bedrängten afghanischen Präsidenten Hamid Karzai war McChrystal der letzte Amerikaner, zu dem er noch volles Vertrauen hatte.

In jedem Fall erscheint Petraeus als die bessere Wahl für Obamas Krieg. Denn die Auseinandersetzung mit den Taliban ist nicht mit Waffen zu gewinnen, sondern mit besserer Kommunikation. Die sogenannte COIN-Strategie, welche die rebellischen Taliban isolieren soll, setzt darauf, bei der Bevölkerung Vertrauen zu erwerben.

Sie dreht die traditionelle Kriegslogik um: Nicht der Feind sei das vorrangige Ziel, sondern der Schutz der Bevölkerung, bläute McChrystal seinen Soldaten ein, nur so würde der Westen die Unterstützung der Afghanen gewinnen und den Taliban langsam den Boden entziehen. Er befahl seinen Soldaten im Feld, nur im absoluten Notfall Luftunterstützung anzufordern und größere Risiken für die eigene Sicherheit einzugehen. Es ginge jetzt auch darum, die Menschen für die Idee eines friedlichen Afghanistan zu gewinnen. Es ging auch um Diplomatie. Reden statt Bomben.

Petraeus kennt diese Strategie mindestens genauso gut wie McChrystal. Schließlich ist er Mitautor jenes Handbuchs, das die neuen Regeln des Kämpfens festlegt. 241 Seiten lang ist das Werk und reichert vertraute Grundsätze der Guerilla-Bekämpfung mit vielen zivilen Hinweisen zur Einbindung „sozialer Netzwerke“ vor Ort an. Petraeus muss nun nur seine eigenen Ideen umsetzen. Und anders als McChrystal, der sich vom US-Botschafter in Kabul „verraten“ fühlte, hat Petraeus bei seinem Einsatz im Irak mit dem US-Botschafter in Bagdad blendend zusammengearbeitet und dabei diplomatisches Geschick bewiesen.

Aus den möglichen Präsidentschaftsträumen des Generals kann allerdings erst einmal nichts werden. Von Kabul aus kann niemand Wahlkampf führen und außerdem: Scheitert Petraeus in Afghanistan, ist auch er als Bewerber gescheitert. Sollte er gewinnen, fällt der Sieg vor allem dem Präsidenten zu.

Dafür aber hat Petraeus nun auch Obama in der Hand, etwa wenn es um die Forderung nach weiteren Truppen geht. „Petraeus will der neue Clausewitz werden“, sagt Jonathan Alter, Autor des Buches „The Promise“, des ersten umfassenden Blicks hinter die Kulissen von Obamas Weißem Haus. „Er möchte beweisen, dass er eine ganz neue und erfolgreiche Militärdoktrin entwickelt hat.“

Im Irak hat sein Ansatz funktioniert. Aber Afghanistan ist nicht der Irak, das hat Petraeus selbst immer wieder betont. Und bislang sind positive Ergebnisse der neuen Strategie weitgehend ausgeblieben. Im Gegenteil. Die Befürchtung wächst, dass der Westen dabei ist, diesen Krieg zu verlieren.

Die Eroberung der Stadt Marja sollte ein Musterbeispiel für die erfolgreiche Anwendung der neuen COIN-Doktrin

„Wichtig für den Boss“

Wie das Team von US-General McChrystal Öffentlichkeitsarbeit betrieb

Das Gute an meinem Job ist, dass eigentlich immer ein Spion vorbeikommt, der mir einen Drink ausgibt“, sagt Duncan Boothby und nimmt einen Schluck Bier. Es ist ein Mittwochabend im April. Boothby, schwarzer Anzug, weißes Hemd, schwarze Krawatte, sitzt in einem schweren Ledersessel der Hotelbar des Ritz-Carlton in Berlin. Er hat eine lange Reise hinter sich. Über Europa hängt in diesen Tagen eine Aschewolke. Obwohl sein Chef ein Vier-Sterne-General der US-Armee ist, haben sie keine Flugerlaubnis erhalten. Also sind sie 13 Stunden mit dem Bus von Paris nach Berlin getourt. Boothby wollte es so. Deutschland sei „wichtig für den Boss“, sagt er.

„Der Boss“ ist Stanley McChrystal, der Kommandeur der US- und Isaf-Truppen in Afghanistan. Boothby ist einer seiner engsten Mitarbeiter, zuständig für Kommunikation. „Duncan Boothby“ steht auf seiner Visitenkarte. Sonst nichts.

„Team America“ nennt sich die Gruppe, die McChrystal um sich geschart hat. Boothby ist der Intellektuelle unter ihnen, er redet gern über den Krieg. An diesem Nachmittag tut er das mit zwei deutschen Journalisten.

Journalisten sind seine wichtigsten Helfer im Kampf um die Deutungshoheit in diesem Krieg, und in Deutschland wächst die Kritik am Einsatz in Afghanistan. Eine Maschine mit vier gefallenen Bundeswehrsoldaten ist am Morgen in Köln gelandet. Boothby fragt, was das für das deutsche Engagement am Hindukusch bedeute.

Der Ton gegenüber den Verbündeten ist ruppig im „Team America“. „Ich höre regelmäßig und zunehmend Klagen oder alternativ Späße“ über deutsche Soldaten, berichtet ein BND-Mann bereits 2009 in einer „meldedienstlichen Verschlusssache“ aus Afghanistan. „Nicht zu unterschätzen sind die zunehmenden Berichte“ der US-Soldaten „über das Verhalten der Deutschen in und außer Dienst“. Dies werde „COMISAF zugetragen und zeichnet sehr wahrscheinlich dessen Bild von Professionalität“. COMISAF, das ist McChrystal, der Boss.

Auch von den deutschen Politikern ist dessen Pressemann enttäuscht. McChrystal selbst hat am Vormittag mit den Verteidigungsexperten aller Fraktionen des Bundestags gesprochen. „Die meisten waren völlig unvorbereitet, kaum einer hatte McChrystals Grundsatzpapier gelesen“, sagt Boothby. Das Grundsatzpapier ist seine Bibel. Es besagt, dass der Schutz der afghanischen Zivilbevölkerung Priorität haben müsse.

Boothby glaubt an die Strategie. „Das, was wir in Afghanistan ausprobieren, wird uns helfen, auch die künftigen Konflikte zu lösen.“ Zwei Bier trinkt er und plaudert. Dann führt er die Journalisten zum Boss.

WOLFGANG KUMM / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Minister Guttenberg, General McChrystal
Ruppiger Ton gegenüber den Verbündeten

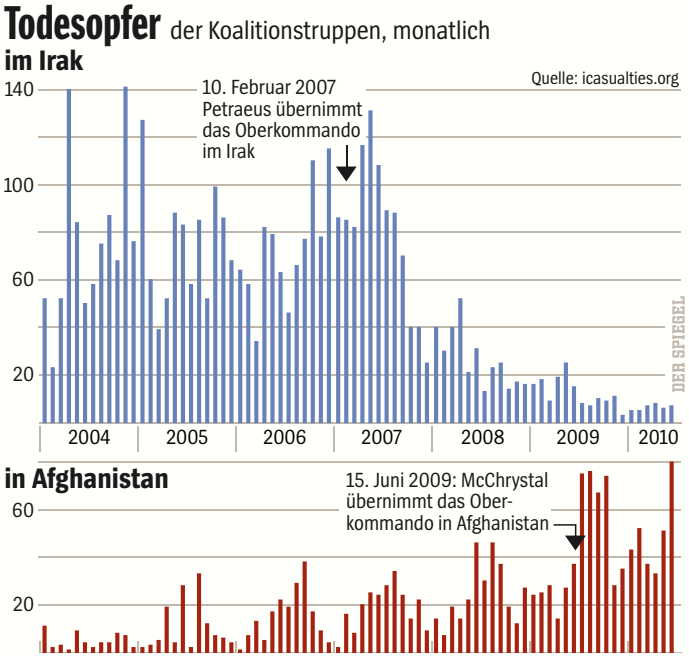
„Gibt es was Neues aus Kandahar?“, fragt Stanley McChrystal und blickt in die Runde. Das Team hat die Suite im neunten Stock des Ritz-Carlton in Berlin in eine provisorische Operationszentrale verwandelt. Auf den Tischen stehen Laptops, verbunden mit blauen Kabeln, die quer durch das Zimmer führen. Von hier aus wird seit zwei Tagen der Krieg in Afghanistan geführt. Etwa zehn Menschen haben sich irgendwo zwischen Computern und Kabeln einen Platz gesucht. Auf dem Sofa erholt sich ein schwitzender Soldat der Navy Seals, in kurzen Hosen und Basketball-Shirt, von seinem Lauf durch den Tiergarten. McChrystal selbst steht in der Mitte. Ohne Uniform, im grauen Anzug. Es wirkt ein bisschen so, als habe man ihn seiner Identität beraubt. Seine Frau Annie erscheint, in schwarzem Cocktailkleid und Pumps, es ist Zeit für den Boss zu gehen. Das Paar ist beim US-Botschafter zum Dinner geladen.

Das Abendessen für seine Untergebenen findet im „dos palillos“ statt. Für die achtköpfige Runde wirkt das menschenleere Restaurant wie eine Theaterkulisse. Boothby hat neben den zwei deutschen auch noch einen amerikanischen Journalisten vom „Rolling Stone“ angeschleppt, angekündigt als „ein unrasierter Typ mit Jeans und Jackett“. Der rotblonde, etwas untersetzte Mann stellt sich als Michael Hastings vor. Boothby ist stolz auf diesen Kontakt, er hat ihn aufgetan. Hastings begleite sie schon seit ein paar Tagen, sagt er. „Der ‚Rolling Stone‘ wird von vielen Gegnern des Krieges gelesen. Das sind die Leute, die wir erreichen wollen.“ Hastings nickt stumm. Er hört lieber zu.

Das war vor zwei Monaten. Am vergangenen Dienstag erscheint im „Rolling Stone“, was der schweigsame Hastings gehört hat. Seine Geschichte kostet Boothby noch am selben Tag den Job. Einen Tag später geht auch der Boss. Gefeuert, nicht, weil er einen Krieg verloren hat. Gefeuert, weil im „Rolling Stone“ jeder lesen konnte, was sein Team von Präsident Obama hält, seinen Beratern, seinen Botschaftern und seinen Verbündeten.

Ulrike Demmer, John Goetz

BAY ISMOYO / AFP



Britische Soldaten, Einwohner in Helmand: *„Macht das alles noch einen beschissenen Sinn?“*

werden. Mit 15 000 Soldaten zogen die Verbündeten im Februar gegen den Ort in der durch Landwirtschaft geprägten Provinz Helmand. Sie wollten die rund 82 000 Einwohner von den Taliban befreien, die sich dort festgesetzt hatten. Gelungen ist das nicht. Selbst McChrystal bezeichnete das beharrliche Rebellennest inzwischen als „blutendes Geschwür“.

Eine ähnliche Operation, nur mit ungleich stärkeren Kräften, sollte Kandahar, Afghanistans zweitgrößte Stadt und das spirituelle Zentrum der Taliban, befreien. Die Offensive wird immer wieder verschoben – vielleicht auf den Herbst, vielleicht aber kommt sie nie.

Von einem Frieden ist Afghanistan jedenfalls weit entfernt. Allein im Juni mussten die Koalitionstruppen bis zum vorigen Freitag 80 getötete Soldaten hinnehmen – der blutigste Monat im bislang fast neunjährigen Krieg. Ein enger Berater McChrystals lässt sich im „Rolling Stone“ mit dem Satz zitieren, der Einsatz dort werde „nie wie ein Sieg aussehen, riechen oder schmecken“.

Auch andere US-Militärs fragen immer lauter, ob Amerika für so einen umfassenden und langwierigen Ansatz, wie McChrystal und sein Nachfolger ihn befürworten, genug Geduld hat. Zumal in den nächsten Monaten die eigenen Verluste womöglich eher zunehmen werden – genauso, wie es im Irak geschah, als Petraeus übernahm, bevor er Monate später das Blatt wenden konnte.

In dem umstrittenen „Rolling Stone“-Artikel des Autors Michael Hastings beklagen sich vor allem Soldaten offen über ihre Situation – meist über den Befehl, selbst in bedrohlicher Lage nicht einfach zu schießen, um unbeteiligte Zivilisten zu schonen. „Macht das alles noch einen beschissenen Sinn?“, klagt einer. „Da fragt man sich: Was machen wir hier eigentlich?“, ein anderer.

Petraeus aber steht für diesen Ansatz. Und deswegen sind auch die Gefahren seiner Ernennung für Obama unverkennbar. Der Präsident und sein Kommandeur haben einen Pakt geschlossen. „Obama ist nun an Petraeus gekettet.“ Einen weiteren Kommandeur in Afghanistan könne er sich nicht leisten, sagt Bruce Riedel, Mitautor der Afghanistan- und Pakistan-Politik des Präsidenten (siehe Seite 86). Es ist ein Pakt mit vielen Unbekannten. Vor allem ist längst noch nicht ausgemacht, ob Petraeus wirklich Obamas Absicht teilt, das Ende des unpopulären Einsatzes schon im kommenden Jahr einzuläuten.

„In einer perfekten Welt sollten wir mit Zeitangaben vorsichtig sein.“

Von Juli 2011 an, so verkündete Präsident Obama in seiner Afghanistan-Rede vorigen Dezember an der Militärakademie West Point, werde der Abzug der zusätzlichen Soldaten beginnen. McChrystal hielt nichts von der Idee. Er glaubte, Obama sende das falsche Signal an Amerikas Feinde. Schließlich könne die Überzeugungsarbeit bei der Bevölkerung Jahre brauchen, um Erfolge zu zeitigen.

Die Frage, wie einig Obamas Afghanistan-Team nach der Berufung des Generals nun wirklich ist, bleibt deshalb weiterhin unbeantwortet. Ist Verteidigungsminister Robert Gates wirklich schon auf dem Absprung? Immerhin wollte er McChrystal eigentlich halten und scheiterte mit diesem Vorsatz.

Und was wird aus dem Sicherheitsberater Jones, den einer von McChrystals Mitarbeitern als „Clown“ bezeichnet hatte? Viele Obama-Helfer empörten sich zwar über die Wortwahl, aber niemand mochte sich dazu aufraffen, den angegriffenen General a. D. zu verteidigen. In Obamas engstem Berater-Team spielt er kaum noch eine Rolle.

Auch Afghanistan-Sonderbeauftragter Holbrooke – im „Rolling Stone“-Text als „verwundetes Tier“ bezeichnet – ist angeschlagen. Im Februar schrieb Jones an Botschafter Eikenberry, er solle sich über Holbrooke nicht zu sehr aufregen, der sei sowieso bald weg vom Fenster. Das Memo wurde bekannt, Außenministerin Hillary Clinton musste intervenieren, um ihren Verbündeten im Amt zu halten. Die neue Einigkeit, die Obama jetzt von seinen Mitarbeitern fordert, wird sich so leicht nicht herstellen lassen.

Als Petraeus vor zwei Wochen im Senat vor dem Streitkräfteausschuss zu einer Anhörung über den Krieg in Afghanistan geladen war, fragte der Vorsitzende ihn, was er denn von Obamas Abzugszeitplan halte. Ob er den noch unterstütze? Petraeus zögerte: eine Sekunde, zwei, fünf, fast zehn Sekunden lang. Die Senatoren warteten. Schließlich sagte der General mit leiser Stimme: „In einer perfekten Welt sollten wir mit Zeitvorgaben vorsichtig sein.“ Das Datum Juli 2011, sagte er, sehe er als Botschaft der Dringlichkeit – nicht als das Datum, an dem die USA zum Ausgang strömen.

So, ganz anders als sein hitzköpfiger Vorgänger, redet der Diplomat unter den Generälen. Marco Evers, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Gregor Peter Schmitz

DEBATTE

Mission impossible

Obama, die Nato und der Westen sind Gefangene einer falschen Theorie. Von Rory Stewart

Vor zwei Jahren war ich in Tartu, wo die estnische Regierung eine Konferenz über Afghanistan organisierte. Deutsche Generäle waren da, italienische Diplomaten und Mitglieder europäischer Think-Tanks. Die drei Afghanen waren fast die einzigen Teilnehmer mit englischer Muttersprache, da sie in Kalifornien und Virginia aufgewachsen waren.

Uns wurde ins Gedächtnis gerufen, dass es keine „militärische Lösung“ geben könne, uns wurde die Notwendigkeit eines „umfassenden Konzepts“ nahegebracht, das die wirtschaftliche Entwicklung und gediegenes Regieren einschließt, und uns wurden die Feinheiten der paschtunischen Stammesordnung erläutert. Ich sagte in meinem Beitrag, dass wir weder mehr Truppen schicken noch alle Truppen abziehen sollten, und plädierte dafür, dass wir uns langfristig, aber auf eher niedrigem Niveau engagieren sollten.

Aber aus welchem Grund führten wir eigentlich diese Debatte? Die Esten erachteten, wie es schien, Afghanistan nicht für ungeheuer wichtig für ihre Zukunft. Ihnen ging es primär darum, ihr Verhältnis zur Nato und vor allem zu den USA zu vertiefen. Warum also ergingen sich die Esten oder die Repräsentanten der Verbündeten, auch solche mit etlichen Soldaten im Land wie Deutschland, Frankreich oder Italien, in Power-Point-Darstellungen über den Regierungsaufbau in der Provinz Helmand, warum stellten sie Papiere über den Aufbau der afghanischen Polizei vor und unterbreiteten Konzepte zum Problem Pakistan? Falls wir andere Schlussfolgerungen als die USA ziehen sollten, würden wir sie dann wirklich auch vertreten oder gar durchsetzen?

Die europäische Afghanistan-Debatte schien ein zeremonieller Akt zu sein, um die Öffentlichkeit abzulenken und angereiste Würdenträger, vor allem aus den USA, zufriedenzustellen.

Als ich nach Amerika zog, ging ich davon aus, dass die Debatte dort weitaus lebhafter geführt würde, weil dieses Land erheblich mehr Verantwortung trägt und auch einen Großteil der Kosten an der Unternehmung übernimmt. Die Debatte wurde jedenfalls mit mehr Freimut geführt. Herausgehobene Repräsentanten der Regierung ermunterten mich, gegen die Aufstockung der Truppen aufzutreten. Selbst die von ihrer Mission ungemein überzeugten Soldaten gestanden ein, dass dieses Projekt nicht gelingen kann, wenn nicht eine schlagkräftige, populäre afghanische Regierung entsteht, eine Alternative zu den Taliban, und darin liegt, um es höflich auszudrücken, eine echte Herausforderung.

Richard Holbrooke, der US-Sonderbeauftragte in der Region, weiß noch aus Vietnam, dass Generäle nie zugeben, dass sie ihre Mission nicht erfüllen können, und dass sie gewohnheitsmäßig argumentieren, sie brauchten mehr Soldaten, eine neue Strategie und mehr Zeit. Präsident Obama dürfte die Parallele zwischen seiner Lage in Afghanistan und Bushs im Irak sehr wohl aufgefallen sein. Aber glaubte irgendeiner von diesen Entscheidungsträgern, dass er überhaupt eine eigene Entscheidung treffen könne, dass er eine andere Wahl habe?

Ich vermute, dass Präsident Obama in eine Falle geraten war, für die er selber, seine Generäle und die abstrakten Theorien der gegenwärtigen Außenpolitik verantwortlich sind. Er wollte nicht in den Verdacht geraten, er sei „schwach in Fragen nationaler Sicherheit“. Er war auf die Gesundheitsreform fixiert und wollte sich nicht davon ablenken lassen. Und er hatte den Rückzug aus dem Irak lange genug mit dem Argument verteidigt, dass Afghanistan der „gute Krieg“ sei, wichtig für die nationale Sicherheit der USA, der schon entschieden wäre, wenn nicht die Ressourcen in den Irak umgeleitet worden wären.

RAHMAT GUL / AP

Antiamerikanische Demonstration in Afghanistan

Generäle geben nie zu, dass sie ihre Mission nicht erfüllen können.

Stanley McChrystal, der gerade abgesetzte kommandierende General in Afghanistan, hatte im Herbst 2009 öffentlich erklärt, im Einvernehmen mit General David Petraeus, er benötige zusätzlich 40 000 Soldaten. Verständlicherweise wollte Obama diesem General, der jahrzehntelang Spezialkräfte befehligt hatte und dessen Brust mit Orden bestückt ist, damals nicht sagen: „Ich kenne Afghanistan nicht und habe auch nicht in der Armee gedient, aber ich sage Ihnen, dass Sie im Unrecht sind: Sie werden die Taliban nicht besiegen; Truppenaufstockung ist Zeitverschwendung, und Ihre Anti-Guerilla-Strategie verwerfe ich auch. Stattdessen werden wir unsere Truppenstärke reduzieren. Und da sich die Lage im südlichen Afghanistan und Pakistan verschlechtert und da die Taliban ihren Einflussbereich ausdehnen und die Republikaner mich wegen meiner Schwäche ohnehin anprangern, werde ich die volle Schuld dafür auf mich nehmen, dass ich mich über den Rat meiner Generäle hinweggesetzt habe. (Und ich werde auch die Verantwortung für den nächsten Angriff der Terroristen auf Amerika auf mich nehmen.)“

Der Präsident war ein Gefangener der herrschenden politischen Auffassungen der letzten beiden Jahrzehnte. So wie der Mahayana-Buddhismus immer neue Welten entdeckte, die er mit seinen Dämonen und mit seinen Erleuchtungswesen bevölkerte, die ihre esoterischen Lehren verfeinerten, und so wie er jedem von ihnen eine symbolische Zahl zuordnete, so haben unsere Think-Tanks und Regierungen für uns eine metaphysische Struktur entwickelt und nennen sie „kaputte Staaten“ („failed states“) oder „ Strategie gegen Aufständische“ („Counter-Insurgency“).

Über diese Theorien kann man sich leicht lustig machen, und es kann gut sein, dass sich spätere Generationen wundern werden – wie wir uns über den buddhistischen Mystizismus wundern –, weshalb so viele mächtige und intelligente Menschen so viel Glaubensstärke an solche exzentrischen Theorien verschwendet haben. Aber in der Binnenbetrachtung unserer historischen Gegenwart haben diese Theorien emotionale Anziehungskraft, sie schüchtern intellektuell ein, und es ist fast unmöglich, sie zu entkräften.

Zum Beispiel das Konzept für Obamas Truppenaufstockung, das besagt, es ist notwendig, weitflächige Counter-Insurgency-Operationen zu starten, damit Afghanistan nicht wieder zu einer terroristischen Bedrohung wird. Natürlich ist es leicht möglich, die seltsamen Prämissen, Analogien und Schlussfolgerungen zu entlarven, die so tun, als trage unser Vorgehen im Jahr 2010 dazu bei, neuerliche terroristische Akte zu verhindern. Und in 20 Jahren werden wir es schwer haben zu erklären, weshalb wir einst geglaubt haben, wir müssten 100 000 Soldaten schicken oder 100 Milliarden Dollar jährlich in Afghanistan investieren – viel mehr Ressourcen und Aufmerksamkeit, als wir den mächtigeren Nachbarn Iran oder Pakistan zukommen ließen.

Aber die Counter-Insurgency-Theorie hält uns gefühlsmäßig gefangen. Anstatt nur Terroristen zu töten, richtet sie ihr Augenmerk auf andere Projekte, die dem Herzen eines Menschenrechtlers oder Journalisten näher sind: Vorgehen gegen Menschenrechtsverstöße, gegen Korruption; Eintreten für die Ausbildung der Afghanen, für die Herrschaft des Gesetzes, für Schulen und Kliniken und schlussendlich für die Schaffung eines rechtmäßigen, stabilen Staates, in Frieden mit sich selbst und seinen Nachbarn. Wer wollte schon gegen all das sein.

Ebenso wenig fällt es leicht, gegen die einschüchternde, ausgefeilte und detailfreudige Theorie anzuargumentieren, die in den Handbüchern der US-Streitkräfte niedergelegt ist, begründet mit der Analyse früherer Aufstände und bekräftigt durch Erfahrung und Charisma siegreicher Generäle. Selbst die grundlegende Prämisse, „im Irak hat es mit der Truppenaufstockung geklappt, und genauso wird es in Afghanistan sein“, ließe sich nur durch eine Rekonstruktion der Gewalt in Bagdad 2008 und einen tiefenscharfen Vergleich mit den sozialen und politischen Trends im südlichen Afghanistan widerlegen – eine historische Analyse, für die nur die wenigsten das Rüstzeug haben.

IMAGO STOCK&PEOPLE

Präsident Obama auf Kurzbesuch in Afghanistan

Unsere Führer können eine andere Wahl treffen, sie müssen nur wollen.

Indessen ist die neue Strategie überaus profitabel nicht nur für Berater (2008 wurden 1,3 der 4 Milliarden Dollar an internationaler Hilfe für ausländische Berater ausgegeben), sondern auch für Nichtregierungsorganisationen, die von der US-Regierung Geld für das Reparieren von Schulen oder den Aufbau einer Klinik bekommen, weil ja die Entwicklung des Landes ein wichtiger Bestandteil der Counter-Insurgency ist. Es liegt nicht im Interesse Afghanistans oder der internationalen Helfer, an der Theorie herumzukritteln, dass ihre Projekte die Welt sicherer vor Terroristen machen. Und eine stabile, effektive und legitime Regierung aufzubauen passt gut zu unserer anderen globalen Theorie, wonach kaputte Staaten repariert werden müssen.

Die einzige Chance, über all die Theorien zur Rechtfertigung dieses Krieges hinauszugelangen, besteht darin, die grundlegenden Prämissen und Ziele zu verwerfen. Anstatt eine alternative Theorie zu entwickeln, wie sich die Taliban besiegen lassen, wie ein afghanischer Staat gebildet werden kann, wie Pakistan stabiler wird und wie al-Qaida an einem neuen Angriff auf Amerika gehindert werden kann, müssen wir einsehen, dass wir nicht all das tun können, was uns als wünschenswert erscheint, weil wir Fremde sind, Ausländer.

Wir können anderes für Afghanistan tun, aber die Armeen des Westens, seine Entwicklungsorganisationen und Diplomaten sind weder so machtvoll noch so kenntnisreich oder so populär, wie wir unterstellen. Unsere Repräsentanten sind überfordert, wenn sie die Gefolgschaftstreue und Loyalitäten afghanischer Stämme einschätzen sollen, geschweige denn, dass sie sich beherrschen ließen. Um unsere Grenzen anzuerkennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, müssen wir uns nicht eine Theorie für Afghanistan ausdenken, sondern für uns selbst.

Der Ausweg aus unseren Schwierigkeiten kann nicht sein, dass wir die gegenwärtige Strategie mehr und mehr ausfeilen. Um eine Lösung zu finden, sollten wir uns daran erinnern, dass Politik nicht auf eine allgemeingültige wissenschaftliche Theorie reduziert werden kann. Wir sollten den Wunsch anderer Völker anerkennen und unsere eigenen Grenzen akzeptieren. Und vor allem müssen wir unsere Führer darauf aufmerksam machen, dass sie immer eine Wahl haben.

Europa glaubt sich gefesselt aufgrund seines Verhältnisses zur Nato und den USA; Holbrooke und Obama sitzen in der Falle, die ihnen die amerikanischen Generäle stellen. Und alle zusammen sind sie – Politiker, General, Diplomat oder Journalist – gefangen in einer großen Theorie und fühlen sich schuldig, weil schon mehr als 1800 Nato-Soldaten ihr Leben ließen, weil Hunderte Milliarden Dollar ausgegeben wurden und weil den Afghanen ungezählte Male Hoffnungen gemacht wurden, die der Westen kaum einlösen kann.

Diese kulturellen Annahmen, diese historischen und ökonomischen Triebfedern und psychologischen Tendenzen sind ungemein wirkungsmächtig. Selbst wenn jeder unserer Führer privat zur Schlussfolgerung gelangen sollte, dass die Operation Afghanistan kaum gewonnen werden kann, ist es nahezu unvorstellbar, dass die USA oder ihre Verbündeten nicht auf Jahre hinaus mit der Counter-Insurgency weitermachen werden.

Kaiser Barbarossa mag beim Dritten Kreuzzug in ähnlicher Lage gewesen sein. Lyndon Johnson war sicher wegen Vietnam in so einer Lage. Europa ist dort in Afghanistan, weil die USA dort sind. Amerika ist dort, weil Amerika dort ist. Und unsere Debatten sind nichts als scholastische Glasperlenspiele, um diese seltsame, kaum verständliche Tatsache zu rechtfertigen.

ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Der Brite Rory Stewart, 37, machte im Winter 2001/2002 eine berühmt gewordene Tour zu Fuß durch Afghanistan und schrieb darüber das Buch „So weit die Knie tragen“. Danach arbeitete er für eine britische Stiftung im Land. Zuvor war er im besetzten südlichen Irak stellvertretender Gouverneur einer Provinz gewesen. Heute sitzt Stewart für die konservative Partei im britischen Parlament.

Kriegsruinen in Gaza-Stadt

Supermarkt

Spielende Kinder am Strand

Grenzübergang Kerem Schalom

SALEH JADALLAH / DER SPIEGEL (O.L.); ADEL HANA / AP (O.R.); MOHAMMED ABED / AFP (U.L.); AMIR COHEN / REUTERS (U.R.)

Gaza unter dem Embargo: *Die übliche Schikane*

NAHOST

„Riech den Jasmin“

Unter internationalem Druck lockert Israel die Blockade des Gaza-Streifens. Den dort lebenden Palästinensern hilft das bisher nur wenig.

Die Mittagssonne brennt, von keiner Wolke gemildert, auf den Grenzübergang Kerem Schalom zwischen Israel und dem Gaza-Streifen herunter. Es muss jetzt schnell gehen. Die letzten Lastwagen, die in den von acht Meter hohen Betonmauern umgebenen Sicherheitsbereich vorgefahren sind, haben Paletten mit Milch und Fleisch geladen. Aber bevor die palästinensischen Laster von der anderen Seite die Ware übernehmen dürfen, müssen sich die Tore auf der israelischen Seite schließen.

„Weingarten des Friedens“ heißt der Grenzübergang nach dem Kibbuz, der gleich nebenan liegt. Kontakt zwischen den Israelis und Palästinensern, um von Frieden gar nicht erst zu reden, gibt es hier nicht. 2008 hatten Terroristen den Übergang unter Granatfeuer genommen. „Wir arbeiten unter ständiger Bedrohung“, sagt Ami Schaked, der israelische Manager der Grenzstation.

Der 50-Jährige trägt einen graumelierten Pferdeschwanz und eine blaue Schirmmütze. Kerem Schalom wird nicht von der israelischen Armee betrieben, sondern von Zivilisten der Israel Airports Authority. Schon wieder knackt das Funkgerät, das über Schakeds Schulter hängt. „Noch ein Lastwagen“, meldet eine Mitarbeiterin. „Was hat er geladen?“, fragt Schaked. „Schokolade“, sagt die Frauenstimme. „Eigentlich ist es zu spät“, antwortet Schaked, „ich habe heute schon so viele Ausnahmen gemacht.“

150 Lastwagen haben seine Leute allein an diesem Tag abgefertigt, das ist gut die Hälfte mehr als in den Wochen zuvor. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft hat die israelische Regierung vor einer Woche die Handelsblockade gelockert, die sie vor genau vier Jahren über den Gaza-Streifen verhängte. Bewaffnete hatten damals im Auftrag der Hamas einen Militärposten neben dem Grenzübergang überfallen und den Soldaten Gilad Schalit in den Gaza-Streifen verschleppt.

Von seinem klimatisierten Büro aus kann Manager Schaked jeden Winkel des Geländes einsehen. Per Joystick steuert er die Überwachungskameras. Jede Palette wird kontrolliert, mit Spürhunden, Scannern, wenn nötig auch von Hand.

ESRI / DIGITALGLOBE / GISRAEL / EUROPA TECHNOLOGIES / SPOT IMAGE

Schaked wirft einen letzten Blick auf den Bildschirm, alle Israelis haben den Sicherheitsbereich jetzt verlassen. „Sagt den Palästinensern, sie können sich in Bewegung setzen“, weist er über Funk an.

Auf der anderen Seite der Grenze schwitzt der Araber Subhi al-Chur, 47, im Führerhaus seines Volvo-Lkw. Seit fünf Stunden harrt er bereits in der Schlange aus. „Das ist meine erste Fuhre nach vier Jahren Arbeitslosigkeit“, sagt er. Am Morgen hat er einen Anruf von einem Kaufmann aus Gaza-Stadt erhalten. Chur soll eine Ladung Schulranzen abholen. Der Kaufmann hat sie 2007 in China bestellt, seitdem hingen sie wegen der Blockade im israelischen Hafen Aschdod fest. Schulranzen. 2400 Stück.

Weil verderbliche Ware Vorrang hat, muss Lastwagenfahrer Chur noch bis zum Abend ausharren. Das lange Warten ist ihm egal, Hauptsache Arbeit. 400 Schekel, umgerechnet rund 85 Euro, bekommt er für die Tour. „Die Lage verbessert sich“, sagt der Vater von zehn Kindern. Für den nächsten Tag hat ihn bereits ein anderer Händler gebucht, dann soll er eine Ladung Haushaltsgeräte transportieren.

Es bewegt sich etwas im Gaza-Streifen. Die Regale der Supermärkte sind gefüllt, an jeder Ecke bieten Händler ihre Waren an: Ventilatoren, Gaskocher, Berge von Obst und Gemüse. „Willkommen in Palästina“, wirbt Jawwal, der palästinensische Mobilfunkanbieter per SMS: „Schmeck die Oliven, riech den Jasmin.“ Es ist zum ersten Mal seit Jahren, dass der Spruch nicht wie blanker Hohn wirkt.

Doch die flotte Botschaft ist trotzdem reichlich optimistisch. Seit Wochen pflastert Jawwal die Straßen in Gaza-Stadt mit riesigen Werbeplakaten zu. Zur Registrierung ihres zweimillionsten Kunden soll es eine große Verlosung geben: Zehn nagelneue BMW 320i sind zu gewinnen. Doch wer immer von den Bewohnern des Gaza-Streifens einen solchen Hauptgewinn zieht, er wird ihn wohl nie erhalten.

Denn das, was das israelische Kabinett am vorvergangenen Sonntag beschloss, ist beileibe kein Mauerfall im Nahen Osten. Nur die Regeln für die Einfuhr von Konsumgütern wie Elektrogeräten, Spielzeug oder Lebensmittel sind gelockert worden. Autos? Schon Ersatzteile werden in Gaza Mangelware bleiben.

Der Mann unter der schwarzen Zeltplane stellt sich als Abu Faisal vor. Er steht, etwa zwei Kilometer westlich von Kerem Schalom, an der Grenze zu Ägypten und blickt auf ein großes Loch im Sandboden. Eine Seilwinde fördert die Heckklappe eines VW-Passat zu Tage, es folgen Stoßstangen und etwa ein Dutzend Automotoren. Abu Faisal schaut auf die Bestellliste und nickt zufrieden.

Was die Israelis nicht in den Gaza-Streifen hineinlassen, besorgen die Schmuggler auch weiterhin durch ihre Tunnel aus

Ägypten. Doch entweder ist die Qualität der Schmuggelware schlecht, oder die Preise sind so hoch, dass sich nur ganz wenige die begehrten Güter leisten können. Früher arbeiteten Zehntausende Bewohner von Gaza in Israel, als Köche oder Bauarbeiter, jetzt dürfen nicht einmal mehr Studenten aus dem Küstenstreifen heraus, um an einer der Universitäten des Westjordanlands zu studieren. Fast jeder zweite Einwohner von Gaza ist arbeitslos, rund 70 Prozent haben nicht einmal einen US-Dollar pro Tag zum Leben.

Vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen in Gaza-Stadt stehen die Menschen Schlange. An den Schaltern mit den hellblauen Gitterstäben geben sie ihre Bewerbungen ab. Das 1949 für die palästinensischen Flüchtlinge gegründete Uno-Hilfswerk ist der größte Arbeitgeber im Gaza-Streifen. Sein Chef, John Ging, 45, ein resoluter ehemaliger irischer Offizier, hat keine Zeit für Floskeln. Was die Menschen hier brauchen, sagt er, „ist das vollständige Ende der Blockade“.

Israel, behauptet Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, führe Krieg gegen die Hamas und nicht gegen die Bewohner von Gaza. Die Blockade aber, sagt John Ging, stärke nur die Extremisten und treffe die Unschuldigen: die Erdbeerbauern und Tulpenzüchter, die Näher, die Schneider – und die Kinder. 7000 Schüler im Gaza-Streifen haben keine Klassenzimmer. Ihre Eltern drängen John Ging, neue Schulen mit Zement aus den Tunneln zu bauen. Aber darauf lässt er sich nicht ein.

Viereinhalb Milliarden US-Dollar hat die internationale Gemeinschaft nach dem Gaza-Krieg vor eineinhalb Jahren für den Wiederaufbau bereitgestellt, doch noch immer leben die meisten Familien, deren Häuser von der israelischen Armee zerstört wurden, in Baracken oder Containern. Mohammed Chadr, 47, hat ein dreistöckiges Haus im Osten von Gaza-Stadt besessen, jetzt wohnt er mit seiner Frau und sieben Töchtern in zwei Zimmern, die sie aus dem Schutt des alten Hauses errichtet haben. Der Zement aus den Tunneln habe dreimal so viel gekostet wie vor der Blockade, sagt Chadr.

Um die Schuttberge, die der Krieg hinterlassen hat, ist ein ganz neuer Wirtschaftszweig entstanden. Ziegelmacher mahlen den alten Beton mit Hilfe von Stahlmühlen in kleine Körner, mischen ihn mit etwas Zement und formen neue Backsteine. Einen US-Dollar kostet das Stück, früher zahlte man die Hälfte und bekam bessere Qualität. „Das Geschäft lohnt sich“, sagt Abu Mohammed, 37. Etwa tausend Steine schafft er pro Arbeitstag – wenn es Strom gibt. Vorigen Freitag stand das einzige Kraftwerk des Gaza-Streifens wieder einmal vor der Notabschaltung, weil der aus Israel kommende Dieselvorrat zur Neige ging. Die übliche Schikane.

Für ein paar Hilfsprojekte genehmigte Israel jetzt die Einfuhr des nötigen Baumaterials. So konnte die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau vergangene Woche endlich den Bauvertrag für die Erweiterung des Klärwerks unterzeichnen. Immer wieder hatten die Israelis das Projekt verzögert; Zement und Stahl könnten für den Bau von Bunkern und Bomben missbraucht werden. Dem deutschen Entwicklungsminister Dirk Niebel verweigerte das israelische Außenministerium sogar den Besuch im Gaza-Streifen, weil das angeblich die Hamas stärken würde.

Fünf Tage später überlegte es sich Außenminister Avigdor Lieberman dann doch anders. In einem Gespräch mit seinem italienischen Amtskollegen Franco Frattini lud er ihn und andere Außenminister der Europäischen Union zu einer Tour durch Gaza ein.

Selbst die Hardliner in Jerusalem scheinen zu erkennen, dass die Hamas von Israels Gaza-Politik eher profitiert. Die Erstürmung der internationalen Gaza-Flotte im Mai, bei der neun Aktivisten ums Leben kamen, habe eine „sehr große Wirkung“ gehabt, freut sich Hamas-Führer Mahmud al-Sahar, 65: „Israel ist der große Verlierer.“

ZIV KOREN / POLARIS / STUDIO X

Premier Netanjahu
Krieg gegen die Hamas

Doch die Hamas ist zynisch wie eh und je im Umgang mit ihrer eigenen Bevölkerung. Sie hat es abgelehnt, die Materiallieferung der Gaza-Hilfsflotte auf dem Landweg zu empfangen. Stolz behauptet der Hamas-Führer: „Wir brauchen keine Mayonnaise und keinen Ketchup.“

Vom Hauptziel der Blockade, nämlich die Freilassung des entführten Gilad Schalit zu erwirken, ist Israel heute weit entfernt. Das ahnen auch Schalits Eltern, die von dieser Woche an vor der Residenz von Premier Netanjahu Quartier beziehen wollen, bis ihr Sohn zurückkommt.

Hamas-Führer Sahar rechnet nicht damit, dass Netanjahu sein Angebot für einen Gefangenenaustausch nachbessert. Und auch die Hamas werde kein neues Angebot vorlegen. Israels Armee, glaubt Sahar, plane ohnehin eine gewaltsame Befreiung des Gefangenen. Er sagt: „Wir sind auf alles vorbereitet.“

Christoph Schult

EMIGRATION

Kültürschock in Istanbul

Mehr Türken gehen inzwischen aus Deutschland in die Türkei als umgekehrt. Im Boomland am Bosporus bekommen sie dank ihrer deutschen Ausbildung oft bessere Gehälter und attraktivere Stellen, begegnen aber auch vielen Vorurteilen.

CLAUDIA WIENS

Architektin Şahin in Istanbul: *„Die Deutschen müssten eigentlich angeben mit uns“*

Als er das erste Mal Heimweh nach Deutschland verspürte, lag Ömer Küçükbay auf einer Pritsche in einer Kaserne nördlich von Antalya. Er war 20 Jahre alt, es war zwei Uhr nachts, und ein Offizier brüllte ihn an, er solle Wache halten. Aber das musste ihm erst einmal jemand übersetzen, denn Küçükbay sprach kein Türkisch, nur fließend Bayerisch.

Der Gastarbeitersohn aus Eggenfelden in Niederbayern hatte sich aus einer Laune heraus für den Militärdienst in der Türkei verpflichtet. Aus Zuneigung zu einem Land, das er eigentlich nur aus dem Urlaub kannte. „Aber irgendwie war ich auch in Deutschland nur ein Ausländer“, sagt er, „für meine Mitschüler war ich nun mal Türke. Also wollte ich mal ausprobieren, wie es ist, ein Türke zu sein.“

Drei Monate währte das Experiment, dann verging Küçükbay die Lust, sich anschreien zu lassen und durch den Staub zu robben. Er fuhr wieder nach Eggenfelden und schwor sich, nie in die Türkei zurückzukehren. Das war 1991.

Es kam anders. Das hatte mit seinem Vater zu tun, der in der alten Heimat einen Herzinfarkt erlitt, und mit einem Istanbuler Mädchen, in das er sich verliebte. Küçükbay eröffnete ein Teehaus, heiratete und lernte Türkisch.

Heute arbeitet der 38-Jährige in einem Callcenter in Istanbul. Hier hat er seinen Weg gemacht, in einem deutschen Unternehmen mit über 250 Mitarbeitern, bis auf wenige sind alle Deutsch-Türken. Fast alle haben sie eine ähnliche Geschichte zu erzählen. Eine, die davon handelt, als Gastarbeiterkind in Deutschland aufgewachsen zu sein und dann eines Tages in die Heimat der Eltern auszuwandern, um dort sein Glück zu versuchen. Weil man sich in Deutschland nicht dazugehörig fühlte. Weil man abgeschoben wurde. Weil die Familie rief. Oder weil man in der Türkei Karriere machen wollte.

Oft sind es Geschichten gut ausgebildeter, gut integrierter Deutsch-Türken. Die große Mehrheit der Auswanderer sind junge Akademiker, die Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen den Rücken kehren. Etwa 40 000 Türken und türkischstämmige Deutsche gingen im vergangenen Jahr zurück in das Land ihrer Väter, das sind 10 000 mehr als umgekehrt in die Bundesrepublik kamen. Der Trend der Zuwanderung hat sich damit eindeutig gewendet.

Jeder dritte deutsch-türkische Student, so eine Erhebung des Dortmunder „futureorg Institut“, plane seine Karriere mittlerweile in der Türkei und nicht in Deutschland. „Dort haben sie eindeutig bessere Aufstiegschancen als in Deutschland“, sagt Marc Landau, Geschäftsführer der deutsch-türkischen Handelskammer. Allein bei Mercedes Benz in der Türkei sind 30 Prozent der Beschäftigten im mitt-

AGATA SKOWRONEK / DER SPIEGEL

AGATA SKOWRONEK / DER SPIEGEL

Callcenter-Mitarbeiter Küçükbay, Schauspielerin Dönmez: *„Ausprobieren, wie es ist, ein Türke zu sein“*

leren und Top-Management Deutsch-Türken.

Die meisten Heimkehrer gehen nach Istanbul, wo der Arbeitsmarkt am vielversprechendsten und der Kulturschock am erträglichsten ist. So wie die Architektin Emine Şahin, 37, die „Muster-Integrierte“, wie sie selbst sagt, die eigentlich alles hatte. Eine behütete Kindheit in einer hessischen Kleinstadt, deutsche Nachbarn, deutsche Freunde, gute Noten. Und die dann doch nicht blieb: Für einen Job als Bauleiterin zog sie von Frankfurt nach Izmir an die türkische Westküste, kurz darauf wechselte sie zu einer britischen Immobilienfirma in Istanbul, heute berät sie einen deutschen Drogeriekonzern, der in der Türkei neue Märkte erschließen will.

Şahin sagt, sie sei in Deutschland nie wegen ihres Namens oder ihrer Herkunft diskriminiert worden, aber vieles sei dort kleingeistiger und weniger dynamisch als im Boomland Türkei. „Noch haben nicht alle begriffen, welches Potential von den gut ausgebildeten Deutsch-Türken ausgeht. Wer zwischen zwei Welten wandert, kommt besser mit der Globalisierung zurecht. Die Deutschen müssten eigentlich angeben mit uns.“

Die Elite der Auswanderer hat sich organisiert, sie trifft sich regelmäßig zu einem „Rückkehrerstammtisch“. Auf der Dachterrasse des „Teras6“, einer angesagten Bar in Istanbuls Szeneviertel Beyoglu, sitzen sie zusammen: 50 Männer und Frauen, in Sakkos und Business-Kostümen, sie trinken Bier in Krügen und türkischen Tee in bauchigen kleinen Gläsern.

Sie wollen vor allem Kontakte knüpfen, ein Netzwerk aufbauen. Manchmal klagen sie gemeinsam über Begegnungen mit der ungewohnten Kultur, über den Alltag mit der schwerfälligen türkischen Bürokratie. „Viele von uns sind eigentlich keine Rückkehrer, sie kommen zum ersten Mal in die Türkei. Und zwar nicht als Türken, sie kommen als Deutsche“, sagt Şahin. Mit deutschen Ideen, deutschen Werten, deutschen Gewohnheiten.

Als die Architektin am Anfang ihrer Zeit in Istanbul einem Vorgesetzten widersprach, brach sie damit ein ungeschriebenes Gesetz und bekam Ärger. Später erregte sie Aufsehen, weil sie im Ramadan tatsächlich fastete. Das hatte sie schließlich auch in Deutschland immer getan und als „Urlaub von meinem Körper“ bezeichnet. Unter ihren streng laizistischen Arbeitskollegen in der Türkei aber geriet sie nun in Verdacht, eine „Religiöse“ zu sein.

Şahin sieht sich trotzdem als privilegiert, es sei ein Luxus, sagt sie, zwischen zwei Heimatländern entscheiden zu können: „Wie ist eigentlich der Plural von Heimat?“

In Deutschland ausgebildete Akademiker haben hervorragende Chancen auf dem türkischen Arbeitsmarkt. Weniger qualifizierte Deutsch-Türken aber bleiben lieber in Deutschland, denn in der Türkei müssen sie mit Hunderttausenden Billiglöhnern konkurrieren. Wer trotzdem kommt, gibt sich mit Gelegenheitsjobs zufrieden oder arbeitet schwarz. Gerade mal 729 türkische Lira, umgerechnet 380 Euro, beträgt der Mindestlohn in der Türkei, die Arbeitslosenhilfe liegt bei etwa 170 Euro, Sozialhilfe gibt es nicht.

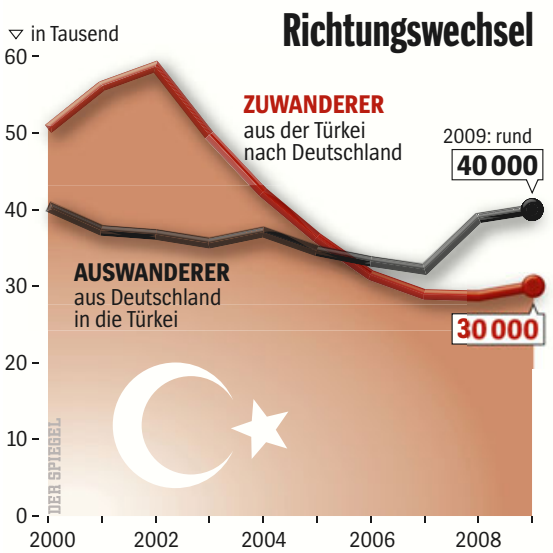
Viele dieser Heimkehrer stoßen noch dazu auf Vorurteile bei den Einheimischen. Denn den „Almancilar“, den „Deutschländern“, eilt ein fragwürdiger Ruf voraus. Sie gelten wahlweise als frömmelnde Hinterwäldler oder neureiche Proleten.

„Sie kamen mit falschen Goldkettchen und fuhren im BMW oder Mercedes vor, der aber nur gemietet war“, sagt eine Türkin über eine Gruppe junger Gastarbeiter, die in ihr Dorf zurückkehrten. Prominente Deutsch-Türken wie Regisseur Fatih Akin, der Fußballer Mesut Özil oder der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, von türkischen Medien schon zum „Obama der Türken“ erhoben, ändern das Bild nur wenig.

Den Rückkehrern aus Deutschland wird mit großer Skepsis begegnet, wie ein Song („Ich bin kein Deutschländer“) der türkischen Liedermacherin Şebnem Kisaparmak zeigt. Er handelt von einer rücksichtslosen Rückkehrerfamilie, die ein Grundstück in der Türkei kauft und damit die Preise in die Höhe treibt. „Danke, das sind genau meine Gefühle“, kommentierte ein Leser im Internet.

Besonders schwer wiegen für viele die mangelhaften Sprachkenntnisse der Heimkehrer: Als die türkisch-belgische Popsängerin Hadise Açikgöz bei einem Spiel der Nationalmannschaft unlängst etwas nuschelte und den Fehler machte, die Nationalhymne frei zu interpretieren, löste das unter den derzeit besonders patriotischen Türken Empörung aus. „Sie ist nicht einmal Türkin, ihr Türkisch ist schlecht, und von türkischer Kultur hat sie keine Ahnung“, hetzte ein Kritiker.

Ankara unternimmt bislang wenig, um die Sprachkenntnisse der Auslandstürken zu verbessern und ihnen bei der Re-Integration zu helfen. Vor Deutsch-Türken in Köln warnte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor zwei Jahren zwar davor, die „türkische Identität“ aufzugeben – wie die Regierung ihren



Bürgern im Ausland dabei helfen könnte, darauf ging er nicht ein. Bislang erfolgt türkische Kulturpolitik vor allem über die Entsendung von Imamen aus der Türkei.

„Warum zum Beispiel gibt es kein türkisches Goethe-Institut?“, wundert sich der Hamburger Deutsch-Türke Latif Durlanik. „Warum wird in türkischen Kulturhäusern nur geraucht und Karten gespielt?“

Mit einem „Amt für Auslandstürken“ will Ankara jetzt zumindest formell eine Institution ins Leben rufen, an die sich die Diaspora, womöglich auch die Rückkehrer wenden können. Die genauen Aufgabenbereiche des Amts sind allerdings noch unklar. „Es ist die Erwartung der Menschen, dass die Türkei die Stimme unserer arbeitenden Brüder in der EU und in Deutschland hört“, sagte der zuständige Staatsminister vor einigen Wochen.

Mitunter ist es auch der deutsche Staat, der die Almancilar im Stich lässt. Şükriye Dönmez kam 1969 mit ihren türkischen Eltern als Baby nach Berlin-Kreuzberg und lebte 40 Jahre lang dort. Die Deutsch-Türkin wurde Schauspielerin, später Regisseurin. Für ihre Rolle als Oberschwester Ayfer in der Fernsehserie „Klinikum Berlin Mitte“ wurde sie als „hübscheste Krankenschwester Berlins“ bejubelt, in Fatih Akins Erstling „Sensin – Du bist es!“ bekam sie die Hauptrolle, auch bei seinem ersten Spielfilm „Kurz und schmerzlos“ über eine türkisch-griechisch-serbische Gang in Hamburg spielte sie mit.

Einen deutschen Pass besaß sie nicht, weil sie in der Türkei geboren war. Reine Formsache, dachte sie, als sie im März 1999 den Einbürgerungsantrag stellte. Sie hatte in Deutschland Steuern gezahlt, deutsche Filme gedreht und bis auf wenige Monate nach ihrer Geburt nie woanders gelebt.

Fünf Jahre wartete sie, dann kam der Entscheid. Ihr unregelmäßiges Einkommen sei das Problem, hieß es in der Ablehnung. Wenn sie einen deutschen Pass wolle, brauche sie eine Festanstellung. Gehen Sie doch irgendwo putzen, sagte ihr die Frau vom Einwohnermeldeamt. „Das habe ich dankend abgelehnt“, sagt Şükriye Dönmez, „und bin stattdessen in die Türkei gefahren.“

Inzwischen lebt sie in Cihangir, einem Künstlerviertel von Istanbul, „das Kreuzberg gar nicht so unähnlich ist“. Hier bereitet sie gerade eine Fernsehserie über Rückkehrer aus Deutschland vor. Es soll um eine orientierungslose Almanci-Frau in der Türkei gehen, „Kültürschock“ will sie die Serie nennen.

Dönmez selbst findet es ganz lustig, für eine Weile mal nur Türkin zu sein. „Ich bin jetzt Gastarbeiterin.“

Daniel Steinvorth

AFRIKA

„Leiden und durchhalten“

Ruandas Staatschef Paul Kagame, 52, über das Versagen der afrikanischen Eliten, die Entwicklungshilfe des Westens und die Folgen des Völkermords

SPIEGEL: Herr Präsident, in diesen Wochen der Fußball-Weltmeisterschaft schaut die Welt so intensiv nach Afrika wie selten zuvor. Warum hinkt der Kontinent 50 Jahre nach der Unabhängigkeit vieler Länder immer noch so hinterher?

Kagame: Es stimmt, wir hinken hinterher. Leider. Es gibt eine Menge Gründe dafür, historische, kulturelle, und nicht zuletzt Gründe, die wir selbst verursacht haben. Wir schöpfen unsere Potentiale und Ressourcen bei weitem nicht aus.

SPIEGEL: Warum sind Staatsmänner, die sich nicht die eigenen Taschen füllen, in Afrika immer noch die Ausnahme?

Kagame: Ich gebe zu, das ist ein Problem. Aber ich kann auch den Westen von Schuld nicht ganz freisprechen. Es gab korrupte Führer, und der Westen hat nicht nur an ihnen festgehalten, sondern sie bisweilen sogar zu noch mehr Korruption ermuntert.

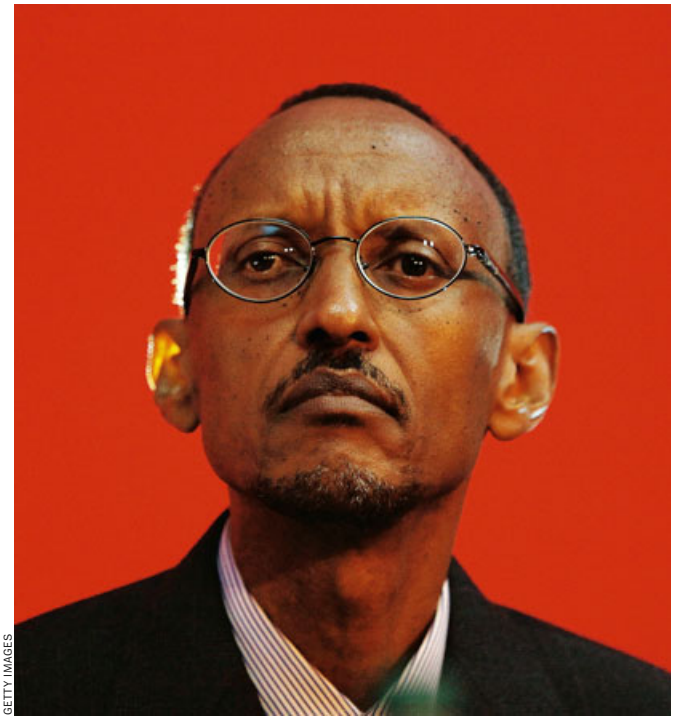
SPIEGEL: In die Rolle, die früher der Westen spielte, scheint jetzt die Industriemacht China hineinzuwachsen. Haben die Chinesen etwa ein ehrlicheres Interesse an Afrika?

Kagame: Mir geht es nicht darum, ob es China oder der Westen ehrlicher mit uns meint. Es geht um etwas anderes: Warum reden wir nicht darüber, wie wir selbst auf die Beine kommen können? Wir wollen nicht immer Opfer sein und als Kampfplatz für fremde Interessen herhalten.

SPIEGEL: Ihr Kontinent hat sich doch in der Rolle des Abhängigen lange Zeit ganz wohl gefühlt.

Kagame: Das stimmt, wir beklagen uns über die Chinesen, die uns die Rohstoffe wegnehmen, die Umwelt verschmutzen und nichts hinterlassen. Oder über den Westen, der zwar nicht die Umwelt verschmutzt, aber ebenfalls nichts hinterlässt. Wir müssen eine Bestandsaufnahme unserer Potentiale und Ressourcen vornehmen und überlegen, wie wir sie selbst nutzen wollen. Und wie wir Geschäfte mit den Chinesen oder dem Westen machen können, ohne dabei ausgebeutet zu werden.

SPIEGEL: Die meisten Ihrer Präsidentenkollegen in Afrika erfreuen sich der westlichen Milliarden, die auf den Kontinent fließen. Sie hingegen unterwerfen Gebernationen in Ruanda engen Restriktionen. Was haben Sie gegen Hilfe von außen?



GETTY IMAGES

Präsident Kagame: *„Wir wollen nicht immer Opfer sein“*

Kagame: Wenn wir Hilfe kritisiert haben, dann immer solche, die Abhängigkeiten schafft. Wenn Hilfe gut funktioniert, macht sie sich selbst überflüssig. Gute Hilfe sorgt für funktionierende Strukturen und einen guten Ausbildungsstand und ertüchtigt die Nehmerländer, auch ohne fremde Hilfe auszukommen. Andernfalls ist es schlechte Hilfe …

SPIEGEL: … was aber in der afrikanischen Realität die Regel ist.

Kagame: Ja, weil auch der Westen alles andere als altruistisch ist. Ich frage mich oft, warum der Westen viel mehr an Hilfslieferungen interessiert ist als etwa an fairen Handelsbedingungen. Mit einem gerechten Warenaustausch würde er den betroffenen Menschen viel mehr Geld an die Hand geben als mit Hilfsoperationen. Ich will nicht zynisch werden,

aber wenn die Entwicklungsländer immer in Rückständigkeit gehalten werden, wenn ihnen immer wieder gesagt wird, du gehörst zu den Armen, und du bist da, wo du eigentlich auch hingehörst, dann wird sich nichts ändern.

SPIEGEL: Haben Sie denn Vorbilder für den Weg hin zu einem modernen Staat?

Kagame: Es gibt Dinge, die ich etwa an Südkorea oder Singapur bewundere. Ich bewundere ihre Geschichte, ihre Entwicklung und wie intensiv sie in ihre Menschen und in Technologie investiert haben. Es ist nicht lange her, da waren sie etwa auf dem Entwicklungsstand von uns. Heute sind sie uns weit voraus.

SPIEGEL: In Südkorea gibt es faire Wahlen. Bei Ihnen aber steht die Oppositionsführerin Victoire Ingabire unter Hausarrest, Zeitungen werden verboten, und Parteien erhalten keine Zulassung – Demokratie sieht anders aus.

Kagame: Für das Verbot der zwei Zeitungen ist Ruandas Medienrat zuständig. Und der ist unabhängig. Eine der Zeitungen hat mich mit Adolf Hitler verglichen, andere verbreiten falsche Klatschgeschichten. Ehrlich gesagt, ich hätte die Blätter schon lange verboten. Im Übrigen werden in Europa ebenfalls Redakteure entlassen, wenn sie Unsinn schreiben.

SPIEGEL: Aber keine missliebigen Zeitungen verboten. In Ruanda aber sitzen führende Oppositionspolitiker in Haft.

Kagame: Der Stellvertreter von Victoire Ingabire, der im Januar mit ihr aus dem Exil nach Ruanda zurückgekommen ist, war aktiv am Völkermord an den Tutsi beteiligt …

SPIEGEL: … bei dem 1994 mindestens 800 000 Tutsi durch Angehörige der Hutu-Mehrheit umgebracht wurden.

Kagame: Er reiste unter falschem Namen ein, hat seine Beteiligung am Genozid inzwischen zugegeben, ein Gericht hat ihn verurteilt. Die Medien der Welt schreiben trotzdem nach wie vor, in Ruanda würden Oppositionsführer verhaftet.

SPIEGEL: Ihre gefährlichste Herausforderin, Victoire Ingabire, haben Sie unter Hausarrest gestellt.

Kagame: Von ihr wissen wir inzwischen, dass sie die ruandischen Hutu-Milizen, die jetzt im Ostkongo kämpfen und von der Uno als Terroristen bezeichnet werden, unterstützt hat. Wir haben Beweise, dass sie dort war und Geld überwiesen hat.

PICTURE-ALLIANCE / DPA

Zurückkehrende Flüchtlinge in Kigali 1994: *„Demokratie verfängt nicht“*

SPIEGEL: Ihnen ist die Wiederwahl Anfang August sicher. Sie haben keinen ernsthaften Gegenkandidaten mehr.

Kagame: Ich bin nicht für eine starke Opposition verantwortlich. Wir haben nun mal eine besondere Vergangenheit: fast eine Million Opfer in hundert Tagen des Genozids. Wir wollen das Land wieder auf die Füße stellen. Und das geht bei uns nun mal anders als anderswo.

SPIEGEL: Wie weit sind Sie mit dem Wiederaufbau gekommen?

Kagame: Ruanda ist heute ein anderes Land als vor 16 Jahren, in nahezu jeder Hinsicht. Die Leute haben zu essen, es gibt eine Krankenversicherung, Schulen. Früher hatten wir 800 000 Schüler, heute lernen allein 2,3 Millionen Kinder in den Primarschulen, gebührenfrei. Der Privatsektor wächst. Es ist eine Menge passiert. Wir geben den Menschen Jobs und zu essen, das verleiht ihnen auch Würde. Wenn sie nichts zu essen haben, braucht man ihnen auch nicht mit Demokratie zu kommen. Demokratie verfängt nicht bei Menschen, die mit existentiellen Problemen kämpfen.

SPIEGEL: Mit diesen Argumenten öffnet man Machtmissbrauch Tür und Tor. Viele Potentaten Afrikas haben so ihre Diktaturen gerechtfertigt.

Kagame: Warum muss die westliche Vorstellung von Demokratie auch für uns die richtige sein? Der Unterschied besteht darin, dass der Westen Institutionen besitzt, die das Fehlverhalten Einzelner ahnden können. Was Ruanda und Afrika in den Niedergang getrieben hat, war doch, dass bestimmte Leute nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Wenn wir korrupte Bürgermeister oder Offiziere vor Gericht stellen, heißt es sofort, wir seien repressiv. Sollen wir diesen Leuten erlauben, weiterhin ihr Spiel zu treiben?

SPIEGEL: Ausgesöhnt scheint Ihr Land nach der Tragödie von 1994 bis heute nicht.

Kagame: Versöhnung braucht Zeit. Manchmal viele Jahrzehnte, wie das Beispiel Europa zeigt. Das ist harte Arbeit. Wie geht man zum Beispiel mit Leuten um, die noch immer frei herumlaufen, obwohl sie eigentlich bestraft werden müssten? Von den vier Täterkategorien, die wir 1994 eingeführt haben, von den Mitläufern bis zu den Hintermännern und Organisatoren des Genozids, haben wir die beiden harmlosesten Kategorien fallengelassen – diese Menschen wollen wir nicht weiter verfolgen. Den Angehörigen der Opfer des Völkermords fällt es natürlich schwer, das zu akzeptieren.

SPIEGEL: Arbeiten Sie mit Ihrer Politik auch Ihre persönliche Geschichte auf?

Kagame: Meine Geschichte ist eine des Leidens und Durchhaltens. Ich war dreieinhalb, als wir wegen Pogromen gegen die Tutsi aus Ruanda fliehen mussten. Ich wuchs in einem Flüchtlingslager in Uganda auf, 30 Jahre lebte ich dort. Das formt den Charakter. Ich habe mich ständig gefragt: Warum widerfährt uns dieses Elend und dieser Hunger im Lager? Und warum schweigt der Rest der Welt? Alles musste ich mir hart erkämpfen. Da wollte ich raus. Ich wollte mein Schicksal in meine eigenen Hände nehmen. Und dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt entfliehen. Dieser Kampf prägt mich bis heute.

INTERVIEW: HORAND KNAUP

Mutter Kirche

Global Village: Warum Katholikinnen aus drei Kontinenten vor dem Vatikan demonstrieren

Es ist der Moment, an dem sie alles wieder vor Augen hat, den Kampf um ihre Kirche, die vielen Rückschläge. Angelika Fromm sitzt im Schatten einer Säule auf dem Petersplatz. Ein Sicherheitsbeamter des Vatikans, schwarzer Anzug, Sender im Ohr, kontrolliert ihren Pass, durchsucht die Tasche, zeigt auf die Digitalkamera.

Er will, dass sie das Foto löscht, das sie eben geschossen hat: Es zeigt protestierende Frauen am Petersdom, das darf nicht sein, er droht mit zwei Tagen Haft.

Fromm bleibt ruhig. Sie blättert durch 400 Fotos im Speicher ihrer Kamera, zeigt Schnappschüsse ihrer Enkel, ihr Haus im Schnee, lächelt. Der Beamte ist genervt.

Endlich, nach 20 Minuten, löscht sie das Foto und fragt: „Wissen Sie, woran mich das hier erinnert? An die DDR!“ Dort sei sie aufgewachsen, dann geflohen. Wenn sie ihre Familie besuchen wollte, beschlagnahmten Grenzsoldaten Geschenke und Fotos, behaupteten, es sei Propagandamaterial. „Ich war nicht erwünscht, ich durfte nicht rein“, sagt Fromm. „Damals, weil ich katholisch war. Hier, weil ich eine katholische Frau bin.“ Der Beamte führt sie ab.

Angelika Fromm, gebürtige Zwickauerin, blond, 59 Jahre alt, ist zum Abschluss des von Benedikt XVI. ausgerufenen „Jahr des Priesters“ nach Rom gekommen. Fünf Tage feierten 15 000 Geistliche aus 90 Nationen, der Papst fuhr im Papamobil über den Platz, sie jubelten ihm zu wie Cheerleader. „Mater Ecclesia“ steht an einer Fassade, Mutter Kirche. Kein Ort für Frauen.

Fromm ist nicht zum Feiern zumute. Sie sagt, es sei ein katastrophales Jahr für die katholische Kirche gewesen, die Missbrauchsskandale hätten zur schlimmsten Krise seit der Reformation geführt. Schuld daran seien auch der Zölibat, der Club der alten Männer und das strikte Verbot von Frauen in kirchlichen Führungspositionen. Fromm ist nicht allein, mit ihr sind Katholikinnen aus den USA, Australien, Österreich und England nach Rom gereist, sie sind organisiert in einem weltweiten Netzwerk, sie haben eine Mission. Vor dem Papst, die Messe war noch nicht zu Ende, entrollten sie ihr Plakat: „Weiht Frauen zu Priesterinnen“.

Die Katholikinnen sehen die Krise als Chance, sie fordern Macht und Ämter. Sie sagen, Priesterinnen oder Bischöfinnen, wenn es sie gäbe, hätten den Missbrauch nicht jahrelang vertuscht. Frauen seien die Opfer wichtiger als das Ansehen der Kirche, sie könnten besser kommunizieren, die elitären Männerzirkel und die Hierarchien aufbrechen.

Ihr Kampf um Macht innerhalb ihrer Kirche währt seit über 40 Jahren. In manchen Ländern wird der Zölibat diskutiert, in anderen auch die Frauenfrage, nichts davon aber im Vatikan.

MASSIMO PERCOSSI / DPA

Frauenkundgebung auf dem Petersplatz: *Welches Geschlecht hat Gott?*

Sie verteilen jetzt Flyer mit ihren Forderungen, Kardinal Kasper eilt vorbei, Erzbischof Marx. Priesteranwärter bleiben stehen. Es ist immer dasselbe, die Herren lächeln milde und schütteln den Kopf.

Es scheint ein aussichtsloser Kampf zu sein, vor allem seit Papst Johannes Paul II. die Debatte für beendet erklärte. Sein Schreiben „Ordinatio Sacerdotalis“ von 1996 untersagt den Katholikinnen endgültig die Priesterweihe. Irgendwann einmal, davon gehen die Frauen aus, wird der Zwangszölibat fallen, dass sie die Weihe noch erleben werden, glauben sie nicht.

Nach dem Verweis vom Petersplatz irren sie durch die sommerheiße Stadt, sie kommen aus drei Kontinenten, drei Generationen, die Jüngste ist 30 Jahre alt, ihre Geschichten ähneln sich. Als Mädchen schon fühlten sie sich zum Priesteramt berufen und verstanden nicht, warum sie nicht einmal Messdienerinnen werden durften. Sie studierten Theologie, hofften auf die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils. Viele sind verheiratet, haben Kinder, einige von Priestern, so viel zur Doppelmoral der Kirche. Die Kirche misst mit zweierlei Maß, sagen sie. Männer sind sakrosankt, wir sind unsichtbar. Was hätte Jungfrau Maria dazu gesagt, was Maria Magdalena? Welches Geschlecht hat Gott?

Der Preis, den diese Frauen zahlen, um ihrer Kirche zu dienen, ist hoch. Die Amerikanerin trägt den Priesterkragen unter der bunten Bluse, sie wurde heimlich geweiht und fand eine Gemeinde, die sie finanziert. Bei ihrer Seelsorge aber muss sie sich verstecken. Die Österreicherin ließ sich im Juni 2002 auf einem Donaudampfer weihen. Wenige Wochen später wurde sie von Kardinal Ratzinger exkommuniziert.

Angelika Fromm ist Diakonin, nicht geweiht, sie darf ihr Amt nicht ausüben. Heute ist selbst die Ausbildung verboten. Fromm ist ihr Mädchenname, „fromm wie tapfer, nicht wie devot“. Sie war Religionslehrerin, inzwischen arbeitet sie für „Wir sind Kirche“ und unterrichtet Muslime. Sie sagt: „Über die Rolle der Frau im Islam regen wir uns auf. In unserer eigenen Kirche wird darüber geschwiegen.“

Warum tritt sie nicht aus oder wird Protestantin? „Mir ist nicht egal, was mit meiner Kirche passiert, ich will sie verändern.“ Auftritt statt Austritt, das sei ihr Credo, deshalb sei sie in Rom, zum dritten Mal. Doch die Einzigen, zu denen sie spricht, sind Polizisten und Journalisten, so ist es immer.

Am Abend nach dem Rauswurf feiern die Frauen ihre eigene Messe. In einer Kirche am Bahnhof teilen sie Brot und Wein und lesen aus dem Römerbrief, die Stelle über Priesterinnen in der Urkirche.

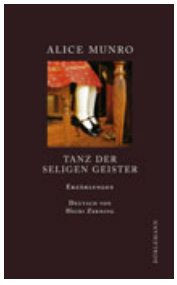
Zelebriert wird die Messe von Maria Longhitano, 35. Seit einem Monat ist sie Italiens erste Priesterin, geweiht vor den Toren des Vatikans, eine Sensation. Sie trat über zur Altkatholischen Kirche, dort ist der Pflichtzölibat abgeschafft. Sie stammt aus Sizilien, und sie sagt, der Vatikan sei wie die Mafia: Der Pate schützt seine Männer, die Schmutzwäsche wäscht man zu Hause. Der Rest sei Schweigen.

Fiona Ehlers

LITERATUR

Tanz der Geister

Was für eine groteske und doch rührende Szene: Eine altjüngferliche Klavierlehrerin, irgendwo in der Provinz, lässt jedes Jahr einmal ihre Eleven nacheinander in einem Hauskonzert vorspielen. Im Publikum sitzen die geduldigen Mütter, die sich einst selbst bei dieser Lehrerin durch die Etüden quälten. Unvermutet, nach viel holprigem Geklimper, spielt ein Kind aus einer nahegelegenen Schule für jene, die einen „Dachschaden“ haben, Glucks „Reigen der seligen Geister“ so rein und heiter, dass alles Elend der Wirklichkeit in einem Moment „leidenschaftslosen Glückes“ aufgehoben scheint. Die kanadische Erzählerin Alice Munro, die nächste Woche 79 Jahre alt wird – ihr Leben lang eine Chronistin alltäglichen Elends –, hat den überwältigenden Glücksaugenblick selten so sinnfällig hervortreten lassen wie in der Klavierspiel-Erzählung, die ihrem ersten, 1968 erschienenen (und damals gleich mit dem bedeutendsten kanadischen Literaturpreis ausgezeichneten) Buch „Dance of the Happy Shades“ den Titel gab. In diesem frühen Werk, das nun erstmals auf Deutsch erschienen ist, begegnet man der großen Einsamen als junger Autorin: schon ganz eigen, entschieden im Ton, absolut unsentimental und begabt mit der Kunst, durch das letzte Wort eine ganze Geschichte blitzartig in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. 15 Erzählungen: Nachkriegszeit im ländlich-ärmlichen Huron County, in dem Alice Munro bis heute den größten Teil ihres Lebens verbracht hat, Kinderängste und Todesfälle. Erinnerungen an eine ewig kränkelnde „Horrormutter“ und an die harte Jugend auf einer Pelztierfarm, wo der Vater ausgediente alte Pferde schlachtet, um sie an seine Silberfüchse zu verfüttern. Todtraurige und doch wunderbare Geschichten von jungen Mädchen, die jenseits der „sicheren Grenzen der Kindheit“ eigensinnig ihren Weg suchen und sich manchmal nur mit Mühe wenigstens eines bewahren – „ein unvoreingenommenes Herz“.



Alice Munro: „Tanz der seligen Geister“. Aus dem Englischen von Heidi Zerning. Dörlemann Verlag, Zürich; 384 Seiten; 23,90 Euro.

JAN WINDSZUS COURTESY: KLOSTERFELDE, BERLIN; ANTON KERN, N.Y., JOHN BOCK

Plakatmotiv für „Fischgrätenmelkstand“

AUSSTELLUNGEN

Die ausgestopfte Socke

Auf der Wiese, auf die mal das Berliner Stadtschloss gebaut werden sollte, steht noch bis Ende August die Temporäre Kunsthalle. Statt Schloss. Die endgültig letzte Ausstellung eröffnet am Donnerstag und trägt den landwirtschaftlichen Titel „Fischgrätenmelkstand“, ein Begriff, der ein bestimmtes Ordnungssystem beim Melken von Kühen bezeichnet. Gestaltet hat die Ausstellung der deutsche Künstler John Bock – ein exzentrischer Materialienmischer, der aus Eiern oder Weckern ausufernde Installationen baut. Bock, 45, hat nun jene 60 Künstler ausgewählt, die in der finalen Schau ihre Werke präsentieren dürfen, darunter Paul McCarthy, Michael Sailstorfer oder Ingrid Wiener. Als eigenen Beitrag hat er ein Kunst-Ordnungssystem entworfen: die eigenwillige Ausstellungsarchitektur. In die Kunsthalle wird eine elf Meter hohe, begehbare Gerüstkonstruktion gebaut, in der die Kunstwerke gezeigt werden. Um die Fläche zu gliedern, hat Bock phantasievolle Raumtrenner ersonnen. Beispielsweise ließ er Dutzende Autoreifen aneinanderketten oder 1700 Herrensocken mit Watte ausstopfen und musterartig aneinandernähen.

Kino in Kürze

„Der Andere“ handelt von einem Schachspiel, bei dem zwei Männer um eine Dame kämpfen. Nach einer Vorlage von Bernhard Schlink erzählt der britische Regisseur Richard Eyre („Iris“) von dem Londoner Unternehmer Peter (Liam Neeson), der nach 25 Jahren Ehe entdeckt, dass seine Frau (Laura Linney) eine Affäre hat. Peter sucht den Liebhaber (Antonio Banderas) auf, ohne ihm seine Identität zu verraten, und spielt mit ihm Schach. Leider wirken auch die Figuren des Films oft so, als würden sie nur geschoben. Weil sich der Film nicht konzentrieren kann, sondern nervös durch Raum und Zeit springt, kann sich die Spannung eines psychologischen Duells nie aufbauen.

KOCHMEDIA

Linney, Banderas

MUSIK

„Es fehlen die Persönlichkeiten“

STEFAN MALZKORN

Christian Kuhnt, 42, Geschäftsführer des Hamburger Klassikveranstalters Rudolf Goette, über den Eingriff des Staats ins Musikgeschäft

SPIEGEL: Herr Kuhnt, braucht die klassische Musik den Staat?

Kuhnt: Das kommt auf die Bedingungen an. In Hamburg gibt es private Konzertveranstalter wie unsere Agentur, aber auch den mit öffentlichen Geldern finanzierten Konkurrenten, die HamburgMusik. Hier droht eine Wettbewerbsverzerrung.

SPIEGEL: Warum?

Kuhnt: Weil bereits jetzt 3,2 Millionen Euro öffentliche Subventionen fließen, die aber vor allem für Konzerte im großen Saal der spektakulären Elbphilharmonie gedacht sind. Doch keiner weiß, wann der Bau fertig wird. Da sprudelt also schon jetzt viel Geld für wenig Programm: Für die Klassik bleibt uns in Hamburg jetzt im Wesentlichen nur die gute alte Laeiszhalle.

SPIEGEL: Der Konzertbesucher freut sich über die Konkurrenz. Der teuerste Platz für ein Gastspiel der Berliner Philharmoniker kostet beim Veranstalter HamburgMusik 149 Euro, bei Ihnen wäre das Vergnügen sicher teurer geworden.

Kuhnt: Gegenfrage: Sind öffentliche Subventionen dafür da, das vom Bürgertum getragene und gutfunktionierende Musikleben zu zerstören? Ist das das Konzept einer Klassik für alle?

SPIEGEL: Welche Musik ist überhaupt rentabel?

Kuhnt: 90 Prozent der Musik, die uns umgibt, von Klassik bis Pop und Jazz, funktioniert in Konzertsälen mit 2000 Plätzen kommerziell kaum. Im Bereich der Klassik gibt es zwei Handvoll Künstler, Ensembles und Orchester, die solche großen Säle wie den in der Elbphilharmonie füllen können. Kein Wunder, dass immer dieselben Namen zu hören sind. Die Berliner und die Wiener Philharmoniker sind solche Saalfüller. Aber schon das berühmte Philadelphia Orchestra gehört, wenn es kein Stardirigent leitet, nicht in diese Attraktivitätskategorie. Es fehlen die Dirigentenpersönlichkeiten.

SPIEGEL: Der Senat begründete den Neubau auch damit, endlich große Musiker nach Hamburg zu holen.

Kuhnt: Eine Irreführung. Alle Großen der Szene kommen doch sowieso regelmäßig nach Hamburg. Und man hört von Dirigenten oder Solisten: Ihr habt mit der Laeiszhalle einen der besten Konzertsäle der Welt, der in dieser Größenordnung den Krieg überlebt hat.

SPIEGEL: Welche Aufgabe hätte ein subventionierter Veranstalter?

Kuhnt: Wir als private Veranstalter betreiben das wirtschaftlich Machbare. Unser Publikum ist sich der musikalischen Traditionen bewusst. Diese klassische Form mit neuen Konzepten und pädagogischen Programmen sinnvoll zu ergänzen wäre die Aufgabe der geförderten Elbphilharmonie und nicht das Fischen in den Gewässern des hergebrachten Betriebs, der im Übrigen eine achtenswerte 200-jährige Tradition hat: Der Bürger bezahlt seine Musik selbst und nicht der Fürst.

FERNSEHEN

Gallisches Dorf

Die Dokumentation „Leben unter Verdacht – Der Fall Harry Wörz“ (Dienstag dieser Woche, wegen Fußballs entweder 22.45 Uhr oder 0.15 Uhr, ARD) rechtfertigt eine TV-Nachtschicht. Der Dokumentarfilmer Gunther Scholz breitet einfühlend einen Justizskandal aus. Harry Wörz, 44, heißt das Opfer. Der schlichte Mann aus einem Dorf bei Pforzheim geriet 1997 in die Mühlen einer ebenso schlampigen wie voreingenommenen Polizei, als seine von ihm getrennt lebende Frau beinahe erdrosselt wurde und als Folge einen irreparablen Hirnschaden erlitt. Akribisch legt Autor Scholz dar, welche Fehler die Ermittler machten und wie leichtfertig der Beschuldigte in erster Instanz wegen versuchten Totschlags verurteilt wurde. Später kam der Inhaftierte aus dem Gefängnis frei, der Jubel darüber in seinem Heimatort erinnerte Wörz an die Treue in einem gallischen Dorf aus dem Comic „Asterix“. Doch nach verlorenen Revisionsschlachten musste der inzwischen wieder verheiratete Wörz erneut vor Gericht erscheinen. Diese Dokumentation ist Autor Scholz’ nun schon dritte Beschäftigung mit dem Justizskandal. Der Zuschauer spürt, dass Scholz neben Sachkunde große Einfühlung an den Tag legt und wie der Autor hofft, dass dies sein letzter Film über Wörz gewesen ist. Doch wer weiß: Das Landgericht Mannheim erkannte im vergangenen Jahr Wörz zwar einen erstklassigen Freispruch zu. Allerdings ist inzwischen erneut Revision beantragt worden.

ANDREAS MÜHE / EMI

POP

Das ganz große Ich

Ganz schön dick aufgetragen: Das Projekt nennt sich „Das Gezeichnete Ich“, was zu etwa gleichen Teilen Gottfried-Benn-Zitat, Beschreibung eines Computerspiel-Avatars und anthropologisches Konzept ist. Das Cover des Debütalbums zeigt den anonymen Künstler, wie er im feinen Zwirn im Gebirge steht (Foto). So stellte sich der deutsche Idealismus das Erhabene vor. Auch die Musik sucht die ganz große Geste: Streicher, Klavier, Lieder über Liebe und Leid und naturwissenschaftliche Probleme. Um seinen Namen macht der junge Mann hinter dem Projekt ein Geheimnis, zu viele Informationen über ihn würden von seinem Anliegen ablenken, sagt er. Großer Pop will die Welt verändern. Jetzt müssen bloß noch die Fans kommen, die es dazu braucht.

FILM

Das Beste beider Welten

Shirin Neshat kam als 17-Jährige aus Iran in die USA, dort wurde sie zu einem Star der Kunstwelt. Nun, mit 53, präsentiert sie ihren ersten Kinofilm: „Women without Men“ erzählt von politischem Aufruhr und vom Stolz muslimischer Frauen.

Sie liebt klare Gegensätze, sagt Shirin Neshat. Die großen silbernen Ohrringe zappeln an ihrem zarten Hals, ihre Augen sind von riesigen Kajalstrichen umrahmt, und sie spielt vor einer Handvoll Menschen am Tisch eines Amsterdamer Restaurants noch mal nach, was sie an diesem Morgen Filmstudenten bei einer kleinen Gastvorlesung erzählt hat.

Ihre Kunst sei eine Sache der Polaritäten, sagt sie und fuchtelt mit ihrer Gabel durch die Luft. Schwarz und Weiß zum Beispiel, Gut und Böse. Draußen, drinnen. Kälte, Hitze. Schönheit, Gewalt. Nur müsse man begreifen, dass das eine nicht ohne das andere existieren könne. Zumindest in ihrem Bewusstsein gehörten die widersprüchlichsten Dinge untrennbar zusammen. „Ich denke dualistisch und spüre stets beide Pole in mir, das ist manchmal paradox.“

JÜRGEN FRANK FÜR BRIGITTE

Regisseurin Neshat: *„Ich bin im Dazwischen zu Hause“*

Neshat ist anlässlich der Eröffnung eines kleinen Filmfestivals in Amsterdam zu Besuch und hat in einer Hotellobby bis drei Uhr morgens gefeiert und iranische Lieder gesungen, weil sie zufällig ein paar Bekannte getroffen hat. Trotzdem ist sie morgens um sieben durch den Vondel-Park gejoggt, pünktlich zu den Studenten gerast und sprüht nun vor Energie – und Widersprüchen.

Sie versteht sich als eine Freiheitskämpferin, die mit den Waffen der Kunst gegen die Unterdrückung islamischer Frauen rebelliert. Und doch gebe es, findet sie, nicht allein religiöse Gründe, die für Schleier, Tschador oder Burka sprechen. „Die Verhüllung des Körpers ist ein zentrales Motiv unserer Kultur“, sagt sie.

Jetzt hat Shirin Neshat, die in Iran aufgewachsen ist und seit drei Jahrzehnten in New York lebt, ihren ersten Kinofilm gedreht. „Es gibt nur zwei Arten, wie die Menschen auf diesen Film reagieren“, behauptet sie, „entweder sie hassen ihn, oder sie lieben ihn.“ Sie zeigt ein Lächeln, ihre Augen glitzern streitlustig.

Der Film heißt „Women without Men“ und läuft nun in den deutschen Kinos an. Als Neshat ihn im vergangenen September bei den Festspielen in Venedig präsentierte, trug sie ein grünes Kleid zur Premiere, um ihre Solidarität zu zeigen mit den Protestierenden der grünen Rebellion, jenen Zigtausenden, die vergangenes Jahr in Iran gegen die Herrschaft der Mullahs aufbegehrten. Als sich die Regisseurin schließlich für den Silbernen Löwen bedankte, bat sie Allah darum, den Menschen in Iran Freiheit und Demokratie zu bescheren.

„Mein Lebensgefühl heißt: Ich gehöre nicht dazu“, sagt Neshat. „Ich bin weder in der Religion zu Hause noch unter denen, die sie ablehnen, weder im Osten noch im Westen, sondern im Dazwischen. Meine Heimat sind die Gegensätze.“ Das ist Shirin Neshats größtes Kapital.

„Women without Men“ ist ein Wunderwerk der Kontraste und der Ambivalenz. Der Film ist einerseits ein politisches Lehrstück und andererseits ein herzzerreißendes Melodram. Ein Gruselmärchen, in dem sich Männer plötzlich in zombiehafte Mumien ohne Lippen und Augen verwandeln, und ein Bilderreigen glamourös fotografierter Menschen.

Die Handlung spielt im Jahr 1953. Während Polizisten und Soldaten protestierende Menschen durch die Straßen von Teheran hetzen, versuchen vier Frauen, aus ihrem bisherigen Leben auszubrechen. Sie fliehen in einen großen, üppig sprießenden Garten vor den Toren der Stadt, in dem die reichste von ihnen, eine sich vor ihrem Gatten ekelnde Dame der Machtelite, eine Art Asyl eingerichtet hat. Auf Dauer aber bleiben die Protagonistinnen auch an diesem Rückzugsort, der zugleich ein idyllisches Gefängnis ist, nicht verschont von den Zumutungen der Außenwelt, von Fanatismus, Hass und Machtgier.

Die Welt der Männer ist gekennzeichnet von den abweisenden Mauern der Häuser und dem Staub der Straßen, den Frauen gehört eine mystische Zauberwelt. Die Stadt ist in flirrendes Sonnenlicht getaucht, im Garten schweben Nebelschwaden über Teiche und Bachläufe und Gebüsch: Die Lebenden quälen sich mit Ängsten, die die jäh wiederauferstehenden Toten längst überwunden haben. Und dennoch erzählt „Women without Men“ eine geradlinige, packende Geschichte.

Der Putsch von 1953, in der Realität wie im Film ferngesteuert von den USA und Großbritannien, bringt Mohammed Mossadegh zu Fall, den 1951 vom Parlament gewählten Premierminister. Neshat lässt eine ihrer Heldinnen im studentischen Widerstand gegen die Errichtung eines neuen, korrupten Gewaltregimes durch Schah Mohammed Resa mitmischen; die junge Frau druckt mit ihren Kommilitonen in Kellern Flugblätter und verteilt sie heimlich. „Ohne diesen Putsch gegen Mossadegh wären die Mullahs in Iran nie an die Macht gelangt“, sagt die Regisseurin.

In der verblüffendsten Szene des Films liegt die von der Schauspielerin Shabnam Tolouei gespielte Studentin auf einem Platz mitten in Teheran in ihrem Blut. Gerade noch waren die Sprechchöre von Protestierenden zu hören, nun sieht man das Gesicht einer Toten, ihre seltsam verdrehten Gliedmaßen, dazu einige Menschen, die auf sie blicken: starr vor Wut, Entsetzen und Angst. Die Szene, wie der ganze Film im Jahr 2007 in Marokko gedreht, lange vor der iranischen grünen Rebellion, erinnert

FOTOS: DDP IMAGES / DDP IMAGES / NFP

Szenen aus Neshat-Film „Women without Men“: *Politisches Lehrstück und herzzerreißendes Melodram*

fatal an die Fotos des im Juni 2009 in Teheran getöteten Mädchens Neda.

„Tatsächlich sieht Neda, die Ikone der iranischen Protestbewegung, meiner Heldin in dieser Szene sehr ähnlich“, sagt die Regisseurin Neshat. „Beide Frauen zeichnen sich für mich durch Unschuld und Reinheit aus, und beide bezahlen ihren Wunsch nach Freiheit mit dem Tod.“

Das klingt so, als trügen Neshats Heldinnen einen heroischen Glorienschein mit sich herum, tatsächlich hat „Women without Men“ mit weiblichem Edelmut gar nichts im Sinn. Die Hauptdarstellerinnen sind gewöhnliche, keineswegs besonders mutige Frauen. „Wage es, das Haus zu verlassen, dann breche ich dir beide Beine“, muss sich eine von ihnen anhören. Eine andere wird von einem Burschen verfolgt, der von seinem Tisch in der Teestube aufspringt, als er sie auf der Straße gehen sieht, dann vergewaltigt der Kerl sie in einem Hauseingang.

„Women without Men“ beruht auf dem gleichnamigen, leicht surrealen Roman der Autorin Schahrnusch Parsipur, die in Iran im Gefängnis saß. Das Buch ist 1989 erschienen und heute in Iran weit verbreitet, obwohl es verboten ist. „In jeder Familie, in der gelesen wird, gibt es eine Ausgabe“, sagt die Regisseurin.

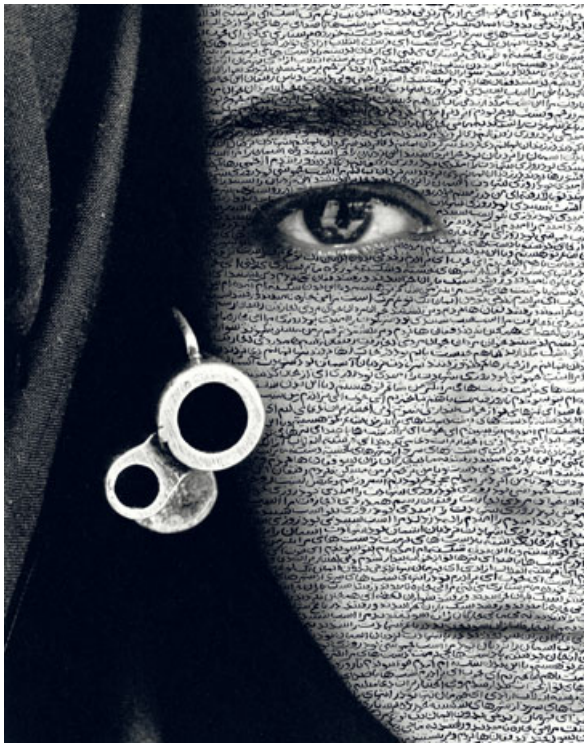
Es gibt zwei Sorten von Feminismus für Shirin Neshat. Die westliche Idee von Feminismus basiere auf dem Gedanken, dass sich Frauen und Männer in einem Wettbewerb befänden, in dem es gelte, für Chancengleichheit zu sorgen. Für Neshat und ihre aufgeklärten muslimischen Mitstreiterinnen bedeutet Feminismus, dafür zu kämpfen, ohne Einmischung der Männer bestimmen zu können, wie man das eigene Leben führen will.

Neshat selbst wurde als 17-Jährige von ihrem Vater aus Iran in die USA geschickt, damit sie dort studiert. Sie ist eine zierliche Frau, die fast immer schlichte schwarze Kleider und großen silbernen Schmuck trägt. Sie ist permanent in Bewegung, ihre Hände, ihre Augen, die ständig hin und her flitzen, um nichts zu verpassen, was um sie herum vorgeht. Oft löst sich ihre Nervosität in einem Kichern.

Als unglückliche, magersüchtige Tochter einer wohlhabenden, in der Nähe von Teheran lebenden Familie kam sie Mitte der Siebziger im kalifornischen Berkeley an. Sie erlebte dort „die schrecklichste Zeit meines Lebens“. Sie studierte Kunst und wollte unbedingt Malerin werden, „nur leider hatte ich keine Ahnung, was ich erzählen wollte“. Nach dem Studium zog sie nach New York, heiratete einen aus Korea stammenden Künstler und Galeristen. Erst 1990, als 33-Jährige, reiste sie erstmals seit ihrer Ankunft in Berkeley wieder nach Iran.

Als sie ein paar Wochen später nach New York zurückkam, fing sie, wie sie es ausdrückt, „auf der Stelle ein neues Leben an“. Sie ließ sich scheiden und verbrachte ihre Tage und Nächte fast nur noch mit Menschen, die wie sie aus Iran kamen. Sie hatte ihr Thema gefunden. „Ich spürte einen Verlust, mit dem ich mich auseinandersetzen musste“, sagt Neshat.

Sie sei schockiert, aber auch ungläubig hingerissen gewesen vom radikal veränderten Leben in ihrem Land. Sie staunte über ihre religiös gewordene Mutter, über die Frauen im Tschador oder mit Kopftuch, über die Einmischung des Regimes in fast alle Fragen des täglichen Lebens.



COURTESY OF SHIRIN NESHAT / PHOTO: LARRY BARNS

Neshat-Werk*: *Rätselbilder voller erotischer Sogkraft*

Am stärksten beeindruckt aber war Neshat davon, „dass es in Iran Frauen gab, die für ihren Glauben sterben wollten“.

Neshat begann großformatige Fotos zu veröffentlichen, auf denen Frauen, oft sie selbst, im Tschador und mit Schusswaffen zu sehen waren; „Women of Allah“ nannte sie die Serie. Es sind strenge Schwarzweißbilder, auf denen das Gesicht, die Hände oder die nackten Füße der Abgebildeten mit Schrift bedeckt sind, mit zeitgenössischer Lyrik in Farsi. Die Fotos wurden als Sensation gefeiert, wegen ihrer erotischen Sogkraft und wegen ihrer Rätselhaftigkeit, und es änderte nichts, dass manche Kritiker sie Kitsch nannten oder einen politischen Standpunkt vermissten.

* „Speechless“, 1996.

In der Kultur, aus der sie stamme, sagt Neshat, entwickle das Widerspiel von Bedrohung und Unterwerfung, Scham und Begierde eine ungleich stärkere Verführungsmacht als in einer Welt, in der Nacktheit allgegenwärtig sei. Wo es unschicklich sei, dass Männer den Frauen in die Augen blickten, „ist es, wenn es dann doch passiert, als ob etwas in einem explodiert, ein Moment der Magie“.

Ende der Neunziger fing Neshat damit an, Videos nach ihren Ideen drehen zu lassen. Eines ihrer berühmtesten, „Turbulent“, zeigt auf zwei nebeneinanderlaufenden Bildspuren eine Sängerin, die vor leeren Rängen singt, weil öffentlicher Gesang Frauen in Iran verboten ist, und einen Sänger, der vor Publikum sein Äußerstes gibt: eine sehr komische, aber auch umwerfend schöne Parallelmontage.

„Es geht immer um Schmerz und Poesie und Traurigkeit in meiner Arbeit“, sagt Shirin Neshat, „um Metaphern und Allegorien weiblicher Sehnsucht.“

Alle Frauen in ihren Fotografien und Videos seien Außenseiterinnen, zur Rebellion entschlossen. „Sie rennen weg oder entziehen sich. Sie sind wie ich. Sie fürchten nichts mehr als die Stagnation.“

Sie könne sich nicht vorstellen, je wieder in Iran zu leben, sagt Neshat. „Ich sitze zwischen den Stühlen.“ Sie ist stolz auf ihr Talent, Menschen für sich einzuspannen und für ihre Arbeit zu begeistern, aber in den fast sechs Jahren, die für die Arbeit an ihrem Film draufgingen, sei sie ein paarmal verzweifelt. „Es gab Momente, in denen ich so erschöpft war, dass ich mich umbringen wollte“, sagt sie.

Das Geld für den Film, der rund fünf Millionen Euro gekostet hat, „nur“, wie sie zu Recht sagt, kommt mehrheitlich aus deutschen Fördertöpfen. Den österreichischen Kameramann Martin Gschlacht („Lourdes“) haben ihr ihre Produzenten vermittelt, nachdem der ursprünglich verpflichtete Kameramann in Iran an der Ausreise gehindert wurde. Die Filmmusik steuerte der japanische Großmeister Riyuchi Sakamoto bei.

„Ich will weiter Filme machen, aber im Hauptberuf bleibe ich Künstlerin“, sagt Neshat. Als Nächstes wird sie mitschreiben und mitwirken an einem Film, bei dem ihr Lebensgefährte Shoja Azari, der gleichfalls ein ziemlich erfolgreicher Künstler ist, Regie führen wird. Der Film soll „Paradise“ heißen und im kommenden Winter gedreht werden. Er wird von einer amerikanischen Journalistin handeln, die in einem Land des Nahen Ostens als Geisel genommen wird. Der ganze Film werde in einem engen Raum spielen, in dem der Entführer und die Entführte zusammengesperrt seien, sagt Neshat, und dass in der Geschichte einen Moment lang eine Liebesaffäre zwischen den beiden Eingesperrten vorstellbar sei. Es wird nichts draus. Was ist schon das Stockholm-Syndrom gegen den Freiheitswillen einer Frau? WOLFGANG HÖBEL

Verleger Wagenbach

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Weil ich eine Stinkwut hatte“

Klaus Wagenbach über die Toskana-Fraktion und Otto Schily, über Ulrike Meinhof und den Aufstand der 68er, über Liebschaften auf dem Autorücksitz und die Kunst, einen linken Verlag zu leiten, der auch nach 46 Jahren noch nicht pleite ist

SPIEGEL: Herr Wagenbach, Sie haben einen legendären Ruf als linker Verleger und als 68er-Aktivist, weil Sie sich ein Leben lang an der Bundesrepublik abgearbeitet haben. Sie werden nun 80 Jahre alt und könnten heute doch ganz zufrieden sein mit diesem Land, oder?

Wagenbach: Sie wollen natürlich, dass ich jetzt den Heldentenor spiele.

SPIEGEL: Warum nicht?

Wagenbach: Die Bundesrepublik hat einen interessanten Weg zurückgelegt, das ist wohl wahr. Aber: Auch wenn wir Linke immer etwas übertrieben haben mit unseren Forderungen nach mehr Gleichheit, ist heute die Ungleichheit in diesem Land, auf dieser Welt peinlich. Das muss die Gesellschaft auseinanderreißen.

SPIEGEL: Sie wollten mit Ihren Büchern Politik und Gesellschaft verändern. 1964 haben Sie den Wagenbach-Verlag gegründet, der seither politische und literarische Titel veröffentlicht, um etwas zu bewirken. Geht das überhaupt mit Büchern?

Wagenbach 1956

PRIVATARCHIV KLAUS WAGENBACH

Literatur und linke Politik

wusste der Verleger, Revoluzzer und Lebenskünstler Klaus Wagenbach, geboren am 11. Juli 1930 in Berlin, immer zu verbinden. Die Bücher des 1964 gegründeten Wagenbach-Verlags zogen sowohl den Zorn der DDR-Obrigkeit als auch der West-Berliner Justiz auf sich. Wagenbachs besondere Liebe galt von früh an Franz Kafka, dessen Leben und Werk er mehrere Bücher gewidmet hat. Jetzt ist seine Lebensbilanz „Die Freiheit des Verlegers“ (352 Seiten; 19,90 Euro) erschienen.

Wagenbach: Ich glaube schon. Man kann doch mit Büchern auf manches aufmerksam machen. Und dass uns das oft gelang, lässt sich doch allein schon an den vielen Verfahren und Prozessen gegen uns erkennen. Vom Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zum Verrat militärischer Geheimnisse …

SPIEGEL: … Sie hatten 1962 eine Resolution gegen die Besetzung des SPIEGEL unterzeichnet …

Wagenbach: … bis zur Verurteilung wegen Beleidigung der Polizei. Ich kann mich heute rühmen, der meistangeklagte noch lebende deutsche Verleger zu sein.

SPIEGEL: In Ihrem Verlag hier sieht es recht bürgerlich aus: Ihr Büro mit dem Ohrensessel in Kornblumenblau, Zeichnungen an den Wänden und auf dem Flur. Sie wirken nicht gerade wie ein Revoluzzer.

Wagenbach: Ach, jetzt seien Sie mal nicht so enttäuscht, alles hat seine Zeit. Ich selber bin zwar noch fast jeden Tag hier, aber der Verlag wird ja seit acht Jahren von meiner Frau Susanne Schüssler geleitet …

SPIEGEL: … über 30 Jahre jünger als Sie.
Wagenbach: Ja, und da sie es nun macht, hat sich natürlich manches geändert. Aber meine Frau ist ein durch und durch politisch denkender Mensch, und deswegen haben wir seit drei Jahren auch wieder eine neue politische Reihe im Programm.
SPIEGEL: Sie haben 1969 Ihren Mitarbeitern 50 Prozent des Verlags übergeben. Das Wagenbach-Kollektiv funktionierte allerdings nur wenige Jahre. Warum?
Wagenbach: Die Erklärung ist einfach: Wir haben uns damals alle übernommen. Es wurde Tag und Nacht gearbeitet, es gab überhaupt keinen Unterschied zwischen der Arbeit und der privaten Existenz. Bei den Sitzungen und während des Lektorierens sprangen unsere Kinder herum, wir mussten ständig Leute aus dem Untergrund tage- und nächteweise verstecken, das gehörte dazu, natürlich, aber es brachte auch viel Anspannung mit sich. Dann wurde der Verlag immer wieder von Polizisten gestürmt. Es war alles zu viel. Irgendwann ging das nicht mehr. Es musste ruhiger werden, auch um der Bücher willen.
SPIEGEL: Wie kam es, dass Sie ein Linker wurden?
Wagenbach: Weil ich eine Stinkwut auf diesen Staat hatte, auf den Fehlstart dieses Staates. Die Bundesrepublik war noch Mitte der sechziger Jahre ein entsetzliches Land, grauenhaft. Heute schauen Westdeutsche ja immer mit so einer Herablassung auf die DDR. Aber ich kann Ihnen sagen, die Bevölkerung der Bundesrepublik war in den fünfziger und sechziger Jahren ganz genau so unterwerfungsbereit. 80 Prozent dieser Leute waren immer noch Nazis. Von Adenauer, gewiss kein Nazi, aber ein autoritärer Säckel, gibt es einen Spruch, der mir später eingeleuchtet hat: „Wenn Sie keine saubere Suppe haben, müssen Sie eben eine schmutzige Suppe essen.“ Es gab ja nur dieses eine Volk.
SPIEGEL: Im Rückblick hat Adenauer seine Sache gar nicht so schlecht gemacht.
Wagenbach: Es ist ihm ganz bestimmt nicht gelungen, dieses Volk besser zu machen.
SPIEGEL: Was genau war so entsetzlich und grauenhaft?
Wagenbach: Da kann ich Ihnen viele Geschichten erzählen. Haben Sie Zeit?
SPIEGEL: Bitte.
Wagenbach: Okay. Autorücksitze zum Beispiel. Die fünfziger Jahre waren eine Ära der Autorücksitze. Wenn man mal ein Ding drehen wollte, war der Autorücksitz der einzige Ort, wo das ging. Wir fuhren tief hinein in den Wald, und dort waren, Sie werden es nicht glauben, Polizisten auf Streife, und wenn die einen erwischten, musste man Strafe zahlen. Erregung öffentlichen Ärgernisses. Und das im Dunkeln!
SPIEGEL: Das klingt auch romantisch.
Wagenbach: Romantisch? Während die Sittenwächter zugucken? Und dann gab es noch das Problem mit den Kondomen. Wissen Sie, wie schwierig es war, an Kondome zu kommen? Selbst in der Apotheke mussten die immer erst aus dem Keller geholt werden. Das war lächerlich und natürlich auch tragisch. Ständig waren Frauen schwanger und mussten abtreiben. Ich kann mich an eine Geschichte von Romy Schneider erinnern, die sich mal mit einem bekannten Schauspieler im Hotel am Steinplatz in Berlin amüsieren wollte. Der Portier wies die beiden ab. Der Schauspieler ist dann über den Tresen gehüpft und hat den Portier verprügelt. So war das damals. Abenteuerlich.
SPIEGEL: Aber reicht das als Erklärung dafür aus, dass eine ganze Generation auf die Straße ging und ein Teil davon sogar in den Untergrund?
Wagenbach: Nein, die Hauptwut richtete sich gegen das Schweigen der Älteren. Die eigentliche Eskalation kam von außen. Ich war ja dabei, als es begann. Das war im Februar 1966, eine lächerliche Demonstration. Wir waren wohl einige hundert Leute, da flogen dann die ersten berühmten Farbeier auf das Amerika-Haus. Das waren, glaube ich, die Leute, die später die Kommune gegründet haben, schließlich wollten sie auch noch die amerikanische Fahne runterholen. Ich habe denen gesagt: „Nein, das geht nicht, sie waren immerhin unsere Befreier. Aber ich schlage vor, die Fahne auf Halbmast zu hängen.“ So wurde es gemacht. Am nächsten Tag standen hasserfüllte Berichte in den Zeitungen, allen voran in der Springer-Presse. Drei Farbeier, ein paar Hetzartikel, und die Revolte ging los.
SPIEGEL: Sie waren viel älter als die meisten Demonstranten. In der Presse galten Sie später als der Baader-Meinhof-Verleger, weil Sie das „Bambule“-Buch von Ulrike Meinhof veröffentlicht haben. Wie denken Sie heute über Ihre damalige Rolle?
Wagenbach: Vor allem Ulrike Meinhof war mir nahe, aber ich habe nie verstanden, wie sie auf diesen Weg geraten ist. Ich habe ihr gesagt: „Du kannst schreiben, wir brauchen dich oben, nicht unten, was willst du im Untergrund?“ Sie hat leider nicht auf mich gehört. Wenige Wochen

KLAUS MEHNER / BERLINPRESSESERVICES.DE

Journalistin Meinhof 1970*: *„Ich habe ihren Weg nie verstanden“*

* Bei einer vorläufigen Festnahme in West-Berlin.

vor ihrer Verhaftung war ich bei ihr in Hamburg, ich hatte einen fertigen Fluchtplan. Aber sie wollte nicht.

SPIEGEL: Nach dem Selbstmord von Meinhof 1976 haben Sie eine der Trauerreden auf der Beerdigung gehalten.

Wagenbach: Ich weiß auch nicht mehr, wer mich angerufen und gebeten hat, da eine Rede zu halten. Der Anruf erreichte mich ziemlich spät am Abend vorher. Und bei der Beerdigung selbst kam ich gar nicht richtig ran ans Grab, weil etwa tausend Polizisten uns eingekesselt hatten, man kam nicht vor und zurück. Sogar die Frauen, die mal mussten, durften nicht raus und haben dann im Stehen gepinkelt.

SPIEGEL: Viele Sympathisanten der RAF glaubten, dass der Staat ihr Mörder gewesen sei. Sie teilten schon damals diese Ansicht nicht, gaben aber immerhin den „deutschen Verhältnissen“ die Schuld am Tod von Ulrike Meinhof.

Wagenbach: Ja, so habe ich es empfunden.

SPIEGEL: Am Ende Ihrer Rede zitierten Sie Bertolt Brecht: „Ach, wir / Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit / Konnten selber nicht freundlich sein.“ Funktioniert das: Freundlichkeit durch Unfreundlichkeit erzwingen? Mögen Sie den Satz noch?

Wagenbach: Nein. Kommandos führen zu nichts. Freundlichkeit führt zu vielem.

SPIEGEL: In Ihrer Rede am Grab der Meinhof machten Sie eine merkwürdige Rechnung auf: Sie sagten, die RAF habe fünf Menschen umgebracht, die Polizei aber habe während der Fahndung mehr Leute getötet.

Wagenbach: Das ist mir heute peinlich. Ich wusste eigentlich damals schon, wie verrückt das alles war: sowohl die Reaktion des Staates als auch die Aktionen derjenigen, die im Untergrund agierten.

SPIEGEL: Sie wurden nach der Grabrede von der RAF bedroht. Hatten Sie Angst?

Wagenbach: Natürlich. Mit Gudrun Ensslin war ja nicht zu spaßen. Ich habe mir damals einen Schlagring in die Tasche gesteckt, der von meinem Urgroßvater stammte. Und bin jeden Tag einen anderen Weg gegangen. Aber es passierte zum Glück nichts.

SPIEGEL: Warum haben Sie dem allen nie abgeschworen?

Wagenbach: Weil die Eskalation auch vom Staat betrieben wurde. Das wird heute gern übersehen. Otto Schily hat in einem Buch, das ich 1976 herausgegeben habe, diese Toten einmal aufgelistet. Augenblick, ich lese Ihnen das mal kurzgefasst vor: Im Juli 1972 fand in Duisburg ein 18-jähriger Lehrling durch Polizeikugeln den Tod. Im Februar 1973 erschoss ein Polizist in Hildesheim einen Lehrling, der trotz Lokalverbots sein Bier austrinken wollte. Im Mai 1973 wurde in Eschwege ein 14-jähriger Junge durch einen Feuerstoß aus einer Maschinenpistole getötet, ein zweiter verletzt. Und weitere fünf Erschießungen. Am Ende steht jedes Mal, typisch Otto, typisch Rechtsanwalt: „Strafrechtliche Folgen für den Schützen: keine. Strafrechtliche Folgen für den Polizeibeamten: keine.“

PRIVATARCHIV KLAUS WAGENBACH

Freunde Schily, Wagenbach in der Toskana um 1988: *„Typisch Otto, typisch Rechtsanwalt“*

MELLER-MARCOVICZ/ULLSTEIN BILD

HEINZ KÖSTER

Literat Wagenbach mit Philologe Jens 1962, mit Autor Grass 1966*: *„Nur Kanonenfutter“*

SPIEGEL: Schily hat Sie damals in diversen Verfahren verteidigt, er hat auch RAF-Angeklagte vertreten. Er wurde Jahrzehnte später Innenminister dieses Landes für die SPD. Sind Sie noch befreundet?

Wagenbach: Zu Otto ist hauptsächlich zu sagen, dass er meinen Verlag gerettet hat. Ich war ja dauernd wegen irgendetwas angeklagt. Ich habe den Verlag nur behalten können, weil Otto mich immer wieder rausgehauen hat. Darin war er außerordentlich, auch noch später als Grüner. Mit meiner Italienleidenschaft habe ich ihn in die Toskana-Fraktion gelockt. Dann geriet er ins Innenministerium. Tja.

SPIEGEL: Tja?

Wagenbach: In Italien habe ich gelernt, freundlich auch zum politisch Andersdenkenden zu sein.

SPIEGEL: Sie sind nicht einverstanden mit seiner Entwicklung?

Wagenbach: Ich drücke das jetzt mal ganz höflich aus: Jedes Innenministerium ist qua definitionem ein Haus der Polizei, und Polizisten denken nicht in Freiräumen, sie denken in Verboten.

SPIEGEL: Sie und Ihre Mitstreiter waren 1968 angetreten, um auf die Reste der nationalsozialistischen Ideologie im Staat und im Denken der Bevölkerung aufmerksam zu machen. Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass – fast drei Jahre älter als Sie – hat erst spät zugegeben, bei der Waffen-SS gewesen zu sein. Der Germanist Walter Jens musste sich wegen Karteikarten, die ihn als NSDAP-Mitglied auswiesen, rechtfertigen. Erschreckt es Sie, dass Ihre Generation nun selber unter Nazi-Verdacht steht?

Wagenbach: Sie reden hier von Leuten, die während der Nazi-Zeit ganz jung waren: 15, 16, 17. Die haben als Kanonenfutter gedient. Mehr war das doch nicht. Dass darauf heute so herumgeritten wird, das ist typisch für diese Event-Kultur. Da geht es doch nur um Schlagzeilen, um den Effekt, um den Skandal. Grass in der Waffen-SS – das war der „Frankfurter Allgemeinen“ eine Titelzeile wert. Ich war ja schon in den fünfziger Jahren sehr mit Grass befreundet und kann bezeugen, dass er damals keinen Hehl daraus gemacht hat, statt der Marine der Waffen-SS zugeteilt worden zu sein.

SPIEGEL: Warum hat er später nicht mehr davon geredet, erst wieder 2006 in seinem Buch „Beim Häuten der Zwiebel“?

Wagenbach: Darüber kann man lange nachdenken. Man weiß nicht immer alles über sich selbst. Man weiß auch nicht immer, warum man erst etwas sagt und es dann unterlässt. Man darf auch nicht vergessen, dass vielen in den sechziger Jahren erst durch die Auschwitz-Prozesse die

* Mit seiner ersten Ehefrau Katharina und dem Schriftsteller Christoph Meckel (2. v. l.) in West-Berlin.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (1) **Stephenie Meyer**
Bis(s) zum ersten Sonnenstrahl
Carlsen; 15,90 Euro

2 (2) **Tommy Jaud**
Hummeldumm
Scherz; 13,95 Euro

3 (4) **Sebastian Fitzek**
Der Augensammler
Droemer; 16,95 Euro

4 (3) **Cecelia Ahern**
Ich schreib dir morgen wieder
W. Krüger; 16,95 Euro

5 (5) **Henning Mankell**
Der Feind im Schatten
Zsolnay; 26 Euro

6 (6) **Donna Leon**
Schöner Schein
Diogenes; 21,90 Euro

7 (–) **Leonie Swann**
Garou – Ein Schaf-Thriller
Goldmann; 19,95 Euro

8 (7) **John Irving**
Letzte Nacht in Twisted River
Diogenes; 26,90 Euro

9 (8) **Jussi Adler-Olsen**
Erbarmen
dtv; 14,90 Euro

10 (9) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Gefährliche Liebe Oetinger; 17,95 Euro

11 (10) **Stephenie Meyer**
Bis(s) zum Ende der Nacht
Carlsen; 24,90 Euro

12 (12) **Sarah Lark**
Das Gold der Maori
Lübbe; 14,99 Euro

13 (11) **Nicholas Sparks**
Mit dir an meiner Seite
Heyne; 19,95 Euro

14 (–) **Christa Wolf**
Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freud
Suhrkamp; 24,80 Euro

Die ostdeutsche Autorin über die Hinterlassenschaft der DDR und die Turbulenzen nach der Wiedervereinigung

15 (13) **Trudi Canavan**
Sonea
Penhaligon; 19,95 Euro

16 (16) **Anna Gavalda**
Ein geschenkter Tag
Hanser; 12,90 Euro

17 (14) **Janet Evanovich**
Kuss mit lustig
Manhattan; 14,95 Euro

18 (15) **Martin Suter**
Der Koch
Diogenes; 21,90 Euro

19 (20) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Tödliche Spiele Oetinger; 17,90 Euro

20 (18) **Marina Lewycka**
Das Leben kleben
dtv; 14,90 Euro

Sachbücher

1 (1) **Margot Käßmann**
In der Mitte des Lebens
Herder; 16,95 Euro

2 (2) **Ulrich Detrois**
Höllenritt – Ein deutscher Hells Angel packt aus Econ; 18 Euro

3 (3) **Michael Mittermeier**
Achtung Baby!
Kiepenheuer & Witsch; 14,95 Euro

4 (4) **Eckart von Hirschhausen**
Glück kommt selten allein …
Rowohlt; 18,90 Euro

5 (13) **Roman Maria Koidl**
Scheißkerle
Hoffmann und Campe; 17 Euro

Die Macken der Männer – und warum Frauen ab dreißig so selten den Richtigen finden

6 (5) **Manfred Lütz**
Irre! Wir behandeln die Falschen
Gütersloher Verlagshaus; 17,95 Euro

7 (6) **Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja, wie viele? Goldmann; 14,95 Euro

8 (8) **Helmut Schmidt / Fritz Stern**
Unser Jahrhundert
C. H. Beck; 21,95 Euro

9 (9) **Werner Bartens**
Körperglück Droemer; 19,95 Euro

10 (10) **Joachim Gauck**
Winter im Sommer – Frühling im Herbst Siedler; 22,95 Euro

11 (11) **Kester Schlenz**
Alter Sack, was nun?
Goldmann; 16,95 Euro

12 (7) **Michael Grandt**
Der Staatsbankrott kommt!
Kopp; 19,95 Euro

13 (14) **Julia Heilmann / Thomas Lindemann** Kinderkacke – Das ehrliche Elternbuch
Hoffmann und Campe; 15 Euro

14 (19) **Miriam Meckel**
Brief an mein Leben
Rowohlt; 18,95 Euro

15 (–) **Susanne Schmidt**
Markt ohne Moral
Droemer; 19,95 Euro

16 (18) **Jay Dobyns / Nils Johnson-Shelton**
Falscher Engel
Riva; 19,90 Euro

17 (17) **Rhonda Byrne**
The Secret – Das Geheimnis
Goldmann; 16,95 Euro

18 (12) **Jens Lehmann** mit Christof Siemes
Der Wahnsinn liegt auf dem Platz
Kiepenheuer & Witsch; 16,95 Euro

19 (20) **Wolfgang Clement / Friedrich Merz**
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0 Herder; 18,95 Euro

20 (16) **Elfriede Vavrik**
Nacktbadestrand
edition a; 19,50 Euro

Dimension des NS-Grauens klargeworden ist. Vielleicht hat Grass dann angefangen, sich zu schämen.

SPIEGEL: Hätte er diese Scham nicht thematisieren müssen?

Wagenbach: Es muss nicht jeder über alles reden. Aber wenn man es schon fordert, dann muss man es auch von allen fordern, übrigens auch von so hohen „FAZ“-Herrschaften wie dem langjährigen Mitherausgeber Joachim Fest, der doch auch zu dieser Generation gehörte. Ich habe nichts von einer Entkleidung aller seiner Würden gehört, gar nichts. Dabei hat er sich auf allerschlimmste Weise hinters Licht führen lassen von diesem Dreckschwein Albert Speer, Hitlers Architekt und Rüstungsminister …

SPIEGEL: Fest hatte mit Speer an dessen „Erinnerungen“ gearbeitet.

Wagenbach: Und Fest war ein erwachsener Mann. Wenn man also diesen Fall gegen den Fall Grass hält, dann wird der Fall Grass sehr klein.

SPIEGEL: Sind Sie heute noch mit Grass befreundet?

Wagenbach: Günter und ich hatten uns mal böse zerstritten. Wir sind politisch auseinandergeraten, haben viele Jahre nicht miteinander gesprochen. Er war, wie ich immer gern sage, ein unverbesserlicher Sozialdemokrat und ich ein unverbesserlicher Anarchist. Irgendwann bin ich darauf gekommen, dass der Lyriker Grass etwas unterschätzt wird. Und ich wollte eine kleine persönliche Ausgabe von Grass-Gedichten machen. Also habe ich durch Freunde vorfühlen lassen, und dann kamen positive Nachrichten. Ich bin hingefahren zu ihm und habe gesagt: Wo waren wir stehengeblieben? Er hat gelacht, und die Sache war erledigt. Es wurde ein sehr schönes Buch.

SPIEGEL: Wenn Sie von Grass sagen, dass er während der Nazi-Zeit zu jung gewesen war, um das Regime wirklich beurteilen zu können – wie war denn das für Sie? Sie sind Jahrgang 1930. Sind Sie auch den Verlockungen des NS-Reichs erlegen?

Wagenbach: Gute Frage. Da muss ich nachdenken. Doch, ein Fahrtenmesser wollte ich gern haben, wie alle Pimpfe. Und das habe ich auch gekriegt, natürlich. Aber als ich es hatte, habe ich mich einfach gedrückt und war weg.

SPIEGEL: Waren Ihre Eltern in der NSDAP?

Wagenbach: Nein. Mein Vater, der bei einer Bank angestellt war, hat immer auf meine Mutter gehört, nur einmal nicht. Sie wollte, wie viele Frauen, dass ihr Mann Karriere macht, obgleich sie selbst einen Beruf hatte: als Telefonistin. Irgendwann sagte sie zu meinem Vater: Jetzt tritt mal in die Partei ein! Da hat mein Vater nein gesagt. Ich weiß noch genau, wie er sich dabei mit beiden Händen an den Tisch klammerte und seine Knöchel ganz weiß wurden. Sonst hat er wirklich immer auf sie gehört. Meine Mutter hatte

LEHNARTZ / PHOTONET. I.N.C.

Verlagschef Wagenbach (l.) in seinem Büro 1969: *„Ich kam zwar nie ins Gefängnis, aber die ewigen Prozesskosten hätten uns fast ruiniert“*

zu Hause die Hosen an. Als sie alt wurden, erfuhr mein Vater vom Arzt, dass meine Mutter sterbenskrank war. Mein Vater sagte es ihr, da hat sie erwidert: Aber Joseph, es war doch ausgemacht, dass du zuerst stirbst! Kurz darauf starb mein Vater, der wirklich kerngesund war, und meine Mutter konnte dann auch in Frieden sterben.

SPIEGEL: Was hielten Ihre Eltern von den Plänen, einen Verlag zu gründen?

Wagenbach: Sie haben sich schon ein bisschen gefürchtet, mich aber nicht gehindert. Mein Vater hat mir sogar ein Grundstück geschenkt, eine Wiese, die ich dann verkauft habe, um das Startkapital zu haben. Heute kann man sagen: Ist ja noch mal alles gutgegangen.

SPIEGEL: Aber zwischendurch war der Verlag fast schon einmal pleite.

Wagenbach: Ja, 1975 standen wir vor dem Konkurs. Die ewigen Prozesskosten hätten uns fast ruiniert. Ich kam zwar nie ins Gefängnis, aber die Gerichte haben uns mit Vergnügen die Kosten des Verfahrens aufgebrummt, das sie dann gern ein wenig in die Länge zogen. Da waren dann schnell 40 000 Mark zusammen. Für uns viel Geld.

SPIEGEL: Es ging in diesen Prozessen oft um vermeintliche Ehrverletzungen.

Wagenbach: Nehmen Sie den Fall des Polizisten Kurras, der 1967 Benno Ohnesorg angeblich aus Notwehr erschossen hat. Ich habe das damals Mord genannt. Die Pointe ist, dass ich bis heute als Einziger in dieser Sache bestraft worden bin. Kurras ist freigesprochen worden. Aber der Kritiker des Vorgangs nicht. Man muss sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Ich wurde wegen der verletzten Ehre eines, wie sich jetzt herausstellt, schießwütigen Herrn im Dienst der Stasi verurteilt.

SPIEGEL: Wie ist es Ihnen trotz dieser Schwierigkeiten gelungen, diesen kleinen, unabhängigen Verlag am Leben zu erhalten?

Wagenbach: Das werde ich dauernd gefragt. Es geht seit 46 Jahren, und das spricht eigentlich für sich. Sie brauchen sich keine Sorgen um uns zu machen.

SPIEGEL: Mit dem Roman „Die souveräne Leserin“ von Alan Bennett haben Sie vor zwei Jahren einen echten Bestseller gelandet. Was war das für ein Gefühl?

Wagenbach: Unsere Bücher sind ja mit ihrem Leineneinband, den Prägungen und den mit den per Hand aufgeklebten Bildern sehr aufwendig gefertigt. Und es war gar nicht so leicht, die hohen Auflagen rechtzeitig herzustellen. Einmal habe ich das Buch auf dem Bestsellerregal bei Thalia besucht. Ich glaube, es fror. Es fühlte sich fremd, weil es so anders war als die anderen, die ja dafür gemacht sind, nach drei Monaten wieder aus den Buchhandelsregalen zu fliegen. Meine Bücher sollen hundert Jahre halten. Das ist der Anspruch.

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Wagenbach (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Ist ja noch einmal gutgegangen“

SPIEGEL: Ihr Traum von einem gesamtdeutschen Literaturverlag platzte allerdings schon früh, nachdem Sie Mitte der sechziger Jahre als Erster Bücher von Wolf Biermann druckten. Die DDR, wo der Dichter damals lebte, reagierte mit einem Einreiseverbot für Sie.

Wagenbach: Ich hatte sogar ein Durchreiseverbot, das heißt, ich bekam nicht nur keine Lizenzen mehr aus der DDR, sondern ich musste auch mit dem Flugzeug hier raus, sieben Jahre lang.

SPIEGEL: Und kaum war Biermann im Westen, hat er den Verlag gewechselt. Ist das immer noch eine Wunde?

Wagenbach: Dieser unhöfliche Patron hat seinen Verlag, in dem seine ersten Bücher erschienen sind, nie betreten, nie. Das muss man sich mal vorstellen. Er hätte ja wenigstens sagen können: Hier bin ich, tschüs, ich gehe zu einem anderen Verlag.

SPIEGEL: Sie haben 2001 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse erhalten. Kann so einer wirklich ein echter Linker sein?

Wagenbach: Der Orden, der ist wunderbar. Ich dachte mir, wenn mal wieder ganz schlimme Zeiten kommen und man etwas tun muss gegen den Staat, dann demonstriere ich in der ersten Reihe mit dem Verdienstkreuz an der Brust. Ich will wirklich, dass dies ein gerechter und freier Staat ist. Und nichts anderes.

SPIEGEL: Und Ihre roten Socken tragen Sie dann auch?

Wagenbach: Natürlich, ich bin doch die personifizierte rote Socke. Deswegen macht mir das Bundesverdienstkreuz Freude.

SPIEGEL: Herr Wagenbach, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Susanne Beyer und Volker Hage im Wagenbach-Verlag in Berlin.

BETTMANN/CORBIS

MGM-Regisseur Alfred Hitchcock 1958 (Fotomontage): *Die glorreiche Vergangenheit finanziert die trostlose Gegenwart*

KINO

Glamour zum Schleuderpreis

Die Studios MGM und Miramax stehen zum Verkauf – und finden keine neuen Besitzer. Nun sind der nächste Bond-Film und die „Herr der Ringe“-Fortsetzung „Der kleine Hobbit“ gefährdet.

Er war das mächtigste Wappentier Hollywoods. Leo, der Löwe, brüllte im Vorspann Tausender Filme des Studios MGM, das sich einst rühmte, mehr Stars zu haben als der Himmel Sterne. Doch heute kann Leo kaum noch röcheln, und wenn es ganz übel kommt, werden ihm bald auch noch die letzten Zähne gezogen. MGM ist nahezu pleite.

Das 1924 gegründete Studio Metro-Goldwyn-Mayer, das Greta Garbo und Clark Gable zu Weltruhm führte, hat 3,7 Milliarden Dollar Schulden. Neuproduktionen wie das Remake des Musicals „Fame“ floppten, weitere Filme wurden zurückgestellt. Seit mehr als einem halben Jahr steht MGM zum Verkauf, doch bislang fand sich kein neuer Eigentümer.

Immer wieder wurde die Bieterfrist für MGM verlängert, zuletzt bis Mitte Juli. Danach droht die Insolvenz. MGM werfe „seine sterblichen Überreste auf den Markt“, schreibt die „New York Times“. Filmstudios, so das Blatt, drohen zu einer „Fußnote“ der Finanzwelt zu verkommen. Für MGM hat die Stunde der Spekulanten geschlagen.

Dabei müsste es dem Studio eigentlich blendend gehen. Denn es besitzt Rechte an der James-Bond-Reihe und an dem Roman „Der kleine Hobbit“ von J.R.R. Tolkien, dem Autor der „Herr der Ringe“-Trilogie. Damit hat MGM zwei der größten Dukatenesel des Kinos im Stall. Doch dummerweise fehlt das Geld, sie zu füttern.

Weil die Kassen des Studios leer sind, gaben die Produzenten der Bond-Reihe Ende April bekannt, sie müssten die Produktion des neuen 007-Abenteuers auf unbestimmte Zeit verschieben. Ursprünglich sollten die Dreharbeiten noch in diesem Jahr beginnen.

Ende Mai kam der nächste Schock für MGM: Guillermo del Toro, Regisseur der lange geplanten „Hobbit“-Verfilmung, ließ verlautbaren, er müsse nach fast zwei Jahren Arbeit leider aus dem Projekt aussteigen. Solange das Studio keine neuen Eigentümer gefunden hat, besteht keine Hoffnung, dass das gewaltige Budget von 300 Millionen Dollar für das auf zwei Teile angelegte „Hobbit“-Projekt zur Verfügung gestellt wird.

„Das war die härteste Entscheidung meines Lebens“, sagte der 45-jährige Regisseur von Filmen wie „Hellboy“. „Aber der Druck, der auf diesem Projekt lastete, wurde immer größer. Aber wir bekamen kein grünes Licht.“

Hollywood macht sich große Sorgen um die Zukunft seiner Studios, denn MGM ist kein Einzelfall. Auch die Firma Miramax steckt in schweren Turbulenzen und sucht einen Käufer. Das Studio wurde 1979 von den Brüdern Harvey und Bob Weinstein gegründet, schuf Welterfolge wie „Pulp Fiction“, „Der englische

Patient“ oder „Shakespeare in Love“ und gewann mehr als 50 Oscars.

Die Gründer verkauften ihre Firma 1993 für 80 Millionen Dollar an den Disney-Konzern. Zehn Jahre später war das Studio mehr als das Zwanzigfache wert. 300 Millionen Dollar weltweit spielte allein das Musical „Chicago“ ein. Doch unter dem Dach von Disney explodierten die Budgets der gefeierten Billigfilmer Weinstein plötzlich.

Martin Scorseses Epos „Gangs of New York“ verschlang knapp hundert Millionen Dollar, tat sich aber schwer, seine Kosten wieder einzuspielen. Das Zerwürfnis mit dem Disney-Konzern begann schon, als dessen damaliger Chef Michael Eisner den Weinstein-Brüdern verwehrte, eines ihrer Lieblingsprojekte zu realisieren, weil er es für zu aufwendig hielt: die Verfilmung von Tolkiens „Herr der Ringe“-Romanen.

Später gingen die Brüder auf strikte Opposition zu ihrem Mutterkonzern, brachten Michael Moores Dokumentarfilm „Fahrenheit 9/11“ in Eigenregie heraus und schieden schließlich gegen eine üppige Abfindung bei Miramax aus. Seither ist es mit Miramax immer mehr bergab gegangen, zum Anfang des Jahres entließ Disney den Großteil des Personals und bietet die Tochterfirma nun zum Verkauf an.

Miramax wurde vor fünf Jahren noch auf einen Wert von etwa zwei Milliarden Dollar taxiert. Inzwischen verlangt Disney für das Studio rund 700 Millionen Dollar. Noch schlimmer erwischte es MGM. 2004 wurde das Studio vom Elektronik- und Medienkonzern Sony mit Hilfe von Finanzinvestoren für fünf Milliarden Dollar erworben, heute findet das Studio nicht mal für ein Drittel dieser Summe einen Käufer.

Dieser Werteverfall zweier Studios ist bedrohlich und hat weniger mit der Finanzkrise zu tun, die sich mit mehr als einem Jahr Verzögerung nun auch auf das Kino auswirkt. Tatsächlich geht es darum, dass sich die Geschäftsmodelle Hollywoods gerade radikal verändern.

MGM war lange ein begehrtes Objekt. Der Milliardär Kirk Kerkorian kaufte und verkaufte das Studio zwischen 1969 und 2005 gleich dreimal, und während er daran verdiente, erhöhte sich der Schuldenberg des Unternehmens. Doch der Wert von MGM stieg weiter. Der Grund dafür war die rund 4000 Titel umfassende Filmbibliothek, an der MGM die Rechte besitzt.

Dazu zählen Klassiker wie „Mata Hari“ und „Ein Amerikaner in Paris“, „Ben Hur“ und „2001: Odyssee im Weltraum“. Und dazu zählen auch die Produktionen des früheren Konkurrenten United Artists, den MGM in den achtziger Jahren übernahm: die James-Bond-Reihe, die „Rocky“-Filme. Zu Zeiten des DVD-Booms mit zweistelligen Zuwachsraten waren diese Rechte Gold wert.

Viele Jahre lang zehrte MGM von seiner Backlist, die glorreiche Vergangenheit finanzierte die trostlose Gegenwart. Die Einnahmen aus dem DVD-Geschäft und dem Verkauf der TV-Ausstrahlungsrechte ermöglichte dem Studio große Produktionen wie die Neuauflage der „Rosarote Panther“-Reihe.

Doch Filmrechte haben in den vergangenen Jahren rasant an Wert verloren. Fernsehsender zahlen inzwischen deutlich weniger, weil alte, gar schwarzweiße Filme immer geringere Einschaltquoten erzielen und selbst die TV-Premieren neuer Blockbuster keine Straßenfeger mehr garantieren.

„Shakespeare in Love“ (Miramax)

„Pulp Fiction“ (Miramax)

VEREECKE / INTER-TOPICS (L.); CINETEXT (O.)

„Ein Quantum Trost“ (MGM)

SONY PICTURES (L.); CINETEXT (U.)

„2001: Odyssee im Weltraum“ (MGM)

Hollywood-Erfolgsfilme
Rasante Werteverluste

Und die Einnahmen aus dem Verkauf und Verleih von DVDs sanken in den USA von 2006 bis 2009 um alarmierende 18 Prozent. Der DVD-Umsatz von MGM ging von fast 400 Millionen Dollar im Geschäftsjahr 2008 auf zuletzt nur noch 70 Millionen zurück. Der Markt war übersättigt, weil jeder Kinofan seine Lieblingsfilme schon im Regal hatte.

Sony, der neue Besitzer von MGM, entwickelte das Blu-ray-System, um deren Filme in dem hochauflösenden Format abermals auszuwerten. Doch die Blu-ray-Verkäufe blieben weit unter den Erwartungen.

Eine jüngst veröffentlichte Studie des Marktforschungsinstituts Screen Digest prognostiziert, dass die Erlöse aus den DVD- und Blu-ray-Verkäufen außerhalb Nordamerikas kontinuierlich sinken werden.

Wohl zum ersten Mal in der Geschichte der Unterhaltungselektronik wirkte ein Produkt bereits in dem Moment, als es auf den Markt kam, wie von gestern, denn schon heute können sich Kinofans Filme über das Internet frei Haus liefern lassen. Warum sollten sie sich eine Blu-ray-Disc ins Regal stellen?

„Die Menschen kaufen keine klassischen Filme mehr, weil sie glauben, dass DVDs aussterben“, sagt Joe Patrick, der bei MGM für Lizenzverkäufe in Nordamerika zuständig ist. „Das wird eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.“

Zunehmend ratlos registrieren die Studios, wie ihre Archive, auf die sie so stolz sind und mit deren Schätzen sie viele Jahre lang wuchern konnten, an Wert verlieren. Miramax, das im Vergleich zu MGM noch relativ jung ist, verfügt immerhin auch schon über rund 700 Titel.

Jetzt treten Finanzjongleure wie David Bergstein auf den Plan, der Miramax zusammen mit Investoren erwerben will und offen bekennt: „Ich habe 60 Filme finanziert – war aber noch nie bei Dreharbeiten.“ Der Versuch der Brüder Weinstein, ihre Firma zurückzukaufen, ist jedenfalls vorerst gescheitert.

Dies scheint ein vorläufiger Endpunkt der vielleicht traurigsten Geschichte in der jüngeren Vergangenheit Hollywoods zu sein. Sie handelt von einer erfolgreichen Independent-Firma, die von einem Großkonzern aufgekauft wird, sich übernimmt, ihre Unabhängigkeit verliert und fast als Konkursmasse auf den Markt geworfen wird.

Nun steht Hollywood mit sinkenden Einnahmen und wachsenden Kosten da und muss mitansehen, wie jene beiden Studios, die stets als Synonym für erfolgreiches Qualitätskino galten, zu Schleuderpreisen feilgeboten werden. LARS-OLAV BEIER

ESSAY

Die entfremdete Republik

Bei der Präsidentenwahl geht es um mehr als nur um ein Amt oder eine Person.

Von Richard David Precht

Wie die Väter des Grundgesetzes den Bundespräsidenten wählen wollten, das ließen sie im Detail offen. Und das Bundesrecht eröffnete anfangs einen großen Spielraum. Obwohl die Fraktionen Vorschläge machten, konnte im Prinzip jeder in der Bundesversammlung auf einen Zettel schreiben, wen er für den Besten hielt – ob nominiert oder nicht.

Der Idee nach sind Demokratien lebendige Gebilde, sie setzen den Willen der Mehrheit eines Volkes um. Sie sind achtsam und leben vom Interesse einer Bevölkerung am Gemeinwohl. Sie sind, pathetischer formuliert, die politische Entsprechung einer aufgeklärten Ethik seit den Tagen des Aristoteles: die Chance auf ein erfülltes Leben für so viele Menschen wie möglich.

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Besucher in der Kuppel des Berliner Reichstags
Überzeugte Demokraten, aber unzufrieden

Ist dieses Versprechen in unserem Land repräsentiert? Wer Bundespräsident werden soll, wird spätestens seit 1959 von Parteichefs ausgeklüngelt. Und die erkorenen Mitglieder der Bundesversammlung sollen wählen, was ihnen von den Parteien vorgegeben wird. Eigene spontane Vorschläge während der Wahl sind seitdem nicht mehr erlaubt. Und was Adenauer damals recht war, ist auch Merkel heute billig. Doch die Empörung in der Bevölkerung wächst.

Es geht um mehr als nur um eine Formalität, ein Amt oder eine Person. Es geht ums Ganze. Einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge findet jeder dritte Deutsche, unsere Demokratie funktioniere nicht gut. Im Osten des Landes meinen dies sogar 61 Prozent. All dies zu Protokoll gegeben noch vor Schwarz-Gelb, vor den Klientelgeschenken an Hoteliers, den Querelen um die Gesundheitspolitik, den Streitereien um eine möglichst harmlose Regulierung der Finanzmärkte und dem instinktlos einseitigen Sparpaket.

Das Zeugnis, das viele Menschen unserer Demokratie ausstellen, ist nicht der Ausdruck eines Stimmungstiefs. Warum auch sollte die Bevölkerung kollektiv an Hormonschwankungen leiden, nur weil der fortwährende Anblick Guido Westerwelles oder Angela Merkels sie deprimiert? Vielmehr ist es die Bescheinigung einer zunehmenden Entfremdung.

Dass die parlamentarische Demokratie in unserem Land dem Volk aus historisch schlechter Erfahrung nicht über den Weg traut, ist bekannt: kaum Volksbegehren, keine Direktwahl bei hohen Ämtern, kein imperatives Mandat. Aber während das politische System und sein Personal in diesem Misstrauen verharren, hat sich die Bevölkerung längst gewandelt. Der durchschnittliche Deutsche in den fünfziger Jahren war kein überzeugter Demokrat, aber zufrieden. Heute ist der durchschnittliche Deutsche ein überzeugter Demokrat – und unzufrieden.

Menschen in Deutschland werden heute zu allem gefragt und dürfen sich vieles aussuchen: vom Premiumtarif beim Handy bis zu Bahntarifen – als Kunde lebt jeder Deutsche in der Illusion von Teilhabe oder Mitbestimmung. Im Internet darf er den gekauften Fotoapparat genauso bewerten wie den Einsatz in Afghanistan. Und im Chat kann er sich über eine Freundin aufregen wie über Angela Merkel. Doch das Erfolgserlebnis, das er bei der Abstimmung zum Eurovision Song Contest hat, wird ihm bei der Wahl des Bundespräsidenten verwehrt. Lena dürfen wir wählen, aber nicht Gauck oder Wulff.

Die Entfremdung der Politiker von den Bürgern ist mehr als nur eine Frage von verweigerter Mitbestimmung. Sie ist auch der immer trotzigere Versuch, eine Politik von gestern zu bewahren, in der Form und im Inhalt. Ihren stärksten Ausdruck findet sie in der Ideologie des Wachstums, die glauben machen möchte, dass wir weiterhin die Umwelt zerstören und Ressourcen aufbrauchen müssen, um noch mehr Konsumgüter zu erzeugen. Tatsächlich fördert das Wirtschaftswachstum schon lange nicht mehr den Wohlstand, sondern es ruiniert ihn. Jede neue Autobahn erhöht die Lärmentwicklung, jedes neue Einkaufscenter enteignet den Mittelstand, und die Abwrackprämie bezahlen der Steuerzahler und die Umwelt.

Wie ist eine solche Unverantwortlichkeit der Politiker erklärbar? Warum steuern sie nicht gegen, wenn die mit Wachstumshormonen gedopte Gesellschaft mit Volldampf nach Absurdistan fährt? Weil niemand dafür zuständig ist. Die Gesamtrichtung zu bestimmen und zu verändern ist nicht die Aufgabe von Ministern. Die Nöte und Notwendigkeiten der Ressorts folgen festgelegten Verfahren. Wenn alle in die falsche Richtung laufen, irritiert der Mahner als Geisterfahrer.

Wie ein Dinosaurier torkelt der Staat seinem evolutionären Ende entgegen. Den baldigen Meteoriteneinschlag ahnt er, aber er hat ihm nichts entgegenzusetzen: nicht der Schuldenexplosion, der er mit Schönheitskosmetik begegnet, nicht der immer

größeren Kluft zwischen Arm und Reich, nicht der Versteppung der Kommunen, nicht der psychischen Umweltverschmutzung durch die Werbung, ganz zu schweigen von den Gefahren des Klimawandels. Die ökologische, monetäre und soziale Kreidezeit nimmt er als gegeben hin.

In solcher Lage fehlt der Politik auch der Wille, etwas zu ändern. Das politische Führungspersonal unterscheidet sich kaum von den Bankern der Konkurswirtschaft, die noch mitnahmen, was sie kriegen konnten: ein paar letzte Privilegien, ein bisschen Machtgefühl, ein paar Versorgungsansprüche.

Das soziologische Problem der politischen Führungselite ist der Mangel an Selbstbeobachtung. Systeme werden fragil, wenn sie es nicht mehr schaffen, sich selbst mit anderen Augen zu sehen. Selbstblindheit verhindert nicht nur Innovation, sie verleitet auch dazu, den Ernst der Lage zu verkennen: in Weimar 1933 nicht anders als 1989 in Ost-Berlin.

Dazu kommt, dass auch die vermeintlichen Wächter unserer Demokratie, die Massenmedien, ihrer Funktion kaum gerecht werden. Die Nachrichtensendungen und Polit-Magazine behandeln Politik längst als Yellow-Press-Thema: wer mit wem, warum und warum nicht – ein nur mäßig interessantes Unterhaltungsprogramm mit wenig attraktiven Darstellern.

Doch während das Publikum diesen Daily Soaps kaum noch einen Reiz abgewinnt, halten die politischen Seriendarsteller ihre mediale Rolle für die Realität und ihr Bild für sich selbst. Politiker interessieren sich in erster Linie für andere Politiker – für Konkurrenten und Verbündete, Parteimitglieder und andere Feinde, für Zweckbündnisse und Proporzgemeinschaften.

Ein solcher Politiker kennt das Volk nicht. Er braucht es auch nicht zu kennen, allenfalls dessen Kondensat in den Meinungsumfragen der Demoskopen. Im Tagesgeschäft nimmt er die Bevölkerung nicht wahr, weil nichts und niemand ihn dazu verpflichtet, außer vielleicht bei einer Wahlkampftour. Das Demokratie-Theater ließe sich letztlich auch ohne Zuschauer spielen. Was fehlt, ist die Interdependenz, die Erfrischung, der Austausch, die Erdung, die Langfristigkeit und der soziale Sinn für die Wirklichkeit.

Wenn sich ein Politiker tatsächlich einmal an „die Menschen“ wendet, die er nicht kennt, wählt er zur Sicherheit seine dümmsten Formulierungen. Doch für einen Spitzenpolitiker, der Arbeitslose zum Schneeschippen schicken will, empfiehlt sich nur eines: eine Realitätskur. Ein soziales Jahr zum Beispiel in einer verarmten ostdeutschen Stadt.

Doch warum machen „das Volk“ oder „die Menschen“ das alles noch weiter mit? Weil niemand „das Volk“ oder „die Menschen“ ist, sondern im Zweifelsfall nur ein Fernsehzuschauer, der sich nach jeder Talkshow vornimmt, dass er sich das nun wirklich nicht mehr antut. Und zur Wahl geht er auch nicht mehr, weil er sich nicht repräsentiert fühlt. Keine Partei ist so stark in Deutschland wie die der Nichtwähler. Sie ist die neue Volkspartei. Politiker können damit leben – unsere Demokratie kann es nicht.

Wenn die Regierung und die Regierenden den Willen des Volkes nicht mehr abbilden, nicht in der Klimafrage, nicht in Afghanistan, nicht im Wunsch nach mehr direkter Demokratie, wenn sie ein Europa schaffen, das zwar die Gurken normiert, aber keine gemeinsame Armee, keine gemeinsame Entwicklungshilfe und keine gemeinsame Klimapolitik zustande bringt, fragt sich, woher sie ihre Legitimität beziehen. Wie niedrig muss die Wahlbeteiligung werden, bis die Regenten sich nicht mehr als Repräsentanten fühlen – 40 Prozent, 30 oder 20?

MARTIN ZITZLAFF

Precht, 45, ist Autor der Bestseller „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“ und „Liebe. Ein unordentliches Gefühl“.

Die Wachsamkeit, die bundesdeutsche Politik bis 1990 auszeichnete, ist dahin. Unsere Demokratie ist so selbstverständlich, dass sie nicht mehr reflektiert wird. Bei Glaubens- und Meinungsmonopolen, so schrieb der britische Philosoph und Freiheitsdenker John Stuart Mill im Jahr 1859, werde der Glaube oder die Meinung schnell zur nicht mehr gelebten Phrase: „Sowohl Lehrer wie Jünger schlafen auf ihrem Posten ein, sobald kein Feind in Sicht ist.“

Der „Feind“ ist längst da. Er schwenkt keine Fahnen, dröhnt keine Parolen und droht nicht mit Armeen. Er kommt auf den leisen Sohlen des Klimawandels, dem gleitenden Zerfall Europas, der Unterspülung der Moral durch Ebbe und Flut der internationalen Finanzwirtschaft, dem Siechtum der sozialen Sicherungssysteme. Nach Mill braucht eine Demokratie auf der obersten Führungsebene ausgewiesene und unbestechliche Experten. Nur wenn die Besten der Besten regierten, sei vertretbar, dass nicht das Volk selbst das Zepter der Macht schwinge. Die Experten in der Realität bundesdeutscher Demokratie aber finden sich gut getarnt und verschüttet hinter Stapeln ungelesener Expertisen, predigen in Büchern, die kein Politiker liest, oder versinken im Arbeitsalltag unserer Universitäten.

Wie lange lassen sich die Bürger das noch gefallen?

Unsere Politiker dagegen gleichen herumirrenden Wanderern. Die Karten, die sie in den Händen halten, stimmen nicht mehr mit der Landschaft überein. Ausgetretene Pfade geben die Richtung vor und nicht der Orientierungssinn. Als Wegweiser dienen ihnen die Lobbyisten aller Couleur, die im Bundestag ein und aus gehen.

Alle zusammen und gegeneinander stellen sie ihre Scheinwerfer auf und verschmutzen das Licht moralischer Erkenntnis. Wie Metropolen bei Nacht schaffen sie ihren eigenen Lichtkegel, der es unmöglich macht, den bestirnten Himmel zu sehen.

Lobbyisten bekommen die Politik, die sie wollen, sei es durch eine Parteispende, durch beharrliche Freundlichkeit oder durch Jobangebote für nebenbei und nachher. Clement, Bangemann, Althaus, Fischer, Schröder, demnächst wohl Roland Koch – dies sind keine Elder Statesmen mehr, sondern Elder Salesmen.

Wenn eine Erkenntnis und ein gegenläufiges Interesse aufeinandertreffen, gewinnt das Interesse. Doch wie lange lassen sich die Bürger das noch gefallen?

Oder haben wir sogar die Politiker, die wir verdienen? Wer sich über den Klimawandel empört wie über die Benzinpreiserhöhung, braucht sich nicht besser zu fühlen als das Personal, das ihn vertritt. Und die örtliche Betäubung des Gehirns, die Befriedung durch Befriedigung der Unterhaltungsindustrie, hinterlässt Spuren: nicht Erfüllung, aber Ruhe.

Der Aufstand der Menschen im Internet und anderswo für „ihren“ Bundespräsidentschaftskandidaten Joachim Gauck spricht eine andere Sprache. Er könnte ein Zeichen sein, selbst und gerade dann, wenn Gauck verlieren sollte. Ein Symbol, das größer ist als der Mann. Ein Fanal für den Umbau unseres Staates, gespeist aus der Phantasie und Schwarmintelligenz seiner Bürger. Mehr Verantwortung für alle in den Städten, in den Betrieben und mehr Volksentscheide – dort ist vorn.

„Überall müssen sich Autorität und Tradition die Frage nach der Rechtfertigung gefallen lassen … Nicht weniger, sondern mehr Demokratie – das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben.“ Der das sagte, war ein großer Bundespräsident: Gustav Heinemann. Seine Worte gelten noch immer und wieder neu. ◆

Grüner wird's nicht

Filmkritik: „Für immer Shrek", das Ende eines Hollywood-Märchens

Es war einmal ein Königreich mit einer Trutzburg im Wappen, einem Alleinherrscher auf dem Thron und ein paar ehrgeizigen Kronprinzen dahinter, die darauf hofften, dass der König irgendwann vom Aufsichtsrat gefeuert werden würde. Das Königreich war der Disney-Konzern, und der Kronprinz mit dem größten Ego hieß Jeffrey Katzenberg. Prinz Jeffrey produzierte bei Disney Zeichentrickfilme wie „Der König der Löwen", und alle glaubten, dass er es bis auf den Thron schaffen würde, er selbst erst recht.

Das Märchen endete 1994 mit einem Riesenkrach. Erst wurde Jeffrey Katzenberg bei einer Beförderung übergangen, schließlich flog er ganz bei Disney raus. Er erkämpfte sich eine Abfindung von mehr als 300 Millionen Dollar, aber vor allem wollte er Rache nehmen an Disney für die erlittene Demütigung. Noch im selben Jahr gründete Katzenberg gemeinsam mit dem Regisseur Steven Spielberg und dem Musikmanager David Geffen ein eigenes Studio, Dreamworks, wo er sich vor allem um Trickfilme kümmerte.

Katzenbergs große Revanche kam 2001 in Gestalt von Shrek, einem grünen Monster, das furzend und rülpsend durch eine Fabelwelt zog, um eine schöne Prinzessin zu retten. „Shrek" war einer der ersten komplett am Computer erstellten Animationsfilme, der auch Erwachsene begeisterte, eine Märchenparodie, die die Konkurrenz von Disney sehr alt aussehen ließ und mit bösen Gags auch noch deren Heile-Welt-Ideologie verhöhnte.

Der Gegner von Shrek, ein kleiner Despot, hatte verblüffende Ähnlichkeit mit Katzenbergs ehemaligem Chef und wohnte in einem Schloss, das dem Disney-Logo nachempfunden war.

Am Ende durfte gefeiert werden, bei Shrek und bei Dreamworks: Das grüne Monster heiratete die Prinzessin, der Film gewann einen Oscar, spielte mehrere hundert Millionen Dollar ein, und Katzenberg konnte vor Kraft kaum noch laufen.

„Es wird nach einem Happy End / Im Film jewöhnlich abjeblendt", schrieb einst Kurt Tucholsky, ein Dichter also, kein Studiomanager wie Katzenberg, der bei Disney gelernt hatte, wie man Filme in langlebige Markenartikel verwandelt. Shrek musste immer neue Kinoabenteuer bestehen, in Singapur baute man einen „Shrek"-Themenpark, und am New Yorker Broadway wandelte sich Shrek – wie „Der König der Löwen" – zum Helden eines Musicals, das wiederum abgefilmt wurde für die „Shrek"-Musical-DVD. Sogar ein „Shrek"-Ketchup, grün natürlich, kam in die Supermärkte.

GETTY IMAGES (L.); PARAMOUNT PICTURES (R.)

Produzent Katzenberg **Filmmonster Shrek**

Diese Woche startet der vierte „Shrek"-Spielfilm in den Kinos, es soll, dem Titel „Für immer Shrek" zum Trotz, angeblich der letzte sein. Doch wie erzählt man ein Märchen neu, das schon drei Happy Ends hinter sich hat?

Die Macher von „Für immer Shrek" um Regisseur Mike Mitchell sind selbstbewusst genug, sich über den Ausverkauf der eigenen Figur lustig zu machen. Im Film ist Shrek, das furchterregende Monster von einst, endgültig domestiziert, die Märchenwelt eine Touristenattraktion. Mit einer Kutsche werden Besucher durch Shreks Sumpf gefahren und schießen Fotos von ihm und seiner Familie.

Ansonsten erleidet Shrek das Schicksal vieler normaler Ehemänner und Väter mit Kleinkindern: notorische Übermüdung, verbunden mit einer stumpfen Routine aus Chaosmanagement und Windelnwechseln (eine unwiderstehliche Gelegenheit für die Drehbuchautoren, noch ein paar Flatulenzwitze unterzubringen), bisweilen ins Unerträgliche gesteigert durch das Genörgel der Gattin. Fiona, die Geliebte von einst, erweist sich als Shrek-Schraube, eine Ehekrise bahnt sich an.

Knapp zehn Jahre nach seinem Debüt ist Shrek ein Ex-Monster in der Midlife-Crisis. Ein paar Szenen lang scheint es so, als habe jemand ein Remake von Ingmar Bergmans „Szenen einer Ehe" gedreht, diesmal mit grünen Männchen aus dem Computer.

Das hält man nicht lange aus, als Zuschauer nicht und als Shrek schon gar nicht. Bei einer Kinderparty dreht er durch und zermatscht eine Torte. Shrek will sein wildes altes Leben zurück, er bekommt es, fast jedenfalls, nach einem faustischen Pakt mit Rumpelstilzchen.

Rumpelstilzchen ist in diesem Fall kein Kosename für ein Mitglied der Bundesregierung, sondern ein kleinwüchsiger Trickser, der mit allen Mitteln König werden will. Shrek verliert das Bewusstsein, und als er wieder zu sich kommt, muss er ein paar der in den alten Filmen bereits absolvierten Prüfungen erneut bestehen.

Fast jeder Fortsetzungsfilm beruht auf der Idee: das Gleiche noch einmal, aber größer, bunter und am besten in 3-D! „Für immer Shrek" macht aus dem Déjà-vu ein dramaturgisches Prinzip. Das kann man, vornehm ausgedrückt, selbstreferentiell nennen oder einfallslos. Vom scharfen Witz insbesondere des ersten „Shrek"-Films ist nicht mehr viel übrig, Attacken auf Disney fehlen ganz.

Im Dezember wird Jeffrey Katzenberg 60 Jahre alt. Den Thron bei Disney wird er nicht mehr besteigen, aber sonst hat er in Hollywood alles erreicht.

Er könnte jetzt aufhören, wie Shrek – solange die Nachrufe noch hymnisch ausfallen.

MARTIN WOLF

GAGEN

„Kommissar Rex verdient mehr“

Schauspieler Heinrich Schafmeister, 53 („Der bewegte Mann“, „Wilsberg“), über Dumping-Löhne bei Film und Fernsehen und sein Herz für Tiere

SPIEGEL: Der Schauspielerverband BFFS, bei dem Sie im Vorstand sitzen, wehrt sich gerade gegen die schlechte Bezahlung von Profi-Darstellern. Für Hartz-IV-Löhne war die Branche bisher nicht bekannt, oder?

Schafmeister: Die Dumping-Bedingungen nehmen wahnsinnig zu. Zurzeit werden etwa für eine Polizeiserie bei RTL II Schauspieler gesucht, die für 350 Euro brutto pro Tag arbeiten. Wir reden nicht über Komparsen, sondern tragende Rollen. Das ist weniger Geld, als ein Hund für einen Auftritt pro Tag bekommt. Der kostet, zugegeben mit Betreuer, mindestens 350 Euro täglich. Kommissar Rex verdient noch viel, viel mehr. Ich bin echt tierlieb, aber eine angemessene Vergütung für Schauspieler ist das nicht.

SPIEGEL: 350 Euro verdienen die wenigsten Deutschen pro Tag.

Schafmeister: Wir reden von Drehtagen, und hinter einem Drehtag stecken mit allen Vorbereitungen mindestens vier bis fünf tatsächliche Arbeitstage. Viele Schauspieler haben auch nur ein paar Drehtage im Jahr und müssen sich dann oft monatelang anderweitig über Wasser halten.

SPIEGEL: Sie wollen in Tarifverhandlungen einen Sockelbetrag verlangen. Wo liegt der?

Schafmeister: Jedenfalls deutlich über jenen 450 Euro, die eine TV-Kuh pro Tag verdient. Das hört sich witzig an, und wir wollen auch den Humor nicht verlieren, sonst könnten wir ja mit unserem Beruf einpacken. Aber es ist ein Humor der Verzweiflung.

DPA

PICTURE-ALLIANCE / SUEDDEUTSCHE

Schafmeister

SPIEGEL: In Ihrem Verband sind auch gutverdienende Stars wie Senta Berger oder Veronica Ferres. Deren Mitleid dürfte sich in Grenzen halten.

Schafmeister: Natürlich können eine Frau Berger und eine Frau Ferres ihre Gagen gut selbst aushandeln. Aber ihnen ist das Schicksal der anderen Kollegen nicht egal. Wir wollen eine bessere Bezahlung für die vielen Schauspieler, die gezwungen sind, solche hundeelenden Angebote anzunehmen.

SPIEGEL: Die Produzenten geben doch nur die Knausrigkeit der Sender weiter.

Schafmeister: Ja, überall sinken die Budgets, die Branche wird heruntergewirtschaftet. Wir haben den schönsten Beruf der Welt, aber man kann ihn wirklich nicht weiterempfehlen. Wir werden uns aber nicht alles gefallen lassen.

STARS

Wem gehört Lena?

Am Erfolg von Lena Meyer-Landrut wollen viele teilhaben. Erste Bücher sind angekündigt, die vom Lena-Boom profitieren sollen. Offenbar zum Ärger der Produktionsfirmen Brainpool TV und Raab TV sowie von Meyer-Landrut selbst. Deshalb schrieb in deren Namen eine Kölner Anwaltskanzlei Verlage mit solchen Buchprojekten an. Unter anderem den Heyne-Verlag, der „Lena – Einfach raus und leben!“ angekündigt hatte. Raab TV sei Inhaberin „sämtlicher ausschließlicher Nutzungsrechte an dem Namen ‚Lena Meyer-Landrut‘“, ließ die Kanzlei den Verlag wissen, und man werde selbst „in erheblichem Umfang eigene gleichgelagerte Produkte vertreiben“. Durch die Vorankündigung von Heyne werde jedoch „der unzutreffende Eindruck vermittelt, als bestehe eine Kooperation zwischen Ihnen und unserer Mandantschaft“. Man vermittle außerdem den unzutreffenden Eindruck, „über Insiderwissen bezüglich der künftigen Karriereplanung“ zu verfügen. Daher erlaube man sich die Anfrage, „woraus Sie Ihre Berechtigung zu der geplanten hier in Rede stehenden Veröffentlichung herleiten“. Die Antwort des Heyne-Verlags kam prompt: „Die Frage ist schnell beantwortet und dürfte Sie als Jurist nicht weiter überraschen: Aus dem Grundgesetz, Stichwort Pressefreiheit.“

IMAGO

Meyer-Landrut

TV-SENDER

ARD will beim Sport sparen

Neue Sparbeschlüsse der ARD-Intendanten treffen auch das Programm. Nach dem Willen der Senderchefs soll ARD-Programmdirektor Volker Herres in seinem Etat in den kommenden zwei Jahren 40 Millionen Euro sparen, je zur Hälfte bei der Produktionsfirma Degeto und bei den Sportrechten. Von den fehlenden Degeto-Millionen sind vermutlich vor allem deutsche TV-Produzenten betroffen. Beim Sportbudget sei ein Teil der Summe bereits erreicht, heißt es im Senderverbund, etwa durch den günstigeren Einkauf von Rechten. Ganz verzichten wird die ARD wohl auf ein Gebot für die Qualifikationsspiele zur Fußball Europa League. Zudem werde die ARD bei den kommenden Rechteverhandlungen niedrigere Angebote abgeben – mit dem Risiko, leer auszugehen. Erstes Opfer des Sparwillens könnte dabei die Leichtathletik-WM sein, deren TV-Rechte gerade verhandelt werden. Entweder bekomme die ARD das Turnier für das niedrigere Budget „oder eben nicht“, so ein ARD-Mann. Weniger bedeutende Sportarten aus dem Programm zu nehmen bringe dagegen kaum Geld ein.

Russlands Präsident Dmitrij Medwedew, Apple-Chef Jobs*: *„Wir sorgen uns“*

RIA NOVOSTI / REUTERS

KONZERNE

Steve sieht alles

Apple gilt als Vorbild in Sachen Datenschutz. Doch tatsächlich will der US-Konzern weltweit wissen, wo seine Millionen Kunden gerade ihre iPhones und iPads nutzen. So lässt sich der Industrie Reklame noch besser verkaufen. Die Attacke zielt vor allem auf Google.

Es war 1984, jenes Jahr, dem George Orwell seine düstere Zukunftsvision einer totalitär überwachten Welt gewidmet hatte. Man beschwor die Bedrohung, stellte aber fest: So schlimm, wie der Schriftsteller Ende der vierziger Jahre befürchtet hatte, war es fürs Erste doch nicht gekommen.

In diese noch nachgruselnde 1984er-Stimmung hinein sendete der damals winzige US-Computerbauer Apple einen Werbespot, der für enorme Aufmerksamkeit sorgen sollte: In der Reklame sitzen Menschen grau und dumpf vor einem riesigen Bildschirm, von dem herab ein Diktator predigt. Plötzlich läuft eine junge Frau in den Saal und schleudert einen Hammer in den Schirm, der krachend zerspringt.

Die Botschaft war klar: Der böse Diktator war IBM, damals die Nummer eins im globalen Geschäft mit ebenso effizienten wie faden, hornhautfarbenen Computern. Apple war das Mädchen, die Freiheit, die Revolution.

Lange ist das her, denn mittlerweile ist Apple selbst eine Weltmacht, und neuerdings ist dabei gar nicht mehr klar, ob das Unternehmen noch für das Gute steht oder schon selbst für unkontrollierte Macht und orwellsche Überwachungslust. Beim Rivalen Google jedenfalls sieht man das so: Die Welt werde bald „von einem Mann, einem Konzern, einem Gerät“ beherrscht, wenn man sich nicht einmische, wetterte ein Google-Manager Mitte Mai auf einer Konferenz und warf dazu nur eine Zahl an die Wand: „1984“.

Apple-Boss Steve Jobs griff Anfang Juni den Fehdehandschuh auf: „Sie haben entschieden, den Wettbewerb mit uns aufzunehmen, und das tun sie jetzt.“ Es war noch einmal ein Versuch, das alte Spiel fortzusetzen, dass böse immer nur die anderen sind. Doch das funktioniert nun nicht mehr.

Apple ist selbst auf dem Weg, zu einem omnipräsenten und allwissenden Datenkraken zu werden, zu einem „Big Brother“, der immer mehr über seine Kunden weiß oder wissen will – aber selbst fast nichts preisgibt.

In den vergangenen Tagen öffnete sich für jeden Apple-Kunden, der kurz mal was im iTunes-Musikshop oder im App Store kaufen wollte, ein elektronisches Fenster. Neue Geschäftsbedingungen solle er lesen und akzeptieren. In dem Text lässt sich der Weltkonzern unter anderem dazu ermächtigen, dass er von seinen Nutzern wissen darf, wo die sich wann

* Im Konzernsitz in Cupertino am Mittwoch vergangener Woche.

mit ihrem iPhone, iPad oder Macbook gerade aufhalten – und dass er die Informationen auch gleich weiterverarbeiten und sogar an Dritte weiterreichen darf.

Im juristischen Jargon: „Apple und unsere Partner und Lizenznehmer“ können ab sofort „präzise Standortdaten erheben, nutzen und weitergeben“. Diese Geodaten würden „in anonymisierter Weise“ erhoben, behauptet Apple, die Nutzer würden durch sie „nicht persönlich identifiziert“. Doch wie genau das gewährleistet sein soll, sagt das Unternehmen nicht.

Empörung brach sich Bahn. Es war die „Los Angeles Times“, die den fraglichen Passus aufgriff – und damit nach Google und Facebook auch Apple seinen ersten echten Datenschutzkrach bescherte. Bei US-Bloggern bekam die Funktion schon den Namen „iSpy“, der Blog „The Consumerist“ nennt die Datengier „unheimlich“.

Komisch nur: Ähnliche Formulierungen hat Apple schon in früheren Geschäftsbedingungen verwandt. Etwa beim iPhone. Doch wie das so ist mit solchen Geschäftsbedingungen: Kaum einer liest, was er da abnickt und welche Rechte er mit einem ungeduldigen Klick an das Unternehmen abtritt.

So kommt die Aufregung vielleicht verspätet – aber trotzdem zu Recht. Denn sicher ist vor allem eines: Es sind äußerst sensible Daten, die da erhoben und gespeichert werden. Wer weiß, wo sich jemand aufhält und bewegt, kann erstaunlich genaue Rückschlüsse auf dessen Leben ziehen. Und Apple kann sein Anti-Orwell-Selbstbild eigentlich wegpacken.

Dazu kommt: Zum ersten Mal versucht der Konzern, dieses Wissen auch im großen Stil an Werbekunden zu verkaufen.

Dabei hatte Apple-Chef Jobs noch Anfang Juni beteuert, man mache sich große Gedanken um das Thema Privatsphäre: „Wir sorgen uns besonders um die Lokalisierungsmöglichkeiten von Mobiltelefonen.“ Apple gelte in diesen Fragen vielleicht als altmodisch, weil argwöhnisch, behauptete Jobs gar.

Jetzt, wo das nicht ganz neue Problem überhaupt erst wahrgenommen wird, ist auch die deutsche Politik beunruhigt. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagt, Apple müsse „unverzüglich offenlegen“, welche Daten erfasst, wie lange sie gespeichert und wofür sie verwendet werden.

„Den Nutzern von iPhones und anderen GPS-fähigen Geräten muss klar sein, welche Informationen über sie gesammelt werden“, so die Ministerin. Es wäre „undenkbar“, wenn Apple tatsächlich Persönlichkeits- oder gar Bewegungsprofile seiner Nutzer erstellte. „Hier sehe ich Apple in der Bringschuld, die von Steve Jobs vielbeschworene Transparenz auch tatsächlich umzusetzen.“ Und dann: „Ich erwarte, dass Apple deutschen Datenschützern Einblick in ihre Datenbanken gewährt.“

Auch Hamburgs Grünen-Justizsenator Till Steffen sieht die Sache kritisch: „Die unklaren datenschutzrechtlichen Regeln der Anbieter zeigen einmal mehr, dass das Datenschutzrecht den Internettechnologien hinterherhinkt.“

Aber was sind solche Bedenken, wenn es um das ganz große Geld in der globalen Werbeindustrie geht?

Apple will Google angreifen, wo es den einst als Online-Suchmaschine gestarteten Riesen am meisten schmerzt: im Milliardengeschäft mit Werbung. Anfang Juli startet Apple eine eigene Verkaufsplattform für mobile Werbung namens iAd.

Dass Apple dabei nicht umhinkommt, seinen Werbekunden zu verraten, wo sich seine Nutzer gerade aufhalten, war absehbar. „Ohne eine solche Lokalisierung ist Werbung im mobilen Internet künftig kaum noch vorstellbar“, sagt Karsten Weide von der Marktforschungsfirma IDC. „Der Druck der Unternehmen, die Werbung zielgenauer und effizienter zu machen, ist riesig geworden.“

Jobs’ bisherige Beteuerungen seien Heuchelei gewesen, glaubt Kais Makhlouf. Der Manager der kanadisch-amerikanischen Online-Werbeagentur Nurun, die Marken wie L’Oréal, Louis Vuitton und Maserati zu ihren Kunden zählt, hätte schon früher gern Geodaten genutzt, um die Werbung seiner Firmen auf dem iPhone lokaler zu machen. „Apple hat das nicht möglich gemacht. Sie wollten warten, bis sie so weit sind, das Geschäft selbst zu kontrollieren und die Fäden zu ziehen“, sagt Makhlouf.

Der Wettbewerb zwischen den beiden Konzernen werde jedenfalls „ernster und ernster“, sagt selbst Jobs. Seit Google mit seinem Handy Nexus samt kostenlosem Betriebssystem Apples iPhone angriff und vor kurzem auch noch einen eigenen Musikstore gegen iTunes positionierte, wirken die früheren Freunde nun beinahe wie Feinde.

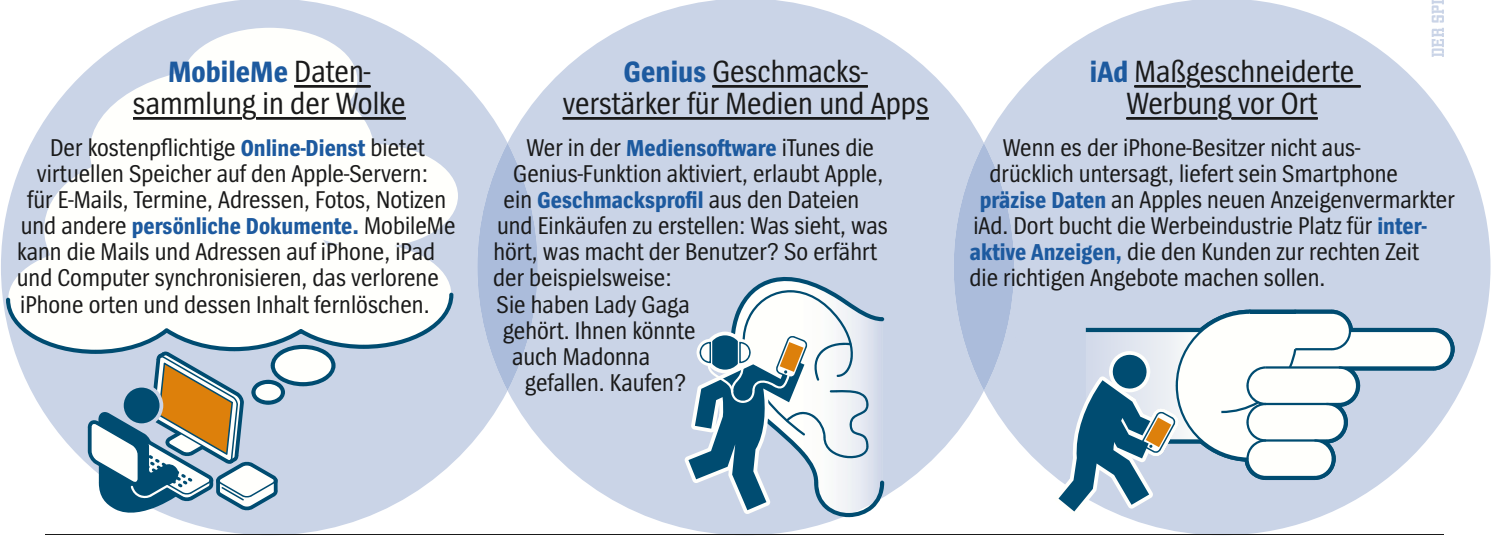
Und hinter dem aggressiven Tun steckt nicht bloß ein Kampf zweier Internetideologien: Apples Kontrollwahn und sein geschlossener iKosmos auf der einen, Googles Credo von der Offenheit des Netzes auf der anderen Seite.

Bei der Rivalität geht es vor allem darum, ein Geschäft der Zukunft zu verteilen: den Online-Werbemarkt auf dem Handy. Noch werden dort weltweit je nach Schätzung wenige hundert Millionen bis zwei Milliarden Dollar umgesetzt, doch die Aussichten sind verlockend. Experten hoffen auf zweistellige Milliardensummen. Bisher gibt Google laut Marktforscher IDC in dem Geschäft mit einem Umsatzanteil von gut 20 Prozent den Ton an.

Dass Facebook und Google mit dem Datenaufkommen ihrer Nutzer bereits Geld verdienen, ist heikel genug. Auch Mobilfunkkonzerne wie Vodafone und die Deutsche Telekom sammeln jede Menge Daten. Doch dass auch Apple, der

Big Apple is watching you

Was der Konzern über seine Kunden weiß



DER SPIEGEL

Angriff der Trittpadfahrer

Nach dem guten Start von Apples iPad werfen viele Firmen Konkurrenzprodukte auf den Markt – welchen Markt eigentlich?

Wenn Apples neuer Tablet-Computer iPad ein Urlaub wäre, dann wohl ein Segeltörn auf einer Yacht um die Seychellen: elegant, teuer und den Nachbarn zu Hause nicht so einfach zu erklären. Insofern war nur die Frage, wer zuerst die Pauschalreise dazu auf den Markt bringt.

Für diese Woche hat ausgerechnet die Online-Firma United Internet aus Montabaur avisiert, ein eigenes Pad zu präsentieren. Kleiner als das iPad soll es sein, es wird (noch) weniger können, aber dafür eben auch viel billiger werden. Ein Pad für die Massen soll es sein, ein Volkspad quasi.

Dabei verdient United Internet sein Geld eigentlich gar nicht mit Geräten, sondern mit Internetzugängen. Das Pad soll es nun als Abo-Prämie zu den DSL-Verträgen geben. Den Trittpadfahrern um United-Internet-Chef Ralph Dommermuth ist indes selbst klar: Man wird Apple mit der eigenen

United-Internet-Chef Dommermuth
Hoffnung auf den Türöffner Apple

Billigvariante nicht ernsthaft herausfordern können.

Doch wie United Internet hoffen derzeit viele auf das besondere Talent von Apple: Der Konzern hat Märkte selten erfunden, aber ihre wahre Dimension entdeckt und geöffnet, bevor es andere machten. Das galt für MP3-Player (iPod) ebenso wie für intelligente Handys (iPhone). Das Massengeschäft machten am Ende die anderen. Apple verdiente zwar prächtig, sein Marktanteil blieb in all den Sektoren aber eher bescheiden.

Deshalb ist jetzt die Verlockung für Hightech-Riesen von Dell über Samsung bis Hewlett-Packard groß, im Pad-Geschäft mitzumischen. Selbst kleine Anbieter wie die Berliner Firma Neofonie wollen dabei sein. Im Fall der Minicomputer aber ist gar nicht ausgemacht, dass Apple wieder mal den eleganten Türöffner spielt. Das liegt unter anderem daran, dass der Nutzen des iPads noch gar nicht richtig klar ist, auch wenn weltweit binnen 80 Tagen bereits drei Millionen Geräte verkauft wurden.

Bei Telefonen und tragbaren Musik-Playern ist klar: Man hört damit Songs oder telefoniert. Aber wozu wird das iPad künftig verwendet? Zum Fernsehgucken auf dem Sofa? Zum Videospielen? Zum Lesen und Surfen im Bett oder Café? Zwar machen sich weltweit vor allem Verlage Hoffnung, dass sie ihre Zeitungen und Magazine künftig auch übers Pad verkaufen. Aber „noch weiß niemand so recht, weshalb er auf das iPad gewartet hat“, sagt Kevin Burden von der Marktforschungsfirma ABI Research.

„Hinter dem Gerät steckt eine strategische Schlacht um die Frage, wie wir in Zukunft Computer nutzen. Die Antwort aber wird Jahre brauchen“, sagt Julien Theys vom Marktforscher Screen Digest. Für eine Wette aufs schnelle Geschäft wie bei früheren technischen Innovationen eigne sich das Tablet deshalb kaum. „Da werden viele Firmen viel Geld investieren – und viel Geld verlieren, das ist technologischer Darwinismus“, so Theys.

Das hält den Neofonie-Chef Helmut Hoffer von Ankershoffen nicht ab. Lange kursierten Gerüchte, bei seinem WeTab handle es sich schlicht um Hochstapelei. Erst konnte oder wollte Neofonie den Touchscreen nicht exakt vorführen. Ein andermal gab es gerade keinen Strom. Zuletzt verschob die Firma den Start erneut, auf nun Mitte September. Doch selbst wenn das Gerät kommt, dürfte sich Neofonie schwertun. „Wer wenig Hardware-Erfahrung hat, ist auf Dauer meist zu langsam oder zu teuer“, glaubt Marktforscher Theys. „Das ist ein Spiel für Große.“

Isabell Hülsen, Martin U. Müller

GENE BLEVINS / ATLASPRESS

iPhone-Käuferin in den USA
Kaum einer liest, was er da abnickt

Gerätehersteller, Inhalteverkäufer und App-Vermarkter, in diesem Geschäft mitmischt, weckt neue Sorgen.

Denn Steve Jobs weiß fast alles. Das beginnt schon beim Kauf der Geräte. Wer sein iPhone anmeldet, hinterlässt Namen und Adresse. Wer den iTunes Store auch nur für den Kauf eines Musikstücks nutzen will, hinterlegt meist eine Kreditkartennummer. Darüber hinaus kann Apple natürlich aus dem Nutzungsverhalten weitaus mehr Daten gewinnen: Wer lädt welche Apps auf sein iPad, welche Filme oder Musikstücke über iTunes oder Bücher. Wo und wann tut er es?

Als in den vergangenen Tagen die erste Empörungswelle über die Risiken und Nebenwirkungen der Jobs-Strategie aufbrandete, gab sich Apple nicht gerade Mühe, die Datenschutzbedenken zu zerstreuen – im Gegenteil. Nicht einmal die entscheidende Frage, ob und wie lange das Unternehmen die Geodaten speichert und ob es womöglich gar plant, Bewegungsprofile aus den verknüpften Informationen zu gewinnen, wurde beantwortet. „Dazu geben wir keine Auskunft“, so der Apple-Sprecher für Deutschland.

Zwar können die Kunden personalisierte Werbung ablehnen und auch die Ortungsdienste etwa am iPhone abschalten – sie können sie dann aber auch nicht mehr nutzen. Apple verweist zudem darauf, die Daten seien anonym.

Doch hiesige Fachleute sind skeptisch. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar etwa ist der Auffassung, dass die Daten schon dann personenbezogen erhoben werden, wenn sie sich auf ein bestimmtes Gerät beziehen lassen. Jedenfalls dann, wenn das Unternehmen die Daten aus einem Telefon bezieht, dessen Besitzer es kennt.

„In dem Fall gilt das Datenschutzrecht. Dann muss der Kunde vorab genau informiert werden, welche Daten zu welchem Zweck erhoben, ob und wo sie gespeichert werden“, sagt Schaar. Daran ändere sich auch nichts, wenn die Informationen anschließend für die weitere Verarbeitung anonymisiert werden.

Markus Brauck, Isabell Hülsen, Marcel Rosenbach

PROZESSE

Wulffs Revier

Ein schillernder Berliner Filmfinanzier und Freund vieler Prominenter wurde zu hohem Schadensersatz verurteilt. Einer der Stars hatte geklagt.

Man könnte sagen, dass das einzig Biedere an dem Berliner Unternehmer David Groenewold, 37, lange Zeit einer seiner Freunde war: Hier der wilde Filmfinanzierer und Geldjongleur, um dessen Party-Einladungen sich nicht nur die Sternchen der Hauptstadt balgten. Da der Polit-Routinier aus Niedersachsen: Christian Wulff.

Als Groenewold mal das ganz in Weiß gewandete Model aus der Reklame für die Kokospraline Raffaello heiraten wollte, sollte sein so ganz anderer Freund sogar Trauzeuge werden. Irgendwie kam dann zwar die Braut abhanden, aber die Männerkumpanei gedieh, auch wenn der Berliner lediglich sagt, er sei mit Wulff „bekannt“.

Vielleicht passten die beiden ja deshalb so gut zusammen, weil sich Gegensätze anziehen. Weil die beiden aus völlig unterschiedlichen Welten gefallen zu sein schienen: Hip contra solide, riesiges Townhouse in Berlin contra Einfamilien-Bleibe in Großburgwedel bei Hannover, lautstarker Verkäufer hier, abwägender Diplomat da.

Doch mittlerweile ist es um Groenewold deutlich stiller geworden: Zuletzt stand er vor Gericht, vorvergangene Woche verurteilte ihn das Berliner Landgericht zu 250 000 Euro Schadensersatz. Der Aktienkurs der Produktionsfirma Odeon Film („Wolffs Revier“, „Ein Fall für zwei“), an der Groenewold beteiligt ist, fiel von rund drei Euro 2007 auf unter einen Euro. Sein Promi-Treffen „Abend unter Freunden“ zur diesjährigen Berlinale fiel aus.

Für Groenewolds Freund läuft es dagegen besser denn je: Christian Wulff wird womöglich am Mittwoch dieser Woche zum Bundespräsidenten gewählt (siehe Seite 20).

Immer wieder zeigte sich Wulff bislang gern mit seinem Show-Freund. Immer wieder lächelten sie gemeinsam in Kameras. Immer mal wieder war von einer Art Männerfreundschaft die Rede. Im Jahr 2005 zum Beispiel war dem Boulevardblatt „B.Z.“ die „Couch-Connection“ eine ganze Seite wert. Um Groenewolds blaues Sofa versammelten sich damals quasi als Promi-Jury des Kanzlerduells auch „Kir Royal“-Vater Helmut Dietl, Produzent Oliver Berben und die Schauspielerin Alexandra Neldel samt dem TV-Produzenten Fred Kogel neben den ungleichen Kumpels.

Und selbst am Tag, als Kanzlerin Angela Merkel mit Wulff darüber sprach, dass er als Kandidat fürs Bundespräsidentenamt vorgesehen sei, traf der Politiker abends im noblen Berliner Privatclub „Soho House“ auf seinen Freund Groenewold, der dort Wulffs wartender Gattin Bettina Gesellschaft leistete.

Der Mann gilt einfach als Stimmungskanone: Als in eine Villa an der Côte d’Azur eingebrochen wurde, in der Groenewold zwar ohne Wulff, dafür aber mit „Berlins hippstem Freundeskreis“ („B.Z.“) urlaubte, schenkte er einer mitreisenden „PR-Lady“ als Trost eine Louis-Vuitton-Tasche und ließ sich danach in der Zeitung zitieren: „Ich bin erleichtert, dass hauptsächlich Sachen wegkamen, die wieder beschaffbar sind. Tragisch wäre, wenn sie meine 40 Jahre alte Rolex mitgenommen hätten.“ Doch Glück im Unglück, so konnte man ebenfalls lesen, fanden die Diebe wenigstens nicht den Champagner-Vorrat.

FRANK OSSENBRINK

Freunde Groenewold, Wulff 2005: *Hip contra solide*

Ein Faible für Promis hatte Groenewold wohl schon vor zehn Jahren, als er mit einem Bekannten die Promedium Asset Management GmbH ins Leben rief, an der er zunächst 50 Prozent der Anteile hielt. Die Firma spezialisierte sich auf die Geldanlage für eine ebenso bunte wie schwierige Berufsgruppe: Schauspieler.

So fand auch die gelernte Zahnarzthelferin Alexandra Neldel, die mit verschiedenen Rollen wie in der Seifenoper „Verliebt in Berlin“ schnell zu ziemlich viel Gage gekommen ist, zu Promedium. Sie überwies Geld an diverse Konten in der Annahme, die Firma werde die Summe gewinnbringend für sie anlegen.

Doch statt mehr Geld auf den Depotkonten zu finden, verschwand ihre Einlage von rund 1,5 Millionen Euro. Das Landgericht Berlin verurteilte den Geschäftsführer schon 2007 zu einer Gefängnisstrafe von mehr als vier Jahren wegen Untreue und Urkundenfälschung.

Zwar ist das Geld bis heute zu großen Teilen weg. Trotzdem hätte sich die Öffentlichkeit wohl kaum für den Fall interessiert, wenn es nicht Prominente gewesen wären, die Groenewold mit seiner ihm ganz eigenen Art davon überzeugt hatte, bei Promedium an der richtigen Adresse in Geldfragen zu sein.

Auch eine populäre Sängerin fühlt sich mit ihrem Mann, einem bekannten Kino- und TV-Darsteller, von Promedium geprellt. Bei der Polizei sagte sie aus, man habe sich auf eine Zusammenarbeit eingelassen, weil „unser Freund David Groenewold an der Firma Promedium Anteile besitzt und wir ihn für einen sehr kompetenten Geschäftsmann und loyalen Freund halten.“

Auch Frau Neldel hat in ihrer Klage vorgetragen, sie habe ihr Vermögen nur deshalb von Promedium verwalten lassen, weil Groenewold als Controller der Firma auftrat.

Der Gescholtene hätte mit der Sache als reiner Mitgesellschafter eigentlich nicht viel zu tun, wenn er nicht später – so das Gericht – versprochen hätte, für die Verluste von Neldel aufzukommen. In dem Verfahren bestritt er sogar, mit ihr überhaupt befreundet gewesen zu sein. Ein schmalziger Brief von ihm an Neldel ließ das Gericht allerdings erheblich daran zweifeln.

Das – bisher nicht rechtskräftige – Urteil: Groenewold muss Neldel die eingeforderte Summe nebst Zinsen überweisen. Neldels Anwälte wollten sich zur „privaten Rechtsstreitigkeit“ ihrer Mandantin nicht äußern.

Ein „ziemlich abgehobener und durchgeknallter Vertröstungsweltmeister“ sei Groenewold, sagt heute einer, der es noch gut mit ihm meint. Andere raunen, am besten wäre es gewesen, nie was mit ihm zu tun gehabt zu haben. Vor allem nicht in Gelddingen.

Ob Groenewold Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen wird, müsse er noch mit seinen Anwälten prüfen. Und wie steht Wulff nun zu seinem Freund? „Ebenso wie Claudia Roth und Klaus Wowereit ist Christian Wulff mit David Groenewold bekannt“, erklärt sein Sprecher. Ansonsten gelte: „Privates ist privat.“

MARTIN U. MÜLLER

PALÄOANTHROPOLOGIE

„Er konnte sogar rennen“

Owen Lovejoy, 67, Anthropologe an der Kent State University in Ohio, über einen neuen Hominidenfund in Äthiopien

KENT STATE UNIVERSITY

SPIEGEL: Sie haben die Entdeckung eines 3,6 Millionen Jahre alten Skeletts verkündet, das zur selben Art wie die berühmte „Lucy“ gehört. Was zeichnet den „Kadanuumuu“-Mann, wie Sie ihn nennen, aus?

Lovejoy: Er ist teilweise besser erhalten als „Lucy“ und mit rund 1,60 Meter deutlich größer. „Lucy“ war vermutlich ungewöhnlich klein für ihre Art. Das neue Skelett zeigt uns nun, dass Australopithecus afarensis bereits sehr gut laufen und sogar schon rennen konnte. Das Längenverhältnis zwischen Armen und Beinen gleicht viel eher dem des Menschen als beispielsweise dem eines Schimpansen. Der aufrechte Gang wie beim heutigen Menschen wurde also viel früher erfunden als bislang angenommen.

SPIEGEL: Vergangenen Herbst haben Sie und Kollegen einen anderen Hominiden aus Äthiopien beschrieben, der noch 800 000 Jahre früher lebte. Was unterschied dieses Weibchen namens „Ardi“ von „Kadanuumuu“?

Lovejoy: Zwar konnte „Ardi“ auch schon gut aufrecht gehen, sie war aber noch keine effektive Läuferin. Sie hatte noch keine Fußwölbungen, um die Stöße beim Rennen abzufedern. Sie suchte noch Zuflucht auf Bäumen und schlief dort auch. „Kadanuumuu“ dagegen zog schon durch die offene Savanne. Die Füße des Australopithecus afarensis waren den unsrigen bereits sehr ähnlich. Nur die Zehen waren länger.

SPIEGEL: Was trieb ihn aus dem Wald?

Lovejoy: Wahrscheinlich die Überbevölkerung. „Kadanuumuu“ und seine Artgenossen haben sich sehr erfolgreich vermehrt. Ihre Knochen finden sich mehrfach in Nordost- und Ostafrika.

SPIEGEL: Woher kam der Erfolg?

Lovejoy: Die Art hatte vermutlich ein ausgeprägtes Sozialverhalten. Gegen Raubtiere kann sich nur zur Wehr setzen, wer kooperiert. Und auch die Jungenaufzucht geht gemeinsam besser. Menschen sind gut darin, weil Eltern kooperieren. Das war auch bei Australopithecus afarensis so. Ganz anders beispielsweise bei Schimpansen: Da sind die Männchen vorwiegend mit sich selbst beschäftigt.

YOHANNES HAILE-SELASSIE, LIZ RUSSELL, CLEVELAND MUSEUM OF NATURAL HISTORY

Skelett des „Kadanuumuu“

SCIENCE PHOTO LIBRARY / AGENTUR FOCUS

Mikroskopaufnahme von Spermien

FORTPFLANZUNG

Heimtester für Zeugungskraft

Männer, die Zweifel an ihrer Fertilität haben, können künftig mit einem zugelassenen Prüfgerät ihr Sperma selbst untersuchen. Der „SpermCheck Fertility“-Test, entwickelt von Wissenschaftlern der University of Virginia, erhielt kürzlich die Freigabe der amerikanischen Arzneibehörde FDA. Im Juli sollen die ersten Testgeräte zu Preisen zwischen 20 und 30 Dollar in den Internethandel kommen. Binnen wenigen Minuten lasse sich damit zu Hause ermitteln, ob die Spermienkonzentration im normalen Bereich von mehr als 20 Millionen pro Milliliter Samenflüssigkeit liegt. Spermienmangel ist der Hauptgrund für männliche Unfruchtbarkeit. Andere Ursachen, etwa mangelnde Beweglichkeit oder Fehlform der Spermien, kann der Test nicht ermitteln. Er solle auch nicht die klinische Prüfmethode ersetzen, erklärt Biologe John Herr, der Leiter des Projekts. Es gehe darum, die Hemmschwelle der Männer zu senken, die Ursache von Kinderlosigkeit bei sich selbst zu suchen. Bei 40 Prozent aller unfruchtbaren Paare liege es an der mangelnden Fertilität des Mannes; noch immer seien aber oft nur die Frauen bereit, sich untersuchen zu lassen.

Samen-Testgerät

TIERE

Klug durch Kälte

Tiere, die in rauem Klima leben, sind oft klüger als ihre Artgenossen aus gemäßigten Breiten, das legen verschiedene Studien nahe. Nun suchen Forscher nach Beweisen, dass diese höheren kognitiven Fähigkeiten auch vererbt werden. Timothy Roth und seine Kollegen von der University of Nevada entnahmen dazu zehn Tage alte Schwarzkopfmeisenküken aus den Nestern wilder Populationen in Alaska und verglichen sie mit gleich alten, ebenfalls in Freiheit geschlüpften Exemplaren derselben Art aus dem wärmeren Manhattan in Kansas. Bis zum Alter von fünf Monaten wuchsen die Vögel in geschlossenen Räumen unter gleichen Bedingungen auf; dann wurden sie Lerntests unterzogen. So mussten die Probanden etwa durchsichtige Folien oder Deckel von Futterschalen entfernen. Die aus der Arktis stammenden Vögel erwiesen sich dabei als deutlich findiger als die Konkurrenz aus dem Süden.

NPL / / ARCO IMAGES

Schwarzkopfmeise

AIDS

Verwaiste Greise

Die HIV-Epidemie in Afrika führt zu einem neuartigen demografischen Massenproblem: Alte Menschen werden zu Waisen. „Wir haben festgestellt, dass Aids nahezu eine Million ältere Menschen in Afrika südlich der Sahara zurückgelassen hat, die ohne die Hilfe ihrer Söhne und Töchter leben müssen“, sagt Grant Miller, Mitautor einer Untersuchung zu diesem Problem im Auftrag der Stanford School of Medicine. Gut ein Drittel dieser übrig gebliebenen Alten müsste obendrein für kleine Kinder sorgen. Vorwiegend seien alte Frauen im ländlichen Raum betroffen. Die Forscher untersuchten Fälle in 22 afrikanischen Ländern und stießen auf extreme Schicksale, etwa das der Greisin Paullina, die 12 Kinder durch das HI-Virus verloren hat und nun für 16 Enkel sorgen muss. Mit dem Einschnitt in die Familienstruktur kollabiert ein entscheidender Pfeiler des sozialen Fundaments. Nur wenige afrikanische Länder verfügen über öffentliche Programme zur Versorgung alter Menschen.

Greisin Paullina

KOMMUNIKATION

Bürger gegen Polizeifunk

Er wird zur öffentlichen Posse: der Plan, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste mit einem abhörsicheren digitalen Funknetz auszustatten. Die Standorte der über 4000 dazu benötigten Sendemasten sollten geheim bleiben. Diese sind jedoch so gut sichtbar, dass sich Bürgerinitiativen wegen des vermuteten Strahlenrisikos formieren. Im badischen Schopfheim weigerte sich die Kommune sogar, Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Das Digitalnetz, einst für 2006 vorgesehen, wird nun wohl erst im Jahr 2014 bundesweit stehen, dürfte etwa zehn Milliarden Euro kosten und sorgt auch im Expertenkreis der Regierung zunehmend für Skepsis. Der Haushaltsausschuss des Bundestags sperrte bereits vorübergehend einen Teilbetrag von 488 Millionen Euro. Unterdessen müssen sich die Polizei- und Rettungskräfte mit dem bestehenden, leicht abhörbaren Analog-Funknetz begnügen und vertrauliche Gespräche, wie andere auch, mit dem Mobiltelefon erledigen.

JAN BERGRATH

Ausdruck eines Fahrtenschreibers

VERKEHR

Pausenschwindel

Digitale Fahrtenschreiber zur Ermittlung von Pausenzeiten, mit denen Lkw seit Mai 2006 europaweit ausgestattet sein müssen, lassen sich spielend leicht überlisten. Die Information, ob der Lkw steht oder fährt, bekommt das digitale Kontrollgerät von einem Sensor am Getriebe. Ein dort installierter Magnet kann dessen Impulse allerdings unterbinden; der Sensor meldet dann auch Stillstand, wenn das Fahrzeug in Wirklichkeit in Bewegung ist. Diese Form der Manipulation birgt erhebliche Gefahren, denn sie irritiert wichtige Assistenzsysteme. So arbeitet die hydraulische Lenkunterstützung dann auch bei hoher Geschwindigkeit mit voller Kraft, als befände sich das Fahrzeug im Stand. Der Lkw reagiert entsprechend nervös auf Lenkkorrekturen. Fachleute beklagen, dass die Systeme leicht überwindbar sind. Roland Hölker, Tacho-Experte beim Fahrzeugausstatter Kienzle Automotive, schätzt, dass „20 bis 30 Prozent der Lkw-Fahrer wissen, wie man einen digitalen Tacho manipulieren kann“.

Craig Venter
durfte sich als Sieger fühlen, als er vor zehn Jahren im East Room des Weißen Hauses gemeinsam mit seinem Rivalen Francis Collins von der staatlichen Gesundheitsbehörde vor die Weltpresse trat. Mit einem Staatsakt wurde ein beispielloses Rennen zweier Forscherteams für vorläufig beendet erklärt: Venters Firma Celera und ein staatlich gefördertes Konsortium von rund tausend Wissenschaftlern aus aller Welt hatten das menschliche Erbgut um die Wette sequenziert – und Venter war weit schneller und billiger zum Ziel gekommen. Seitdem gilt Venter, heute 63 und Multimillionär, als böser Bube des Wissenschaftsbetriebs. Er genießt dieses Image – und überrascht die Welt immer wieder mit neuen Siegen. Mit seinem Forschungsschiff, der Yacht „Sorcerer II“, besegelt er die Weltmeere, um nach Genen im Ozean zu fischen. Derzeit startet er von Valencia aus zu einer Expedition ins Mittelmeer. Im Mai verkündete er, dass sein Team das erste Bakterium der Welt mit synthetischem Erbgut geschaffen habe.

DANIEL DUART / CONTACTO

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir wissen nichts“

Der Genomforscher Craig Venter über ein Jahrzehnt Forschung am menschlichen Erbgut, den Irrglauben an die Allmacht der Gene und die Massenproduktion künstlicher Lebensformen

SPIEGEL: Herr Venter, als die Elite der Genforscher einst die Entschlüsselung des menschlichen Genoms betrieb, da waren Sie der große Feind. „Frankenstein“, „Blutsauger“, „Darth Venter“ und schlicht „Arschloch“ wurden Sie genannt. Warum so viel Feindseligkeit?

Venter: Na ja, wer mag es schon, besiegt zu werden? Besiegt durch bessere Planung, bessere Technik und mehr Intelligenz. Das regt die Leute natürlich auf.

SPIEGEL: Jede Wissenschaft ist Wettbewerb. Aber nicht überall führt das zu solcher Beschimpfung …

Venter: … nein, nein, das menschliche Genom war etwas total anderes. Es sollte das größte Ding in der Geschichte der Biologie werden. Milliarden Dollar staatlicher Förderung für ein einziges Projekt – so was hatte es nie zuvor gegeben. Und dann kommt ein Einzelner daher und besiegt die Wissenschaftler, die seit Jahren daran sitzen! Kein Wunder, dass denen das nicht schmeckte.

SPIEGEL: War es nicht eher so, dass Ihre Gegner Angst davor hatten, Sie als profitorientierter Unternehmer würden die menschlichen Gene zu Ihrem Privateigentum machen?

Venter: Ach, das ist doch völliger Unsinn. Anfangs haben Francis Collins und die anderen Leute vom Genomprojekt behauptet, meine Methode werde sowieso nie funktionieren. Und als sie dann gemerkt haben, dass sie damit falsch lagen, da haben sie eben auf persönliche Attacken gesetzt und auf den Unsinn vom Besitzrecht am Genom.

SPIEGEL: Also alles nur Propaganda?

Venter: Letztlich ist es ein Streit um nichts. Aber dieser Kampf zwischen Gemeinwohl und Kommerz – solche Storys verkaufen sich halt gut.

SPIEGEL: Wurde die Bedeutung der Genpatente, um die der Streit damals ja tobte, denn überschätzt?

Venter: Zunächst einmal: Niemand hat das große Geld damit gemacht, außer den Patentanwälten. Und zum Zweiten: Ich halte keine Patente an menschlichen Genen. Starten Sie ruhig mal eine Patentanfrage. Dann können Sie sich davon überzeugen.

SPIEGEL: Am 26. Juni 2000 jedenfalls war es schließlich so weit: Sie und Francis Collins trafen sich im Weißen Haus …

Venter: … ja, ein großes historisches Ereignis. Es war schon überwältigend, im Weißen Haus vor der ganzen Welt so etwas bekanntzugeben. Für mich und mein Team war es natürlich ein großer Triumph, weil es bewies, dass wir gewonnen hatten.

SPIEGEL: Keiner von Ihnen hatte zu diesem Zeitpunkt gewonnen. Der Nobelpreisträger John Sulston, einer der Forscher vom staatlich finanzierten Genomprojekt, schreibt …

Venter: … ja, was schreibt er denn? Dass er und seine Leute nur ein Haufen Schwindler waren, dass sie eigentlich überhaupt nichts in der Hand hatten.

SPIEGEL: Er schreibt, dass Sie alle beide fast nichts in der Hand hatten.

GETTY IMAGES

Genom-Verkünder Venter (l.)*, SPIEGEL-Titel 26/2000: *„Es war ein großer Triumph“*

Venter: Über unsere Ergebnisse wusste er doch gar nichts. Am glaubhaftesten ist er, wenn er über seine eigene Arbeit schreibt. Und darüber sagt er, dass sie geschwindelt haben. Punkt.

SPIEGEL: Es ist wohl das einzige Mal in der Geschichte, dass eine wissenschaftliche Neuheit wie ein Staatsakt verkündet wurde. Wie kam es zu dem ungewöhnlichen Arrangement im Weißen Haus?

Venter: Es war ein Kompromiss. Die Leute vom öffentlichen Genomprojekt hatten Angst, dass wir ihnen den Rang ablaufen, und wir hatten Angst, dass das Weiße Haus es aussehen lassen würde, als hätte doch die andere Seite gewonnen.

* Mit Präsident Bill Clinton und Konkurrent Francis Collins bei der Bekanntgabe der Sequenzierung des menschlichen Erbguts im Weißen Haus am 26. Juni 2000.

SPIEGEL: Damals schien es, als habe man sich auf ein Unentschieden geeinigt. Sie aber betrachten sich selbst als Sieger?

Venter: Was spielt das für eine Rolle?

SPIEGEL: Die „New York Times“ hat später das öffentliche Genomprojekt zum Sieger erklärt. Wollen Sie behaupten, das sei Ihnen egal?

Venter: Ach, die „New York Times“! Im Übrigen: Was heißt hier „Sieger“? Entscheidend ist doch am Ende, dass heute unsere Daten in den Datenbanken stehen, nicht die, die das Konsortium damals zusammengestellt hat.

SPIEGEL: Seinerzeit ist das Genomprojekt mit dem Manhattan-Projekt und mit der Mondlandung verglichen worden. Es hieß, das Wissen um die Gene werde die Zukunft der Menschheit verändern und eine der „stärksten Antriebskräfte der Weltwirtschaft“ sein …

Venter: Wer hat solches Zeug gesagt? Ich nicht. Das waren die Leute vom Konsortium.

SPIEGEL: Irrtum. All das haben Sie 1998 im SPIEGEL-Gespräch gesagt.

Venter: So? Wirklich? Eigentlich ist das Gefasel von der Mondlandung Francis Collins’ Text. Ich hingegen habe immer erklärt: „Dies ist ein Wettrennen zur Start-, nicht zur Ziellinie.“

SPIEGEL: Das Genomprojekt hat nicht nur viele Hoffnungen geweckt, sondern auch Ängste. Haben Sie dafür Verständnis?

Venter: Na ja, es gibt eben Menschen, die etwas über ihr Leben wissen wollen, und andere, die es vorziehen, den Kopf in den

Sand zu stecken. Wobei die Angst ja nur auf dem Irrglauben beruht, dass, wer die DNA-Sequenz kenne, auch jeden Aspekt des Lebens kenne. Diesen Unfug haben dieselben Genetiker verbreitet, die auch die Angst vor der Kommerzialisierung schürten. Als man seinerzeit die ersten paar Gendefekte gefunden hatte, zum Beispiel bei der Huntington-Krankheit, da dachte man: Wer das Genom eines Menschen kennt, der weiß auch, wann und woran er stirbt. Aber das ist Blödsinn.

SPIEGEL: Die Aussagekraft des Genoms ist also gar nicht so groß?

Venter: Überhaupt nicht. Ich kann Ihnen das aus eigener Erfahrung sagen. Ich habe mein Genom ins Internet gestellt. Und viele fanden diese Vorstellung ganz schrecklich. Und was ist passiert? Gar nichts.

SPIEGEL: Immerhin zieht es Jim Watson, Mitentdecker der DNA-Doppelhelix, vor, nicht zu wissen, welche Variante des sogenannten APOE-Gens er hat – es sagt etwas aus über das Risiko, an Alzheimer zu erkranken, und davor hat er Angst …

Venter: … was für eine Torheit. In dem Alter! Watson ist über 80!

SPIEGEL: Interessiert es Sie denn, welche APOE-Variante Sie haben?

Venter: Ich weiß es. Ich habe demnach ein etwas erhöhtes Alzheimer-Risiko. Aber das beeindruckt mich wenig, denn ich könnte zusätzlich zig andere Genvarianten haben, die dem APOE entgegenwirken. Weil wir das aber nicht wissen, ist diese Information völlig bedeutungslos.

SPIEGEL: Und alle Ängste vor dem Missbrauch genetischer Daten, etwa durch Versicherungen oder Arbeitgeber – nichts als Hysterie in Ihren Augen?

Venter: Missbrauch ist keine Frage der Verfügbarkeit der Daten, sondern eine Frage von Gesetzen. An der Verfügbarkeit der genetischen Daten können Sie doch ohnehin nichts ändern. Hier, diese Flasche, die Sie angefasst haben – das reicht mir, und ich könnte jede genetische Information über Sie bekommen.

SPIEGEL: Wie viel würden Sie denn da über uns erfahren?

Venter: Viel weniger, als viele denken. Wir wissen doch das Genom immer noch nicht richtig zu lesen. Wozu also die ganze ethische Debatte?

SPIEGEL: Die Entschlüsselung Ihres persönlichen Genoms hat vor allem zutage gefördert, dass Ihr Ohrenschmalz eher feucht ist …

Venter: Sie sagen es. Und was sonst habe ich aus meinem Genom gelernt? Sehr wenig. Wir können bisher nicht einmal mit Sicherheit meine Augenfarbe daraus ablesen. Ist das nicht traurig? Jedermann hat erwartet, im Erbgut wundersame Ja-Nein-Antworten zu finden: „Ja, Sie werden Krebs kriegen“ oder „Nein, Sie werden keinen Krebs kriegen.“ Aber so ist es eben nicht.

SPIEGEL: Also hat das Genomprojekt bisher wenig medizinischen Nutzen gebracht?

Venter: … der Nutzen ist fast gleich null, um es genau zu sagen.

SPIEGEL: Hat es uns denn wenigstens neue Erkenntnisse beschert?

Venter: Oh, das schon. Vor elf Jahren wussten wir ja noch nicht einmal, wie viele Gene wir Menschen haben. Viele haben die Zahl auf 100 000 geschätzt, manche sogar auf 300 000. Was sind wir angefeindet worden, als wir behauptet haben, dass es vermutlich deutlich weniger sind, eher um die 40 000! Und dann stellte sich heraus, dass es sogar nur halb so viele sind. Gerade war ich in Stockholm zum 200. Geburtstag des Karolinska-Instituts. Der erste Vortrag handelte von all den vielen Errungenschaften, die uns die Entschlüsselung des Genoms gebracht hat. Dann sprach ich, und ich sagte, dass dieses Jahrzehnt dafür in Erinnerung bleiben wird, wie wenig – nicht wie viel – sich auf diesem Feld getan hat.

SPIEGEL: Warum dauert es denn so lange, bis die Erkenntnisse der Genomforschung in der Klinik ankommen?

Venter: Weil wir aus dem Genom in Wirklichkeit nichts erfahren außer Wahrscheinlichkeiten. Und wie soll man klinisch umsetzen, dass Sie ein um drei Prozent erhöhtes Risiko für irgendetwas haben? Solche Information ist nutzlos.

SPIEGEL: Es gibt aber auch Hunderte Erbkrankheiten, die auf Defekte einzelner Gene zurückzuführen sind. Dort kann man mehr als bloße Wahrscheinlichkeitsaussagen treffen. Zu einer Flut neuer Therapien hat es trotzdem nicht geführt.

Venter: Ja, weil es auch da falsche Erwartungen gab. Nehmen Sie als Beispiel das Louis-Bar-Syndrom, eine schreckliche Krankheit. Das Nervensystem degeneriert, die Kranken sterben oft schon als Teenager. Ursache ist der Defekt eines einzelnen Gens, aber es ist ein Entwicklungsgen. Und wenn der Körper in der falschen Weise gebaut ist, dann können Sie nicht einfach eine magische Pille nehmen und ihn umbauen. Wenn Ihr Hirn falsch verdrahtet ist, ist es falsch verdrahtet.

SPIEGEL: Wer ist denn schuld an den falschen Hoffnungen?

Venter: Wir haben einfach immer nur auf die einzelnen Gene geguckt – weil wir eben nur diese Gene hatten. Wenn Leute nachts ihre Schlüssel verlieren, dann suchen sie unter der Laterne. Und warum? Weil sie da etwas sehen können.

SPIEGEL: In Wirklichkeit liegt der Schlüssel aber im Dunkeln?

Venter: Genau. Warum haben die Leute denn geglaubt, dass es so viele Gene gibt? Weil sie dachten, dass für jede menschliche Eigenschaft ein Gen verantwortlich sei. Und wenn Sie die Gier kurieren wollen, dann müssten Sie eben das Gier-Gen verändern. Und wenn Sie den Neid heilen wollen, das Neid-Gen – das übrigens weit gefährlicher ist als das Gier-Gen. Aber so einfach ist es nicht. Wenn Sie wissen wollen, warum einer Alzheimer bekommt oder Krebs, reicht es nicht, einzelne Gene anzugucken. Dazu muss man das gesamte Bild sehen. Andernfalls ist es so, als wollten Sie hier in Valencia die Stadt erkunden, und alles, was Sie sehen, ist dieser Tisch. Sie sehen ein wenig Rost, aber der sagt Ihnen wenig über Valencia, außer vielleicht, dass die Luft hier salzhaltig ist. So steht es um unser Wissen vom Genom: Wir wissen nichts.

SPIEGEL: Wird denn irgendwann eine Zeit kommen, in der wir genug wissen, um die medizinische Ernte einzufahren?

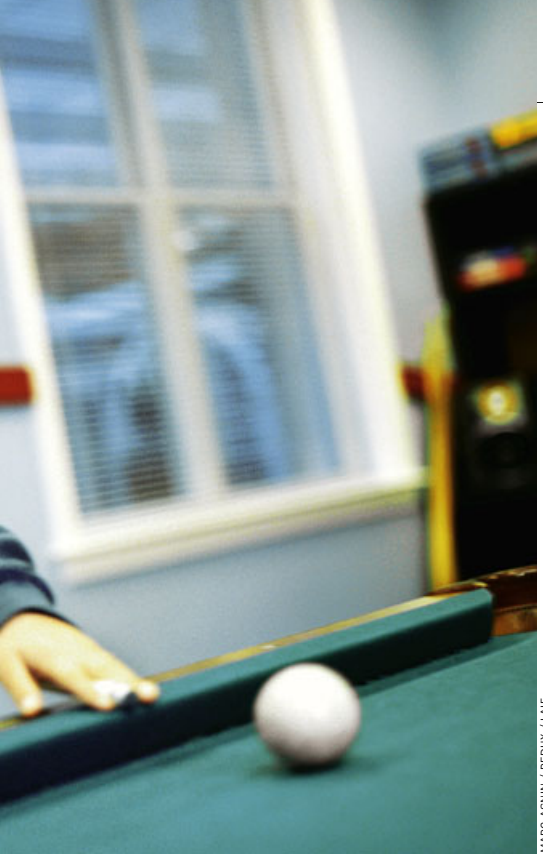
Venter: Dazu brauchten wir noch viel mehr Informationen. Informationen über Ihre Körperchemie, Ihre Physiologie, Ihre medizinische Geschichte, Ihr Gehirn und über Ihr gesamtes Leben. All diese Informationen brauchten wir millionenfach und müssten sie mit den genetischen Daten korrelieren.

DANIEL DUART / CONTACTO

Venter, SPIEGEL-Redakteure*
„Wozu die ganze ethische Debatte?“

Krebskranker Junge: *„Sie können nicht einfach*

* Rafaela von Bredow und Johann Grolle auf Venters Yacht „Sorcerer II“ im Hafen von Valencia.



MARC ASNIN / REDUX / LAIF

eine magische Pille nehmen“

SPIEGEL: Soll das dann am Ende zu der personalisierten Medizin führen, die uns von den Genomforschern immer angepriesen wird? Jeder bekäme seine persönliche, ganz auf seinen Fall und sein Erbgut zugeschnittene Therapie?

Venter: Ach was. Das ist doch nichts als eine weitere dieser törichten Ideen. „Oh, jetzt wo wir Ihr Genom kennen, machen wir diese Pille für Sie“ – so wird das nie laufen. Viel wichtiger ist es, am Genom die persönlichen Risiken abzulesen und diese durch kluges Verhalten zu verringern. Das verstehe ich unter personalisierter Medizin.

SPIEGEL: Sie beklagen, wie naiv die Genomforscher am Anfang gewesen seien. Aber werden künftige Generationen nicht ebenso darüber spotten, wie naiv wir auch heute noch sind?

Venter: Das wird sich zeigen. Immerhin haben wir jetzt das wichtigste neue Werkzeug zur Interpretation des menschlichen Genoms zur Hand: die künstliche Zelle. Sie wird es uns erlauben, Fragen zu beantworten, die uns bisher völlig unzugänglich waren.

SPIEGEL: Nachdem sich aus dem Lesen des Genoms keine Fortschritte ergeben haben, sind Sie dazu übergegangen, Erbgut neu zu schreiben: Sie haben das gesamte Genom eines Bakteriums synthetisiert und in einer anderen Zelle zum Laufen gebracht. Wie geht es Ihrer Bastelmikrobe denn?

Venter: Oh, der geht es blendend. Wir werden sie im Tiefkühlfach aufheben – für die Historiker.

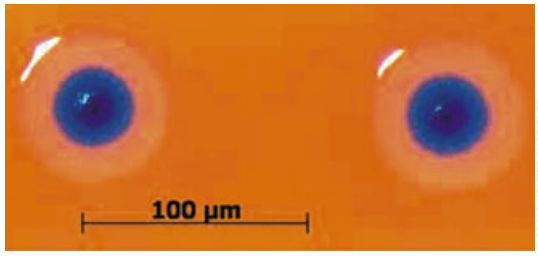
SPIEGEL: In dem Erbgut dieser Zelle hatten Sie eine Nachricht versteckt. Hat sich schon jemand darauf gemeldet?

Venter: Ja, es ist das erste Genom der Welt mit einer E-Mail-Adresse. Bis gestern hatten 50 Wissenschaftler den Code geknackt und uns geantwortet.

SPIEGEL: Vielen flößt das Basteln neuer Lebensformen Angst ein. Immer wieder heißt es, Sie spielten Gott …

Venter: Ja, und das finde ich beängstigend. Gewiss, ich kann Ihr Genom lesen, was niemand in der Geschichte zuvor konnte. Und ich kann neues Leben herstellen, was niemand zuvor konnte. Aber da handelt es sich nicht um göttliche, sondern um wissenschaftliche Macht. Und dass dies in unserer Gesellschaft nicht verstanden wird, das ist ein wirkliches Problem. Denn diese Gesellschaft ist völlig abhängig von der Wissenschaft. Wenn wir auch in Zukunft genug Wasser, genug Essen und genug Energie haben wollen, ohne dabei unseren Planeten total zu zerstören, dann haben wir nur eine Wahl, und die heißt: gute Wissenschaft.

SPIEGEL: Für viele Wissenschaftler schließt das aber einen Glauben an Gott nicht aus. Francis Collins etwa …



J. CRAIG VENTER INSTITUTE

Bakterien mit synthetischem Erbgut
„Das erste Genom mit E-Mail-Adresse“

Venter: … wie Collins Glaube und Wissenschaft versöhnt, das ist seine Sache. Für mich gilt: entweder Glaube oder Wissenschaft, beides zusammen geht nicht.

SPIEGEL: Francis Collins ist also kein richtiger Wissenschaftler?

Venter: Sagen wir, er ist Beamter.

SPIEGEL: Wann dürfen wir denn mit den nächsten maßgeschneiderten Mikroben aus Ihrem Labor rechnen?

Venter: Nun, wir haben vielerlei Ziele. Zunächst wollen wir versuchen, eine minimale Zelle zu bauen. Eine menschliche Zelle ist viel zu komplex, als dass wir sie verstehen könnten. Wir wissen ja nicht einmal, wie die simpelste Bakterienzelle funktioniert. Deshalb wollen wir herausfinden, was die Minimalausstattung einer Zelle ist, indem wir alle Gene entfernen, die nicht unbedingt nötig sind. Aber dann wollen wir auch neue Lebensformen designen, zur Energiegewinnung, um Kohlendioxid zu binden oder um Chemikalien zu produzieren.

SPIEGEL: Ist es nicht viel einfacher, vorhandene Bakterien mit den etablierten Methoden der Biotechnik zu verändern?

Venter: So einfach ist das nicht. Eine Minimalzelle zum Beispiel lässt sich anders nicht herstellen. Nur wenn wir das Genom von Grund auf neu bauen, können wir ganz nach Belieben Gene weglassen und hinzufügen.

SPIEGEL: Wie lange dauert es denn, solche neuartigen Zellen herzustellen?

Venter: Im Moment taugt unsere Technik, um einige pro Tag zu produzieren. Unser Ziel aber ist es, eine Million pro Tag zu bauen.

SPIEGEL: Wie lange wird es dauern, bis Ihre selbstgebastelten Lebewesen unser Benzin herstellen?

Venter: Nicht nur Benzin. Plastik, Asphalt, Heizöl: Alles, was heute aus Erdöl gemacht wird, wird irgendwann von Bakterien oder anderen Zellen hergestellt werden. Ob in 5, 10 oder 20 Jahren, das ist noch nicht klar. Warum haben wir denn bisher außer Alkohol keinen Brennstoff aus Mikroben? Weil die Evolution nichts hervorgebracht hat, was in großem Stil Biosprit aus CO_2 produziert. Deshalb müssen wir es eben bauen.

SPIEGEL: ExxonMobil zumindest scheinen Sie von Ihrer Vision schon überzeugt zu haben …

Venter: … ja, die investieren 600 Millionen Dollar in das Projekt, die Hälfte davon in die Zusammenarbeit mit uns. Das ist eine schöne runde Zahl, dieselbe Summe, die PerkinElmer mir damals für die Entschlüsselung des menschlichen Genoms gegeben hat. Damit haben wir das Genom in neun Monaten statt in vielen, vielen Jahren sequenziert. Das öffentliche Geld, das ins Humangenomprojekt floss, hat eben vor allem eine gigantische, unflexible Bürokratie geschaffen. Und nur mit privatem Investment können wir heute mit diesem Segelboot hier über die Ozeane fahren und Proben entnehmen, wobei wir mehr als 40 Millionen Gene entdeckt haben – von den 41 Millionen, die der Wissenschaft insgesamt bekannt sind. Alles, was Sie brauchen, sind ein paar innovative Ideen und unabhängige Förderung, die Ihnen erlaubt, Dinge zu tun, von denen andere nur träumen können.

SPIEGEL: Acht Jahre hat es gedauert von der Entzifferung eines Bakteriengenoms bis zur Entzifferung des menschlichen Genoms. Wie lange wird es dauern von der Herstellung des ersten synthetischen Bakteriums bis zur Herstellung des ersten synthetischen Menschen?

Venter: Es gibt derzeit keinen Grund, warum wir menschliche Zellen herstellen sollten. Ich bin zum Beispiel ein Fan der Arbeiten, die kürzlich zur Entschlüsselung des Neandertaler-Erbguts geführt haben. Aber wozu neue Neandertaler herstellen? Wir haben doch schon genug davon auf diesem Planeten.

SPIEGEL: Herr Venter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

GESCHICHTE

Blutorgien vor Publikum

Historiker führen eine heftige Kontroverse: Trieben die großen Ärzte des Altertums famose Wissenschaft – oder waren sie blutige Schlächter?

AKG-IMAGES

Lehrmeister Galen*: *„Die Verstümmelung war Teil der Darbietung“*

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ist ein Ort kultivierter Geistespflege. Der zum Vortrag aus den Vereinigten Staaten angereiste Historiker Heinrich von Staden, 71, warnt daher mit sanfter Stimme: „Einiges von dem, was wir gleich hören werden, wird unsere moralische, ästhetische und emotionale Empfindsamkeit verletzen.“

Der Experte für antike Wissenschaftsgeschichte von der US-Universität Princeton weiß um die Schockwirkung seines Forschungsgegenstands. Seit Jahrzehnten beschäftigt ihn die Frage, mit welch kühnen Methoden sich die Ärzte des Altertums anatomische Kenntnisse verschafften.

Aristoteles etwa entdeckte, dass „Schildkröten noch lange weiterleben, nachdem ihnen das Herz entfernt worden ist“. Der römische Arzt Galen (129 bis 199) schnitt lebenden Schweinen das Herz heraus und ließ seine Studenten den pochenden Muskel befühlen.

Stadens jüngst in Berlin vorgetragene Lektion berührt denn auch genau jene delikate Frage, über die Historiker derzeit wieder beherzt streiten: Waren die großen Mediziner der Antike Revolutionäre ihres Fachs oder vor allem Tierquäler?

Galen zersägte bevorzugt Schweine und Ziegen. Unter sein Messer gerieten allerdings auch Wölfe, Flusspferde, Löwen und sogar ein Wal. Auf diese Weise gelangte er zu bahnbrechenden Kenntnissen über Blutkreislauf und Nervenbahnen. Doch der Medikus beließ es nicht bei diskreter Forschung hinter verschlossener Tür.

Einen einmal geglückten Versuch wiederholte Galen immer wieder und veranstaltete dabei regelrechte Blutorgien vor Publikum. „Die Heftigkeit, das Töten und die Verstümmelung waren Teil der Darbietung“, befindet die Altertumswissenschaftlerin Maud Gleason von der Stanford University. Wiederholt schnallte der Meister lebende Schweine auf ein Sezierbrett, um den zwischen Faszination und Ekel hin- und hergerissenen Zuschauern zu demonstrieren, an welcher Stelle im Gehirn er das Sehvermögen lokalisierte.

Mit zylindrischen Sägen und Bohrern entfernte der antike Arzt einen Teil der Schädeldecke. Anschließend schälte er vorsichtig die äußere Hirnhaut vom Gehirn. „Nachdem du den Ventrikel eines lebenden Schweins freigelegt hast, und sogar wenn du den hinteren Ventrikel aufgedeckt hast, wirst du sehen, dass das Tier weiterhin mit den Augen blinzelt“, dozierte der Doktor ungerührt.

„Aber wenn du auf den vorderen Ventrikel drückst, wo die optischen Nerven liegen, hört das Tier auf zu blinzeln, auch wenn du einen Gegenstand in die Nähe seiner Pupillen rückst.“

Für eine andere Anordnung legte Galen den Stimmnerv von Schweinen mit einem Spezialhaken lahm, den er unter deren Rippenfell schob. Regelmäßig verblüffte er sein Publikum damit, dass die Tiere nicht mehr quiekten, obwohl er sie mit Schlägen traktierte.

„Sind unsere Empfindlichkeiten etwas ganz Modernes?“, fragt der Altphilologe Walter Burkert angesichts heutiger Empörung über solche Praktiken.

Dabei war auch Galen nicht frei von Skrupeln. Lebende Menschenaffen blieben von den Sezierkünsten des Meisters verschont. „Ihr Gesicht kann Schmerz und Leid auf so aufwühlende Weise ausdrücken“, konstatierte er tief betroffen.

Weit weniger zimperlich waren rund 500 Jahre vor ihm die griechischen Praktiker Herophilos und Erasistratos. Sie gingen als Pioniere in die Medizingeschichte ein, Herophilos etwa lieferte erste detaillierte Erkenntnisse über den Fortpflanzungsapparat von Mann und Frau. Doch zu welchem Preis? Staden vermutet, dass die im ägyptischen Alexandria wirkenden Ärzte Menschen bei lebendigem Leib ausweideten.

Staden beruft sich auf den römischen Chronisten Celsus, der in seiner medizinischen Enzyklopädie berichtet: „Herophilos und Erasistratos sezierten Verbrecher, die ihnen die Könige aus dem Gefängnis hatten bringen lassen, und besahen jene vom Atem erhaltenen Dinge, welche die Natur verborgen hat.“

Doch die These von Herophilos und Erasistratos als blutrünstigen Schlächtern ist nicht unwidersprochen. „Das ist einfach Rufmord“, behauptet jetzt der US-Historiker Richard Carrier.

Tatsächlich war das Sezieren selbst des menschlichen Leichnams in der Antike verpönt und den Ärzten durch den hippokratischen Eid untersagt. „Warum hätten sie sonst Tiere viviseziert, um Hinweise auf die menschliche Physiologie zu bekommen?“, argumentiert Carrier.

Womöglich habe in alter Zeit ein Konkurrent eine Intrige gegen die Beschuldigten inszeniert. Plausibel sei auch eine andere Variante, glaubt Carrier: Mediziner wie Galen übertrugen ihre aus den Tierexperimenten geschöpften Erkenntnisse unterschiedslos auf den Menschen. „Das kann sich schnell so anhören, als zerlege er einen Menschen, aber tatsächlich vivisezierte er ein Tier.“

Beruht die Horrorgeschichte von den antiken Menschenversuchen demnach auf einem banalen Irrtum?

Gewiss ist: Die Geschichte der antiken Medizin kennt etliche falsche Deutungen – und Galen trug selbst durchaus fleißig seinen Teil dazu bei. Etwa mit der Annahme, in der linken Herzkammer werde das Blut durch ein Feuer gereinigt. Die Lunge, so folgerte Galen, kühle das Herz wie ein Blasebalg und führe den Rauch ab. Diese Sichtweise gilt inzwischen als überholt.

FRANK THADEUSZ

* Buchillustration von 1876.

EDSON PASSARINHO / AFP

Bau einer Tiefsee-Bohrplattform des Petrobras-Konzerns südlich von Rio de Janeiro: *„Eines der kompliziertesten Projekte weltweit“*

UMWELT

Blind auf dem Mond

Während täglich Ölmassen in den Golf von Mexiko sprudeln, dringen die Ölmultis in immer neue Tiefen und Weltregionen vor – mit Hightech-Methoden, die sie nicht beherrschen.

Am vergangenen Dienstag versammelten sich internationale Ölmanager in London zum Gala-Dinner. Zuvor aber richteten sie eine ernste Botschaft an den US-Präsidenten: „Wir sind besorgt“, sagte Steven Newman, der Chef von Transocean, jener Firma, deren Bohrinsel „Deepwater Horizon“ am 20. April im Golf von Mexiko explodierte.

Newmans Sorge gilt nicht etwa den neun Millionen Litern Rohöl, die täglich an der Unglücksstelle ins Meer fließen. Der Konzernboss meinte vielmehr das Moratorium, mit dem der US-Präsident für sechs Monate weitere Tiefsee-Bohrungen gestoppt hat.

Auch Newmans Managerkollegen halten das für eine bedrohliche Überreaktion: „Die Welt braucht das Öl, das aus der fortlaufenden Tiefsee-Produktion kommt“, mahnt BP-Manager Steve Westwell. Und Jay Pryor von Chevron bezeichnet das Moratorium „als Rückschritt für die Energiesicherheit“.

In Woche zehn nach dem Desaster schießt weiter Öl in den Golf von Mexiko – insgesamt bisher vermutlich mehr als zehnmal so viel wie seinerzeit bei der „Exxon Valdez“-Katastrophe. Da gehört schon eine gewisse Chuzpe dazu, die Politik für das Verhängen des Bohrstopps anzuprangern.

Grundsätzliches Umdenken über die Abhängigkeit vom Öl? Keineswegs. Big Oil setzt weiter auf die Gier der Menschen nach dem Öl. Mississippis republikanischer Gouverneur Haley Barbour findet den Tiefsee-Bohrstopp sogar schlimmer als das Ölleck: „Der ist nicht nur schlimm für die Region, sondern für das ganze Land.“ Ein Richter aus New Orleans hob unterdessen den Bohrstopp wieder auf. Bessere Überwachung und ein paar neue Sicherheitsregeln, dann kann der Run auf die Tiefsee weitergehen – so sehen das viele US-Amerikaner.

Die vorige Woche offenbarte, dass viele im Rest der Welt diese Sicht der Dinge teilen: Norwegen schrieb am Mittwoch die Lizenzen für 94 Erkundungsblöcke für Ölbohrungen in der Nordsee aus. Einen Tag vorher genehmigten die Aktionäre des brasilianischen Ölkonzerns Petrobras eine Kapitalerhöhung um bis zu 68 Milliarden Euro – die höchste der gesamten Börsengeschichte. Mit dieser gigantischen Summe will Petrobras Ölfelder in der Tiefsee vor Rio de Janeiro erschließen. Und in der Arktis vor Neufundland hat der Chevron-Konzern Arbeiten an einem Bohrloch in 2600 Meter Wassertiefe begonnen, über tausend Meter tiefer als bei der „Deepwater Horizon“.

Die Suche nach dem Tiefsee-Öl geht weiter, denn hier liegt ein Großteil der neuentdeckten Quellen. „Das einfache Zeug, an das man leicht rankommt, ist aufgebraucht oder erschlossen“, sagt der Londoner Analyst Chris Skrebowski. Der Rest liege zumeist in der Tiefsee: 2002 wurden nur drei Prozent der weltweiten Ölproduktion von dort geholt, in zwei Jahren werden es wohl zehn Prozent sein.

Ihre Zukunft sieht die Branche vor allem in drei Gebieten des Atlantiks: Der Golf von Mexiko, die brasilianische und die westafrikanische Küste bilden das „goldene Dreieck“ der Tiefsee-Förderung mit gewaltigen, noch nicht erschlossenen Vorkommen.

„Alle dachten, die Erkundung der Tiefsee ist so aufregend wie die Raumfahrt“, sagt auch Klaus Wallmann, Tiefsee-Forscher des IFM-Geomar-Instituts in Kiel. Doch weit gefehlt: Verglichen mit den Bedingungen in der Tiefsee erscheint ein Mondflug wie ein Kurztrip ins Naherholungsgebiet. In einigen tausend Meter Tiefe ist der Druck so groß, „als würde man auf einem Daumennagel einen Kleinwagen abstellen“, so Peter Linke von Geomar, der Projekte in bis zu 6000 Meter Wassertiefe leitet. Dort zerquetscht der Wasserdruck Geräte und dringt in jede Ritze ein.

Bei der „Deepwater Horizon“ versagte offenbar die Hydraulik am sogenannten Blowout Preventer, einem riesigen Sicherheitsventil am Meeresgrund. Den erfahrenen Tiefsee-Mann hat das nicht überrascht: In solchen Wassertiefen sei das Versagen hydraulischer Geräte „eine

alltägliche Erfahrung“. Das Wasser in der Tiefsee ist zwei Grad Celsius kalt. Gas, das fast immer in Erdölfeldern vorkommt, bildet bei solcher Kälte Hydrate, die, Eiskristallen gleich, Leitungen verstopfen können.

„Das Risiko erhöht sich mit der Tiefe exponentiell“, sagt Linke. Extreme Kräfte wirken auf alle Materialien. Schon öfter habe er zerstörtes Material vom Meeresgrund geborgen: „Das sieht aus, als hätte ein Riese einen Knoten reingemacht.“

Aber die Bohringenieure müssen ja nicht nur der Tiefsee trotzen, sie müssen von dort aus auch noch kilometerweit durch Gestein bohren. Die Strecke von der Plattform zur Ölquelle entspreche der Entfernung von einem Flugzeugfenster bis hinunter auf die Erde, sagt Matthias Reich, Professor für Tiefbohrtechnik von der Bergakademie Freiberg in Sachsen. Bei dieser Länge biegt sich auch ein dickes Stahlrohr wie Blumendraht.

Unten frisst sich ein Meißel aus Diamant oder Wolframcarbid durchs Gestein. Im „goldenen Dreieck“ liegt das Öl zudem häufig unter kilometerdicken Salzschichten. Diese bilden eine Decke über dem Öl, schlucken aber auch die seismischen Pulse, mit denen die Ingenieure normalerweise Schichten im Erdreich durchleuchten. „Unterhalb des Salzes ist man blind“, sagt Inge Manfred Carlsen, Ölforscher beim unabhängigen norwegischen Forschungsinstitut Sintef.

Blindbohren ist gefährlich, weil die Ingenieure gezwungen sind, den Druck in den Ölkammern zu errechnen. Der begehrte Stoff steckt dort in porösem Trägergestein, ähnlich einem Schwamm. Wenn der Bohrer das erste Mal in diese Schicht dringt, muss der Druck des Öls, das nach oben strebt, ausgeglichen werden durch Druck von oben. Für diesen Drahtseilakt füllen Spezialisten schwere Bohrspülung in das Loch, eine Mischung aus Wasser, Ton, Schwerspat oder anderen Zusatzstoffen.

Wählen die Ingenieure zu wenig Druck, kann das Öl hervorschießen – der gefürchtete Blowout. Und noch eine Katastrophe droht in der Tiefsee: Das Gestein dort ist relativ jung, deshalb lauern viele Gasblasen. Wenn der Bohrmeißel auf eine von ihnen trifft, kann die ganze Bohrung in die Luft fliegen, der sogenannte Gas Kick. „Jede vierte Erkundungsbohrung in der Tiefsee des Golfs von Mexiko muss aufgegeben werden, weil es zu viele Gefahren gibt“, sagt Arthur Weglein, Physikprofessor und Seismologe von der University of Houston in Texas.

„Wir gehen Risiken ein, die wir nicht verstehen“, resümiert der Berkeley-Professor Robert Bea, ein Ölingenieur, der eine Untersuchung der „Deepwater“-Katastrophe leitet.

Die Branche bereitet sich nun auf höhere Sicherheitsstandards vor: Dazu wird vermutlich eine doppelt vorhandene Scherbacke im Blowout Preventer gehören, die im Notfall das Bohrloch schließt – ein Ersatzsystem, wie es in jedem Atomkraftwerk selbstverständlich wäre. Auch dass ein Blowout Preventer über ein akustisches Signal ferngesteuert noch aktiviert werden kann, wird in Zukunft wohl Standard sein.

Doch wird das künftige Katastrophen verhüten? Besonders die brasilianische Petrobras baut derzeit aggressiv ihre Förderkapazität aus. Schon heute produziert der brasilianische Megakonzern ein Viertel des tiefseegeförderten Öls weltweit. Kaum ein börsennotierter Konzern verfügt über mehr Ölreserven. Sie sollen Brasilien endgültig den Weg in die Liga der Industriestaaten ebnen. Vom Unglück im Golf will sich der Aufsteiger dabei nicht bremsen lassen.

Ende 2007 fanden Petrobras-Ingenieure vor der Küste Rio de Janeiros das „Tupi“-Ölfeld mit Reserven von fünf bis acht Milliarden Barrel. Nur wenige Monate später gab Petrobras den Fund von drei weiteren Riesenfeldern bekannt.

Ein „Geschenk Gottes“, schwärmte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva – allerdings liegt das Geschenk unter zwei Kilometern Meer, zwei Kilometern Salz und drei Kilometern anderer Sedimente in 7000 Meter Tiefe. „Es ist eins der kompliziertesten Projekte in der Tiefsee weltweit“, sagte Caio Carvalhal, Analyst bei Cambridge Energy Research Associates.

Aber auch an der afrikanischen Küste steht ein Förderboom bevor, etwa vor Ghana und Angola. Und gleichzeitig zieht es die Konzerne in die Arktis, wo noch gewaltige Öl- und Gasvorkommen vermutet werden – trotz der besonderen Gefahren für das fragile Ökosystem.

Währenddessen sprudelt das Öl weiter in den Golf von Mexiko. Und es könnte sogar noch schlimmer kommen. Der Kieler Tiefsee-Forscher Linke fürchtet, dass das ausströmende Öl und die Stopfversuche die Leitungen an der Quelle beschädigt haben. Dann könnten Öl und Gas durch Risse aus dem Meeresboden austreten. „Das ist der schlimmste Fall.“ Selbst eine Entlastungsbohrung bliebe vergebens.

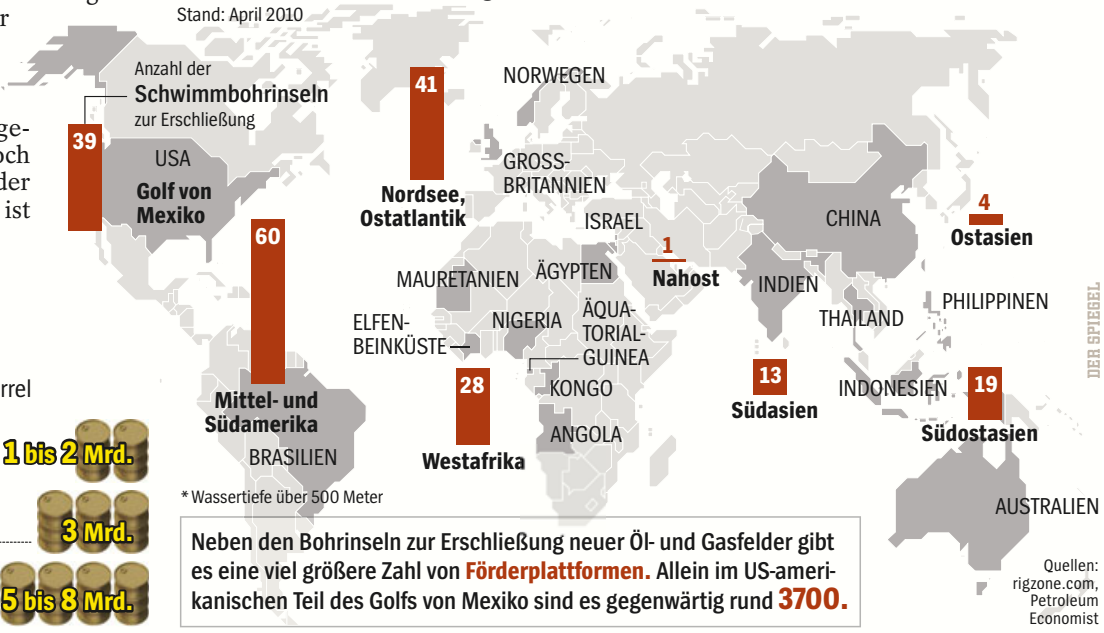
Wie wenig sich BP um solche Horrorszenarien sorgt, das offenbart der Notfallplan des Konzerns: Dort werden Walrosse erwähnt, die es zu schützen gelte – Tiere, die gar nicht im Golf von Mexiko leben. Und Rat verspricht man sich offenbar von dem Experten Peter Lutz. Der Biologe aus Boca Raton sollte im Katastrophenfall helfen, den Schaden für die Natur abzuschätzen. Aber offenbar haben die BP-Notfallplaner lange nicht mehr mit ihm gesprochen: Professor Lutz ist vor fünf Jahren an Krebs gestorben.

Cordula Meyer, Christian Wüst

Schwarzes Gold aus der Tiefsee

Länder mit Öl- und Gasförderung in Wassertiefen über 500 m

Stand: April 2010



* Wassertiefe über 500 Meter

Neuentdeckte große Offshore-Ölfelder

Vermutetes Ölvorkommen, in Barrel

GUARÁ
Santos-Becken (Brasilien) ..... 1 bis 2 Mrd.

TIBER
Golf von Mexiko (USA) ..... 3 Mrd.

TUPI
Santos-Becken (Brasilien) 5 bis 8 Mrd.

Neben den Bohrinseln zur Erschließung neuer Öl- und Gasfelder gibt es eine viel größere Zahl von **Förderplattformen.** Allein im US-amerikanischen Teil des Golfs von Mexiko sind es gegenwärtig rund **3700.**

Quellen: rigzone.com, Petroleum Economist

PSYCHOLOGIE

Das große Gähnen

Wissenschaftler erforschen eine universelle Verhaltensweise im Tierreich – allerdings schon seit Jahrzehnten und noch immer ohne abschließendes Ergebnis.

Die Versammlung hätte der Weltöffentlichkeit durchaus verborgen bleiben können, wäre das Thema nicht so schön: Die Tagung muss ohne Pharma-Sponsor auskommen, es gibt kein Hochglanzprogrammheft, kein Kongress-Catering. Im Amphithéâtre Charcot im Pariser Klinikum Pitié Salpêtrière sind Mediziner, Psychologen, Primatologen, Neurowissenschaftler und Hobbyforscher zusammengekommen, um den Sinn des Gähnens zu ergründen.

Olivier Walusinski, Allgemeinmediziner im Städtchen Brou bei Orléans, hat sie zusammengerufen. Die „erste internationale Konferenz über das Gähnen“ ist der Höhepunkt seiner langen Chasmologen-Laufbahn. Die Chasmologie, das sei vorangestellt, ist die Wissenschaft vom Gähnen, abgeleitet vom griechischen Begriff für den Abgrund, der ja bekanntlich ebenfalls gähnt.

Vor den ersten Vorträgen klaffen auf Bildern die Mäuler von Pferden, Katzen, Papageien, Schlangen, Fischen, Robben und Löwen in einer Endlosschleife; auch Picasso, Munch und Degas haben offene Münder von höchst ansteckender Intensität auf Leinwand gebannt.

Alle tun es – doch keiner weiß so recht, warum. „Wir müssen endlich anfangen, fächerübergreifend zu arbeiten“, verkündet Gastgeber Walusinski. In Paris hat er deshalb die Elite der Chasmologen um sich geschart – eines Forschungszweigs, der bislang ein Nischendasein fristet.

Umso größer ist die Dankbarkeit der Vortragenden. Viele sind dem Gähnen – wie Walusinski – schon seit Dekaden auf der Spur, nicht wenige sind darüber ergraut. Immer wieder widmen die Forscher ihren Vortrag verblichenen Mentoren, Doktorvätern und Pionieren der Gähnforschung, die die späte Würdigung ihres Schaffens nun nicht mehr erleben.

Mit Erkenntnissen kann das Fach durchaus aufwarten: Die Dauer (sechs Sekunden) und die Mundöffnung (vier Zentimeter) des Durchschnittsgähnens sind bekannt, auch dass das Phänomen in der Fetalentwicklung schon ab der zwölften Woche zu beobachten ist – noch vor dem ersten Schlucken. Unter Affen gähnen die Alphamännchen am ausgiebigsten.

Der indische Internist Ponniah Thirumalaikolundusubramanian beobachtete, dass Schlaganfallpatienten beim Gähnen selbst jene Körperpartien strecken, die eigentlich von Lähmungen betroffen sind – man habe es also mit einem Verhalten zu tun, das von primitiven Hirnregionen gesteuert wird, folgert der Mann mit dem Bandwurmnamen.

An der Universität Puebla in Mexiko haben Physiologen um José Eguibar eine Rattenlinie gezüchtet, die nahezu ununterbrochen gähnt. Die Forscher traktieren die Tiere mit Elektroschocks und Lärmreizen, um zu sehen, ob sie von dem rätselhaften Zwang lassen können. Insgesamt scheint die Obsession den Nagern nicht gut zu bekommen: Die „High yawning rats“ sind ängstlicher als ihre Artgenossen und versagen bei der Brutpflege.

Menschen gähnen vor allem kurz vor und kurz nach dem Schlaf, doch auch vor großen Herausforderungen: Fallschirmspringer etwa zeigen das mysteriöse Verhalten kurz vor dem Sprung, Olympioniken vor dem Rennen.

Probanden, die eine halbe Stunde ein Testbild betrachten müssen, sind anfälliger als solche, die einen Film schauen dürfen; das Lesen eines Textes über das Gähnen führt eher zu Gähnattacken als Texte, zum Beispiel, über Schluckauf.

Überhaupt sind der Ansteckung in Paris gleich mehrere Vorträge gewidmet: Bei Schimpansen, so ist zu erfahren, reicht schon eine Animation, die einen Artgenossen mit aufgerissenem Maul zeigt; auch gähnen Hund und Herrchen gern im Duett.

Handelt es sich also um eine Form sozialen Austauschs? Menschen, die sich gut in andere hineinversetzen können, infizieren sich leichter. Autisten und Schizophreniekranke dagegen sind immun. Kinder erlangen erst mit etwa fünf Jahren die Fähigkeit zum Mitgähnen.

Die soziale Hypothese könnte darüber hinwegtrösten, dass es trotz intensiver Forschung an einer überzeugenden physiologischen Erklärung fehlt. „Wenn selbst 50 Gramm leichte Feten Energie in dieses Verhalten investieren, muss es einen wichtigen Zweck haben“, grübelt Walusinski. Nur welchen?

Andrew Gallup, ein chasmologisches Nachwuchstalent von der Binghamton University im US-Bundesstaat New York, glaubt, einen gefunden zu haben: „Gähnen kühlt das Gehirn“, behauptet der Wissenschaftler. Er untermauert seine These durch Messungen der Hirntemperatur von Ratten und Vögeln. Zudem kennt er Patientinnen, deren unkontrollierbarer Gähndrang verschwand, wenn sie kalt duschten – die Zahl seiner Probandinnen ist allerdings überschaubar: zwei.

Gallups hemdsärmeliger Vortrag stößt denn auch auf Zweifel im Publikum. Womöglich wird seine These einer anderen einfachen Theorie in den Orkus der Chasmologie nachfolgen: Ebenso falsch wie langlebig ist der Mythos, Gähnen diene der verstärkten Aufnahme von Sauerstoff.

Dies hat der US-Psychologe Robert Provine bereits 1987 als Irrtum entlarvt. Der Forscher aus Maryland ist eine der Kapazitäten der Chasmologie und sagt dem Fach eine große Zukunft voraus: „Gähnen ist ein Verhalten, das die neurologischen Wurzeln zum Beispiel von Empathie erklären kann“, sagt er: „Was die Fruchtfliege für die Genetik ist, könnte das Gähnen für die Neurobiologie des Verhaltens sein.“

JULIA KOCH

AMY SANCETTA / AP

GREGORY BULL / AP

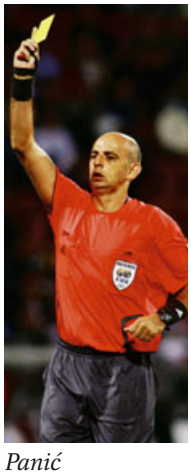
HELMUT RUFFLER / LOOK-FOTO

Gähnender Löwe, Uno-Delegierter, Säugling: *Handelt es sich um eine Form des sozialen Austauschs?*

WETTSKANDAL

Uefa-Funktionär unter Verdacht

Ein führender Funktionär der Europäischen Fußball-Union (Uefa) steht unter Verdacht, an der geplanten Manipulation von Spielen in Uefa-Wettbewerben beteiligt gewesen zu sein. Dies geht aus Akten der Bochumer Staatsanwaltschaft hervor, die gegen eine Bande mutmaßlicher Wettbetrüger ermittelt. Demnach soll sich der Slowake Jozef Marko, eines von 15 Mitgliedern der Uefa-Schiedsrichterkommission, am 22. Oktober vorigen Jahres im slowakischen Städtchen Pieštany nahe seinem Wohnort Bratislava mit Marijo C. getroffen haben, einem der derzeit in Untersuchungshaft sitzenden Beschuldigten. Es ging, das jedenfalls legen abgehörte Telefonate nahe, um einen perfiden Plan: Marko, 64, sollte in der Schiedsrichterkommission dafür sorgen, dass der bosnische Referee Novo Panić in die zweite Leistungskategorie befördert wird, um auch Spiele der Europa League pfeifen – und manipulieren – zu können. Panić, dies geht ebenfalls aus den Akten hervor, hatte sich mit Marijo C. offenbar auf weitere korrupte Deals eingelassen. So soll Panić am 18. November in Lugano von dem Wettpaten 50 000 Euro für die Schiebung des U-21-Länderspiels Schweiz gegen Georgien kassiert haben, das er leitete. Bei einer Vernehmung durch die Schweizer Polizei wies Panić, der für den SPIEGEL nicht erreichbar war, die Vorwürfe von sich. Dennoch sperrte die Uefa ihn lebenslang. Die fast 20 Seiten umfassenden Protokolle, die den Schiedsrichterfunktionär Marko schwer belasten, liegen der Uefa seit gut einem halben Jahr vor. „Ende Mai“, so behauptet der Verband nun, hätten „Vertreter der Uefa mit Herrn Marko gesprochen“. Markos Version ist eine andere. Dem SPIEGEL sagte der verdächtige Schiedsrichterfunktionär, dass ihn zu den Anschuldigungen von Seiten der Uefa bislang niemand angehört habe. Er weist jegliche Manipulationsabsprache von sich. Der Anwalt von Marijo C. äußerte sich nicht.



GEISSER / IMAGO

Panić

JEWEL SAMAD / AFP

Nordkoreanisches WM-Team in Südafrika

WELTMEISTERSCHAFT

„Propagandistisches Desaster“

Der Politologe August Pradetto, 61, Professor für internationale Politik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, über das Scheitern der Nordkoreaner bei der WM

SPIEGEL: Der Auftritt Nordkoreas bei der WM geriet zum Debakel. Könnten den Fußballern, wie vielfach kolportiert, nach ihrer Rückkehr harte Strafen drohen, etwa Arbeitslager?

Pradetto: Nordkorea trägt mit seiner Isolationspolitik selbst einiges dazu bei, dass derartige Gerüchte im Umlauf sind. Wir haben keine Bestätigung für solch drastische Maßnahmen. Dieses Land schlechtzumachen hat sich auf unterschiedlichen Ebenen als Muster etabliert. Das heißt nicht, dass Nordkoreas Führung nicht in der Lage wäre, repressiv vorzugehen.

SPIEGEL: Erst beim zweiten WM-Spiel verfügte die Regierung in Pjöngjang eine Live-Übertragung – prompt verlor Nordkorea gegen Portugal 0:7, der Kommentator sagte in der letzten halben Stunde kein Wort mehr.

Pradetto: Für die Machthaber war das ein propagandistisches Desaster. Fernsehbilder von der WM waren alles andere als selbstverständlich. Umso trauriger ist es für Nordkoreas Bevölkerung, dass bei diesem vorsichtigen Öffnungsversuch eine Niederlage herauskam, die als nationale Schmach empfunden wird. Das ist ja ein sportbegeistertes Volk. Unter politischen Gesichtspunkten war das 0:7 nicht hilfreich.

SPIEGEL: Wie wichtig ist Fußball dort?

Pradetto: Ich bin erst vor drei Wochen von einer Reise nach Nordkorea zurückgekehrt. Nach einem Erstligaspiel haben wir mit Jugendlichen gesprochen, die dort trainierten. Der eine antwortete auf unsere Frage, wer sein Idol sei: „Michael Ballack“. Der andere sagte wie aus der Pistole geschossen: „Zinédine Zidane“. Einer dieser Spieler trug sogar ein Trikot von Bayern München.

SPIEGEL: Was bedeutet es für die Machthaber in Pjöngjang, dass sich Südkorea bei der WM für das Achtelfinale qualifizieren konnte?

Pradetto: Dass der Feind im Süden erfolgreicher ist als sie selbst, wird bei Nordkoreas Herrschern keine Freude auslösen – sie halten sich aufgrund des Führerprinzips und ihrer Autarkiepolitik für überlegen, Südkorea gilt als Marionette der USA. Doch vollständig geheim halten vor der eigenen Bevölkerung lassen sich die Erfolge der Nachbarn nicht. Über China kommen Radios ins Land, auch auf illegalen Wegen, seitdem sind die Menschen nicht mehr von allen Informationen abgeschottet. Das größte Ziel für Nordkoreas Machthaber war sicherlich, bei der Weltmeisterschaft weiter zu kommen als Südkorea.

Enttäuschte Fans in Soweto*, Argentiniens Trainer Maradona, WM-Touristen aus Brasilien: *Eine wirklich afrikanische Weltmeisterschaft zu*

WELTMEISTERSCHAFT

Die Elefanten sind tot

Bei der ersten WM auf afrikanischem Boden wollten die besten Nationalmannschaften des Kontinents endlich einmal um den Titel mitspielen. Doch schon nach der Vorrunde dominieren wieder die Teams aus Europa und Südamerika das Turnier. *Von Alexander Osang*

Irgendwann in der zweiten Woche der Weltmeisterschaft verblasste der Eindruck, dass wir in Afrika waren. Schwer zu sagen, wann genau das passierte und wo, aber in den Minuten, nachdem die Gastgeber in der unscheinbaren Stadt Bloemfontein aus dem Turnier ausgeschieden waren, spürte man es deutlich. Etwa hundert Journalisten rannten im Bauch des Stadions nach unten, wo ein Zelt aufgebaut worden war, in dem die Pressekonferenz mit den Trainern Frankreichs und Südafrikas stattfinden sollte, sowie mit dem Budweiser-„Man of the Match“. Als sie angekommen waren, versperrten ihnen ein paar Sicherheitskräfte den Weg.

Was ist denn los, riefen die Journalisten, und die südafrikanischen Sicherheitskräfte, zwei Männer und eine Frau in blauen Uniformen, weigerten sich zunächst, eine Antwort zu geben. Aber die Journalisten wurden immer ungehaltener, bis die Frau in der Uniform sagte: „Unser Präsident Zuma war noch bei der Mannschaft und verlässt in diesem Moment das Stadion. Wir sichern hier seinen Rückweg. Haben Sie Geduld. Sie können gleich weiter.“

* Nach dem Ausscheiden Südafrikas am 22. Juni.

RAMON ESPINOSA / AP

CHRIS BRUNSKILL / ISI / POLARIS / STUDIO X

CHINE NOUVELLE / SIPA PRESS

veranstalten ist schwer, selbst in Afrika

Da wurden die Journalisten richtig sauer. Wir sind hier bei einer Weltmeisterschaft und nicht bei einem Staatsempfang, schrie einer. Lassen Sie uns durch, ein anderer. Wir müssen hier unsere Arbeit machen. Wir sind hier nicht zum Vergnügen. Die Ersten drängelten gegen die Sicherheitsbeamten, die Glastüren bogen sich leicht, und dann kam der Präsident. Ein kleiner Mann mit einer grün-rot-gelben Schärpe geschmückt, umspült von seiner Entourage, zehn Männern in Anzügen und zwei Frauen in bunten, wehenden Gewändern. Sie liefen mit schnellen Schritten vorbei und verschwanden in der Dunkelheit, unauffällig und geschlagen. Sie sind die ersten WM-Gastgeber der Geschichte, die bereits in der Vorrunde ausgeschieden sind. Sie haben sich hoch verschuldet, um diese WM ausrichten zu können, und es ist fraglich, ob das Geld jemals zurückkommt, aber ihre Gäste hatten bald Redaktionsschluss.

Die Türen öffneten sich, und die Journalisten drängten in das weiße Zelt, um sich einen beleidigten, älteren französischen Fußballtrainer anzusehen und danach einen älteren, zufriedenen Brasilianer. Dazwischen erschien ganz kurz der todtraurige südafrikanische „Man of the Match“ Katlego Mphela, um sich seinen Budweiser-Pokal abzuholen, eine Art Buschtrommel. Er hatte die Hoffnungen seines Landes lange Zeit hochgehalten, er hatte das 2:0 geschossen und beinahe das 3:0. Es gab zwei Fragen an ihn, Verlegenheitsfragen, dann nahm er seine Budweiser-Buschtrommel und ging.

All die gutgemeinten, volkstümlichen Südafrika-Berichte, die Zeitungen und Fernsehsender in den Wochen vor der Weltmeisterschaft verstopften, waren in diesem Moment vergessen, es ging jetzt nur noch um Fußball. Wir hätten überall sein können. So wie der Brasilianer Carlos Alberto Parreira, der die südafrikanische Mannschaft auf diese Weltmeisterschaft vorbereitet hatte.

Parreira hat Mannschaften aus fünf verschiedenen Ländern zur WM geführt, 1994 gewann er mit Brasilien den Titel, meist aber ist er in der Vorrunde ausgeschieden. 1998 war es Saudi-Arabien, davor Kuwait, diesmal Südafrika. Sie haben ihn gemocht hier, weil er nach einer Pause zurückkam zu ihnen, nach einer schweren Krankheit seiner Frau. Er schämt sich für die arroganten südamerikanischen Neureichen, die sich hier teilweise benehmen, als gehörte ihnen Südafrika. Er hat aus einem niedergeschlagenen Team eine Mannschaft geformt, die Frankreich vom Platz fegte. Er hat versucht, das Land zu verstehen, aber es ist eben nicht sein Land. Er geht nach Brasilien zurück, wo er in seinem Landhaus impressionistische Bilder malen will. Wenn sich Bafana Bafana für die WM 2014 in Brasilien qualifizieren sollten, führe ich sie gern ein bisschen rum, sagt Parreira zum Abschied. Ein alter Mann, der völlig mit sich im Reinen scheint.

Eine halbe Stunde später schlichen die letzten südafrikanischen Spieler zum Mannschaftsbus, sie trugen schwarze Anzüge und riesige, goldene Krawatten, die aus ihren Hemdkragen quollen. Siphiwe Tshabalala, der im ersten Spiel das vorerst berühmteste Tor Afrikas schoss, sieht winzig aus. Fünf Tage lang war er ein Held. Ein Junge aus Soweto, der das erste Tor dieser WM schoss, eine märchenhafte Figur. Der Moment, in dem sein Ball in die lange Ecke segelte, bescherte Südafrika endlich einmal eine große Geschichte, die nichts mit dem Kampf gegen die Apartheid zu tun hatte. Tshabalala hätte zu einem Volkshelden werden können beim Spiel gegen Uruguay, das am 16. Juni stattfand, dem Tag, an dem Südafrika Hector Pietersons gedenkt, des zwölfjährigen Jungen aus Soweto, der beim Schüleraufstand 1976 von der Polizei erschossen wurde. Aber sie verloren das Spiel, Siphiwe Tshabalala rannte vergebens, das Märchen war zu Ende.

Was hat ihnen denn Präsident Jacob Zuma in der Kabine gesagt?

„Er hat uns Mut zugesprochen“, sagt Tshabalala. „Er hat gesagt, dass wir jetzt nach vorn schauen müssen.“

Draußen auf den Straßen jaulen die Vuvuzelas, die vorhin im Stadion noch einmal so laut waren wie am Anfang, aber sie werden bereits leiser. Zwei Stunden später hört man sie im Zentrum von Bloemfontein nur noch vereinzelt krähen. Es ist, als löse sich all die Hoffnung in wenigen Stunden auf.

In einer Kneipe in der Innenstadt sitzen zwölf schwarze Männer, die aus Johannesburg angereist sind, um ihre Mannschaft anzufeuern, und sehen sich das Nigeria-Spiel im Fernsehen an. Ihre Vuvuzelas liegen in ihrem Schoß, und als Nigeria in Führung geht, blasen sie hinein, aber dann gleicht Südkorea aus, geht in Führung, und sie verlieren das Interesse. Als die Nigerianer in der zweiten Halbzeit

Straßenfußball in Soweto: *Nur noch nach Hause fahren und nicht mehr in die Zukunft*

CHRISTIAN CHARISIUS / REUTERS

um den Sieg kämpfen wie um ihr Leben, streiten die Männer über die Rolle der schwarzen Mittelschicht sowie die Vor- und Nachteile eines sozialistischen Südafrikas. Dann ist auch Nigeria nicht mehr dabei. Die Superadler sind abgestürzt, und auch den Löwen aus Kamerun und den Elefanten von der Elfenbeinküste geht es nicht gut. Die Männer trinken noch ein Abschlussbier und gehen ins Bett.

Am nächsten Tag loben die Zeitungen ihre tapfer kämpfenden Fußballer. Aber an der schnurgeraden Straße nach Johannesburg stehen diesmal keine Kinder und Landarbeiter mit südafrikanischen Fahnen und strahlen die Autofahrer an, die jetzt nur noch nach Hause fahren und nicht mehr in die Zukunft. Als die Sportjournalisten der großen südafrikanischen Zeitungen vor zwei Wochen ihre Tipps abgaben, waren einige dabei, die Südafrika im Halbfinale sahen, manche sogar im Finale. Es gab Weltmeistertipps für Kamerun, für Ghana und die Elfenbeinküste. Die Gäste aus Europa und Südamerika mussten lächeln, als sie das lasen. Und dieses Lächeln sagt genauso viel über diese WM aus wie der grenzenlose Optimismus der Gastgeber.

In Soweto, der größten und berühmtesten Township des Landes, sind die Straßen mit den wackeligsten Häusern am buntesten geschmückt. Die Menschen hier können sich vielleicht kein Ticket leisten, aber sie haben riesige WM-Maskottchen auf ihre Straßen gemalt. An den Hütten stecken amerikanische, brasilianische und deutsche Fahnen. Romae Kesimolotse hat die italienische Fahne am Zaun, er sagt, dass er jetzt, da Bafana Bafana ausgeschieden ist, Italien unterstützt, den Weltmeister. Er hat wieder aufs falsche Pferd gesetzt, aber so wie er lächelt, weiß er das noch nicht, und es ist die Frage, ob es darauf ankommt.

Auf einem sandigen Platz in Sowetos White City, die so heißt, weil hier einst die Unterkünfte weißer Polizisten standen, spielen ein paar Jungs Fußball auf Bierkästen. Eine der Mannschaften heißt Black Aces, und dies ist eine Art Meisterschaftsspiel, was überrascht, weil kaum Luft im Ball ist, weil der Platz mit Knochen und Glassplittern übersät ist und alle Spieler unterschiedliche T-Shirts tragen. Meistens sind es nur Unterhemden oder Pullover, einer trägt ein Phantasietrikot der argentinischen Mannschaft mit Messis Namen auf dem Rücken, Bafana-Bafana-Jerseys gibt es nicht. Aufgeschlossene Soweto-Touristen denken sofort, dass sich die Jungs nicht mal die Trikots der eigenen Mannschaft leisten können, aber das stimmt nicht, sagt Ruw Mundli.

Ruw Mundli ist 17 und der Captain der Black Aces. Er lacht, wobei man sieht, dass ihm ein Einser im Oberkiefer fehlt. Sein Held ist Mphela, der unglückliche Torschütze gegen Frankreich, der auch hier in der Gegend groß wurde, sagt er, und der nun einen Brillanten im Ohr trägt.

„Natürlich haben wir alle Bafana-Bafana-Trikots. Aber an einem solchen Tag können wir die nicht tragen. Wir sind frustriert. Das ist alles“, sagt Ruw Mundli.

Wird er dennoch weiter die Weltmeisterschaft verfolgen?

Ruw Mundli zuckt mit den Schultern und sagt: „Klar“.

Sein Präsident Zuma hat das Volk aufgefordert weiterzufeiern, nachdem die eigene Mannschaft ausgeschieden ist. Sie sind ja immer noch Gastgeber. Aber es ist nicht einfach. Der größte Fanpark von Soweto, in Rockville, ist an diesem Tag wie ausgestorben. Nicht eine Vuvuzela unterbricht den Mann, der auf der Großbildleinwand das Spiel England gegen Slowenien kommentiert. Als Südafrika spielte, waren hier Zehntausende, heute sind es 500. Vielleicht 400 davon sind weiß. Sie sind in englische Fahnen gehüllt oder in die praktische, hochwertige Kleidung, an der man Deutsche im Ausland erkennt. Später, als es dunkel wird, als England sich ins Achtelfinale gewurstelt hat, und die Deutschen ihren Mannschaftsbus besteigen, um zum Soccer-City-Stadion zu fahren, wo sie Ghana besiegen werden, kommen ein paar wenige Zuschauer aus den umliegenden Vierteln in den Fanpark. Sie schauen irritiert auf die deutschen und englischen Grüppchen, die verloren zwischen den Plastikzelten der Sponsoren herumstehen und über die Aussichten ihrer Teams philosophieren. Es sieht aus, als gäbe es hier, mitten in Soweto, gerade wieder eine weiße Stadt.

An den Laternenpfählen, die am Rande der Straßen stehen, die aus Soweto zum nahen Soccer City führen, kleben die Werbeplakate der Boulevardzeitungen. Der „Star“ ruft: „Ghana, rette die Hoffnung Afrikas!“

Das klappt fast. Aber die ghanaischen Spieler, die nach dem Spiel durch die Mixed Zone laufen, sehen aus, als erdrücke sie all die afrikanische Hoffnung. Philipp Lahm, Sami Khedira und Per Mertesacker geben, nass gescheitelt, den Kulturbeutel unterm Arm Interviews für die deutsche Presse, die Ghanaer huschen im Hintergrund vorbei. Es hat auch kaum je-

mand eine Frage an sie. Natürlich gibt es Interesse an der Meinung von Kevin-Prince Boateng, dem afrikanischen Berliner, aber der will nicht reden, obwohl er einer der stärksten Spieler seiner Mannschaft war. Er marschiert mit entschlossenem Gesicht an den Mikrofonen vorbei.

Der Generalsekretär des ghanaischen Fußballverbandes dagegen gibt gern Auskunft. Ein großer, schwerer Funktionär mit blutunterlaufenen Augen und dem Namen Kofi Nsiah. Er erzählt von der Solidarität der afrikanischen Mannschaften, von der einzigartigen Gelegenheit. Er ist stolz, dass sie Afrika in der Endrunde repräsentieren können.

Stört es ihn, wenn sich andere Afrikaner darüber beschweren, dass Ghana nicht mehr afrikanisch spiele, seit der serbische Trainer da ist?

„Nein“, sagt der Generalsekretär. „Der Trainer hat unseren Spielern Disziplin beigebracht. Das ist gut, vor allem in der Abwehr. Darüber hinaus werden wir immer afrikanisch spielen, der Rhythmus, die Leichtigkeit, das bleibt. Und wissen Sie, unser Trainer will das auch. Er ist ein Ghanaer geworden. Er isst unser Essen, er betet mit uns, und gestern hat er sogar mit der Mannschaft getanzt.“

VI IMAGES / IMAGO

Fifa-Chef Blatter, Staatspräsident Zuma: *Das Volk aufgefordert weiterzufeiern*

Wenn man Milovan Rajevac so anschaut, kann man ihn sich kaum tanzend vorstellen. Er sieht müde, ungekämmt und immer ein wenig verzweifelt aus, wenn er an der Trainerbank steht. Er scheint die Frage nach dem Tanz mit der Mannschaft auch nicht zu verstehen, was aber auch an seinem Übersetzer liegen mag, einem runden, aufgeregten Mann, der an ihm klebt wie eine Handpuppe an einem Bauchredner. Rajevac spricht nur Serbisch, und sein Dolmetscher spielt auch Emotionen mit, die der Trainer nicht vermittelt. Er redet davon, wie sich Rajevac auf Ghana eingestellt hat, wie er die Mannschaft verjüngte, die Abwehr verstärkte und fasst seine Gesprächspartner dabei an den Unterarm. Milovan Rajevac ist jetzt seit fast zwei Jahren in Ghana, natürlich nie die ganze Zeit, aber sooft, wie es geht, sagt sein Dolmetscher. Der Serbe lächelt verständnislos und freundlich, er ist das Gesicht des afrikanischen Gasttrainers. Ein Fremder, der europäische Tugenden nach Afrika bringen will. Ein Missionar.

Es ist offenbar schwer, eine wirklich afrikanische Weltmeisterschaft zu veranstalten, selbst in Afrika.

Der ghanaische Verband hat zum Spiel gegen Deutschland 3000 Landsleute nach Johannesburg einfliegen lassen, damit überhaupt jemand da ist. Mit ein paar von ihnen hat sich Dirk Niebel, der deutsche Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in der Halbzeitpause fotografieren lassen. Niebel ist für zwei Tage nach Südafrika gekommen, um den, wie er sagt, „Omnibuseffekt“ der Weltmeisterschaft zu nutzen. In diesen Tagen habe er riesengroße Aufmerksamkeit für seine Projekte, sagt Niebel. Seine Delegation hat sich das Spiel angesehen, einen Bolzplatz eingeweiht und rollt am nächsten Tag mit riesigem Omnibuseffekt in Soweto ein. Drei schwarze deutsche Limousinen, davor zwei südafrikanische Polizeiwagen mit Blaulicht und hintendran noch mal zwei. Die Leute am Straßenrand staunen, als treffe der König von Sambia ein.

Niebel besucht ein Berufsausbildungszentrum, das mit deutschen Entwicklungshilfegeldern gefördert wird. Seine Wagenkolonne blockiert den ganzen Hof, auf dem ein paar Lehrlinge Fliesen legen, Wände putzen und Dächer decken. Es sind kleine Häuser, die sie hier bauen, Häuser, wie sie in Soweto stehen. Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Priska Hinz, möchte gern wissen, welche Techniken für energiesparende Häuser hier erlernt werden.

Alle schauen sich verstört an, bevor ein deutscher Entwicklungshelfer sagt: Das Wetter ist natürlich anders hier, und es gibt auch weniger Geld. Priska Hinz nickt nachdenklich.

Nach dem Rundgang sagt Niebel stolz, er habe Sepp Blatter gestern Abend auf der Ehrentribüne gesagt, dass es besser gewesen wäre, die WM-Maskottchen in Afrika und nicht in China produzieren zu lassen. Sie wollten das Know-how voriger Weltmeisterschaften, natürlich vor allem der perfekten deutschen Sommermärchenweltmeisterschaft hierher transportieren, sagt er. Aber es sollte doch ein afrikanisches Turnier bleiben.

Ist es das?

Absolut, sagt Niebel.

Aber was ist denn so afrikanisch an dieser Weltmeisterschaft?

Niebel überlegt einen Moment. Dann sagt er: „Bunt. Sie ist so bunt.“

Er hat eine Aids-Schleife am Revers und ein Abzeichen, das den afrikanischen Kontinent zeigt und mittendrin, im Herzen Afrikas gewissermaßen, den deutschen Bundesadler. Etwa zur gleichen Zeit erklärt Arne Friedrich auf der Pressekonferenz im deutschen Mannschaftsquartier: „Ich hoffe für die Menschen hier, dass es bergauf geht, weil ich glaube, dass sie es absolut verdient haben.“

Die Welt ist wieder in Ordnung. Die Afrikaner sind die Farbtupfer, die sie immer waren. Die Südamerikaner und Europäer sind weitgehend unter sich. Das südafrikanische Fernsehen preist das letzte, bedeutungslose Spiel Kameruns als „Spiel der Ehre“ an, als ermuntere es eine Kindermannschaft, nicht den Kopf hängen zu lassen. Man kann im Gesicht von Samuel Eto’o gut lesen, was hier mit ihnen passiert ist. Als er den Ausgleich gegen Holland schießt, schaut er ernst, beinahe niedergeschlagen. Vor knapp einer Woche, als er im Stadion von Pretoria das Führungstor gegen Dänemark erzielte, rannte er entfesselt in die Stadionecke, wo die kleine Gruppe von Fans saß, die aus seinem Heimatland Kamerun angereist war, schrie und ballte die Fäuste, als wollte er die Welt einreißen. Er hatte gerade die Champions League gewonnen, aber das hier war wichtiger. Es war mehr als Fußball. Dann konterten die Dänen zweimal, und die Revolution des Samuel Eto’o war vorbei. Die unbezähmbaren Löwen waren gestorben.

Die „Daily Sun“, Südafrikas größte Boulevardzeitung, behauptet gleich unter ihrer Titelzeile, das WM-Blatt Nummer eins zu sein, aber seit Bafana Bafana aus dem Turnier flog, hatten sie keinen Fußball-Titel mehr. Heute haben sie einen

Mann auf der ersten Seite, der im Bordell nicht bezahlen wollte und deswegen nackt ausgezogen und auf die Straße geschickt wurde. Die erste Fußballnachricht erscheint im Mittelteil.

„Dieser verdammte Fußball verkauft sich einfach beschissen“, sagt Deon du Plessis, der Herausgeber der „Daily Sun“. „Gestern ist Italien rausgeflogen, aber das interessiert hier keine Sau. Wenn Brasilien ausscheidet, machen wir wieder einen Titel. Vielleicht.“ Du Plessis ist einer der Blattmacher, von denen man glaubte, sie seien ausgestorben. Er sieht aus wie eine 150-Kilogramm-Variante von Mister Magoo, er baut in jeden zweiten Satz ein „Fuck“ ein, seine Nase ist rot, aber sein Herz ist riesengroß.

Er kennt all die Argumente, die gegen die WM sprechen. Die teuren Karten, die Schulden, die sie machen mussten, um die Fifa-Bedingungen zu erfüllen, die schwachen Afrikaner, die nachlassende Begeisterung, aber es interessiert ihn nicht. Er hat keine Ahnung von Fußball, aber er findet diese Weltmeisterschaft wunderbar.

„Wissen Sie, wir waren jahrelang durch die beschissene Apartheid isoliert. 95 Prozent der Südafrikaner waren nie im Ausland. Und jetzt ist die Welt hier. England, Brasilien und von mir aus auch das durchgeknallte Frankreich. Sie sind hier. Wir sehen sie. Das ist alles ungeheuer gut für unser Selbstbewusstsein. Natürlich haben alle gedacht, die kriegen das nicht hin. Aber jetzt sehen sie: Wir kriegen das hin. Und am Ende ist es auch gut für den Fußball. Die afrikanischen Jungs scheiden vielleicht aus, aber sie können auch zuschauen, wie es die anderen machen. Sie müssen in die Welt. Ein Junge aus Sambia hat vielleicht Talent, aber er hat keine Erfahrung. Aber das kommt schon. Der Verband hat jetzt eine Menge Geld in die Hand bekommen. Es ist wichtig, dass das nicht wieder in irgendwelchen Privattaschen verschwindet. Dann haben wir in vier Jahren in Brasilien vielleicht eine Chance, unter die letzten 16 zu kommen“, sagt du Plessis.

Bis dahin machen sie das, was die Leute lesen wollen. In der Konferenz für die Sonntagsausgabe der „Sun“ sind die wichtigsten Fußballthemen Patrick Vieira, der beim Feiern in einem Johannesburger Club fotografiert worden ist, jetzt, wo Frankreich trauert, und ein allerletztes Interview mit dem scheidenden Trainer Parreira. Die größte WM-Story der Wochenend-„Sun“ werden die Johannesburger Prostituierten sein, die sich über schlechte Geschäfte beklagen. Die WM-Touristen gehen zu wenig in den Puff.

Am Abend fliegt die Elfenbeinküste aus dem Turnier. Die Elefanten sind tot. Aber das ist wieder kein Titel für die „Sun“.

Es überrascht niemanden.

TOBY SELANDER

Deutsche im Bräuhaus von Kapstadt: *Stammtisch von Siemens und Daimler*

AUSWANDERER

Kegeln und Skat

In Kapstadt leben ungefähr so viele Deutsche wie auf Mallorca. Sie bleiben gern unter sich, die Weltmeisterschaft ist für die meisten von ihnen nur ein Fernsehereignis.

Als Mesut Özil die deutsche Mannschaft ins Achtelfinale schießt, bebt der Deutsche Klub in Kapstadt. „Steht auf, wenn ihr Deutsche seid“, grölen die Fans. Sie steigen auf die Bänke, Flaschen kippen um, ein Teller mit Jägerschnitzel fällt vom Tisch. Die Gesichter der Gäste glühen, es riecht nach Bier und Zigaretten. Der Wirt schüttet einen Schnaps in seinen roten Schädel und grinst wie der Teufel. An der Wand neben der Theke hängt ein „Jägermeister“-Hirsch aus Plastik.

Seit 1930 gibt es den Deutschen Klub in Kapstadt, Karl-Heinz Sittlinger, 76, war mal im Vorstand, ein kleiner Mann mit schlohweißem Haar. Er ist mit einer Frau aus Simbabwe verheiratet, „20 Jahre jünger als ich ist die, aber keine Schwatte, das nicht. Meine Mary spricht fließend Deutsch“.

Sittlinger kommt aus Bocholt, lebt aber seit 47 Jahren in Südafrika, er hat als Textilingenieur gearbeitet, ordentlich verdient und sich früh zur Ruhe gesetzt. Sittlinger wohnt in Camps Bay, im Nobelviertel von Kapstadt, er taucht viel, trinkt gern Sekt und war fünfmal Stadtmeister im Skat. Er sagt, die Apartheid sei nicht richtig gewesen, „aber das mit der Kriminalität hatten die Buren besser im Griff“. Man möge ihn nicht falsch verstehen, er habe nichts gegen Schwarze, „aber woanders sind die Neger freundlicher zu den Weißen als hier“.

Sittlinger kauft ein beim deutschen Bäcker, beim deutschen Metzger, er sieht „Punkt 12“ auf RTL und „Kreuzfahrt ins Glück“ im Zweiten. Und die WM, „jedes Spiel“. Ins Stadion in Kapstadt geht er nicht. Er spielt lieber Golf. Dreimal in der Woche.

Kapstadt ist die schönste Stadt in Südafrika, die sauberste und die europäischste, rund 30 000 Deutsche wohnen dauerhaft dort, das sind ungefähr so viele wie auf Mallorca. Die Stadt ist ein Sehnsuchtsort, mit atemberaubender Natur, angenehmem Klima. Man kann hier ein Leben führen wie an der Côte d’Azur, und alles ist viel billiger. Aber Kapstadt hat auch seinen Preis: die Kriminalität. Die Armut der Schwarzen schlägt einem täglich ins Gesicht. Deshalb ziehen sich viele der deutschen Auswanderer zurück, sie führen ein Leben unter einer Glocke.

Freitags wird geknobelt in Kapstadt, donnerstags gekegelt. Hans ist da, Xenia, Annette, Herbert, sieben Leute. Die Bahn ist dekoriert mit den Wappen von Westpreußen, Oberschlesien und dem Sudetenland. Zwei Schwarze stellen die umgefallenen Kegel immer wieder auf und rollen die Kugeln zurück, drei Stunden lang tun sie das, 100 Rand, knapp 11 Euro, bekommt jeder dafür.

„Ich würde das nicht machen“, sagt Enrico Schmidt.

Er ist vor vier Jahren nach Südafrika gekommen, um eine Maschine aufzustellen. Er blieb am Kap hängen. Mittlerweile ist er technischer Manager einer Glasfirma. Schmidt sagt, man könne mit den Schwarzen im Betrieb zurzeit nichts anfangen, wegen der WM: „Die wollen nur mit ihrer Tröte blasen.“

„Ganz schlimm ist das“, sagt eine Kegelschwester, „schlimm, schlimm.“

Fast alle Deutschen, die nach Südafrika ausgewandert sind, sind Rentner oder Selbständige. Es gibt einen deutschen Friseur in Kapstadt, die „Deutsche Buchhandlung“, einen deutschen Zahnarzt, einen Automechaniker und den „Baumeister deutscher Prägung“. Das Hamburger Maklerbüro Engel & Völkers hat vier Filialen in der Stadt, Wasserlage ist besonders beliebt.

TOBY SELANDER

Anwalt Kalckreuth: *„Hervorragendes Netzwerk“*

Christoph von Kalckreuth ist Anwalt, spezialisiert auf Gesellschaftsrecht, 41 Jahre alt, den Kopf fast kahl geschoren, rundes Gesicht, Siegelring. Als Student war er Mitglied der Burschenschaft Ghibellinia-Leipzig zu Hannover, seit zwölf Jahren lebt er in Kapstadt, er ist Mitglied im örtlichen Johanniterorden, der Mitte August seinen Ritter-Tag feiert. Sein Bruder hat einen Rotary Club in Kapstadt gegründet, der einmal im Jahr einlädt zum „Fest der deutschsprachigen Gemeinschaft am Kap“.

Kalckreuth sitzt in seinem Haus auf dem Sofa. Er hat schlechte Laune, letzte Nacht hat jemand eine Scheibe seines Audi TT eingeschlagen und seine Deutschlandfahne vom Rücksitz geklaut. „Jetzt habe ich die Rennerei: Polizei, Versicherung. Das nervt.“

Er berät Deutsche in Kapstadt, die eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, eine Firma gründen oder Devisen transferieren wollen. Sein Geschäft läuft gut. Er arbeitet meist von zu Hause aus, hat aber auch ein Büro in der Innenstadt mit Blick auf den Tafelberg.

Kalckreuth inseriert in der Zeitschrift „Kapstadt auf gut deutsch“, aber an seine Mandanten gerät er in der Regel über Mundpropaganda. „Die deutsche Community hilft sich gegenseitig sehr gut. Das ist ein hervorragendes Netzwerk.“

Am Anfang, als er noch neu in Südafrika war, wollte er gar nicht so viel mit den Deutschen zu tun haben, aber am Ende „ist es für mich natürlich extrem nützlich“. Er war noch nie in einer Township, „keine Ahnung, warum ich es noch nicht geschafft habe“, er geht nicht in Kapstadt ins Stadion. Er schaut sich die Spiele der Deutschen im Paulaner Bräuhaus an, „das ist die beste Kontaktbörse, die es gibt“.

Die Probleme Südafrikas sind in Kapstadt nicht zu übersehen. Die Rassentrennung ist abgeschafft, aber die Folgen sind längst nicht überwunden. Zwölf Prozent der Bevölkerung Südafrikas sind Analphabeten, in den Townships leben Hunderttausende in Elendshütten, es gibt 2,5 Millionen Waisenkinder im Land.

Die meisten Auswanderer blenden die Realität einfach aus. So lebt es sich leichter.

Im Hafenbecken an der Victoria & Alfred Waterfront, der guten Stube Kapstadts, manövrieren Segelschiffe und Motoryachten, Musik spielt auf den Promenaden. Deutschland spielt gegen Serbien, und das Bräuhaus ist brechend voll.

Die Gäste haben Girlanden um den Hals, zwischen den Tischen hasten dunkelhäutige Frauen im grünen Dirndl mit schweren Biergläsern und Haxen, die so groß sind wie Fußbälle.

Seit neun Jahren gibt es das Paulaner, hier trifft sich der Stammtisch von Siemens, von Daimler. An den ersten drei WM-Tagen gingen 10 000 Liter Bier über den Tresen, gebraut nach dem deutschen Reinheitsgebot, das Malz importiert aus Bamberg, der Hopfen aus der Hallertau.

Christoph von Kalckreuth trägt eine schwarz-rot-goldene Zipfelmütze, eine abgeschnittene Bundeswehrhose und eine Armbinde mit der Aufschrift „Spielführer“. Er prostet einem Mitarbeiter des Generalkonsulats zu. „Alle sind sie da heute“, sagt er.

An einem Ecktisch sitzt der ehemalige Schlagermoderator Dieter Thomas Heck. Er macht Urlaub in Südafrika, sein Sohn Nils lebt seit 19 Jahren in Kapstadt, managt dort ein Hotel. Heck passt gut in das Bräuhaus, er verkörpert diese Welt hier perfekt, er ist so deutsch, so sehr alte Bundesrepublik. Heck steckt in einem weißen T-Shirt mit dem Emblem des Deutschen Fußball-Bundes und seinen Initialen, „DTH“. Als die Nationalhymne gespielt wird, steht er auf und singt mit. „Gehört sich so.“ Afrika ist gerade weit weg.

Am Ende verliert die Nationalmannschaft. Ein paar ältere Damen lassen sich noch mit Dieter Thomas Heck fotografieren. Dann verabschiedet er sich: „Kinder, macht es gut, tschüs, ciao.“

Es gibt deutsche Auswanderer in Kapstadt, die einen anderen Weg gehen als die Landsleute aus dem Bräuhaus. Guido Schöldgen kommt aus Neuss, ein Künstler, Maler und Fotograf, er hat seine Werke in Tokio und Mailand ausgestellt. Seine Frau Annette ist Modedesignerin. Die beiden sind vor zehn Jahren nach Kapstadt gezogen. Sie sind stolz auf Südafrika, „die Apartheid ist erst 16 Jahre vorbei, und es ist schon so viel passiert, so viel hat sich positiv entwickelt“.

Sie waren noch nie im Paulaner, nur einmal im Deutschen Klub. „Da passen wir nicht hin“, sagt Schöldgen.

Das Ehepaar spendet für die Oper in Kapstadt, sie haben einen schwarzen Haushelfer, den sie überdurchschnittlich bezahlen, sie haben ihm Geld gegeben, damit er den Führerschein machen kann. Schöldgen fotografiert oft junge Frauen aus den Townships, er gibt ihnen einen Teil des Geldes, das er mit den Bildern verdient, er hat schon ein Buch rausgebracht, es trägt den Titel „Cape Town Girls“. Er setzt sich nach den Shootings an den Computer und produziert für die Frauen Sed-Karten, mit denen sie sich für andere Modeljobs bewerben können. Drei seiner Entdeckungen arbeiten inzwischen in New York.

Guido und Annette Schöldgen fühlen sich ihrer Wahlheimat nah. Sie haben mitgelitten, als Südafrikas Mannschaft gegen Uruguay verlor, und sie waren glücklich, als Bafana Bafana Frankreich besiegte.

Vergangenen Donnerstag saßen sie zum ersten Mal im Stadion, das wie ein Raumschiff am Meer liegt. Am Samstag, zum Viertelfinale, gehen sie wieder hin.

MAIK GROSSEKATHÖFER

ESSAY

Hurensöhne unter sich

Frankreich schämt sich seiner Fussballer.
Von Ullrich Fichtner

Im Jahr 1882, als sich das Fußballspiel seine Regeln gerade erst erfand, hielt der große französische Gelehrte Ernest Renan an der Pariser Sorbonne einen hellsichtigen und bald berühmten Vortrag über die Frage, was eigentlich eine Nation sei. „Wie der Einzelne“, sagte Renan damals, „ist die Nation der Endpunkt einer langen Vergangenheit von Anstrengungen, von Opfern und von Hingabe.“ Die Nation drehe sich um den gemeinsamen Ruhm in der Vergangenheit, sie speise sich aus einem „gemeinsamen Wollen“ in der Gegenwart. Renan sagte: „Gemeinsam Großes vollbracht zu haben und es noch vollbringen wollen – das sind die wesentlichen Voraussetzungen, um ein Volk zu sein.“

Das französische Volk fragt sich gerade, nach einer guten Woche tragikomischer Wirren, ob zumindest den Mitgliedern seiner Fußball-Nationalmannschaft das „gemeinsame Wollen“ abhanden gekommen ist. Der klägliche Auftritt der Equipe Tricolore in Südafrika wird als kollektive Schmach empfunden, als nationale Blamage, aufgeführt vor Hunderten Millionen Zuschauern in aller Welt. Frankreichs berühmte Botschafter in kurzen Hosen finden sich, gelinde gesagt, entzaubert, ihrem rätselhaften Trainer Raymond Domenech schlägt endgültig blanker Hass entgegen, und insgesamt entlädt sich in Frankreich eine lange schon angestaute Wut auf eine Nationalelf, die den Ehrendienst am Vaterland vorsätzlich zu verweigern scheint.

Es geht um Fußball, also um die Nation. Und die Franzosen erleben gerade das schwarze Gegenteil eines Moments, wie ihn Deutschland 1954 im legendären Berner Wankdorf-Stadion erlebte. Nach einem 0:0 gegen Uruguay, einem 0:2 gegen Mexiko und einem 1:2 gegen Südafrika musste ihre Nationalelf vergangene Woche das Turnier sieglos verlassen. Dieses sportliche Scheitern, allein schmerzlich genug, erklärt allerdings nicht den Gefühlssturm, der darüber in der Heimat losgebrochen ist. Es geht um mehr, um viel mehr.

Schwer zu sagen, welche Szene aus dem französischen Lager die eindrücklichste war in den vergangenen Tagen, in denen sich „les Bleus“ vor aller Welt zerlegten.

Das Bild vom Mannschaftsbus am Rande eines Trainingsgeländes, in dem bockig die Spieler sitzen und die Arbeit verweigern, zählt noch zu den lustigeren, und ein Studiogast von Canal+ kommentierte es zum hysterischen Gelächter des Publikums mit den Worten, man könnte meinen, der Live-Berichterstattung über eine Entführung oder einen Amoklauf beizuwohnen.

SICHOV / SIPA PRESS

Staatspräsident Sarkozy

Eine nationale Trauerballade, in der es um Ehre und Anstand, Moral und Werte geht.

Eine Art Amoklauf hatte sich drei Tage zuvor, am vorvergangenen Donnerstag, tatsächlich abgespielt, als der für den FC Chelsea stürmende Nicolas Anelka seinen Trainer Domenech in der Halbzeit des Mexiko-Spiels einen „dreckigen Hurensohn“ nannte und ihm ansonsten Dinge empfahl, die man nicht zu wiederholen wagt – die am übernächsten Morgen aber riesengroß auf Seite eins der Sportzeitung „L’Equipe“ standen.

Danach reihten sich die Szenen aneinander wie im burlesken Boulevardtheater, und sie steigerten sich zum Psychodrama, so als zöge ein geschickter Regisseur die Fäden der Handlung. Hektische Pressekonferenzen folgten, Krisengespräche, viel Gerenne auf Fluren, eine Erklärung wurde öffentlich verlesen, in der sich die Mannschaft mit Anelka solidarisierte und die doch nicht von der Mannschaft allein stammen konnte, weil sie, wie ein Funktionär fein bemerkte, „keinen einzigen Rechtschreibfehler“ enthielt.

Patrice Evra, der Kapitän und Streikführer, blies zur Jagd auf den Verräter, der die Interna aus der Kabine getragen hatte. Domenech, der Trainer, wusste am Vorabend des Südafrika-Spiels nicht mehr mit Sicherheit zu sagen, welche seiner Spieler für das Match überhaupt zur Verfügung stünden. Aufrechte Konditionstrainer sprachen von „nationaler Schande“, und Fußballfunktionäre bekannten sich zu ihrer Scham. Bald besuchte eine demonstrativ besorgte Sportministerin Roselyne Bachelot die Mannschaft, appellierte an die Ehre der Spieler, nur um sie wenige Tage später als „caïds“, als üble Gangster, zu verunglimpfen.

Zu Hause, weit weg, verging dem Volk das Lachen. Der anfängliche Spott schlug um in Wut und Trauer, und diese Gefühle bekamen ein Gesicht: Domenechs Vorgänger Aimé Jacquet, der die Equipe 1998 zum WM-Titel geführt hatte, stand nun regelmäßig und mit offenkundig verweinten Augen vor den Kameras und sang immer neue Strophen einer nationalen Trauerballade, in der es um Ehre und Anstand, Moral und Werte geht.

Nicolas Anelka wurde zum ersten Franzosen, der Südafrika wieder Richtung Heimat verließ. Der Fußballverband verstieß ihn aus dem Kader, das Fernsehen zeigte ihn beim vorzeitigen Einchecken am Flughafen mit schwarzer Kapuze und dicker Sonnenbrille wie einen modernen, dunklen Ritter. Aber Anelkas Rolle war eigentlich die des Rächers. In jener Halbzeitpause hatte er im Grunde nur ausgesprochen, was viele Franzosen ihrem arroganten Nationaltrainer schon lange gern selbst ins Gesicht gesagt hätten.

Unter Raymond Domenechs Führung war es der französischen Mannschaft zwar auf holprigen Wegen noch einmal gelungen,

das WM-Finale von 2006 zu erreichen, anschließend aber ging es mit dem Team derart bergab, dass Domenech zweifellos als der schlechteste Nationaltrainer in die Annalen des französischen Fußballs eingehen wird. Er war in all den Jahren stets unfähig, seine Aufstellungen zu begründen, er war nie in der Lage, über taktische Erwägungen Auskunft zu geben und überhaupt: irgendeinen vernünftigen Satz über Fußball zu sagen.

Stattdessen redete er Niederlagen schön, zeigte sich glücklich in den unglücklichsten Momenten, und für immer wird den Franzosen jener Abend im Jahr 2008 im Gedächtnis bleiben, an dem die Nationalelf im entscheidenden Vorrundenspiel der Europameisterschaft gerade an Italien gescheitert war und Domenech nichts Besseres einfiel, als seiner Freundin direkt nach Abpfiff der Partie vor laufenden Kameras einen Heiratsantrag zu machen.

Domenech ist, was die Franzosen einen „emmerdeur“ nennen, ein Stänkerer, eine Nervensäge, eigenwillig bis zum Starrsinn und stets bereit, eigene Fehler anderen in die Schuhe zu schieben. Als er am vergangenen Dienstag, nach der finalen Niederlage gegen Südafrika, seinem Kollegen Parreira den Handschlag verweigerte, trat sein schräger Charakter ein letztes Mal offen zutage: Statt einfach der Form zu genügen, die sportsmännische Geste einfach auszuführen, zog er seine Hand weg und brach mit dem Kollegen auch noch einen Streit vom Zaun. Es waren die letzten Minuten seines öffentlichen Lebens, Domenech verdarb auch sie – und wieder musste sich Frankreich schämen für ihn.

Die Scham steht im Zentrum dieser nationalen Affäre, und dabei waren immer, buchstäblich, viele Hände im Spiel. Nicht nur Fußballfans wissen, dass Frankreich auf dem Weg zu dieser WM die Ethik des Sports in flagranter Weise verletzte. Am 18. November des vergangenen Jahres, in der 103. Minute des entscheidenden Qualifikationsspiels gegen Irland, legte Thierry Henry, der bis dahin zu den großen Idolen der Franzosen gezählt hatte, seinem Mitspieler William Gallas den Ball zum 1:1-Ausgleich vor – nur benutzte er dazu nicht seine Füße, sondern die linke Hand. Frankreich qualifizierte sich, die Franzosen schämten sich.

Denn dass Henrys Hand auch an den Kern des französischen Selbstverständnisses rührte, die Heimstatt der republikanischen Tugenden und höchster Moralansprüche zu sein, machte in Frankreich schnell die Runde. Und bald war allen klar, Fußballfan oder nicht, dass Henrys Schuld nur durch herausragende Leistungen der Nationalmannschaft in der Folgezeit wo nicht zu rechtfertigen, so doch wenigstens zu überdecken wäre.

Dieses Projekt einer Wiedergutmachung schlug auf dramatische Weise fehl. In den folgenden Partien präsentierte sich die Mannschaft weiterhin desolat, bis man kurz vor der WM sogar gegen China 0:1 verlor. Das heimische Publikum war vor allem regelmäßig darüber erschüttert, mit welcher Leichtigkeit die Gegner siegten. Die Spieler in Blau, ohnehin unfähig, Spiele zu bestimmen, sie kämpften noch nicht einmal, sie ergaben sich wehrlos, und dabei blieb es. Frankreich erwies sich als illegitimer Teilnehmer der WM, und sein Ausscheiden wirkte, angesichts der irischen Vorgeschichte, wie der wohltuende Ausdruck einer höheren Gerechtigkeit.

Nur blieben eben die Franzosen daheim auf ihren Scham- und Schuldgefühlen sitzen. Die Spieler heilten die Wunden nicht, die sie geschlagen hatten, sie versuchten es noch nicht einmal. Deshalb trifft sie nun die geballte Wut einer ganzen Nation.

JEWEL SAMAD / AFP

Französische Nationalmannschaft

Dieses Projekt einer Wiedergutmachung schlug auf dramatische Weise fehl.

Es ist eine regelmäßige Übung der Feuilletons, die Welt des Sports zu betrachten und Rückschlüsse auf Gesellschaft, Politik und Kultur zu ziehen. Im Fall Frankreichs ist das spiegelbildliche Gedankenspiel verlockender. Hier könnte man zu dem Schluss kommen, dass die Politik und ihre Tonlagen die Kultur des Sports stärker verändert haben als umgekehrt. Das Land wird von einem Präsidenten geführt, zu dessen Karriere es immer gehört hat, seine Bürger zu beschimpfen. Es war Sarkozy, der die schwarze und arabische Jugend in den Vorstädten als „Abschaum“ titulierte, er war es, der versprach, die Pariser Banlieue mit dem „Kärcher“ dampfzustrahlen.

Es wäre kein Wunder, wenn angesichts solcher präsidialer Vorlagen der Umgangston auch ein paar Etagen tiefer, in Umkleidekabinen und auf Sportplätzen, rauer wird. Wenn die politische Klasse, die von den Nationalspielern in diesen Tagen lautstark exemplarisches Verhalten einfordert, selbst die guten Sitten schleifen lässt, kann sie vom Volk und seinen Sport-Ikonen unmöglich Besseres erwarten. Von Sarkozys „Abschaum“ bis zu Anelkas „Hurensohn“ ist der Weg nicht weit.

Und die Konsequenzen wachsen sich aus: Der skandalöse Verlauf der französischen WM-Teilnahme markiert auch das Ende eines Traums. 1998, als das Team den Titel errang, wurde die aus allen Rassen und Herkünften zusammengewürfelte Mannschaft zum Symbol eines geglückten multikulturellen Gesellschaftsmodells. „Black-blanc-beur“ wurde zur stolzen Formel des Erfolgs und widerlegte Rassisten vom Schlage eines Jean-Marie Le Pen, der es gewagt hatte, von der Nationalmannschaft als einer „kickenden Negertruppe“ zu reden.

Das WM-Team des Jahres 2010 war nun tatsächlich mehr „black“ als alles andere, eine Versammlung hochtalentierter farbiger Aufsteiger, die am Ende in geradezu kindischer Manier vermissen ließen, was den Franzosen am heiligsten ist: die „Contenance“, die schöne Haltung. Sie droht nun allerorten verlorenzugehen. Die Nation schmückt sich wohl gern mit erfolgreichen Zuwanderern; im Augenblick großer Niederlagen aber kriechen alte Ressentiments an die Oberfläche zurück, und die unglückliche Sportministerin Bachelot hat mit ihrem Gangster-Vergleich den Ton künftiger Debatten schon vorgegeben.

Es darf als wahrscheinlich gelten, dass politische Redner die mageren Vorstellungen der Equipe bald auch damit erklären werden, dass mit den zu Multimillionären aufgestiegenen Vorstadtkindern im Nationaltrikot eben doch kein Staat zu machen sei. Dass es den schwarzen Nationalspielern am zugehörigen Nationalstolz mangele. Dass sie doch nicht so richtig zum französischen Volk gehörten. Dies wäre die schlimmstmögliche Wendung der Dinge, ein wahrhaft tragischer Fallout eines Fußballturniers, das die Menschen einander näherbringen will.

Um sie zu vermeiden, sollten die Franzosen auf ihre eigenen Gelehrten hören, auf Ernest Renan, der in seiner Rede über die Nation auch den tröstlichen Gedanken äußerte, dass das gemeinsame Leiden ein Volk am Ende mehr eint als die Freude. „Die nationalen Erinnerungen und die Trauer“, sagte Renan, „wiegen mehr als die Triumphe, denn sie erlegen Pflichten auf, sie gebieten gemeinschaftliche Anstrengungen.“

Davon stehen nun viele an in Frankreich. Im Fußball zuerst, und dann in Politik und Gesellschaft. ◆

Impressum

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo,
Mathias Müller von Blumencron (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Dirk Kurbjuweit, Markus Feldenkirchen (stellv.), Michael Sauga (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Kerstin Kullmann, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. *Autoren, Reporter:* Henryk M. Broder, Christoph Schwennicke

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter. *Autor:* Jan Fleischhauer

DEUTSCHLAND *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm (Hausmitteilung, Online Koordination), Ulrich Jaeger, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheuermann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep, Hans-Ulrich Stoldt, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, John Goetz, Wiebke Hollersen, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autor:* Stefan Berg

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Susanne Amann, Beat Balzli, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Joachim Hoelzgen, Juliane von Mittelstaedt, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Sandra Schulz, Helene Zuber. *Reporter:* Clemens Höges, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Walter Mayr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Cordula Meyer, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autorin:* Rafaela von Bredow

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Verena Araghi, Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Julia Bonstein, Nikolaus von Festenberg, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Elke Schmitter, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Daniel Sander, Claudia Voigt

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Dialika Krahe. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin, Alexander Osang

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Annette Großbongardt, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels
Sonderhefte: Karl-Heinz Körner

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. *E-Mail: bildred@spiegel.de*
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Petra Gronau, Kristian Heuer, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 209, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, Tel (0066) 22584037

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Daniel Steinvorth, PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2432080, Fax 2432079

JERUSALEM Christoph Schult, P.O. Box 9369, Jerusalem 91093, Tel. (00972) 26447494, Fax 26447501

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (0044207) 2430889, Fax 2430899

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, Grosvenor House 8 E/F, Jinjiang Hotel, 59 Maoming Rd. (S), Shanghai 200020, Tel. (008621) 54652020, Fax 54653311

SINGAPUR Jürgen Kremb, 5 Hume Avenue # 05-04, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. + Fax (0065) 63142004

STAVANGER Gerald Traufetter, Rygjaveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

WARSCHAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 64 vom 1. Januar 2010
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden
Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $340 per annum.
K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.
Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop
SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop
Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)
Telefon: (040) 3007-2948
Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196
E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,
Sa. 10.00 – 16.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg
Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857003
Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*
Fax: (040) 3007-857006
* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.
Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz
Telefon: (0049) 40- 3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070
E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de
Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 189,80
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 709,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 145,60 inkl.
6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 351,00
Europa: zwölf Monate € 244,40
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 322,40
DER SPIEGEL als E-Paper:
zwölf Monate € 189,80
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.
Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 3,65 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 13,65 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort
Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut
❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP10-001-WT127

SPIEGEL ONLINE

Jeden Tag. 24 Stunden.

HUBERT MARA / IWR

Laserscanning auf dem jüdischen Friedhof in Worms: Rätsel aus der Vergangenheit

WISSENSCHAFT | Gemeißelte Geheimnisse
Auf dem ältesten erhaltenen jüdischen Friedhof Europas stehen jahrhundertealte Grabsteine mit unleserlichen Inschriften. Mit einem 3-D-Scanverfahren wollen Forscher die verwitterten Wormser Tafeln entschlüsseln. SPIEGEL ONLINE über Botschaften aus dem Mittelalter.

POLITIK | Zitterwahl für die Kanzlerin
Die Bundesversammlung wählt den neuen Präsidenten – für Angela Merkel steht viel auf dem Spiel: Kommt ihr Kandidat Christian Wulff durch, oder endet der Showdown mit Joachim Gauck im Fiasko? Lesen Sie auf SPIEGEL ONLINE Ergebnisse, Hintergründe, Analysen.

WIRTSCHAFT | Atom-Comeback im Ausland
In Deutschland droht der Kernkraft das Aus, jetzt wollen Siemens, RWE und Co. im Ausland wachsen. SPIEGEL ONLINE zeigt, wohin sie drängen.

KULTUR | Leinwand-Delicatessen
SPIEGEL-ONLINE-Interview mit „Amélie"-Regisseur Jean-Pierre Jeunet über seinen neuen, phantasievollen Anti-Waffenindustrie-Film „Micmacs".

SPORT | Tour der Leiden
Startschuss für das härteste Radrennen der Welt: Im SPIEGEL-ONLINE-Spezial finden Sie alle Informationen zur 97. Frankreich-Rundfahrt, zu Teams, Fahrern, Strecken, Dopingkontrollen – und den Liveticker.

einestages.de | Hauptsache abheben

Havanna? Tel Aviv? Washington? Egal! Für die Tourismuswerbung geriet das Reiseziel in den sechziger Jahren zur Nebensache. Gigantische Jets, futuristische Hotels und attraktive Stewardessen lockten stattdessen auf Plakaten. einestages.de zeigt glanzvolle Exemplare.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

SPIEGEL TV

MONTAG, 28. 6., 23.00 – 23.30 UHR | SAT.1
SPIEGEL TV REPORTAGE
Klingeln ist die halbe Miete – Schuldenberater auf Hausbesuch, Teil 2
Um Mietrückstände einzutreiben, beschäftigt Kölns größte Wohnungsgesellschaft GAG zwei Außendienstmitarbeiter. Sie beraten zahlungsschwache Mieter und helfen beim Ausfüllen von Anträgen, zum Beispiel auf Wohngeld.

DIENSTAG, 29. 6., 23.00 – 23.50 UHR | VOX
SPIEGEL TV EXTRA
Mayday – Alarm im Cockpit, Teil 3
Eine vierteilige Dokumentationsreihe über tödliche Zwischenfälle in der Luftfahrt und die Frage, wie und warum es zu solchen Katastrophen kommt. Die nachgestellten Szenen basieren auf Auswertungen von Flugschreibern und auf Interviews mit Beteiligten und Überlebenden.

SAMSTAG, 3. 7., 21.50 – 23.35 UHR | VOX
SPIEGEL TV SPECIAL
Deutschland privat – Schicksalsjahre einer Nation
Teil 2: 1940 – 1970
Es war das Jahrhundert zweier Weltkriege, die Zeit von Aufbruch und Untergang, von Größenwahn und Massenmord, von Wiederaufbau und Teilung: deutsche Geschichte zwischen 1918 und 1970. Die großen Ereignisse dieser Jahre wurden auf Film dokumentiert, in Wochenschauen oder Propagandafilmen öffentlich vorgeführt. Doch es existieren auch andere, private Bilder. „Home-

SPIEGEL TV

Berlinerin vorm Reichstag 1945

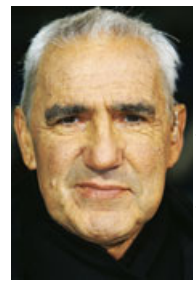
videos", Amateurproduktionen und Werbefilme zeigen deutsche Geschichte aus einer neuen Perspektive.

SONNTAG, 4. 7., 22.30 – 23.15 UHR | RTL
SPIEGEL TV MAGAZIN
Moderner Bankraub – Skimming-Banden aus Osteuropa verdienen Millionen; **„In mir ist nur Trauer"** – Wenn das eigene Kind stirbt; **Abstieg einer Ferieninsel** – Mallorca in der Krise; **Abzocke** – Neue Roaming-Opfer klagen an

Register

GESTORBEN

Jörg Berger, 65. Seine Arbeit als Fußballtrainer war von einem klar umrissenen Image geprägt: Jörg Berger, der Feuerwehrmann, der Retter. Den 1. FC Köln und Schalke 04 bewahrte er im letzten Moment vor dem Abstieg aus der Ersten Bundesliga. Mit Eintracht Frankfurt gelang ihm das Kunststück gleich zweimal. Der frühere Spieler von Lok Leipzig ging nie den unkomplizierten Weg. 1979 war er, damals Nachwuchstrainer beim DDR-Fußballverband, über Jugoslawien in die Bundesrepublik geflohen. Im Westen verfolgte ihn die Stasi, versuchte ihn zu entführen und zu vergiften. Über sein bewegtes Leben in Ost und West veröffentlichte Berger im vergangenen Jahr die Autobiografie „Meine zwei Halbzeiten“. Das Buch wurde zum Bestseller, Berger hielt viele Lesungen, obwohl er schwerkrank war. 2002 war ein Darmtumor diagnostiziert worden, Berger sagte: „Jetzt muss ich mich selber retten.“ Er schien die Krankheit zu überwinden, sogar in der Bundesliga tauchte er wieder auf. Arminia Bielefeld setzte ihn 2009 zum Saisonende für einen einzigen Spieltag auf die Bank – und stieg trotzdem ab. Auch den Kampf gegen den Krebs verlor er nun. Jörg Berger starb am 23. Juni in Duisburg.



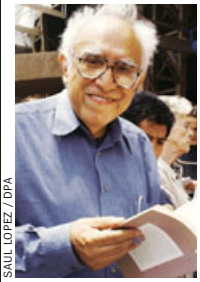
C. KOEPSEL / BONGARTS / GETTY IMAGES

Hans Joachim Sewering, 94. Fast jeder zweite deutsche Arzt gehörte in der Nazi-Zeit der NSDAP an, mehr als sieben Prozent waren damals in der SS. Einer von ihnen war Hans Joachim Sewering. Unmittelbar nach dem Abitur trat er 1933 in den Totenkopforden ein und arbeitete von 1942 an als Arzt im Tuberkulose-Krankenhaus Schönbrunn in Bayern. Dort war auch die 14-jährige geistig behinderte Babette Frömis untergebracht. Im Jahr 1943 wird das Mädchen auf Sewerings Anweisung in die Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar verlegt, wo es kurz darauf ermordet wird. Insgesamt fielen dort über 300 behinderte Kinder dem Euthanasie-Programm der Nazis zum Opfer. Sewering hat später stets beteuert, nicht gewusst zu haben, was in der Anstalt geschah. Nach dem Krieg brachte er es bis zum höchsten Ärztefunktionär im Land: Von 1972 bis 1992 leitete er die Kassenärztliche Vereinigung Bayern, 1973 bis 1978 war er Präsident der Bundesärztekammer. Die Staatsanwaltschaft konnte Sewering nicht nachweisen, in die Ermordung behinderter Kinder verstrickt zu sein, und stellte die Ermittlungen 1995 ein. Die Bundesrepublik ehrte ihn mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern, der Freistaat Bayern mit der Verfassungsmedaille in Gold und die Bundesärztekammer mit der Ehrenmitgliedschaft. Hans Joachim Sewering starb am 18. Juni in Dachau.

WALDEMAR BOEGEL / IMAGO

Frank Giering, 38. Der gebürtige Magdeburger war so vielseitig wie kaum ein anderer Schauspieler seiner Generation. Er konnte überaus gesittet und zugleich ungemein brutal wirken wie als Killer in Michael Hanekes Gewaltstudie „Funny Games“ (1997), er konnte rüde Männlichkeit mit sanfter Melancholie verschmelzen wie in „Baader“ (2002). Er war ein darstellerischer Entfesselungskünstler, der jedem Rollenfach entkam, in das man ihn zu stecken versuchte. Sein trauriger, jungenhafter Blick, der voller Sehnsucht nach anderen, weit entfernten Orten Ausschau zu halten schien, war womöglich nicht gespielt. Giering bekannte sich in Interviews immer wieder zu seinen Schwierigkeiten, eine Heimat zu finden, einen festen Ort im Leben. Dass dieser zweifelnde Wanderer so früh gegangen ist, bedeutet einen bitteren Verlust für das deutsche Kino und Fernsehen. Frank Giering starb am 23. Juni in Berlin.

Carlos Monsiváis, 72. Der Journalist, Kritiker, Essayist und große Intellektuelle aus Mexico City war eine Ikone der Linken, ohne sich je politisch vereinnahmen zu lassen. Er begann seine journalistische Karriere Mitte der Fünfziger als Radiomoderator, und es heißt, jeder Mexikaner habe schon einmal seine Stimme gehört, denn Monsiváis äußerte sich zu allem, überall: Er sprach im Fernsehen, schrieb für Zeitungen, war gefragter Redner bei Podiumsdiskussionen, und er begeisterte sich für vieles: mexikanische Lyrik, die Zapatisten, mit denen er sympathisierte, die Popkultur, deren Produkte er leidenschaftlich sammelte. Die Politik der ewigen Regierungspartei PRI kritisierte er schonungslos. Hartnäckig forderte er die Aufklärung des Massakers an Studenten in Tlatelolco 1968. Der gnadenlos zynische Katzennarr, zu dessen Freunden der Schriftsteller Carlos Fuentes und die Sängerin Chavela Vargas zählten, sagte einmal, er könne weder ohne Bücher noch ohne Katzen leben. „Lieber lebte ich ohne mich.“ Carlos Monsiváis starb am 19. Juni in Mexico City an einer Lungenfibrose.



SAUL LOPEZ / DPA

Joan Collins, 77, britische Schauspielerin und in den achtziger Jahren das Biest vom Dienst („Denver-Clan"), bedauert ihre jungen Kolleginnen in Hollywood. Wegen des weitverbreiteten Schlankheitswahns müssten die „von einem Blatt Salat und einer Scheibe Gurke leben". Collins erinnert sich wehmütig an ihre Anfänge in der Traumfabrik 1954, als die Frauen „noch Hüften, Taillen und vernünftige Körper" hatten. Die dreifache Großmutter hat ein einfaches Rezept, in Form zu bleiben: Disziplin und kleine Portionen beim Essen. Das ultradünne Schönheitsideal widerstrebt Collins: Die Starlets von heute würden aussehen wie „Jungs, die große Melonen spazieren tragen", findet die Diva.

ROBERT WYATT / CORBIS OUTLINE

Bubbles, 26, Schimpanse und einst bester Freund von Michael Jackson, könnte von dem posthumen Erfolg seines verstorbenen Herrchens profitieren. Der Affe, der als Jungtier Jacksons ständiger Begleiter war und sogar dessen Toilette in Neverland benutzt haben soll, lebt seit sechs Jahren in einem Nobeltierheim in Florida. Jackson trennte sich von Bubbles schon Ende der Neunziger, als der ins Halbstarkenalter kam und damit unberechenbar wurde: Nur Affenbabys taugen zum Schmusen. Der King of Pop hielt jedoch Kontakt zu seinem alten Gefährten und besuchte ihn immer wieder. Die Erbengemeinschaft zahlte zuletzt nur 500 statt der vereinbarten 1000 Dollar Unterhalt im Monat. Seit dem Tod des Superstars vor einem Jahr sind Schätzungen zufolge bis zu eine Milliarde Dollar mit Jacksons Namen verdient worden. Damit sind die horrenden Schulden des Exzentrikers praktisch beglichen – und die Erben haben keine Ausrede mehr, sich vor der Zahlung der vollen Apanage für Bubbles zu drücken.

POLARIS / LAIF

Jackson, Bubbles 1987

Galvão Bueno, 59, Brasiliens bekanntester Sportreporter, wurde unfreiwillig zum Quoten-Star der weltweiten Twitter-Gemeinde. Millionen Fernsehzuschauer, die von den WM-Kommentaren der prominenten Quasselstrippe genervt sind, haben ihn per Twitter-Kampagne zum Schweigen aufgefordert. Der Ruf „Cala Boca Galvão!" („Halt's Maul, Galvão!") war tagelang in den Top Ten der meistgeklickten Twitter-Suchbegriffe und schaffte es bis in die Blogs der „New York Times". Im englischen Sprachraum mutierte der Journalist dabei zu einem seltenen Vogel: Witzbolde übersetzten die Phrase mit „Rettet den Galvão-Papageien!" und stellten dazu ein täuschend echt wirkendes Plakat der brasilianischen Naturschutzbehörde ins Netz. Der Reporter, der die Attacken anfangs launig per Twitter konterte, hat inzwischen einen Maulkorb verpasst bekommen: Sein Arbeitgeber, der mächtige Fernsehkonzern TV Globo, hat ihm Auskünfte in eigener Sache verboten.

Rahul Rawail, 58, indischer Regisseur, will Bollywood revolutionieren. Er wird die Leitung der ersten Method-Acting-Schauspielschule auf dem Subkontinent übernehmen. Bisher mussten indische Darsteller in den zumeist kitschigen, immer Musical-lastigen Filmen vor allem gut aussehen und tanzen können. Nun sollen sie auch an die Kunst der psychologischen Erarbeitung eines Charakters herangeführt werden. Method Acting geht auf die Ideen des berühmten russischen Regisseurs Konstantin Stanislawski zurück, Ende der vierziger Jahre setzte sich die Methode in New York durch. Schauspiel-Legenden wie Marlon Brando oder Robert de Niro sind Adepten dieser Schule. Rawail gibt zu, dass Launen à la Marlon Brando bei den bombastischen Inszenierungen Bollywoods eher hinderlich sein könnten. Der Pionier glaubt aber, dass der Geschmack der aufstrebenden indischen Mittelklasse sich inzwischen stark gewandelt habe: „Die Leute sind jetzt bereit für eine andere Art der Darstellung."

Dmitrij Medwedew, 44, russischer Präsident, hat sich als „Terminator"-Fan geoutet. Während seiner Amerika-Reise traf er den kalifornischen Gouverneur **Arnold Schwarzenegger,** 62, der die Kampfmaschine einst verkörpert hatte. Medwedew eröffnete dem früheren Hollywood-Star, eine ganze Generation Russen sei mit Schwarzenegger-Filmen aufgewachsen. Zum Abschied seines Besuchs sagte Medwedew „I'll be back", zwinkerte Schwarzenegger verschmitzt zu und schob noch ein „Hasta la vista, baby" hinterher. Schwarzenegger und der Rest der Delegationen würdigten das legendäre „Terminator"-Zitat mit schallendem Gelächter.

ITAR-TASS / IMAGO

Schwarzenegger, Medwedew

Mark Wössner, 71, Ex-Bertelsmann-Chef, und der Münchner Unternehmensberater Roland Berger lieferten überraschende Beiträge zur aktuellen Spardebatte. Auf Einladung von Corinne Flick, Gattin des Firmengründer-Enkels Gert-Rudolf („Muck") Flick, und ihres privaten Think-Tanks „Convoco" diskutierten gut hundert hoch-

BERLINER STUDIOS / ACTION PRESS

Emily Blunt, 27, Hollywood-Star („Der Teufel trägt Prada“), ist durch ein gewagtes Experiment zur Schauspielerei gekommen. Die Britin litt von ihrem achten Lebensjahr an unter extremen Stotteranfällen. Als sie zwölf war, bestimmte ein Lehrer, dass sie an einer Theateraufführung teilnehmen müsse. „Ich bettelte ihn an, mich nicht zu zwingen“, erinnert sie sich heute. Aber er bestand auf einen Versuch und schlug vor, dass sie ihre Stimme verstelle. Der Trick funktionierte: In dem schrägen nordenglischen Akzent, den sie benutzte, stotterte sie kein einziges Mal. Professionellen Schauspielunterricht hat Blunt nie genommen, vor der Kamera zu stehen war nie ihr Plan. Alles habe sich einfach so entwickelt – zum Glück: „Was zum Henker ich sonst tun sollte, kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Ich bin vollkommen unqualifiziert für irgendetwas anderes.“

karätige Gäste in Salzburg über Wege aus der Schuldenfalle. Das Sparpaket der Bundesregierung sei „sozial nicht austariert“, rügte Wössner zur Verblüffung etlicher Teilnehmer. Auch Berger hadert mit Schwarz-Gelb und wünscht sich fürs Erste eine Große Koalition; mittelfristig sprach er sich für die Einführung des Mehrheitswahlrechts in Deutschland aus, um stabilere Regierungen zu ermöglichen. Wössner schlug Berger vor, gemeinsam eine finanziell klamme deutsche Auslandsschule zu übernehmen, um den Staat zu entlasten. „Und wir verdienen Geld damit“, lockte der frühere Daimler-Aufseher. Doch der Unternehmensberater investiert vorerst lieber in Immobilien: Berger baut zurzeit in München rund hundert Sozialwohnungen für Bürger mit unteren und mittleren Einkommen.

Justin Bieber, 16, Popstar aus Kanada, fühlt sich unterschätzt. Bieber spielt seit seiner Kindheit Schlagzeug, Gitarre und Klavier. Sein selbstgebasteltes Gesangsvideo sahen sich vor zwei Jahren Millionen YouTube-Nutzer an, er bekam sehr schnell einen Plattenvertrag und hat inzwischen über 2,7 Millionen Alben verkauft. Das US-Magazin „People“ erklärte ihn jüngst zum „größten Popstar der

ABP / BABIRADPICTURE

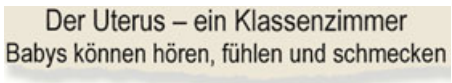
Bieber

Welt“. Doch immer noch wird er gefragt, was es ihm bedeute, über Nacht so viel Erfolg zu haben – und das nervt ihn kolossal. „Das ist nicht von einem Tag auf den anderen passiert“, stellt der junge Mann klar. „Ich habe eine Menge Zeit investiert, war viel unterwegs und habe morgens um sechs Uhr bei Radiosendern vorgesungen, alles mitten in meiner Wachstumsphase.“ Deswegen, so der Teenie-Schwarm mit einem Augenzwinkern, sei die Musikindustrie schuld, wenn er so klein bleibe wie jetzt. Bieber ist nur 1,67 Meter groß.

Aus dem Ingolstädter „Donaukurier“: „Die Geschichte von Mesut Özil, dem schüchternen Bremer mit den zwei Brillanten im Ohr, dessen spieltechnische Dekadenz gegen Australien den Bundestrainer an den Rand einer Hymne führte.“

Aus der „Saarbrücker Zeitung“

Aus dem „Hamburger Abendblatt“: „Doch seit der Versteigerung der Insel, die in Wahrheit eine Halbinsel ist, weil man sie vom Land her nicht betreten darf, hat sich so mancher Schatten auf den schönen Flecken geworfen.“



Aus einer Pressemitteilung des Bundesverbands der Frauenärzte

Bildunterschrift im „Intelligenzblatt“: „Sinnflutartige Niederfälle sorgten in der vergangenen Wochen für viele Überschwemmungen in der Region.“

Anzeige einer Wäscherei in Darmstadt

Der „Sonntagsblitz“ über möglichen WM-Wettbetrug: „Bislang ist offenbar noch kein Spieler oder Schiedsrichter von Wettbetrügern angesprochen worden. Die speziell dafür eingerichtete Telefonhotline wurde nämlich noch nicht genutzt.“

Aus einem „WM-Spezial“ des „Mannheimer Morgen“

Der „Südkurier“ über eine Autowaschaktion mit Bikinischönheiten: „Anfangs herrschte dezente Zurückhaltung bei den Herren der Schöpfung, doch spätestens nach dem ersten Auftritt des höchst attraktiven Duos vom Bodensee war das Eis gebrochen. In Bikinis bekleidet wurden die Autos und deren Halter ordentlich ‚gewaschen‘.“

Zitate

Die „Süddeutsche Zeitung“ zum SPIEGEL-Titel „‚Der Druck ist gnadenlos‘ – SPIEGEL-Gespräch mit Margot Käßmann über ihren Rücktritt und das Leben in der Öffentlichkeit“ (Nr. 25/2010):

Der Trost, den sie sich zuspricht, gilt für jeden, der an Gott glaubt: Tiefer als in Gottes Hand kann man nicht fallen. Aber die Vergebung, auf die Käßmann so unübersehbar hofft, kommt nicht von Gott, sondern von der Öffentlichkeit, die ihr 2630 Briefe und mehr als 12 000 Mails geschrieben hat und die jetzt den SPIEGEL liest. Auch Mixa fiel durch den nach den Missbrauchsfällen reißend gewordenen Strom der öffentlichen Meinung; auch die katholische Kirche glaubte, die Wege der Presse gehen zu müssen. Diese Ökumene wird am Ende dieser Geschichten vermutlich bleiben, und sie ist wahrhaft beunruhigend: Aus den vielen Dörfern mit ihren Kirchen ist das eine Dorf säkulare Öffentlichkeit geworden.

Der „Tagesspiegel“ zum SPIEGEL-Bericht „Liberale – Auf Abruf“ über den Machtverlust von Guido Westerwelle innerhalb seiner Partei (Nr. 25/2010):

Unruhe herrscht auch innerhalb der FDP. Beim Parteitag der hessischen FDP scheiterte zwar ein Antrag auf einen Sonderparteitag. Die Delegierten bemängelten aber „strategische, konzeptionelle und taktische Fehler“ der eigenen Partei in der Koalition. Landeschef Jörg-Uwe Hahn meldete im SPIEGEL zudem Zweifel daran an, dass Guido Westerwelle dem Doppelamt als Parteichef und Außenminister gewachsen sei. Homburger nahm den Vorsitzenden hingegen in Schutz.

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Gespräch „‚Ich bin keine Spielerin‘“ mit Hannelore Kraft (Nr. 25/2010):

Frau Kraft, die gute Aussichten hat, schon im ersten Durchgang mit Stimmen aus der Linksfraktion zur Ministerpräsidentin gewählt zu werden, warb am Wochenende noch einmal um die FDP. „Nichts ist im Moment unmöglich. Da ist unglaublich viel in Bewegung“, sagte sie der Zeitschrift DER SPIEGEL. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Gerhard Papke, wies die Avancen im Gespräch mit dieser Zeitung zurück. „Unterstützung durch die FDP kann sich Frau Kraft abschminken.“